

Editorial	837
Etienne Balibar: Grabrede für Louis Althusser	839
Erinnerung an Hermi Hirsch	842
Ruth Rehmann: Das Gehöft oder Schleichwege der Erinnerung	843
Günther Anders: Gegen Feierlichkeit	846

West-Östliches Patriarchat

Christina Schenk	
Experiment Unabhängiger Frauenverband	847
Hanna Behrend	
Die Hypertrophie des Vergangenen. Aufbruch und Elend der DDR-Frauen	859
Christina Klenner	
Doppelt belastet oder einfach ausgebeutet? Zur Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit in DDR-Familien	865
Ingrid Kurz-Scherf	
Deutschland — einig Mutterland?	875
Frigga Haug	
Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Neue Herausforderungen an einen sozialistischen Feminismus	879
Kornelia Hauser	
Literatur in politisierten Verhältnissen. Zu Christa Wolf	895

* * *

Oskar Negt	
Der gebrochene Anfang. Sozialismus und das Problem einer Deutschland-Utopie	905
Michael Brie	
Wie den Philosophen der DDR ihr Maulwurf abhanden kam	923
Volker Dörmeyer, Maria Funder, Lore Voigt-Weber	
Bestandsbedingungen einer »alternativen« Ökonomie	930
<i>Kongreßberichte</i>	
Migration und Rassismus; DDR-Jungphilosophen	941
<i>Besprechungen</i>	
Sinn und Bedeutung; Kulturpolitik; Medienwissenschaft; Kultur und Moderne; Mädchen und sexueller Mißbrauch; Staatssozialismus – linke Perspektiven	945
VerfasserInnen; Jahresinhalt 1990; Zeitschriftenschau	989

Besprechungen

Philosophie

<i>Lange, Dietrich: Wider Sinn und Bedeutung (Th. Weber)</i>	945
<i>Türcke, Christoph: Der tolle Mensch. Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft (L. Lütkehaus)</i>	947
<i>Rorry, Richard: Kontingenz, Ironie und Solidarität (H. Breger)</i>	949

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Wolf, Christa: Was bleibt (K. Hauser)</i>	895
<i>Wolf, Christa: Im Dialog. Aktuelle Texte (K. Hauser)</i>	895
<i>Drescher, Angela (Hrsg.): Christa Wolf. Ein Arbeitsbuch (K. Hauser)</i>	895

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Cornel, Hajo, und Völkhard Knigge (Hrsg.): Das neue Interesse an der Kultur (D. Kramer)</i>	950
<i>Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): Zeitphänomen Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung (F. Semmelroth)</i>	952
<i>Heinze, Thomas: Medienanalyse. Ansätze zur Kultur- und Gesellschaftskritik (U. Schmid)</i>	954
<i>Robes, Jochen: Die vergessene Theorie. Historischer Materialismus und gesellschaftliche Kommunikation (U. Schmid)</i>	955

Soziologie

<i>Vianello, Mino, Renate Siemienska u.a. (Hrsg.): Gender Inequality. A Comparative Study of Discrimination and Participation (F. Haug)</i>	879
<i>Lindner, Rolf: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage (W.v. Treek)</i>	956
<i>Eder, Klaus (Hrsg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie (A. Soares do Bem)</i>	957
<i>Tjaden, Karl Hermann: Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre (R. Czeskleba-Dupont)</i>	959
<i>Commoner, Barry: Making Peace with the Planet (R. Czeskleba-Dupont)</i>	960
<i>Sieferle, Rolf-Peter (Hrsg.): Fortschritte der Naturzerstörung (A. Andersen)</i>	961
<i>Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt (U. Becker)</i>	962
<i>Wahl, Klaus: Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt (A. Gursky)</i>	964
<i>Hollstein, Walter: Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer (S. Kühl, H. Wengeler)</i>	965
<i>Geiges, Adrian, und Tatjana Suworowa: Liebe steht nicht auf dem Plan. Sexualität in der Sowjetunion heute (K. Hauser)</i>	966

Erziehungswissenschaft

<i>Bast, Christa: Weibliche Autonomie und Identität. Untersuchungen über die Probleme von Mädchenerziehung heute (J. Meyer-Siebert)</i>	967
<i>Enders, Ursula (Hrsg.): Zart war ich, bitter war's. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen (E. Stäbler)</i>	969
<i>Gutjahr, Karin, und Anke Schrader: Sexueller Mädchenmißbrauch (I. Fink)</i>	970
<i>Steinhage, Rosemarie: Sexueller Mißbrauch an Mädchen. Ein Handbuch für Beratung und Therapie (C. Gülich, P. Sevke)</i>	972
<i>Pyerin, Brigitte: Mädchenlektüre und Emanzipation (B. Ketelhut)</i>	973
<i>Kreienbaum, Maria Anna (Hrsg.): Frauen Bilden Macht (E. Niehoff)</i>	974
<i>Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): Besser gebildet und doch nicht gleich! Frauen und Bildung in der Arbeitsgesellschaft (M. Kreuz)</i>	975

(Fortsetzung Seite X)

Editorial

Als offensichtlich wurde, daß sich das antagonistische Gegeneinander der beiden Welt-systeme aufzulösen begann, fragten wir uns, wie eigentlich eine Politik nach innen aussehen könnte ohne die zusammenschweißende Kraft des Antikommunismus? Wie so oft hatten wir uns auch hier die Frage falsch gestellt, hatten angenommen, daß Antikommunismus eine Strategie von oben sei, nicht wirklich ein Teil der Bevölkerung selbst. Fragen wir uns jetzt, wie denn die Menschen diesen Raub ihres identitätsstiftenden Feindbildes leben. Eine Lehre erhielten wir in einer Fernsehendung am 23. Oktober. Es ging um Frauen; genauer: Sybille Plogstedt hatte vorwiegend Frauen im Westen sprechen lassen zu ihrer Erfahrung mit den Frauen von »drüben«. Hier konnten wir die Rückverwandlung der in Antikommunismus zusammengehaltenen Gefühle in einzelne Bestandteile nach-erleben. So erhielten wir auch die Lehre, daß Antikommunismus selbst ein Ventil war, eine Möglichkeit, soziale Spannungen um Armut und Reichtum in einem Feindbild zu bündeln. So erfahren wir jetzt: Frauen von »drüben« kommen in Horden statt einzeln; sie wissen und kennen nichts und sind daher für Verkäuferinnen z.B. eine große Belastung; man erkennt sie an ihrer Kleidung, insbesondere an den Accessoires; keine ohne die gute Handtasche — dieses Wahrzeichen unemanzipierten Frauenlebens —, die noch dazu aus Plastik ist, einem billigen Kunststoff, der zudem endlich in Verruf gekommen ist, die Umwelt schwer zu belasten. Hier ähnelt er den Frauen aus der »DDR«, welche ja nicht nur die Augen, sondern selbst die Nase beleidigen. Schon am Geruch können wir sie erkennen. Und erst ihre Haltung! Voller Gier und mit dem Gefühl der Zukurzgekommenen stürzen sie sich auf die Waren. Schon könnte sich der Überfluß in Mangel verkehren. Und eine Frau aus dem »Osten« ergänzt dieses Gemälde umgekehrt: als wir uns abschuf-teten, haben »die« aus dem Westen ihren Hintern auf Mallorca gebräunt.

Nicht nur Unverständnis — Haß, Neid, Ressentiment, Verachtung, Spott und besten-falls Mitleid begleiten die Begegnungen im neuen Deutschland. Das Erschrecken über solche Reaktionen ruft uns auf, unsere eigenen Gefühle zu befragen. Schließlich haben auch wir die anfänglichen Hoffnungen auf eine allgemeine Stärkung der Frauenbewegung, auf eine Verdoppelung unserer Kräfte und unmittelbare Gemeinsamkeit nicht behalten. An deren Stelle traten z.B. Schwierigkeiten der Verständigung. Da ist zunächst die Sprache. Wir alle sprechen deutsch, und doch werden Sagen und Zuhören schwieriger, als wenn wir englisch miteinander sprächen wie auf internationalen Kongressen. Unverhofft bricht Geschichte auf bei so harmlos bürokratischen Wörtern wie »Frauenförderplan« oder »Qualifikation«, und umgekehrt bei uns, wenn von »Schangerschaftsberatung« die Rede ist. Und gar das »sozialistische Projekt« — immer noch ein Versprechen auf ein Leben ohne Herrschaft und Ausbeutung bei uns, auf die Möglichkeit, mit allen Sinnen zu leben — ein Irrweg, gebunden an Bevormundung und Mangel bei neuen Mitgliedern unserer Redaktion. Und im Spannungsfeld blockierender Rätsel steht die Frauenfrage selbst im Verhältnis zu den großen Umbrüchen der Gesellschaftssysteme.

Kurz vor der Vereinigung (am 29.9.90) gab es in Berlin eine große Demonstration »Gegen die Einverleibung der DDR — für ein selbstbestimmtes Leben«. Frauen hatten sie organisiert, und ausschließlich Frauen sprachen auf der Kundgebung zu Fragen sozialer Sicherheit, zu Arbeitslosigkeit, zu Ökologie und zu einer Politik, die Frauen an den Rand drängt. Sie forderten eine neue Weise des Wirtschaftens und formulierten dies als eine Aufgabe der Frauenbewegung. Wohlstandsentwicklung dürfe nicht auf Kosten eines Teils

der hiesigen und der Bevölkerungen der »Dritten Welt« betrieben werden. Aber zugleich fanden Organisatorinnen, daß dies keine Frauendemonstration gewesen sei, weil es ja um Welt-, nicht um Frauenfragen ging. Immer weiter hinterlassen die herrschende Geschichte und Politik als solche, die ihre eigene Basis verschweigen, tiefe Spuren in der weiblichen Wahrnehmung. In diesem Schweigen Frauenfragen nicht als zusätzliche, sondern als Stoff, aus dem diese Gesellschaft gemacht ist, zu begreifen, braucht eine lange Zeit.

Bei aller Schwierigkeit des Miteinanderredens wächst bei uns Optimismus. Ließe sich nicht gerade eine solche unvermittelt erlebbare historische Belastung von Sprache wenden in die Notwendigkeit, Sprache immer so mit Leben zu füllen, daß aus Erfahrungen gelernt werden kann? Wie anders als sprechend könnten wir das Schweigen um den Zusammenhang von Frauenfragen und Weltpolitik durchbrechen? Damit dieser Vorgang allgemein werden kann, veröffentlichen wir in diesem Heft unsere wechselseitigen Bemühungen, unsere Erfahrungen aufzuarbeiten. Die Texte sind allesamt Versuche, »Patriarchat« zu begreifen und unsere möglichen Gegenentwürfe und Strategien zu erarbeiten.

Die Beiträge aus der ehemaligen DDR (*Schenk, Behrend, Klenner*) analysieren bisher eher fraglos hingegenommene Bereiche: das Politische, Eingriffe in Frauenleben als unter Umständen passivierende Förderprogramme — »Sie war keine Magd mehr, sie war so gut ein Mann wie jeder in der Planung, sie wurde gefördert zu ihrem Glück« (Volker Braun) — und individuelle Reproduktionsarbeit in den Haushalten. Die Autorinnen aus der bisherigen BRD (*Kurz-Scherf, Haug, Hauser*) arbeiten sich zu den Problemen vor, die sich aus dem Zusammenbruch des befehls-administrativen Sozialismus und aus der Einverleibung der DDR dringend stellen. Es wird die versäumte mit der möglichen Politik von und für Frauen herausgeschält, die Frauenfrage als Systemfrage gestellt, und die ideologischen Kämpfe um das *Projekt* Sozialismus werden in ihren alten und neuen Kleidern am Beispiel des Umgangs mit Christa Wolf vorgeführt.

Frauenredaktion

Im Zeichen des Marxschen »Maulwurfs« stehen zwei Betrachtungen von *Oskar Negt* und *Michael Brie* zum deutschen Vereinigungsprozeß. »Was nicht ausgetragen ist, was keine Zeit zur Selbstentfaltung gehabt hat, arbeitet, wie wir erfahren haben, im Untergrund der Gefühle und Denkweisen weiter, leistet Maulwurfsarbeit«, schreibt Negt, und versucht aus den unterdrückten Anfängen deutscher Geschichte den Standpunkt einer sozialistischen Alternative zurückzugewinnen. Gegen den nationalistischen Sog einer »Politik der Beschleunigung«, die auch der Linken vielfach die Besinnung raubt, greift er zurück auf Benjamins Begriff von der Revolution als Notbremse im unkontrollierten Zug des Fortschritts. Aus der Sicht von Philosophen der ehemaligen DDR analysiert Brie die Hoffnungen auf den »Maulwurf der Geschichte« während der Herbstrevolution '89 und die darauf folgenden Ent-Täuschungen. Er fragt selbstkritisch nach den institutionell verfügbaren Blindheiten der Philosophie, den illusionären Selbstüberschätzungen ihrer Subjekte und nach Möglichkeiten eines philosophischen Neuanfangs unter den Bedingungen machtloser Nischenexistenz.

In welcher Form überleben selbstverwaltete Betriebe in der »sozialen Marktwirtschaft«? *Volker Dörmeyer, Maria Funder* und *Lore Voigt-Weber* berichten in ihrer empirischen Untersuchung über die Lage »alternativer« Betriebe in zwei exemplarischen Regionen der Alt-BRD und gehen der Frage nach, welche Wechselwirkungen sich zwischen den Funktionserfordernissen kapitalistisch strukturierter Märkte und den inneren Strukturen dieser Betriebe finden lassen.

Etienne Balibar

Grabrede für Louis Althusser

Wir sind hier in großer Zahl zusammengekommen, um Louis Althusser zu begraben, wie er es verdient hat — von Menschen die ihn in Ehren halten und ihm Bewunderung entgegenbringen, von Menschen, die ihn geliebt haben und die ihn nicht vergessen werden. Das ist richtig so und ist auch tröstlich. Ich kann allerdings nicht umhin, dieses zahlreiche Zusammenkommen heute ein wenig unwirklich zu finden — nach so vielen Jahren des Schweigens und der Verstreutheit. Aber unsere Anwesenheit hier wiegt mehr als jenes Schweigen und jene Verstreutheit. Im übrigen sind wir noch weit zahlreicher, als dies hier sichtbar wird: Ich weiß von vielen, von Männern und Frauen, in allen Weltgegenden, in Peking, in New York oder in Havanna, in Deutschland oder in Schweden, in Griechenland, in Italien und in Spanien, in London, in Algier, in Nijmegen oder in Buenos Aires, die heute mit uns hätten hier sein wollen. Jeder von Ihnen wird seinerseits wieder andere kennen. Dabei wären diejenigen, die keiner von uns kennt, noch gar nicht mitgezählt. Das ergibt einen großen Zug von Menschen, die in Gedanken mit uns trauern, eine große Gesellschaft von Freunden. Ich bin noch nie irgendwo in Frankreich oder im Ausland gewesen, wo der Name, die Person und die Schriften Althussters mir nicht neue Freunde erschlossen hätten.

Jeder und jede von uns hat seine bzw. ihre eigenen Erinnerungen an ihn, Erinnerungen, die immer einzigartig und immer anders sind. Ich möchte mich fast zu der Behauptung vorwagen, daß Althusser im Umgang mit jeder einzelnen seiner Bekanntschaften jeweils ein anderer Mensch gewesen ist. Dies wäre nicht hinreichend erklärt, wenn wir bloß sagen würden, daß er die Fähigkeit besaß, sich seinen Gesprächspartnern und den Umständen anzupassen. Richtig wäre zu sagen, daß er eine ganz außerordentliche Fähigkeit besaß, auf die Einzigartigkeit eines jeden und einer jeden zu hören und sie sogar überhaupt erst hervortreten zu lassen. Der wirkliche Althusser, wenn diese Redewendung überhaupt einen Sinn hat, besteht vor allem in dieser Fähigkeit.

Ich ergreife hier das Wort, um genau dafür Zeugnis abzulegen, als einer unter vielen SchülerInnen, GenossInnen und FreundInnen, die gerade so viel zu sagen hätten. Man wird es mir nachsehen, daß ich dies hier auf der Grundlage meiner eigenen Erinnerungen tue, welche vor allem Erinnerungen an unsere gemeinsame Arbeit sind — von der begeisterungsvollen Zeitspanne, als wir das Seminar an der *École Normale* über *Das Kapital* vorbereiteten, bis zu jener, von Angst ebenso wie von Entschlossenheit bestimmten, als wir zu dritt Satz für Satz den Text von *Was in der Kommunistischen Partei so nicht mehr weitergehen kann* durchgingen. Mit der Zeit, indem ich erwarb, was man so Erfahrung nennt, habe ich die einzigartige Befähigung Althussters bewundern gelernt, nicht alleine zu arbeiten, die anderen in seine Arbeit einzubeziehen, ohne sie einzuengen oder ohne sich selbst Zwang anzutun (eine zwingende Wirkung ging dabei von etwas anderem aus — von den Sachen selbst), wobei er so weit ging, das eigene Schreiben hinauszuzögern, als jemand, der immer nur schrieb, wenn es drängte, so weit, daß er sein ursprüngliches Vorhaben so umbaute, daß er darauf warten konnte, bis MitarbeiterInnen ihn eingeholt hatten, um mit ihnen ein gemeinsames geistiges Werk zustandezubringen. Wenn ich nicht

Althusser gekannt hätte, hätte ich so etwas für ganz unmöglich gehalten. Innerhalb der Universität, im literarischen oder auch im politischen Leben sehe ich nur Einsamkeiten und Nachahmungsverhältnisse, großzügige Pädagogen und skrupellose Ausbeuter, aber ich sehe keine Intellektuellen, für die das Teilen mit anderen so wie für ihn die wesentliche Bedingung des Denkens bildet. Vielleicht kommt ihm deswegen gar kein Verdienst zu — ich glaube nämlich, es handelte sich bei ihm um ein Bedürfnis. Althusser war als jemand geboren, der *einfach teilen mußte*. Deswegen glaube ich auch — obwohl ich, zusammen mit einer ganzen Generation, alles, wenn auch nicht von ihm selbst, so doch dank seiner Förderung gelernt habe —, daß auf Althusser der Name des »Lehrers und Meisters« (maître) nicht paßt.

Gestern habe ich im Vorwort von *Für Marx* einige Sätze nachgelesen, die sich nicht so leicht vergessen lassen. Erlauben Sie mir, diese Sätze vorzulesen: »Es war die unmittelbare Nachkriegszeit. Brutal wurden wir in die großen politischen Schlachten geworfen, die die Partei führte: Wir mußten damals das volle Gewicht unserer Entscheidung ermassen und ihre Konsequenzen auf uns nehmen ... In unserer philosophischen Erinnerung bleibt diese Zeit die Zeit der bewaffneten Intellektuellen, die den Irrtum bis in die letzten Schlupfwinkel hinein verfolgten, die Zeit der Philosophen ohne Werk, die wir selbst waren, die aber aus jedem Werk eine Politik machten und die ganze Welt mit einer einzigen Klinge zerlegten ...«

Ich habe mich da gefragt: gibt es wirklich ein Werk Althussters, etwas, das hinreichend Sinn und Originalität aufweist, um eine Spur zu hinterlassen, etwas, auf das wir zurückkommen können, etwas, das noch Überraschungen für unsere Enkel bereit hält? Ich bitte um Verständnis dafür, daß es möglich sein könnte, daran einen Augenblick lang zu zweifeln.

Ich möchte heute das Risiko eingehen, hier zu sagen, daß Althusser — wenn er auch nicht ganz und gar in sein Werk eingegangen ist — doch nicht jener Philosoph ohne Werk geblieben ist, von dem er selbst gesprochen hat — als jemand der genau wußte, wovon er sprach.

Nach meiner Überzeugung gibt es in diesem Werk zumindest ein Buch, das auf Grund seiner Schreibweise, seines Gegenstandes, seiner theoretischen Komplexität und seiner Angemessenheit gegenüber den Problemen der Zeit, die es hervorgebracht hat, sehr bedeutend ist: ich meine eben *Für Marx*. Neben diesem Buch gibt es eine ganze Reihe von vollendeten oder unvollendeten Texten, von denen einige mühsam, andere eher von Eingebungen getragen sind, die aber alle eine Öffnung für das Denken bewirkt haben. In diesen Texten finden wir Thesen, genauer: Existenzthesen, wie er sie nannte, die gleichsam die Ecksteine eines wenig orthodoxen Materialismus sind, die Ausgangspunkte eines »Abenteuers der Dialektik«, mit dem niemand mehr gerechnet hatte — ohne ein vorweg abgesichertes Ergebnis. Ich zitiere nur drei dieser Thesen: »*Es gibt einen epistemologischen Einschnitt. Es gibt einen Klassenkampf. Es gibt ideologische Staatsapparate.*« Sollen wir sagen, daß diese Thesen selbst wahr sind? Sie könnten es durchaus sein: In den fünfzehn oder auch zwanzig Jahren, in denen sie jetzt schon da sind, hat man sie umgehen, aber nicht widerlegen können.

Sein unterbrochenes Werk — jedes Werk wird früher oder später unterbrochen —, seine Thesen, die auch weiterhin die Unruhe des Begriffs in Gange halten werden, machen Althusser unbestreitbar zum Philosophen. Dieses selbe Werk, diese selben Thesen, machen Althusser zum Marxisten und, mehr noch, zum Kommunisten. In eben diesem, *gleichzeitig* vollständig Philosoph und vollständig Kommunist zu sein,

ohne das eine dem anderen aufzuopfern oder es ihm unterzuordnen, darin liegt Althussters intellektuelle Einzigartigkeit. Darin besteht das Wagnis, die »Wette«, die Althusser eingegangen ist, das Risiko, das er auf sich genommen hat. Dieses Wagnis auch nur einen Augenblick lang oder einige Jahre hindurch durchgehalten zu haben, eben die Zeit, die zum Schreiben und zum Lehren nötig ist, heißt schon, gewonnen zu haben, wie auch immer das Endergebnis aussieht. Es ist keine Niederlage. Und weil Althusser jene Wette gewonnen hat, ist der Marxismus, was sage ich, der Kommunismus, in die Geschichte der französischen Philosophie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingegangen. Niemand wird ihn daraus wieder heraushebeln können, ohne ein großes klaffendes Loch zu hinterlassen. So etwas vergißt niemand. So etwas vergibt niemand.

Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich noch einige Worte hinzufügen, die einen weniger öffentlichen Charakter haben. Denn vor zehn Jahren war alles das, was ich hier angesprochen habe, im wesentlichen bereits abgeschlossen. Vielleicht gehört es sich ja nicht, von diesen anschließenden zehn Jahren zu sprechen. Aber es gehört sich noch weniger, darüber zu schweigen. Der Mann, den wir heute zum Grab begleiten, ist 1990 gestorben.

Althusser hat zerstört. Althusser hat sich zerstört. Das ist wahr, und das ist nicht wieder gut zu machen, aber das ist nicht alles. Er hat auch für sich selbst und für andere gelebt, er hat in seinem Sein bestanden. Von fast allen verlassen, hat er neue FreundInnen gefunden, die aus dem Nebenzimmer oder vom anderen Ende der Welt kamen. Er hat manchen zu Gedanken verholfen.

Althusser hat schrecklich gelitten. Aber wenn es ihm gelungen ist, so sehr lange sein Leiden zu ertragen und sich sogar gelegentlich davon zu befreien, verdankt er es einigen ganz wenigen Menschen, die ihm Tag für Tag darin beigestanden haben. Mir scheint, wir, die wir Althusser geliebt und nicht die Kraft oder nicht die Gelegenheit gehabt haben, ihm in dieser Hölle zur Seite zu stehen, schulden heute diesen wenigen FreundInnen unseres Freundes ein bewunderndes und dankbares Eingedenken. Selbstverständlich waren dies nicht diejenigen, die sich *urbi et orbi* gegenüber damit großgetan hatten, seine Freunde zu sein.

Noch ein weiteres Wort: Für viele von uns wäre es unmöglich, diesen Ort wieder zu verlassen, ohne auch Hélène Althusser gedacht zu haben. Wir denken an Hélène mit genau so viel Kummer und Zuneigung wie einst.

Ein allerletztes Wort: Stanislas Breton hat vor zwei Tagen von Louis' Stimme gesprochen. Dreißig Jahre hindurch war für mich das Korn dieser Stimme das unfehlbare Barometer seiner Not und seiner Genesung. Dann gab es noch seinen Blick. Ich habe Louis zum letzten Mal im August im Hospital Saint Louis gesehen. Neuerlich, wie vor zehn Jahren, als in der Klinik Sainte Anne seine Vernunft und sein Gedächtnis ins Wanken geraten waren, hat dieser Blick mir gesagt: ich bin doch ich selbst, dank' Dir dafür, daß Du das weißt. Sie finden diesen beredten, warmen und gleichsam erstaunten Blick auf einigen Fotos, die unter seinem Eindruck entstanden sind. Lassen wir uns nicht von diesem Blick heimsuchen, lassen wir ihn ganz friedlich in unseren eigenen Augen weiterleben.

Aus dem Französischen von Frieder Otto Wolf

Erinnerung an Hermi Hirsch

Kurz nachdem wir die Frauenredaktion gegründet hatten, zogen wir alle zusammen nach Wien, um womöglich alles, was wir bisher gelernt und gedacht hatten, dort vorzustellen. Unter den Zuhörerinnen war eine Frau, die sich häufig und sehr kritisch zu Wort meldete. Sie widersprach uns bei vielem, und so glaubten wir, in ihr eine Gegnerin unserer Vorhaben sehen zu müssen. Am nächsten Morgen brachte sie uns selbstgebackenen Kuchen, den sie mit der Bemerkung vor uns auf den Tisch legte: »weil Ihr soviel arbeiten müßt«. Das war unsere erste Begegnung mit Hermi Hirsch.

Sie war Redakteurin in der *AUF — Eine Frauenzeitschrift Österreichs*. Wir lernten bald, daß sie diese unerschrockene Weise, sich überall einzumischen mit unüberhörbar lauten Worten, verband mit einer übergroßen Herzlichkeit all jenen gegenüber, die sie als Mitstreiterinnen gegen Unrecht erkannte. Wo wir sie trafen, hörte sie uns zu, erteilte Ratschläge, gab uns das Gefühl, zu Hause zu sein. Aber mehr noch verkörperte sie durch ihre alles Eingerostete und Bürokratische respektlos in Frage stellende Weise des öffentlichen Eingreifens zukünftiges Menschsein. Das machte, daß Hoffnung wuchs, wo sie hinkam. Auf einer großen Versammlung der Frauenministerin, in der männliche Parlamentarier befragt wurden, wie sie sich für eine größere Beteiligung der Frauen an der Politik einsetzen würden, forderte sie laut, daß der Staat von den Frauen regiert werde. Erst dort erfuhren wir, daß sie Köchin war. So wurde in ihr Utopie lebendig. Nach jeder Begegnung fühlten wir uns stärker, nützlicher und gebraucht. Wir haben sie nicht oft genug getroffen. Daß sie nicht mehr dort ist, daß man ihr nie mehr begegnen kann, macht uns untröstlich.

Frigga Haug für die Frauenredaktion

Ruth Rehmann

Das Gehöft oder Schleichwege der Erinnerung

Im Traum gehe ich an einer Mauer entlang. Aus schwärzlichen Ziegeln erbaut, zwischen denen der Mörtel bröckelt, umschließt sie etwas, was ich nicht sehen darf. Beim Gehen quälen mich zwei Impulse, die einander ausschließen: einer treibt mich, hochzuspringen und hinüberzuschauen, der andere drängt zum Weglaufen, weil der Aufenthalt an dieser Mauer verboten ist und schreckliche Folgen nach sich ziehen wird. Da beide Impulse gleich stark sind, kann ich keinem nachgeben. Nichts bleibt mir übrig, als geduckt wie ein Dieb an der Mauer entlangzuschleichen, die nie ihr Ende erreicht.

Beim Erwachen grüble ich dem Traum nach und suche Anknüpfungspunkte in meiner Erinnerung, aber je heftiger ich grüble, desto tiefer zieht er sich zurück. Wenn ich schließlich das Grübeln aufgebe und in den Tag steige, kommt es gelegentlich zu Blitzbewegungen, die auf nicht faßbare Weise mit dem Traum zu tun haben: ein Durchblick, eine bestimmte Anordnung von Dingen, ein Licht, ein Geruch ... Das ist es! weiß ich. Sobald ich anfangen zu fragen: Was ist es? schließt sich der Reiß im Vorhang, als hätte es ihn nie gegeben. Der Traum will etwas von mir. Er wartet dicht unter der Oberfläche meines Bewußtseins auf seine Chance, in meine Erinnerung einzudringen. Aber meine Erinnerung läßt ihn nicht.

Inzwischen bin ich ziemlich sicher, daß die Mauer zu einem Gehöft gehört, welches ich in einer bestimmten Phase meines Lebens fast täglich gesehen habe. Seit ich das annehme, träume ich den Traum nicht mehr. Das traumhaft Verschwommene, Sich-entziehende hat sich der Erinnerung bemächtigt, oder war sie immer schon so und ich habe es nicht bemerkt, weil ich Jahrzehnte lang nicht an das Gehöft gedacht habe? Es lag am Aufstieg zum Kreuzberg, dem letzten Buckel der Rheinhöhen, hinter dem sich das Flußtal nach Norden hin zur Kölner Bucht und der niederrheinischen Ebene öffnet. An seinem hohen Brettteror endete der Fahrweg, den ich als gelb und verschlammmt, mit tiefen Rinnen vom herabschießenden Regenwasser in Erinnerung habe. Ich sehe mich laufen, über die Rinnen springen, eine wahnsinnige Ungeduld im Leib, als könnte ich nicht schnell genug die Stadt unter mir lassen. Aber wenn ich das Gehöft erreiche, die lange gebogene Mauer aus schwärzlichen Ziegeln, zwischen denen der Mörtel herausbröckelt, gerate ich unter den Zwang, mich zu ducken, das Gesicht an das schwach nach Karbolineum duftende Holz des Tores zu pressen. Ich will das nicht. Das Schleichen, Lauern, Sehenwollen ist eine Art Tribut, der von mir gefordert wird, ehe ich in die freieren Regionen der Höhe, des weiteren Blicks, des größeren Himmels aufsteigen darf.

Zu jener Zeit in den letzten Kriegsjahren wohnten wir, meine vor kurzem verwitwete Mutter und ich, die jüngste Tochter, in einem Stadtteil von Bonn, den ich danach nie mehr betreten habe, weil wir dort auf eine erniedrigende und hilflose Weise unglücklich waren, eingesperrt in die unteren Räume eines bürgerlichen

Einfamilienhauses aus der Gründerzeit, das zwischen ähnlichen Häusern und düsteren, mit Eisengittern bewehrten Vorgärten an einer tödlich-ruhigen Wohnstraße lag. Die Fenster waren mit dichten Gardinen verhängt, so wollten es die Bewohner der Straße, pensionierte Beamte, die nicht mehr vom Leben wollten als Ruhe, und nie, soweit ich mich erinnere, nie habe ich dort ein Kind gesehen.

Unser Hauswirt war ein katholischer Pfarrer im Ruhestand, der jede Lebensäußerung seiner Mieter als Störung empfand und uns sein Mißfallen durch unter die Tür geschobene, mit wütender Deutschschrift bekratzelte Zettel kundtat. Wenn er auf seinen schweren Gesundheitsschuhen durch den Flur ging, duckten wir uns angstvoll und flüsterten, die Köpfe dicht beieinander, von Maßnahmen, die wir gegen die Unterdrückung ergreifen würden. Dann schrieb meine Mutter Briefe, die in höflichen Sätzen auf die Rechte zahlender Mieter aufmerksam machten. Eine Reaktion gab es nie. Wahrscheinlich hat sie die Briefe nicht abgeschickt. Bei Fliegeralarm drückten wir uns schweigend in den Kellerwinkel, den er uns zwischen Möbeln, Kisten und Koffern übrigließ. Über dem niedrigen, mit Holzpfählern abgestützten Raum tobten Sirenen, Flugzeugbrummen, Bombeneinschläge, aber schlimmer als alles, was draußen geschehen konnte, war die Bedrückung, die von der schwarzen Masse im Liegestuhl ausging, war das Mißtrauen, mit dem der Pfarrer seinen Besitz im Auge behielt, die wortlose Gewalt, mit der er uns tiefer in unseren Mauerwinkel zurücktrieb. Vielleicht hätte er uns weniger gehaßt, wenn wir uns einmal richtig gewehrt hätten, aber dazu waren wir in dieser Zeit nicht imstande — meine Mutter von Trauer gelähmt, ich zu jung, mit Gedanken und Wünschen nur auf das Fortgehen gerichtet, fort aus diesem Haus, dieser Straße, aus der Stadt, aus der Schwermut, die uns nach dem Tod des Vaters befallen hatte.

Das war die düstere Landschaft, aus der sich der Kreuzberg erhob als Ausschau in eine Freiheit, die ich damals noch nicht haben, aber doch sehen konnte, wenn ich oberhalb des Gehöftes zwischen den spärlichen Bäumen aufwärts kletterte, über die Stufen des Kreuzweges zur Klosterkirche hinauf und auf das breite Plateau mit weitem Blick über das sich verbreiternde Rheintal, meist abends, wenn die Sonne im roten Dunst unterging. Dorthin, westwärts, sehnte ich mich, wo hinter den Eifelhöhen die Grenze lag, dahinter Belgien, Frankreich, England, das Meer ...

Zwischen dieser Hoffnung und der Bedrückung des Hauses lag das Gehöft und das Schreckliche, das ich hinter der Mauer vermutete. Woher diese Ahnung kam, ob ich Stimmen gehört, Gerüche gerochen hatte, weiß ich nicht mehr. Die Ritzen zwischen den Brettern des Tores waren zu schmal um hindurchzuschauen, das Tor zu hoch, als daß ich hätte hinaufklettern können, und vielleicht war es ja gar nicht verschlossen, vielleicht hätte ich es einfach zurückdrücken können. Warum habe ich es nie versucht? Woher die Angst? Hat mich einer vom Fenster hinab angeschrien: Was willst du hier, Mädchen? Mach daß du fortkommst! Hat sich jemals das Tor geöffnet, um einen der schwarzen Wächter herauszulassen, die ich dahinter vermutete? Woher die Assoziation mit dem Zeitungsschaukasten auf dem Marktplatz, an dem ich auf dem Schulweg nicht vorbeigehen durfte, weil die Bilder in dem dort ausgehängten »Stürmer« gemein, unanständig und nicht für Kinder seien? Mit meiner Mutter habe ich nie über das

Gehöft gesprochen, auch sonst mit keinem Menschen. Unerreichbar für Worte lag es auf dem Grunde meines Bewußtseins und hatte etwas mit Schuld und Sünde zu tun.

Oder habe ich doch einmal gefragt oder fragen wollen?

Sobald ich mich diesem Teil meiner Erinnerung nähere, schießen mehrere, einander ausschließende Bilder ein von dem, was war oder gewesen sein könnte, und eines von ihnen zeigt eine schwarzgekleidete Frau, die sich zwischen den Bäumen bergaufwärts entfernt. Ich laufe ihr nach, um meine Frage zu stellen, aber ehe ich sie erreiche, reißt die Erinnerung oder Einbildung ab. Nichts bleibt übrig, als dieser schwarze Rücken, der sich entfernt, dem ich nachlaufe. Habe ich sie erreicht, überholt, aufgehalten? habe ich gefragt? hat sie geantwortet? Oder bin ich genau da, wo die Erinnerung oder Einbildung abreißt, stehen geblieben, weil es mir plötzlich unmöglich schien, nach einer Sache zu fragen, die so tief, so schuldhaft in mir vergraben war?

Wenn ich also nicht gefragt und sie nicht geantwortet hätte, woher kommt mir die Stimme: Da haben sie Juden eingesperrt?

Bei meinem letzten Aufenthalt in Bonn habe ich den Kreuzberg meiner Erinnerung nicht mehr gefunden. Die Stadt hat sich über Hügel und Täler hinweg in die Ebene ausgebreitet, und das Gehöft, wenn es das einmal gegeben hat, ist niedergewalzt, begraben, versiegelt unter Straßen und Eigenheimen. Nur in meinem Kopf zieht sich endlos die Mauer aus schwärzlichen Ziegeln, zwischen denen der Mörtel herausbröckelt, hebt sich das Brettertor, an das ich das Gesicht pressen muß, ob nicht hinter dem Geräusch meiner Atemzüge ein Klagen hörbar wird und hinter dem schwachen Geruch nach Karbolineum ein Geruch nach Menschenangst.

Vielleicht sollte ich bei meinem nächsten Besuch ins Archiv gehen und mir ältere Bilder vom Kreuzberg zeigen lassen. Wenn darauf tatsächlich das Gehöft zu sehen wäre, könnte ich fragen, wie es in den fraglichen Jahren genutzt wurde. Wenn es dann hieße, »landwirtschaftlich«, würde ich mich zufrieden geben, obwohl ich das Tor nie offen, nie einen Traktor gesehen oder Laute von Tieren gehört habe. Wenn aber die Auskunft »Notunterkünfte, Sammelstelle, Übergangslager« hieße, oder wie auch immer solche Einrichtungen in Stadtarchiven benannt werden, dann wüßte ich, was ich in Träumen schon weiß. Und was dann?

Günther Anders

Gegen Feierlichkeit

Feierlichkeit ist das Symptom und das Alibi der Philiströsen, der Bürokraten, der puberal Gebliebenen oder schließlich der Re-puberalisierten. Nichts ist unernster als feierliche Musik aus einem wirklich ernsthaften Grunde, an einem wirklich ernsten Platz; als z.B. eine solenne Orchestermusik auf dem Einschlagplatz in Hiroshima — was nicht nur an einem 6. August wirklich geschehen ist, sondern auch gepriesen worden ist, und das sogar von fast allen unseren Alliierten im Kampf gegen die Atomgefahr. —

Wer in einem ernsten Sinne ernst ist, der verachtet alles Feierliche oder haßt es sogar. Vor allem dann, wenn es, wie im Falle »Parsifal«, gekonnt auftritt, gewaltige Ausmaße annimmt, uns »überwältigt« und schließlich uns, die »Überwältigten«, dazu verführt, unser Überwältigtwerden masochistisch zu genießen und sogar gerne dafür zu zahlen.

UNIVERSITÄTS VERLAG KONSTANZ	
	Feminismus
Macht der Frau-Herrschaft des Mannes	
von Harald R. Bilger	
282 Seiten, DM 29,50	
»Die Frau darf ihren weiblichen Bewahrungstrieb nicht mehr nur im stillen Kümmerchen pflegen, sie muß ihm durch die Entwicklung ihrer männlichen Aggressivität Geltung und Anerkennung verschaffen« ... liest man bei Bilger. Mit seinen faszinierenden Gedanken erschließt Bilger interessantes Neuland in der aktuellen Frauenliteratur. Die Zeitschrift »Der Rotarier« schreibt: Fundiertes und von konkreten Erfahrungen gekennzeichnetes Wissen bilden die Grundlage dieses zum Nachdenken anregenden, bemerkenswerten Buches.	
Durch Ihre Buchhandlung	
Universitätsverlag Konstanz GmbH	

Christina Schenk

Experiment Unabhängiger Frauenverband (UFV)

Mit der Konstituierung des Unabhängigen Frauenverbandes am 3. Dezember 1989 in der Berliner »Volksbühne« wurde die Frauenbewegung in der DDR zum ersten Mal öffentlich. Dieses Ereignis war kein Akt aus dem Nichts heraus, wie es vielen scheinen mußte, die zur Opposition in der DDR keinen Kontakt hatten, sondern das zwangsläufige Resultat des zugespitzten Widerspruchs zwischen den Lebensvorstellungen und Verwirklichungsansprüchen von Frauen und der DDR-Realität sowie der durch den gesellschaftlichen Umbruch eröffneten Möglichkeiten, sich zu artikulieren und zu organisieren. Der historische Moment hatte somit seine Wurzeln in den vergangenen und in den gegenwärtigen Prozessen. Frauenbewegtes Engagement war vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche entstanden, da dies der einzige nicht-private Raum war, in dem Offenheit und kritische Analyse praktiziert werden konnten. Die so offensichtliche Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen im Mai 1989 hat weitere Frauen aus unterschiedlichen Zusammenhängen politisch aktiviert. Zum dritten entscheidenden Faktor wurde die Tatsache, daß in den vielen neuen Parteien und BürgerInnenbewegungen, die sich im Herbst vergangenen Jahres gebildet hatten, Frauen zwar sichtbar, aber stark unterrepräsentiert waren. Frauenpolitisches oder gar Feministisches war nicht oder nur ganz vereinzelt zu hören. Die vielen Frauen überall in der DDR, denen bewußt war bzw. die zumindest ahnten, daß Frauen und Männer noch immer nicht als sozial Gleiche in dieser Gesellschaft lebten, sahen bzw. spürten die Gefahr, daß die Emanzipation von Frauen *und* Männern (das eine ist ohne das andere nicht zu haben!) weiter als Nebensache abgehandelt und folglich nicht auf die politische Tagesordnung des gesellschaftlichen Wandels in der DDR kommen würde, wenn sie nicht selbst eine Frauenvereinigung mit feministischem Anspruch organisierten.

Der UFV, der innerhalb kurzer Zeit einen beachtlichen Stellenwert in der politischen Landschaft der DDR erreicht hat, stellt in mehrfacher Hinsicht ein Novum in der langen Geschichte der Frauenbewegung dar. Einige Aspekte haben eine besondere Bedeutung vor dem Hintergrund des spezifischen Umgangs mit der Geschlechterfrage in der DDR einerseits und andererseits der realen Stellung von Frau und Mann in der DDR, andere sind allgemeinerer Natur. Das Experiment UFV besteht darin, Spannungsfelder, die dem generellen Konflikt zwischen Frauenemanzipationsbewegung und den sozialen, ökonomischen sowie sozialpsychologischen Bedingungen patriarchaler Gesellschaften erwachsen und die immer auch das Potential zur Zerstörung des Frauenzusammenschlusses haben, zur Quelle von Entwicklung, Kraft und Einfluß zu machen. Im Folgenden möchte ich den Versuch unternehmen, die wesentlichsten dieser Spannungsfelder zu benennen, die sich sowohl aus dem Wirken des UFV in der Gesellschaft als auch innerhalb des Frauenverbandes ergeben.

Der UFV in der Männergesellschaft DDR

Die Verwirklichung der »Gleichberechtigung von Frau und Mann« war von Anfang an Staatspolitik in der DDR. Zahlreiche Dokumente, Gesetze, Verordnungen, Maßnahmen etc. belegen das. Sie sind jedoch zugleich Zeugnisse eines kleinbürgerlichen und ökonomistisch verkürzten Verständnisses von Frauenemanzipation. Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und eine ökonomisch selbständige Existenz von Frauen vermittelt eigener und qualifizierter Berufstätigkeit galten in den Vorstellungen der »Partei- und Staatsführung« als alleinige und hinreichende Bedingungen für weibliche Emanzipation und die Herstellung sozialer Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Folgerichtig waren in der Vergangenheit, vor allem aber in den fünfziger und sechziger Jahren, große Anstrengungen unternommen worden mit dem Ziel, Frauen den Zugang zu Bildung und Fortbildung zu ebnen (Frauenstudien und -sonderstudien, Frauenförderpläne etc.) und die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit zu sichern. Berufstätigkeit und Mutterschaft sollten keine Alternativen darstellen. Ergebnis dieser Politik war, daß Ende der achtziger Jahre über 90 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter ihr Recht auf Berufstätigkeit wahrnahmen, daß es zwischen Frauen und Männern kaum noch Qualifikationsunterschiede gab, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft gegeben war, wenn auch mit Einschränkungen, bedingt vor allem durch das sich nur langsam und nur ansatzweise verändernde Rollenverhalten von Männern und Frauen, aber auch durch die vergleichsweise lange tägliche Arbeitszeit und die zum DDR-Alltag gehörenden Versorgungsprobleme.

Die im Rahmen des begrenzten Emanzipationsverständnisses der SED-Führung getroffenen Maßnahmen hatten allerdings auch gegenteilige Wirkungen. Dies gilt vor allem für die, die seit Anfang der siebziger Jahre in Kraft gesetzt worden waren. In der »Frauenpolitik« der SED blieb seitdem ein Blickwinkel wirksam, der die Reproduktionsarbeit (Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Familienklima) in erster Linie dem Verantwortungsbereich der Frau zuordnete. Weder die männlichen Maßstabsetzungen noch der auf die Möglichkeiten von Männern bezogene Leistungsbegriff oder gar die subtilen Mechanismen, die während der Sozialisation von Jungen und Mädchen und im weiteren Leben bewirken, daß sich das Geschlechterverhältnis als Macht- und Hierarchieverhältnis immer wieder herstellt, wurden hinterfragt. Die Ursachen und Auswirkungen der noch immer gegebenen geschlechtstypischen Arbeitsteilung, sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf familialer Ebene sowie die Rolle des Mannes in Familie, Beruf und Gesellschaft insgesamt wurden nicht thematisiert und folglich auch nicht analysiert und in der Öffentlichkeit diskutiert. Die soziale Ungleichheit, die unterschiedlichen Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten von Männern und Frauen, die vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen in der Männergesellschaft DDR waren nicht Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins.

Sowohl der von der SED seit Anfang der siebziger Jahre propagierte Mythos von der Realität der Gleichberechtigung als auch die Tatsache, daß Frauen in der DDR in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen (Wirtschaft, Management,

Kultur, Wissenschaft, Politik, Verwaltung etc.) präsent waren, verstellten den Blick der meisten Frauen (und nahezu aller Männer) für die soziale Differenzierung und das Machtgefälle qua Geschlecht. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte hierbei sicher auch, daß es in den Beziehungen zwischen Frau und Mann in der DDR durchaus einen Trend zum partnerschaftlichen Miteinander gegeben hat, der seinen Ursprung darin hatte, daß die traditionell Frauen bzw. Männern zugeordneten Lebensbereiche (Reproduktionsarbeit bzw. Berufsarbeit) nicht mehr voneinander getrennt waren, sondern sich weitgehend überschneiden, was die Aufrechterhaltung von hierarchischen Verhältnissen zumindest erschwerte.

So entstand das wohl DDR-spezifische Phänomen, daß Frauen zwar einerseits über ein zum Teil ausgeprägtes Selbstbewußtsein verfügen und ihre Handlungsspielräume nutzen — beruhend darauf, daß sie weitgehend ökonomisch unabhängig sind und sich das mit eigenem Können erarbeitet haben — andererseits jedoch kaum ein Bewußtsein von den gesellschaftlich bedingten Aspekten ihrer Lage haben. Diese werden individualisiert wahrgenommen, und der patriarchale Kontext bleibt unerkant. Feministisches Bewußtsein, welches die mehr oder weniger radikale Forderung nach grundlegender Veränderung der patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse impliziert, ist die Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund war und ist die Existenz des UFV eine Provokation. Für die einen hatte z.T. langjähriges frauenbewußtes Engagement nun endlich eine institutionalisierte Form bekommen; für andere bedeuteten Programmatik und Politik des UFV, daß das zwar verspürte, aber für sie nicht näher bestimmbar Unbehagen mit ihrer Situation als Frau in der DDR nunmehr einen Namen erhalten hatte; wieder andere hingegen lehnten eine neue Frauenvereinigung ab mit dem Hinweis, sie seien emanzipiert bzw. es gäbe kein »Frauenproblem«. Ganz wenige meinten, gegen die »natürliche Bestimmung« von Mann und Frau sei ohnehin nichts auszurichten, und ein Frauenverband daher sinn- und nutzlos. Trotz des ungeheuren Aufschwungs, den die Frauenbewegung in der DDR seit der Entstehung des UFV genommen hat, ist mit einer »Massenbasis« vorerst nicht zu rechnen. Noch sind nur vergleichsweise wenige Frauen bereit und in der Lage, sich politisch zu engagieren. Von denen, die dies bereits tun, sieht erst ein relativ geringer Teil die Notwendigkeit, sich in feministische Zusammenhänge einzubringen.

Das weitgehend fehlende Problembewußtsein und die durch den Anschluß der DDR an die BRD unausbleibliche Fortexistenz bzw. Rekonstruktion zutiefst patriarchaler Verhältnisse definiert die Betätigungsfelder des UFV. Es müssen Räume geschaffen werden, in denen Kommunikation unterschiedlichster Art zwischen Frauen möglich ist, um die nicht individuelle, sondern gesellschaftliche Bedingtheit vieler Probleme zu thematisieren, zu analysieren und schließlich in politische Handlungsbereitschaft umzusetzen. Im Rahmen der institutionalisierten Arbeit in den Vertretungskörperschaften aller Ebenen muß deutlich gemacht werden, daß Frauen, die eine Gesellschaft einfordern, in der das Geschlecht aufgehört hat, eine Strukturkategorie zu sein, die ungleichwertige Entwicklungs- und Partizipationsmöglichkeiten für Frauen und Männer festlegt, eine Lobby brauchen und daß sie sich diese selbst schaffen müssen.

Feminismus als Gesellschaftskonzept

Begriffe wie Patriarchat und Feminismus waren in der DDR tabuisiert. Oft wurden sie in denunziatorischer Absicht sinnwidrig verwendet und als Produkte westlicher Dekadenz definiert, die für die gesellschaftliche Realität der DDR ohne Wert seien. Der UFV war die erste Organisation in der DDR, die sich öffentlich zum Feminismus bekannt hat und dabei in Kauf nahm, von nicht wenigen von vornherein ins Abseits gestellt zu werden. Im Programm heißt es: »Wir wollen das Wort Feminismus von Vorurteilen freimachen. Feminismus steht für Interessenwahrnehmung und -vertretung von Frauen. Feministische Sicht betrachtet gesellschaftliche Verhältnisse unter dem Aspekt der Stellung des weiblichen Geschlechtes. Feministische Politik zielt darauf, Geschlechterverhältnisse als Rang- und Machtverhältnisse aufzuheben.« Dieses Selbstverständnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in der Vergangenheit erzwungene Abkopplung vom internationalen Diskurs zur Geschlechterfrage nicht ohne Folgen für den Erkenntnisstand und das Niveau der Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern sowie für die Konsequenz, mit der frauenpolitische Zielstellungen jetzt formuliert werden, geblieben ist. Andererseits hat die DDR-Frauenbewegung eigenständige Ansätze entwickelt und realisiert — vor allem hinsichtlich der Organisationsform und Arbeitsweise des Zusammenschlusses sowie der Politik im institutionalisierten Rahmen auf der kommunalen, regionalen und nationalen Ebene (Runde Tische). Die Situation von Frauen in der DDR war bzw. ist noch wesentlich bestimmt durch das zwar ebenfalls patriarchale, aber dennoch andere Gesellschaftssystem. Der mentale, sozialpsychologische und theoretische Hintergrund ist aufgrund dessen ebenfalls ein anderer. Hieraus leitet sich die Notwendigkeit ab, die eigene Lage selbst zu analysieren und Strategien zu suchen, um diese zu verändern. Dies wird mit dem Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands nicht hinfällig, denn die beiden Teile des Landes werden auf lange Sicht in vielerlei Hinsicht sehr verschiedenartig bleiben.

Da die herkömmlichen Rollenzuschreibungen noch immer assoziativ funktionieren, läuft ein Frauenverband stets Gefahr, dem Bereich »Soziales« zugeordnet zu werden und ist so der Unterstellung ausgesetzt, partikuläre und in den gegebenen gesellschaftlichen Kontext einordnungsfähige Interessen zu vertreten, oder aber er wird der Männerfeindlichkeit bezichtigt. Der UFV steht daher beständig vor der Aufgabe, sich diesem dualistischen Bild zu entziehen und deutlich zu machen, daß Feminismus im Verständnis der UFV-Frauen Patriarchatskritik und alternatives Gesellschaftskonzept in einem ist. Der innere Zusammenhang zwischen den nachfolgend genannten zentralen Aspekten dieser Auffassung darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Es geht um:

- die Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft im Sinne der Herstellung gleicher Chancen zur Verwirklichung selbstbestimmter Lebensentwürfe, was die Infragestellung geltender Maßstäbe und Wertsetzungen notwendig einschließt;
- Die Akzeptanz der Gleichwertigkeit aller Lebensformen, die niemandes Selbstbestimmungsrecht verletzen;

- Die Schaffung der Bedingungen für eine multikulturelle Gesellschaft;
- die Beendigung der militärischen Konfrontation und jeglicher Versuche, Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, drastische und komplexe Abrüstung und die Schaffung einer weltweiten Sicherheitspartnerschaft;
- die Realisierung einer Form von menschlicher Gesellschaft, die im Gegensatz zu den gegenwärtig existierenden ohne die Ausbeutung der sogenannten 3. Welt und ohne die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auskommt.

Jede Einengung des Patriarchatsbegriffs, die die gesamte Dimension und die Komplexität patriarchaler Mechanismen und Strukturen außer acht läßt, widerspricht dem Anspruch, ein tatsächlich alternatives Gesellschaftskonzept zu verfolgen. Gegenwärtig konzentriert sich die Arbeit des UFV auf den erstgenannten Punkt, was angesichts der kurzen Zeit, die seit der Gründung des Verbandes vergangen ist und vor allem angesichts der gegenwärtig von den Regierenden in beiden deutschen Staaten so intensiv betriebenen Einverleibung der DDR in die BRD mit ihren negativen Folgen für Frauen kaum anders sein kann. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, über diese Fragen im Frauenverband zu diskutieren.

Der Sieg der Konservativen bei der Wahl zur Volkskammer der DDR im März 1990 hat die Situation drastisch verändert. Die Vorstellung von der Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse unter feministischen Schwerpunktsetzungen ist nunmehr obsolet. Die Frauen im UFV sind wieder in der Opposition. Die Überlegungen, die jetzt angestellt werden müssen, unterscheiden sich von denen des Herbstes 1989: Inwieweit kann im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft bundesdeutscher Art, in der ökonomistischer Pragmatismus Priorität hat vor bewußter Gesellschaftsgestaltung, die von den Bedürfnissen des Menschen (Männer und Frauen) und von den Existenzbedingungen der Ökosphäre ausgeht, das Geschlechterverhältnis als soziales, kulturelles, ökonomisches und sozialpsychologisches Problem überhaupt in Frage gestellt und verändert werden? Welche Strategien sind für die Frauen möglich und erfolgversprechend? Und weiter: Die Welt steht vor globalen Problemen, deren Lösung zur Bedingung für die weitere Existenz der Menschheit geworden sind. Die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen ist teilweise bereits auf irreversible Weise vorangeschritten; die sozialen Differenzierungen haben sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen ein Maß erreicht, das ein kaum beherrschbares Konfliktpotential darstellt; noch immer ist ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen, welches die immanente Fähigkeit zur Lösung der Geschlechterfrage und der Frage der multikulturellen Koexistenz hätte, nirgendwo realisiert. Die Grenzen der bisherigen Entwicklungslogik sind gegen Ende dieses Jahrhunderts unübersehbar geworden. Weder Kapitalismus jeglicher, noch Sozialismus bisheriger Art haben sich fähig gezeigt, diesen Herausforderungen adäquat zu begegnen. Alternativen sind dringend erforderlich. Auch im Frauenverband müssen Utopien entworfen und diskutiert werden. Die daran notwendigerweise geknüpften Theoriebildungsprozesse bringen die Gefahr der Aufspaltung mit sich, wenn auf andere Ansätze mit Ab- und Ausgrenzung reagiert wird. Hinzu kommt, daß nach bisheriger Erfahrung — gerade in der BRD — diejenigen, die Kapitalismuskritik

zu ihrem politischen Credo gemacht haben, sehr schnell des Linksextremismus bzw. der Sympathie für terroristische Methoden verdächtigt werden. Beides kann auf längere Sicht zur Zerreißprobe für den UVF werden. Es gilt, eine Kultur des politischen Streits im Verband zu schaffen bzw. zu bewahren, die mittels Konsensfindung die politische Handlungsfähigkeit erhält.

Frauen in männerdominierten Politikformen und -strukturen

Die Mitarbeit von Frauen in Parteien und BrgerInnenbewegungen, in denen ausnahmslos Männer tonangebend sind, erfordert einen unverhältnismäßigen Kraftaufwand. Ein tieferes Verständnis der mit der Geschlechterfrage zusammenhängenden Problematik ist bislang nicht oder nur ansatzweise vorhanden, daher sind in der Regel wenig fruchtbringende Auseinandersetzungen, getragen von Ignoranz und Unkenntnis, unausbleiblich. Dies und die Bindung an die jeweilige Parteilinie, in der ohne Ausnahme die »Frauenfrage« ein Punkt unter vielen ist und damit de facto nicht begriffen worden ist, verringern die Chancen erheblich, nach außen hin feministische Ansätze und Ziele deutlich zu machen. Frauen brauchen zudem die wenigstens zeitweilige Abwesenheit männlicher Dominanz, wenn sie zu ihren eigenen Fragen und Antworten kommen wollen, wenn es um die konsequente Analyse und Kritik patriarchaler Strukturen und Mechanismen sowie um die Entwicklung von selbstbestimmten Alternativen geht. Die effektivste Form für feministische Politik ist ein eigenständiger Frauenverband.

Eine weitere Rahmenbedingung für den Zusammenhalt des frauenpolitischen Zusammenschlusses sind basisdemokratische Organisationsformen und Arbeitsweisen, die jeder Frau die Gewähr und die individuell erfahrbare Gewißheit bieten, sich einbringen zu können. Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit sind eine klare politische Standortbestimmung des Verbandes, so daß in wesentlichen Zielstellungen von überregionaler Bedeutung ein Grundkonsens zwischen den Mitgliederinnen gefunden werden kann, sowie ein verantwortungsbewußter Umgang miteinander, da ein unmittelbarer Zwang fehlt. Bis jetzt gelang das.

Der UVF hat in Programm und Statut den Anspruch formuliert, sowohl auf der Ebene der regionalen und autonomen Frauengruppen und -projekte als auch in den kommunalen, regionalen und nationalen Vertretungskörperschaften wirksam zu werden. Ihre »Feuertaufe« hatte die Arbeit im Rahmen institutionalisierter Politik in der Beteiligung an den Runden Tischen auf allen Ebenen in der Zeit vom Dezember '89 bis zu den Vlkskammerwahlen im März bzw. bis zu den Kommunalwahlen im Mai '90. Diese Phase hat u.a. in zweierlei Hinsicht wesentliche Erfahrungen vermittelt:

— Männer machen in der Regel auf eine Art und Weise Politik, die es für Frauen sehr schwer macht, sich in diesem Klima zu behaupten. Selbstdarstellungen, Profilierungsbedrfnisse, Ellenbogenmentalitt, Machtstreben, parteipolitisches Taktieren sowie sexistische Verhaltensweisen spielen in männlich dominierter Politik eine große Rolle. Im Gegensatz dazu war die Arbeit in der Arbeitsgruppe des Runden Tisches auf Regierungsebene für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft, in die bezeichnenderweise ausschließlich

Frauen delegiert worden waren, durch weitestgehende Konsensfähigkeit gekennzeichnet und durch eine Art des Umgangs miteinander, die als empathisch, problembezogen und sachlich bezeichnet werden kann. Es bleibt zu prüfen, ob dies ein DDR-Spezifikum ist — zurückführbar etwa auf die noch nicht erfolgte Ausdifferenzierung frauenpolitischer Ansätze — oder ob diese Erfahrung in bestimmtem Maße verallgemeinerungsfähig ist und die Basis sein kann für eine künftige partei- und organisationsübergreifende, wenigstens punktuelle Zusammenarbeit von Frauen.

— Das Zeitmaß politischer Entwicklungen und die entsprechenden Handlungserfordernisse kollidieren mit basisdemokratischen Prinzipien bei der Entscheidungsfindung innerhalb des UFV. Es mußten Kompromisse gefunden werden, bei denen einerseits basisdemokratische Formen weitestgehend erhalten bleiben und andererseits ein Agieren in der institutionalisierten Politik möglich ist. So mußte beispielsweise ein ursprünglich nicht vorgesehener Rat der Sprecherinnen des UFV gebildet werden, der befugt wurde, Entscheidungen im Namen des Verbandes dann zu treffen, wenn die Zeit nicht mehr ausreicht, um eine Zusammenkunft des Frauenkongresses oder des Landeskoordinierungsrates zu organisieren. Kompromisse dieser Art können dazu führen, daß sich der UFV zu einer Partei entwickelt, zu einer Vereinigung mit hierarchischen Strukturen also, die einen Vorstand von hauptamtlich tätigen FunktionärInnen mit dem Recht der Beschlußfassung hat. Hier ist kritische Reflexion nötig.

Konvergenz und Divergenz innerhalb des UFV — »Projektfrauen« und »Politikfrauen«

Der UFV hat von Anfang an die Verknüpfung der politischen Arbeit im Rahmen der autonomen Gruppen und Projekte einerseits und der politischen Institutionen andererseits als Bedingung für gesellschaftliche Wirksamkeit angesehen. In der euphorischen Phase des Aufbruchs im Herbst '89 und auch noch im Frühjahr '90, als das Gefühl da war, zum ersten Mal in der Weltgeschichte vielleicht wirklich so etwas wie die Gestaltung einer feministischen Gesellschaft beginnen zu können, lag der Schwerpunkt der Arbeit des UFV in der Teilhabe an der Politik im Rahmen der Runden Tische auf allen Ebenen. Frauengruppen waren zum großen Teil erst im Entstehen, die Projektarbeit noch in den Anfängen. Kommunikationsprobleme oder gar eine Trennung zwischen »Projektfrauen« einerseits und »Politikfrauen« andererseits gab es nicht oder kaum. Die Aktivitäten in den beiden Bereichen entwickelten sich in engem Zusammenhang zueinander. Die Wahl zur Volkskammer der DDR im März 1990 wurde dann in gewisser Weise zu einer Zäsur. Die Enttäuschung über den in dieser Höhe nicht erwarteten Sieg der Konservativen war groß. Die Aussichten auf eine grundlegende Verbesserung der Situation von Frauen verschlechterten sich vor allem in Anbetracht der nunmehr unausweichlich gewordenen Vereinigung beider deutscher Staaten drastisch. Von nun an ging es vor allem um Schadensbegrenzung und nicht mehr um feministische Perspektiven in gesamtgesellschaftlichem Maßstab. Hinzu kam noch, daß die Grüne Partei der DDR, mit der der UFV zu den Volkskammerwahlen eine Listenverbindung eingegangen war, dem UFV den ihm entsprechend den im

Vorfeld geführten Bündnisverhandlungen zustehenden Anteil an den errungenen Mandaten vorenthielt. Erste Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Mitwirkung am »Politpoker« wurden im Verband geäußert und diskutiert. Der immense Kraftaufwand, der von den Frauen in der Zeit vor den Wahlen aufgebracht worden war, hatte sich nicht in einen unmittelbaren Erfolg umsetzen lassen. Der UFV war im Parlament der DDR nicht vertreten. Notwendigerweise verlagerte sich der Schwerpunkt der Aktivitäten jetzt auf die kommunale Ebene: Engagement an den hier noch weiterbestehenden Runden Tischen und projektbezogene Arbeit. Die Tätigkeit in diesen beiden Bereichen wurde intensiver sowie zeit- und kraftaufwendiger. Daraus ergaben sich nunmehr relativ getrennte Arbeitsebenen und auch unterschiedliche Arbeitsweisen für die im jeweiligen Bereich aktiven Frauen. Dies brachte die Gefahr der Entfremdung voneinander und des Verlusts der Kommunikationsfähigkeit mit sich.

Die Frauen, die sich ausschließlich oder vorrangig in den autonomen Frauengruppen bzw. -projekten engagieren, sehen zuweilen ihr Anliegen gefährdet durch Kompromisse, zu denen sich die Frauen, die in den politischen Institutionen der Gesellschaft arbeiten, gezwungen sehen und deren Hintergrund nicht immer sofort und restlos transparent gemacht werden kann. Latent sind auch Befürchtungen vorhanden, daß der Zugang zu Macht, Ansehen und Geld die »Politikfrauen« korrumpieren könnte bzw. daß sie durch den Zwang, unter Männern und in patriarchalen Strukturen bestehen zu müssen, negative Persönlichkeitsveränderungen erfahren. Durch die z.T. enorme zeitliche Belastung der »Politikfrauen« nimmt die Kontakthäufigkeit ab, die Gelegenheiten für Gespräche und Diskussionen werden seltener, Rückkoppelungs- und auch Kontrollmöglichkeiten durch die »Basis« werden geringer.

Die Frauen, die sich ausschließlich oder vorrangig in der institutionalisierten Politik engagieren, beklagen ihrerseits oftmals einen Mangel an Verständnis seitens der anderen Frauen für ihre Tätigkeit und auch für das nun notwendigerweise nachlassende Interesse für die Projektarbeit im allgemeinen bzw. für die Gruppe, aus der sie kommen.

Zusammenhalt und Erfolg des UFV werden sehr wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, die Verbindung zwischen den Frauen, die in den verschiedenen Bereichen aktiv sind, immer wieder neu herzustellen.

Lesben und Nicht-Lesben

Lesbische Frauen haben an der Entstehung und an der Arbeit des UFV einen außerordentlichen Anteil. Bereits auf der konstituierenden Versammlung, zu der Frauen aus allen Teilen der DDR gekommen waren, hatten sich Lesbengruppen und Lesben aus »gemischten« Gruppen, in denen Lesben und Schwule tätig sind, zu Wort gemeldet. Ihr Anspruch, gleichberechtigt mitzunutzen zu wollen, wurde ebenso akzeptiert wie der der anderen Frauengruppen. Ohne Diskussion, was nach den langen Jahren der Tabuisierung und des Verschweigens ein bemerkenswerter und durchaus nicht selbstverständlicher Umstand ist.

Im Programm des UFV heißt es: »Es geht um eine moderne Kulturgesellschaft, in der jede Frau und jeder Mann die ihr/ihm entsprechende eigene

Lebensweise ausprägen kann — ohne Ausgrenzung und Benachteiligung auf Grund des Geschlechts, der Herkunft, der Nationalität, der geschlechtlichen Orientierung.« Die Akzeptanz aller Lebensformen, die niemandes Selbstbestimmungsrecht verletzen, und die Aufhebung des Geschlechterverhältnisses als Machtverhältnis gehören zu den zentralen Zielvorstellungen des UFV. Am Runden Tisch und in dessen Arbeitsgruppen gelang es den UFV-Frauen, ein Diskriminierungsverbot bezüglich der »sexuellen Orientierung« in einigen grundlegenden Gesetzesentwürfen zu verankern — so im Entwurf für eine neue Verfassung der DDR (Art. 1 und Art. 22), im Parteiengesetz (§ 3 [2]), im Vereinigungsgesetz (§ 2 [2]) und im Wahlgesetz (§ 8 [2]). In den Grundsatzpapieren der Arbeitsgruppen »Gleichstellung von Frau und Mann« und »Bildung, Erziehung, Jugend« war die Wertgleichheit aller Lebensformen, unabhängig von der »sexuellen Orientierung«, ausdrücklich erwähnt und die »Achtung vor der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Nationalität, sozialer und familialer Herkunft, kultureller, politischer und religiöser Identität ...« als Notwendigkeit formuliert worden. Es saßen nicht nur Lesben für den UFV am Runden Tisch und in dessen Arbeitsgruppen — der programmatische Ansatz des UFV in der Lebensformenpolitik ist auch von den nichtlesbischen Frauen mit Vehemenz in den Verhandlungen vertreten worden. Für einen »Lesben-Hetera-Konflikt«, wie er in der westlichen Frauenbewegung inzwischen eine nicht unerhebliche Rolle spielt, gab es keinerlei Anzeichen.

Vor geraumer Zeit hatten sich Vertreterinnen von mehreren Lesbengruppen erstmals nach den Wirrnissen der Umwälzungen wieder getroffen, um Notwendigkeiten und Chancen für das Wiederherstellen alter Verbindungen aus der Zeit vor der »Wende« zu erörtern und um Möglichkeiten zu erkunden, als Lesben im UFV sichtbar zu werden. Es wurde beschlossen, eine Erklärung an die übrigen Frauen im UFV zu richten, in der sie darlegten, daß Lesbisch-Sein für sie ein zentraler Aspekt ihres frauenbezogenen Engagements ist, und in der sie auf die Rolle lesbischer Frauen im UFV hinwiesen und die Unterstützung künftiger lesbisch-politischer Forderungen durch die übrigen UFV-Frauen einforderten. Sie verlangten außerdem, daß »bei entsprechenden Gelegenheiten und Anlässen gemäß dem Anteil der Lesben im UFV an Aufbau, Arbeit und Wirkung des Verbandes ihre Existenz und ihre Rolle nicht verschwiegen bzw. 'vergessen' werden«. Es wurde beantragt, »daß gemäß der Dimension des Problems, als lesbische Frau in einer heterosexualisierten, patriarchalen Gesellschaft zu leben, eine der Sprecherinnen des UFV von den lesbischen Frauen im Verband autorisiert werden kann, zur Lebenssituation lesbischer Frauen im Gebiet der heutigen DDR Auskunft zu geben«. Diese Erklärung ist im Verband ohne Diskussion akzeptiert worden. Das heißt nicht, daß nicht hier und da in einzelnen Frauengruppen auch Probleme aufgetaucht wären — diese konnten jedoch bis jetzt stets in geduldgigen Gesprächen ausgeräumt werden. Eine Frontenbildung oder gar Separierung gibt es bislang nicht.

Ganz offensichtlich wird eine Ab- oder Ausgrenzung von beiden Seiten nicht als notwendig empfunden. Separatismus entspringt in der Regel entweder der Abwehr bedrohlich empfundener Zusammenhänge zum Zwecke des Selbstschutzes,

dem Versuch der Re-Konstruktion beschädigter Identität, dem Gefühl bzw. dem Erleben von Zurückweisung oder aber auch der antizipierten Gefährdung des »Gesamtanliegens« durch die Sichtbarkeit von Frauen, deren Lebensweise gesellschaftlichen Normen widerspricht. Es stellt sich die Frage, worin diesbezüglich der Unterschied in der Situation oder in der sozialpsychischen Verfaßtheit von Frauen in der DDR einerseits und in der BRD andererseits liegt. So ist z.B. denkbar, daß die Schärfe und Brisanz des Problems von den Nicht-Lesben noch nicht erkannt worden ist bzw. von den Lesben noch nicht hinreichend deutlich artikuliert werden konnte. Ebenso kann es sein, daß die Tatsache eine Rolle spielt, daß in der DDR solidarisches Denken verbreitet war — bedingt durch eine Erziehung und Propaganda, in der Kollektivität ein hoher Wert beigemessen wurde, und nicht zuletzt durch die relative Geringfügigkeit sozialer Unterschiede (wenn man von der SED-Bürokratie und dem übrigen »Blockparteien«-Filz absieht). Bis jetzt ist auch die Befürchtung, daß das Engagement lesbischer Frauen dem Verband in den Augen der Öffentlichkeit schaden bzw. ihn selbst sogar gefährden könnte, im UFV nicht geäußert worden. Dies könnte sich ändern, wenn konservative Politik auch auf dem Gebiet der jetzigen DDR bestimmend bliebe. Dies wäre untrennbar verbunden mit der Absicht und dem Versuch der »Christianisierung« des östlichen Teils Deutschlands und einer verstärkten Heterosexualisierung der Gesellschaft. Die herkömmlichen Rollenzuschreibungen würden wieder das Frauen- und Familienbild dominieren. Das Aufkommen einer rigiden und auch staatlich sanktionierten Antihomosexualität (mit ihren spezifischen Formen gegenüber Lesben und gegenüber Schwulen) wäre die Folge. Dies kann u.a. dazu führen, daß Lesbengruppen bzw. Frauengruppen, in denen Lesben aktiv sind, keine Unterstützung erfahren bzw. sogar in ihren Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Unter solchen Bedingungen kann es zur Existenzfrage für den UFV werden, in welchem Maße es gelingt, Versuchen und Tendenzen der Entsolidarisierung entgegenzuwirken.

Die »Männerfrage«

Laut Statut können Männer nicht Mitglieder des UFV werden, jedoch steht es jeder Frauengruppe frei, mit Männern zusammenzuarbeiten oder dies auszuschließen. Die Anwesenheit von Männern bei UFV-Versammlungen ist allerdings von Anfang an ein Streitpunkt gewesen. Diese Frage ist bis jetzt nicht ausdiskutiert, sie scheint im Verband die brisanteste überhaupt zu sein — so gegensätzlich sind die Meinungen, so affektiv und emotional aufgeladen ist die Debatte darüber. Dabei ist deutlich geworden, daß die ausgeprägte Unterschiedlichkeit der Erfahrungen der Frauen Hintergrund des Dissenses ist.

Frauen, die längere Zeit in Frauengruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche aktiv waren, hatten die Erfahrung machen können, daß Frauen sich in männerfreien Räumen anders verhalten als sonst, daß sie über andere Themen sprechen, daß der Umgang miteinander ein anderer ist und auch, daß bereits die Anwesenheit nur weniger Männer die Atmosphäre spürbar verändert. Die Lesben aus den Gruppen, die sich aus der ursprünglich gemeinsamen Arbeit mit Schwulen zurückgezogen haben und nun eigenständige Ansätze verfolgen, sind

in der »Männerfrage« häufig die konsequenteren. Das Bewußtsein ihrer doppelten Unterdrückung sowie ihre Unabhängigkeit von Männern sowohl in materieller als auch in emotionaler Hinsicht, die sie unberührt läßt von den korrumpierenden Wirkungen einer Frau-Mann-Beziehung, versetzen lesbische Frauen eher in die Lage, das Problem mit Klarheit und Schärfe zu sehen.

Frauen, die diesen Hintergrund nicht hatten bzw. deren Partner ihr politisches Engagement dadurch unterstützten, daß sie in verstärktem Maße die Aufgaben bei der Kinderbetreuung und im Haushalt übernahmen, reagieren oft mit Unverständnis auf die Forderung nach Ausschluß der Männer von den UFV-Zusammenkünften. Gleichwohl sagen auch sie oft, daß es »angenehm« ist, eine Zeitlang ausschließlich unter Frauen zu sein. Inwieweit diese Wahrnehmung eine kognitive Umsetzung erfährt, wird abhängig sein von der Sensibilität gegenüber den tagtäglich erlebbaren Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern bzw. von der Bereitschaft, diese als gesellschaftliche Realität wahrzunehmen. Ein gelassenes Verhältnis zur »Männerfrage« haben nur wenige Frauen. Die Heftigkeit der Debatte in diesem Punkt läßt darauf schließen, wie sehr dieses Problem Frauen berührt, wie tief die Verletzungen sind oder die Trennungsängste und wie wenig im Grunde der Kern des Problems erkannt und aufgearbeitet worden ist.

Der Anschluß der DDR an die BRD wird zu patriarchalen Verhältnissen ganz anderer Dimension führen, als sie den DDR-Frauen bis jetzt gegenwärtig waren. Männliche Leistungsfähigkeit ist wieder in erster Linie gefragt, Frauen und Männer werden sich nunmehr als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt begegnen, Sexismus wird alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen. Frauen werden zur Manövriermasse im Rahmen vermeintlicher wirtschaftlicher Notwendigkeiten und damit in die zweite Reihe gestellt. Dieser drastische Wandel in historisch kurzer Zeit kann den Erkenntnisprozeß über Wesen und Form des Patriarchats bundesdeutscher und bald gesamtdeutscher Art zumindest bei frauenbewegten Frauen in der Ex-DDR sehr beschleunigen. Es bleibt zu hoffen, daß daraus nicht Resignation, sondern eine Fortsetzung des politischen Aufbruchs von Frauen entsteht.

Abschließend bleibt festzustellen: Der UFV ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Vom Gelingen derartiger Experimente — überall in der Welt — wird jedoch abhängen, ob die Menschheit eine Chance hat, die komplexe Zerstörung der Welt durch patriarchale Mechanismen und Strukturen zu überleben.



Hattinger Forum

**ROSA LUXEMBURG
IM WIDERSTREIT**

160 Seiten, 10 Abb., br.,
DM 19,80, ISBN 3-924800-48-0

Die Umwälzungen der »Novemberrevolution« im Jahre 1918 waren für das Schicksal Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Eine zentrale Rolle spielte Rosa Luxemburg als eine streitbare und umstrittene Persönlichkeit.

»Rosa Luxemburg im Widerspruch« dokumentiert die Diskussionen zu Leben und Werk der Politikerin auf dem »Hattinger Forum«. Es diskutierten Johannes Agnoli, Peter Glotz, Helga Grebing, Arno Klönne, Annelies Laschitzka, Susanne Miller, Manfred Scherrer, Dirk Müller, Peter Christian Witt u.a.

Hortense Hörburger
**EUROPAS FRAUEN
FORDERN MEHR**

Die soziale Dimension des
EG-Binnenmarktes am
Beispiel der spezifischen
Auswirkungen auf Frauen

1990, 160 Seiten, br.,
DM 19,80, ISBN 3-924800-85-5



Viele Hoffnungen richten sich auf den 31. Dezember 1992, wenn in Europa die wirtschaftlichen Grenzen fallen werden. Können sich darüber auch die Frauen freuen? Bisher steht die gestiegene Rate von Frauenerwerbstätigkeit in Europa im krassen Mißverhältnis zur Berücksichtigung der besonderen Arbeits- und Lebenssituation von Frauen.

Hortense Hörburger untersucht, wie in den europäischen Ländern Fraueninteressen berücksichtigt werden und wie sich die EG-Richtlinien dazu verhalten.



Schüren
Presseverlag
3550 Marburg

Bezug
durch den
Buchhandel

Hanna Behrend

Die Hypertrophie des Vergangenen

Aufbruch und Elend der DDR-Frauen

Die Mehrzahl der Frauen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone unternahm nach dem Krieg schier übermenschliche Anstrengungen, um in den Großstädten ihre im Krieg beschädigten Wohnungen notdürftig winterfest und damit bewohnbar zu machen und mit Hilfe geklauter Schwellen oder Briketts zu beheizen; da sie und ihre Kinder allein von der Hungerkarte für die »sonstige« Bevölkerung nicht satt werden konnten, versuchten sie, sich dadurch am Leben zu halten, daß sie, so oft sie konnten, die lebensgefährlichen Hamsterfahrten auf den Dächern oder Puffern der heruntergewirtschafteten Eisenbahnwaggons unternahmen und ihre letzten Kostbarkeiten oder den Schnaps auf Karte an die Bauern gegen Lebensmittel eintauschten. Als die Aufräumungsarbeiten in den zerbombten Städten begannen, meldeten sich junge Mütter und ältere Frauen scharenweise als Trümmerfrauen, weil es dafür die Schwerarbeiterkarte gab, mit der man eher durchkam. Diese und die vielen anderen berufstätigen Frauen warteten mit mehr oder weniger Hoffnung auf die Rückkehr des Mannes oder eines Mannes, der ihnen die fast unerträgliche Last des Überlebenskampfes unter diesen Bedingungen abnehmen oder ihn wenigstens mit ihnen teilen würde. Die meisten Frauen wollten damals eigentlich nur so lange berufstätig sein, bis die finanziellen Möglichkeiten es ihnen gestatteten, sich ins Hausfrauen- und Mütterdasein zurückzuziehen.

Eine relativ kleine Anzahl politisch oder gewerkschaftlich organisierter oder jugendbewegter Frauen (in unserem heutigen Sinne »frauenbewegte« gab es damals noch nicht) wollte allerdings nicht einmal dann an den Herd zurückkehren, wenn sie einen gesunden, arbeitsfähigen und ausreichend verdienenden Mann hatte. Sie wollten wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung in einem Beruf. Sie waren bereit, sich beruflich zu qualifizieren; sie forderten Zugang zu allen, Frauen bisher nicht oder wenig zugänglichen Berufen, einige, für die das vor 1945 nicht möglich gewesen wäre, wollten studieren. Daher forderten sie den zügigen Ausbau von kommunalen und betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen und unterstützten die SED, die in den ersten Jahrzehnten hinter diesen Forderungen stand. Frauenreferate wurden auf allen Ebenen der Parteihierarchie eingerichtet; in Wohn- und Betriebsgruppen gab es Frauenleiterinnen, deren Aufgabe die Einbeziehung von Frauen in die Arbeit der Partei war. In den Betrieben entstanden Frauenausschüsse, die, oft mit Unterstützung der SED-Parteileitungen, nachdrücklich Frauenförderung im Beruf und den Ausbau sozialer Einrichtungen, d.h. Kinderkrippen und -gärten, Wäscherien, Betriebsverkaufseinrichtungen, Kantinen usw. forderten und durchsetzten.

So gab es zwischen der herrschenden Partei und den emanzipationshungrigen Frauen über viele Jahre einen bedeutsamen Grundkonsens. Für diese Frauen war »die Partei« trotz deren von Anbeginn an erkennbarem Festhalten an

patriarchalischen Strukturen der Garant ihrer Selbstverwirklichung im Beruf, weil durch die o.g. Einrichtungen ihre Berufstätigkeit überhaupt erst in dem in der Welt einmaligen Umfang ermöglicht wurde. Der relativ hohe Prozentsatz von DDR-Frauen, die bis heute sozialistische oder zumindest solidarische Gesellschaftsvorstellungen vertreten, ist sicherlich auf diese Tatsache zurückzuführen.

Zunächst standen Frauen, und nicht nur den ganz jungen, alle beruflichen Wege offen. Die Zahl der Studentinnen erreichte bald nach der Gründung der DDR ca. 50 Prozent der Studierenden. Aber auch Frauen, die in Großbetrieben arbeiteten, wurden Aufstiegschancen angeboten. Auf den unteren, gelegentlich auch den mittleren Ebenen der Kommunalverwaltungen, der Gewerkschaftsverbände und gelegentlich auch des Parteiapparats sowie in anderen »Massenorganisationen« spielten Frauen eine wesentliche Rolle. Frauen in großer Anzahl wurden Neulehrerinnen, Volksrichterinnen und LPG-Vorsitzende. Sie wurden Ärztinnen und Kulturhausleiterinnen, leiteten Verkaufsstellen und Arbeitsbrigaden, avancierten zu Schuldirektorinnen und Bürgermeisterinnen. Seltener wurden sie Chefärztinnen, Betriebs- oder später gar Kombinatdirektorinnen. Ministerinnen gab es in vierzig Jahren nur drei (Hilde Benjamin, Margarete Wittkowski und Margot Honecker); es gab eine Staatsbankdirektorin (Greta Kuckoff), aber keine Parteisekretärin über der Kreisebene.

In den fünfziger und selbst in den sechziger Jahren erschien einer großen Anzahl von Frauen ihre Emanzipation als ein Teil des sozialistischen Aufbaus. Es wäre nur eine Frage der Zeit, meinten sie, ehe die *völlige* Gleichberechtigung erzielt sein würde. Frauen hätten bereits berufliche Chancengleichheit, sie müßten sie nur in Anspruch nehmen. Anders als im Kapitalismus gäbe es in der DDR mit ihren ständig verbesserten sozialen Errungenschaften keinerlei prinzipielle Hindernisse zu ihrer vollen Selbstverwirklichung im Beruf bei gleichzeitiger Ehe und Mutterschaft. Die Ehe sah man als frei gewählte Partnerschaft zweier gleichberechtigter Personen, die sich die Erziehung bewußt gezeugter und geborener Wunschkinder teilten.

1972, als das Recht auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch und Verhütungsmittel von der Volkskammer angenommen wurde, war das meiner Kenntnis nach der einzige legislative Akt dieses Hauses vor der Wende, der gegen die Stimmen eines knappen Dutzends von CDU- und LDPD-Abgeordneten, und insbesondere gegen den Widerstand aus den Kreisen kirchlicher Würdenträger, und nicht einstimmig, angenommen wurde. Davor waren Frauen in der DDR wie in allen Ostblockstaaten und damals auch in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder kriminalisiert worden, wenn sie einen Abbruch vornehmen ließen. Die großen Erfolge der westlichen feministischen Bewegungen hatten gerade erst begonnen, als die Fristenlösung in der DDR von der SED durchgesetzt wurde. Zweifellos war sie auch durch ökonomische Notwendigkeiten motiviert, was aber nichts daran ändert, daß die DDR mit diesem Parlamentsakt eine der fortschrittlichsten Gesetzgebungen bezüglich der Frauenrechte erhielt.

Prinzipiell stand die Ehe jedenfalls der Erfüllung im selbstgewählten Beruf nicht entgegen. Im Kollektiv gleichberechtigter Produzenten spielte deren Geschlecht keine diskriminierende Rolle. Das war die Vision, der sich damals viele Frauen verschrieben hatten und die sie als fast verwirklicht ansahen.

In zahlreichen Maßnahmen wie dem Haushaltstag für Frauen, den Frauenförderungsplänen, dem billigen Betriebs- und Schulessen, dem Ausbau von Kindertagesstätten und -wochenheimen, der Lieferung von Lebensmitteln ins Haus und Wäschereihausdiensten und anderen, wenngleich zögerlich eingeführten und immer unzureichenden Dienstleistungen sahen diese Frauen eine kontinuierliche Politik zur Verwirklichung der Frauenemanzipation. Sie nahmen die riesige Doppelbelastung auf sich, die das androgyne ihren »Mann-Stehen« im Beruf und ihre »Frau-Stehen« in der Sorge um Haushalt, Mann und Kinder bedeutete, in der Überzeugung, die Verbesserung der Dienstleistungen, der Versorgung und der Arbeitsbedingungen, die Verkürzung der Arbeitszeit würden infolge der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität und damit des Volkswohls bald erfolgen, ja unaufhaltsam sein. An diesen Vorstellungen, für die im ersten Nachkriegsjahrzehnt einiges zu sprechen schien, die dann aber immer illusionärer wurden, hielten Frauen unterschiedlich lange fest. Die »Aktivistinnen der ersten Stunde«, also Frauen der Jahrgänge 1900 bis 1930, verloren ihre Illusionen vielfach am spätesten. Jahrgänge, die nach 1955 und insbesondere nach 1965 ins Berufsleben eintraten, standen der angeblich bereits vollzogenen Gleichberechtigung mit zunehmend zwiespältigen Gefühlen gegenüber. Das hatte mit der wachsenden Zurücknahme der Chancengleichheit für Frauen durch die Partei- und Staatsführung zu tun. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich infolge des zentralistischen, Initiative tötenden, autoritativen und hierarchischen Systems immer schleppender und schließlich stagnierte sie gänzlich. Die mangelnde Arbeitsintensität, verstärkt durch inkompetente Planung und Leitung der Arbeitsprozesse, mangelnde Rohstoff- und Know-how-Versorgung u.ä.m. wurde nun durch Extensivierung des Produktionsprozesses »ausgeglichen«. Überstunden, Sonntagsarbeit, wenn endlich Material eintraf, endlose Arbeitsbesprechungen, Konferenzen und Politikunterweisungen erhöhten de facto die Arbeitszeit, vor allem für das leitende Personal und für die politischen FunktionärInnen, so daß es Frauen mit Kindern immer weniger möglich wurde, daran teilzunehmen und die Führungspositionen zu halten, die ihnen zunächst offengestanden hatten. Auch Männer konnten diese extensive Vernutzung ihrer Arbeitskraft nur bewältigen, wenn ihnen die unbezahlten Reproduktionstätigkeiten abgenommen wurden. Je höhergestellt sie in der Hierarchie waren, desto willkürlicher gestaltete sich vielfach ihr Arbeitstag. An der Basis ging das traditionelle Rollenverständnis der Geschlechter, dem in keiner Bildungseinrichtung bewußt und konsequent entgegengearbeitet wurde, eine unheilige Ehe mit dem von oben verordneten Bemühen um mehr meßbare Leistung ein. Das Ergebnis war auch auf dieser Ebene eine Diskriminierung der Frauen mit kleinen Kindern. Wo es nur ging, wurden sie nicht eingestellt, und sie kamen immer weniger für Fördermaßnahmen in Frage.

Mit seiner »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« wollte das vergangene Regime in den siebziger Jahren durch eine Frauen im Wirtschaftsleben diskriminierende und ihnen die alleinige Verantwortung für Haushalt und Kinder aufbürdende Politik die Arbeitsproduktivität vor allem der Männer stimulieren, um insbesondere die ständig wachsenden Ausgaben für die Repressionsorgane und die wuchernden Militärausgaben zu bilanzieren.

Nachdem nach 1953 und 1961 die Chancen für eine politische Demokratisierung und Wirtschaftsreform vertan worden waren, erwies sich nach 1968 (durch die Beteiligung der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings) sowie nach 1985 (durch die Feindseligkeit der Führung gegen Gorbatschows Reformkonzept) die grundsätzliche Reformfeindlichkeit der Staats- und Parteiführung. Sie verlor damit Glaubwürdigkeit und Massenbasis.

Diese Entwicklung beförderte, zunehmend sichtbar, die Aufgabe aller Bürgerrechte, darunter auch das Recht der Frau auf Chancengleichheit und Selbstbestimmung. Mag in den vierziger und fünfziger Jahren die Einbeziehung von immer mehr Frauen in das Wirtschaftsleben, bis sie schließlich zu 90 Prozent erwerbstätig waren, von der Parteiführung auch durch die Erfordernisse des Wiederaufbaus motiviert gewesen sein, ihre diesbezügliche Politik hatte nolens volens emanzipatorische Züge getragen und vielen DDR-Frauen die Vision eines gleichberechtigten Lebens vermitteln.

Seit 1976 beförderten das Babyjahr vor allem für Mütter, die verkürzte Arbeitszeit für Mütter von Kindern unter 16 Jahren und schließlich die nahezu ausschließliche Übertragung des Sorgerechts über die Kinder geschiedener Eltern an die Mutter die konsequente Zurücknahme der frauenemanzipatorischen Errungenschaften der nichtkapitalistischen DDR.

Dabei spielte die über die Medien vermittelte antifeministische Ideologie eine herausragende Rolle. Auf eine im September 1987 an die *Junge Welt* gestellte Frage, warum nur noch junge Männer als *Helden der Arbeit* in der Zeitung vorgestellt würden, äußerte der stellvertretende Chefredakteur, daß die Mädchen zwar immer noch die besseren Bildungsleistungen erbrächten, dann aber »die Liebe, die Ehe, die Kinder, damit verbundenen Pflichten in der Familie« kämen, »die eindeutig dazu führen, daß (beispielsweise des Babyjahrs wegen) danach dann doch das hergebrachte Rollenverhalten einsetzt — die Mutter, nicht der Vater trägt die Hauptlast. Und so sind dann die jungen Männer oft erfolgreicher im Start in das Berufsleben, sie besetzen dann zum Beispiel die Leitungsfunktionen eher« (Brief vom 16.10.1987 an die Verf.).

Diese achselzuckend konstatierte scheinneutral bedauerte Unabänderlichkeit von Geschlechterverhalten war verknüpft mit sehr bewußt eingesetzter Diskriminierung von Frauen durch die Medien, insbesondere zum Zweck der Zurücknahme von Chancengleichheit bei der Berufswahl und -ausbildung. Diese Zurücknahme spiegelte sich u.a. im Angebot der jeweils im Juli in der Beilage zur *Berliner Zeitung* veröffentlichten freien Lehrstellen für Facharbeiter- und andere Ausbildungsberufe für Mädchen und Jungen wider. Im Juli 1989 reduzierten sich 59 Prozent der Lehrstellen für Mädchen auf Tätigkeiten im Büro als Schreibkraft (FA für Schreibtechnik) oder Sachbearbeiterin (Wirtschafts-, Außenhandels- oder Finanzkaufmann) und Tätigkeiten in der Gastronomie und im Handel (Köchin, Kellnerin, Verkäuferin). Dem standen 17,9 Prozent technische Lehrstellen gegenüber, von denen 4,2 Prozent für die wiederum reine Frauentätigkeit der technischen Zeichnerin abzuziehen wären. Die restlichen Lehrstellen für Mädchen betrafen ebenfalls solche typischen, schlechtbezahlten Frauenberufe wie Postangestellte, Schneiderin, Modistin, Kosmetikerin u.ä. Eine Betrachtung dieser Beilage über die Periode von 1979-1989 zeigt die Rückläufigkeit der

Gleichberechtigung sehr deutlich. Gab es 1979 immerhin noch 27 von 218 Bauarbeiterlehrstellen für Mädchen, so wurden ab 1986 keine Lehrstellen für Maurerinnen, Anlagenfahrerinnen, Dachdeckerinnen usw. genannt. Der begehrte Ausbildungsberuf des Elektronikfacharbeiters wurde 1979 noch Jungen und Mädchen in gleicher Zahl angeboten. 1989 bot man weiblichen Lehrlingen nur noch 25 Prozent der Stellen an. Bereits 1979 gab es nur noch eine Lehrstelle für so einträgliche Berufssparten wie Kfz-Schlosser, Kfz-Elektromechaniker oder Karosseriebauer, für die sich ein Mädchen bewerben durfte; danach waren diese Berufe wieder ausschließlich jungen Männern vorbehalten.

Die Stellenpyramide an Universitäten spiegelte auch im akademischen Bereich die eindeutige Benachteiligung der Frauen wider. Studentinnen machten zwar stets die Hälfte der Studierenden aus, die Auswahlmöglichkeiten für sie waren jedoch dadurch eingeschränkt, daß es für das Medizin-, Architektur-, Rechtswissenschafts- und Biologiestudium einen ebenso stillschweigenden wie wirksamen *numerus clausus* für Bewerberinnen gab. Technikwissenschaften auf Fach- oder Hochschulebene zu studieren war nur möglich, wenn man eine abgeschlossene Lehre in einem technischen Beruf absolviert hatte, was Mädchen, wie gesagt, fast unmöglich gemacht wurde.

In den lehrerbildenden Sektionen oder Bereichen, insbesondere in den Philologien, in der Kulturwissenschaft und in bestimmten Zweigen der Wirtschaftswissenschaften stellten die Studentinnen, aber auch die Lehrerinnen im Hochschuldienst (Lektorinnen), die unbefristeten und befristeten Assistentinnen die Mehrzahl dieser Personalkategorien dar. Auf der Ebene der OberassistentInnen begannen sich die Proportionen zugunsten der Männer zu verschieben, und ab Dozent und selbstverständlich bei den Professoren waren Männer eindeutig in der Überzahl, wie sie auch die Mehrzahl des leitenden Universitätspersonals (Dekane, Rektoren) stellten.

Ebenfalls in der *Jungen Welt* vom 31. März 1989 trägt die Gestaltung einer Berufsbildbeilage ganz zielstrebig zur Verfestigung des traditionellen Rollenverständnisses bei: Da wird zur Einstimmung ein ganzseitiger, mit einer Illustration attraktiv gemachter Artikel über einen rein männlichen Familienclan gebracht, der, *Eckstein & Söhne* überschrieben, von zwei Facharbeitergenerationen in einem großen Werkzeugmaschinenunternehmen berichtet. Der Familienclan hat, dem Artikel zufolge, weder eine Mutter noch Töchter, Schwestern, Freundinnen, Ehefrauen. Ob sie, da es sie vermutlich doch gab, arbeiten, vielleicht sogar im selben Betrieb, erfährt man nicht. Ebenso wenig wird etwas über eventuelle weibliche Lehrlinge, Facharbeiterinnen oder anderes weibliches Personal des Werks mitgeteilt. Der Beruf des Werkzeugmachers sei nun nicht mehr ungeliebt, heißt es da, weil er durch Mechanisierung körperlich nicht mehr so anstrengend ist. So müßte er sich dann wohl auch für Mädchen eignen? Davon schweigt der Verfasser des Artikels. In der Beilage werden grundsätzlich nur die männlichen Berufsbezeichnungen verwendet, ausgenommen sind nur die rein weiblichen Berufe der Kindergärtnerin oder Krankenschwester, bei denen es nicht anders geht. In den Kästen, in denen einzelne Berufe kurz skizziert werden, wird zwar angegeben, wenn sie für Mädchen *nicht* geeignet sind, aber in nicht einem Fall wird vermerkt, daß sie *geeignet* sind. So verschweigt der Schreiber,

daß sich die Berufe des Installateurs, Klempners, Straßenbahnfahrers durchaus auch für Bewerberinnen eignen. Auf vier Seiten Berufsberatung findet sich ein einziger Artikel über ein Mädchen, das Kuchenbäckerin werden darf und will, weil »sie schon zu Hause gern gebacken und Rezepte ausprobiert hat«.

Während, wie bereits gesagt, die objektive Komponente für diese Diskriminierung in der überaus extensiven Nutzung, ja Vergeudung der menschlichen Arbeitskraft in den leitenden Funktionen der Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft lag, gab es auch eine subjektive Komponente. Sie ist ein Kompositum von ideologischer Nötigung, von durch Tradition, Familie und Staat bewirktem, ausgeprägtem Mangel an Selbstvertrauen und tradierter Prioritätensetzung der Frauen. Mutterpflichten, eheliche und häusliche Pflichten, berufliche Pflichten haben den eindeutigen Vorrang vor dem in den meisten Fällen gar nicht erst artikulierten Wunsch nach Selbstverwirklichung. Die Abschirmung der DDR-Frauen vor möglichst jeder Information über die neue feministische Bewegung in Westeuropa und den USA und die Verhöhnung und Verfälschung des Begriffs des Feminismus in der Öffentlichkeit haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, DDR-Frauen das Sich-Abfinden mit der traditionellen Rolle nahelegen.

Die seit dem Ende der sechziger Jahre betriebene Frauen- und Familienpolitik hat die DDR-Gesellschaft nicht mehr auf Chancengleichheit und gleichberechtigte Partnerschaften von Mann und Frau im Beruf und in der Familie, geschweige denn auf die Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebens- und Wohnmodelle orientiert. Damit hat sie den Boden für die jetzt stattfindende völlige Abschaffung bewahrenswerter Rechte der Frau bereitet, die aus der nichtkapitalistischen DDR-Geschichte stammen, d.h. dem Recht auf Arbeit, auf erschwingliche Kindereinrichtungen, auf die Fristenlösung und auf kostenlose Schwangerschaftsverhütung, auf das *bezahlte* Babyjahr, das, als Erziehungsrecht für *beide* Eltern umfunktioniert, der westdeutschen Regelung wesentlich überlegen ist.

Die sich jetzt im Zuge des Anschlusses an die BRD vollziehende Zurücknahme der frauenemanzipatorischen Pionierleistungen der ersten Periode der DDR-Geschichte macht die Frauen in ganz Deutschland zu Verliererinnen der Vereinigung. Sie greift auf die bereits unter dem alten Regime begonnene Diskriminierung der Frau zurück und vollendet sie.

Christina Klenner

Doppelt belastet oder einfach ausgebeutet?

Zur Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit in DDR-Familien

In einer Zeit, da den Menschen in der ehemaligen DDR die bundesdeutschen Verhältnisse übergestülpt werden, fällt es schwer, über die — ohnehin vergangene — Lebensrealität in der DDR zu schreiben. Da steht manch eine/r einer kritischen Betrachtung der DDR-Verhältnisse skeptisch gegenüber. Ich denke aber, daß die Trauer über die Verluste nicht zu einer Glorifizierung der Vergangenheit führen darf. Auch wenn gegenwärtig wenig Aussicht besteht, die Forderungen vom Herbst '89 zu realisieren, bleibt doch die theoretische Aufgabe, die untergegangenen DDR-Verhältnisse kritisch zu bearbeiten, um daraus für die gegenwärtigen Kämpfe und für zukünftige Gesellschaftsentwürfe zu lernen. (Das gilt im übrigen nicht nur für die Frauenfrage, sondern für alle gesellschaftlichen Bereiche.) Denn die Ursachen dafür, daß der Versuch einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus gescheitert ist, liegen nicht allein in ungünstigen historischen Voraussetzungen, in der Machtherrlichkeit einzelner, in subjektiven Irrtümern und äußerer Behinderung. Auch die theoretischen Grundlagen des Realsozialismus müssen gründlich überdacht werden, denn sein Scheitern liegt wohl auch in einem verkürzten Verständnis von einer emanzipatorischen Gesellschaft begründet. Daran kann auch die jetzt ablaufende besonders unwürdige Form dieses Scheiterns nichts ändern.

Gerade über die Geschlechterverhältnisse in der DDR wird noch lange nachzudenken sein, gibt es doch in ihrer Beurteilung sehr kontroverse Auffassungen. Bezüglich der Förderung der Frauen wurden und werden besonders große »Errungenschaften des realen Sozialismus« reklamiert, und tatsächlich wurde in Form verschiedener sozialpolitischer Maßnahmen (Geldleistungen, bezahlte Freistellung von der Erwerbsarbeit, staatlich subventionierte gesellschaftliche Kinderbetreuung) ein beträchtlicher Fonds an gesellschaftlichem Reichtum für den Reproduktionsbereich und damit — entsprechend der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung — für Frauen bereitgestellt. Sehr kompliziert war auf diesem Gebiet die Verflechtung von guter Absicht und fataler Wirkung, und es muß noch genau aufgearbeitet werden, in welchem Ausmaß diese Sozialpolitik der letzten 15 Jahre zur Festigung des Patriarchats und zu Rückschritten im schon erreichten Grad an Frauenemanzipation beigetragen hat.

Ebenso ist die hohe Erwerbsbeteiligung der DDR-Frauen — vor der Wende rund 91 Prozent — in bezug auf ihre Emanzipationswirkung eingehender zu betrachten. Einerseits haben Frauen in der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren massenhaft die Enge ihres Haushalts verlassen, haben sich qualifiziert und berufliche Verantwortung übernommen, was ihre Position in der Gesellschaft und in der Familie grundlegend verändert hat. DDR-Frauen gründen heute ihre Identität zu einem großen Teil auf ihren Beruf. Andererseits ist aber von der Tatsache der hohen Erwerbsbeteiligung der Frauen noch nicht auf ihre wirkliche Gleichberechtigung zu schließen. Denn der Preis dafür ist hoch:

die Bedingungen heißen und heißen Aufrechterhaltung des Grundmodells der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Diese wurde in der DDR nicht beseitigt und — ganz besonders in den siebziger und achtziger Jahren¹ — immer erneut reproduziert. Eine Frau konnte zwar das Feld beruflicher Entwicklung für sich erschließen, aber das entband sie keineswegs von der Verpflichtung, als treusorgende Mutter und Hausfrau auch weiterhin alles im Griff zu haben. Eine Frau hatte alles zu sein und zu können — die Bedingungen seien vom Staat ja dafür geschaffen worden: sie hatte zu arbeiten wie ein Mann, hatte eine liebende Mutter und gute Hausfrau zu sein und mußte obendrein noch attraktiv und »weiblich« sein. Dieses Anforderungsprofil mußte für viele Frauen Konflikte mit sich bringen. Sie waren häufig überlastet, hatten Schwierigkeiten, Beruf und Kinder, Haushalt und Partnerschaft in Übereinstimmung zu bringen, von FreundInnen oder eigenen Interessen gar nicht zu reden. Viele fühlten sich ausgesogen, zerrieben zwischen allen Forderungen und von Schuldgefühlen geplagt.

Im folgenden möchte ich das an Hand einer Zeitbudgetuntersuchung näher analysieren, um zu zeigen, wie die Realität von Frauenarbeit in der DDR war. Es geht mir vor allem auch darum, bisher mehr behauptete oder erfüllte Einschätzungen an Hand von statistischem Material zu untermauern.² Solcherart Beweise anzutreten tut für die Frauenbewegung in der ehemaligen DDR sehr not, wird doch die Gleichstellungsproblematik hier häufig völlig vom Tisch gewischt.

Wenn es um die Reproduktionsarbeit ging, wurde bislang in offiziellen Einschätzungen die sogenannte »Doppelbelastung« der Frauen — Beruf und Haushalt/Kinder — registriert, um dieses Problem dann kaum weiter zu beachten, weder in theoretischen Debatten noch in praktischen Strategien. Auch der erste nach der »Wende« 1990 erschienene »Sozialreport 90« legt nahe: »Die Gesamtsituation bei der Hausarbeitsteilung stellt sich in den meisten Familien relativ problemlos dar.«³ ZeitbudgetforscherInnen wiesen zwar immer wieder nach, daß trotz Technisierung der Haushalte und der Verlagerung bestimmter Hausarbeiten in öffentliche Erwerbsarbeitszweige der Berg der Hausarbeit kaum geringer wurde und daß den Hauptteil der Last die Frauen zu tragen haben. Doch das blieb ohne Konsequenzen. Es scheint mir dringend nötig, das Problem der sogenannten »Doppelbelastung« tiefer zu diskutieren, mit seiner Bagatellisierung aufzuräumen und die weitreichenden Folgen der Überlastung von Frauen aufzuzeigen. Dabei muß beachtet werden, daß soziologisch-statistische Daten gesellschaftlich typische Phänomene erfassen, jedoch nicht die gesamte Breite individueller Verhaltensweisen und Probleme. Insofern werden hier wiederkehrende und sich häufende Erscheinungen dargestellt, ohne zu verkennen, daß es Frauen, Männer und Paare gibt, bei denen »alles ganz anders« war.

Tabelle 1 zeigt eine grobe Übersicht über die durchschnittliche Verwendung der Zeit eines Tages im Wochendurchschnitt (Werktage und Wochenende sowie Arbeitstage und arbeitsfreie Tage zusammengenommen) bei Männern und Frauen.

Tabelle 1

Durchschnittlicher täglicher Zeitaufwand erwachsener Frauen und Männer in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR 1985 (Std. : Min.)⁴

	Frauen	Männer
Erwerbsarbeit	4:27	5:45
Arbeitsgebundene Zeit (Arbeitswege, Pausen)	0:53	1:07
Hauswirtschaftliche Tätigkeiten	4:04	2:25
Pflege und Betreuung von Personen	0:37	0:13
Befriedigung vorwiegend physiologisch bedingter Bedürfnisse	10:13	9:56
Freizeit	3:17	4:10

Obwohl in dieser ganz allgemeinen Übersicht noch viele Probleme versteckt bleiben, zeigt sich doch schon folgendes Grundproblem: Frauen leisten pro Tag im Reproduktionsbereich (das sind hauswirtschaftliche Tätigkeit und Zeit für Kinder- und Krankenpflege zusammengenommen) im Durchschnitt 4 Stunden 41 Minuten — im folgenden 4:41 Std. —, Männer dagegen nur 2:38 Std. Das heißt, Frauen leisten im Durchschnitt 78 Prozent *mehr* Reproduktionsarbeit als Männer. Anders ausgedrückt: von den anfallenden 7:19 Std. Reproduktionsarbeit werden fast *zwei Drittel* (64 %) von den Frauen und nur gut *ein Drittel* (36 %) von den Männern verrichtet. Da der Tag für Frauen genauso wie für Männer nur 24 Stunden hat, fragt sich nun, für welche Tätigkeiten Frauen im Ausgleich dafür weniger Zeit verwenden als Männer. Wie sich zeigt (Tab. 1), geht das Mehr an Hausarbeitszeit vor allem zu Lasten der Erwerbsarbeitszeit und der Freizeit. Frauen arbeiten durchschnittlich täglich 1:18 Std. weniger als Männer im Erwerbsbereich und haben täglich eine knappe Stunde weniger Freizeit.

Betrachten wir das Zustandekommen dieser Differenzen und ihre Wirkungen. Im *Erwerbsbereich* arbeiten Frauen täglich durchschnittlich 4:27 Std., was ihre außerordentlich hohe Erwerbsbeteiligung widerspiegelt (rund 91 %). Mit ihrer Erwerbsarbeit sind für Frauen wichtige emanzipatorische Wirkungen verbunden, wenn das auch sehr differenziert nach Beruf, Qualifikation, Einkommen usw. zu betrachten ist. Andererseits bedeuten die Zahlen aber auch, daß trotz der hohen Erwerbsbeteiligung der DDR-Frauen ihr Anteil an der *entlohn*ten Arbeit um ein Viertel geringer ist als der der Männer. Das schlägt sich auch im erzielten Arbeitseinkommen nieder. Die kürzere Zeit, die Frauen im Erwerbsbereich aufwenden, erklärt sich vor allem aus folgendem: zum einen sind 27 % der Frauen teilzeitbeschäftigt gewesen, zum anderen gab es eine abgeminderte gesetzliche Arbeitszeit für Mütter von zwei und mehr Kindern (40 Stunden gegenüber 43,75 Stunden pro Woche). Schließlich wirkten aber auch bezahlte und unbezahlte Freistellungen nach der Geburt von Kindern, bei Krankheit der Kinder oder zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger sowie zwölf Hausarbeitstage im Jahr mindernd auf die effektiv geleistete Erwerbsarbeitszeit. Schon die allgemeinen Durchschnittswerte lassen das erkennen, ausgeprägter tritt das zutage bei der Gruppe der Frauen mit drei und mehr Kindern. Sie sind durchschnittlich pro Tag nur 3:03 Std. (gegenüber 4:27 im Gesamtdurchschnitt) am Arbeitsplatz.

Die Hausarbeitstage, Freistellungen nach der Geburt von Kindern usw. — in der Vergangenheit oft als »großzügige Maßnahmen« gefeiert — müssen unter dem Aspekt der Frauenemanzipation gründlicher diskutiert werden. Kommt nicht ihre Adressierung ausschließlich an die Frauen einer gesetzlichen Fixierung der Verantwortung der Frauen diese Arbeiten gleich?⁵ Würde damit nicht der Umbau der Geschlechterverhältnisse behindert? Andererseits verkörperte die Gewährung eines — voll bezahlten — Hausarbeitstages die Einsicht und öffentliche Anerkennung der Tatsache, daß Reproduktionsarbeit *Arbeit* ist. Im Ergebnis stellen sich diese »Vergünstigungen« jedoch als gewaltiger Pferdefuß heraus: Frauen fallen häufiger aus, sind dadurch weniger »berechenbare Faktoren« im Arbeitsprozeß, sind weniger zeitlich und räumlich disponibel für verschiedene Funktionen, so daß ihnen weniger verantwortungsvolle kreative und interessante Arbeitsaufgaben übertragen werden und sie sich diese zum Teil dann auch selbst nicht mehr zutrauen. Entsprechend verstärkte sich in den letzten Jahren in der DDR die Tendenz, Männer bei Einstellungen deutlich gegenüber Frauen zu bevorzugen, Frauen in der Entwicklung der Löhne und Gehälter häufig weiter zurückzustellen, ja selbst nachweisbar erbrachte Arbeitsleistungen geringer zu bewerten, wenn Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, sie erbracht hatten. So entsteht der sich immer wieder schließende Teufelskreis: Mit Rücksicht auf Familie und Haushalt bleiben Frauen im Beruf unter ihren Möglichkeiten, was ihnen geringere Einkommen und wenig Anerkennung einbringt, und wegen der auf genau diese Weise geringen Erwerbsmotivation lassen sie sich oft die gesamte Verantwortung und die Hauptmasse der Arbeit im Reproduktionsbereich aufbürden.

Die Männer in der DDR leisten mit 2:38 Stunden pro Tag im Durchschnitt auch nicht wenig Hausarbeit, wird man einwenden. Doch muß ich hier auf eine Tücke der vorliegenden Erhebung hinweisen: sie erfaßt als Bestandteil der Hausarbeit die gesamte Zeit für Gartenarbeit und Tierpflege, unabhängig davon, ob sie der Produktion für den Eigenbedarf, für den Verkauf oder direkt der Entspannung dient.⁶ Die Beteiligung der Männer an den eigentlichen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten ist bedeutend geringer, wenn dieser Zeitaufwand abgerechnet wird. Sie beträgt an den Wochentagen 1:17 Stunden und am Wochenende 2:17. Von den übrigen Hausarbeiten, die Männer leisten, entfällt der allergrößte Teil auf Reparaturen an Wohnung und Haus und an technischen Konsumgütern (einschließlich des Autos). Das entspricht nicht nur der traditionellen Rollenvorstellung, das hat auch bittere Konsequenzen für Frauen, wenn sich die Familie durch die Geburt von Kindern vergrößert. Männer leisten nämlich ganz bestimmte »männliche« Hausarbeiten, während sie das eigentlich »weibliche« Terrain im allgemeinen kaum betreten. Letzteres wächst aber mit der Zahl der im Haushalt lebenden Personen bedeutend mehr an als der »Männerbereich«. Während Essenszubereitung, Geschirrspülen, Wäschewaschen, Bügeln, Einkaufen, Aufräumen, z.T. auch Wohnungreinigen, direkt proportional zur Personen- bzw. Kinderzahl wachsen, wird die Reparaturanfälligkeit von Wohnung und Konsumgütern davon weit weniger berührt. Ganz unabhängig davon, ob Männer ein, zwei, drei oder mehr Kinder haben, die Zeit, die sie im Haushalt aufwenden, ändert sich mit der Kinderzahl im Durchschnitt nicht!⁷ Es ist, als ginge es sie

nichts an, daß die Wäscheberge und die Türme von schmutzigem Geschirr mit jedem weiteren Kind größer werden (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2

Hausarbeit (ohne Gartenarbeit/Tierpflege) und Betreuungszeit pro Tag im Wochendurchschnitt nach der Zahl der Kinder bei Männern und Frauen in der DDR 1985 (Std. : Min.)

	Hausarbeit		Betreuungszeit von Kindern und anderen pflegebedürftigen Personen	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
mit 1 Kind	3:58	1:47	0:57	0:19
mit 2 Kindern	4:04	1:47	1:17	0:25
mit 3 und mehr Kindern	5:00	1:50	2:05	0:46

Frauen haben es also mit sich selbst abzumachen, wie sie mit dem Mehraufwand klarkommen, wenn die Familie wächst. Das geht dann natürlich auf Kosten ihrer Freizeit. Dafür, daß Frauen mehr Reproduktionsarbeit leisten, haben sie pro Tag rund eine Stunde weniger Freizeit. Doch was ist schon eine Stunde? Das wurde in der Vergangenheit als lediglich kleiner Konflikt abgebildet, den die Frauen individuell mit »ihren« Männern austragen lernen müßten. Wie Frauen »ihren« Männern die Hälfte der Hausarbeit auf die Schultern laden sollten, wurde nie besprochen. Inge Lange, bis Herbst 1989 jahrzehntelang Verantwortliche für Frauenpolitik im Zentralkomitee der SED, appellierte an das Verständnis des Ehemannes. »Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß vor allem die werkstätigen Frauen an dieser höheren Form der Familie und des neuen Verhältnisses zwischen beiden Geschlechtern interessiert sind und zunehmend auf ihr Zustandekommen drängen, und dieser Prozeß verstärkt sich, denn will sich eine Frau gesellschaftlich und beruflich entfalten, braucht sie zumindest das entsprechende *Verständnis*, besser noch die aktive *Unterstützung* der Familie, vor allem des *Mannes*.«⁸ Doch der moralische Imperativ hat das Leben der Menschen nicht sonderlich beeinflusst. Denn das individuelle Verhalten der einzelnen ist in vielem von den äußeren Bedingungen des Handelns abhängig. Da in der DDR noch immer die Vorstellung von der fast perfekten Frauenemanzipation weit verbreitet ist (zumindest rückblickend), ist es notwendig, die grundlegenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen zu analysieren, die aus ihrer *spezifischen Tätigkeitsstruktur* resultieren und im *Zeitbudget* so ohne weiteres nicht erkennbar sind. Nur so wird erklärbar, warum die zahlreichen gutgemeinten Frauenförderpläne nicht recht wirken konnten.

In den Durchschnitt der Erhebung gehen Urlaub, Krankheit usw. ein, so daß die tatsächliche Belastung in einer normalen Woche nicht deutlich wird. *Real* sah die Arbeitswoche für viele Frauen so aus⁹: 40 bis 43,75 Stunden Erwerbsarbeitszeit, dazu etwa 7 Stunden arbeitsgebundene Zeit (Wege, Arbeitspausen), rund 28 Stunden Hausarbeitszeit und etwa 9 Stunden zur Pflege und Betreuung der Kinder (bei zwei Kindern). Für Schlaf, Essen und hygienische Bedürfnisse kommen noch etwa 71 Stunden wöchentlich hinzu, so daß von Montag bis Sonntag in einer

ganzen Woche (!) nur 10 bis 14 Stunden für alle anderen Tätigkeiten, die das Leben noch bereithält, blieben. Frauen hatten also, wenn sie Vollzeit arbeiteten und Kinder hatten, praktisch kaum Zeit für Hobbies oder eigene Bildung, sie könnten schwerlich regelmäßig Sport treiben oder sich der Kunst widmen. Frauen mit Kindern und einer traditionellen häuslichen Arbeitsteilung hatten ohne extreme Überbelastung kaum die Chance, politisch in den nach Lebensmustern von Männern gestalteten politischen Strukturen und Organisationsformen aktiv zu werden. Auch für ihre eigenen Interessen zu kämpfen fehlte den meisten Frauen mit Kindern nicht nur die Zeit, sondern auch die Kraft.

Denn Freizeit in einem bestimmten Umfang ist ja für die bloße Wiederherstellung der Kräfte notwendig. Für viele Frauen mit Kindern war und ist der Verschleiß der Kräfte ungeheuer groß und ihre physische und psychische Reproduktion nicht voll gesichert. Demensprechend überwiegen passive Tätigkeiten in der Freizeit. Durchschnittlich verwendeten Frauen 41 % ihrer Freizeit für Fernsehen, wobei der Anteil an Werktagen noch höher war. (Am Wochenende und im Urlaub werden deutlich andere Freizeitbeschäftigungen bevorzugt.)

Auf Bildung entfielen pro Tag im Durchschnitt aller Frauen nur 4 Minuten, auf gesellschaftspolitische Aktivitäten 7 Minuten.¹⁰ So ist das Dilemma der vollberufstätigen Frauen, daß sie nicht können, was sie wollen, weil die Zeit nicht reicht, oder daß sie nicht (mehr) wollen, was sie unter anderen Umständen könnten, weil ihnen die Bedürfnisse nach dem, was sie nie tun können, dann auch abhanden gekommen sind.

Das trifft natürlich in besonderem Maße auf Frauen mit minderjährigen Kindern zu. Doch der Anteil der Frauen, die kinderlos blieben, war in der DDR bisher gering (9 %). Und eingeübte Verhaltensweisen bleiben im allgemeinen auch erhalten, wenn Kinder aus dem Hause gehen. Nicht erworbene Bedürfnisse, selbsttätig zu sein, entstehen meist nicht mehr im fünften Lebensjahrzehnt.

Wenn also einerseits durch die Erwerbstätigkeit die Welt der Frauen reicher geworden ist, indem sie die enge Beschränktheit des Haushalts durchbrochen haben, so ist auf der anderen Seite der Preis dafür hoch: Frauen haben die Erwerbstätigkeit in ihr Leben aufgenommen, ohne daß grundsätzlich an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gerüttelt worden wäre, was zu einer permanenten Überlastung der vollberufstätigen Frauen geführt hat. Damit ist das Leben der meisten Frauen auf neue Weise eingeschränkt worden. Muße, die die Hausfrau unter Umständen noch haben kann, ist der vollerwerbstätigen DDR-Frau ein Fremdwort gewesen.

Hinter all dem steckt natürlich ein allgemeineres Problem: Die Arbeitszeit in der Erwerbssphäre ist insgesamt zu lang, auch für Männer. Der Mechanismus war ja im allgemeinen so: Gerade weil die Männer sich im Interesse eines hohen Familieneinkommens beruflich voll engagiert haben, auch Überstunden und Feierabendarbeit annahmen, blieb der weit größere Teil der Reproduktionsarbeit an den Frauen hängen. Von den Individuen wird das oft als ihre freie Abrede dargestellt: »Wir haben uns so entschieden: einer in der Ehe muß nun einmal beruflich zurückstecken.« Eine grundlegend andere Verteilung der Reproduktionsarbeit kann aber nur gelingen, wenn in der Woche nicht mehr als 30 bis 35 Stunden Erwerbsarbeit von Männern *und* Frauen geleistet werden. Nach den

angeführten Zeitbudgetdaten dürfte offenkundig sein, daß Grundvoraussetzung für den Umbau der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung die Verkürzung der *täglichen Arbeitszeit* ist.

Für die Lebenssituation der Frauen ist es weiter bedeutungsvoll, die Struktur der Belastungen näher zu betrachten. Daß Erwerbsarbeit die Frauen meist in ganz anderer Weise fordert als die Organisation eines Haushalts, ist vielfach beschrieben worden. Auch die Betreuung von Kindern (Sorge für ihre physischen Bedürfnisse) ist wieder etwas anderes, als heranwachsende junge Menschen zu erziehen und zu beraten. Komplizierend für die Lebenssituation von Frauen, besonders mit Kindern, ist außer der zeitlichen Belastung vor allem die Vielfältigkeit der unterschiedlichen Anforderungen, zwischen denen mehrmals täglich »umgeschaltet« werden muß. Während Männer in ihrer längeren Erwerbsarbeitszeit *einer* Tätigkeit nachgehen, sehen die Frauen sich bereits einer Fülle diverser Hausarbeiten, Besorgungen, Absprachen gegenüber, darunter auch die Sorge für das psychische Wohlergehen aller Familienmitglieder. Männer dagegen haben eine ausgedehntere Freizeit, die ihnen bestimmte Tätigkeiten überhaupt erst ermöglicht. Es ist für viele Freizeitaktivitäten, insbesondere solche außerhalb der Wohnung, eine bestimmte Dauer zusammenhängender Freizeit erforderlich, was gewissermaßen Schwellwerte für »nutzbare Freizeit« ergibt. Die Freizeit von Frauen ist aber nicht nur kürzer, sie ist auch besonders zerstückelt und in ihrer *Lage* weniger frei wählbar. Das gilt besonders für das Wochenende, an dem den Frauen die Versorgung der ganzen Familie obliegt.

Zugleich müssen wir erkennen, wer von dieser kräftezehrenden »Doppelbelastung« profitiert: Männer. Für diesen Auseinandersetzungsprozeß können wir nicht länger bei dem Begriff »Doppelbelastung« stehenbleiben, der mehr verdeckt als er erhellt. Es muß aufgedeckt werden, daß es sich bei der sogenannten Doppelbelastung *nicht* um unvermeidbare Lasten des Alltags für die Frau handelt, sondern: daß das, was Frauen mehr leisten, von Männern angeeignet wird. Das ist Ausbeutung, denn Ausbeutung ist nichts anderes als äquivalentlose Aneignung von Arbeit anderer, das Abwälzen von naturnotwendigen Tätigkeiten von sich auf andere. Zahlreiche Männer leben in der Familie partiell von der unbezahlten Arbeit der Frauen, die dem Haushalt, der Kinderbetreuung und Erziehung als Dienende untergeordnet werden/sich unterordnen.¹¹ Äquivalentlos ist die Aneignung der Reproduktionsarbeit der Frauen durch ihre Männer allerdings nur zum Teil. Denn die Frauen leben in bestimmtem Umfang von dem meist höheren Einkommen des Mannes mit.¹²

Gleichgültig aber, in welchem Umfang Frauen am Einkommen ihres Partners partizipieren, es bleibt im günstigsten Fall ein Akt der Bewilligung, der Frauen in Unfreiheit hält. Aus ihrer übermäßigen Haus- und Kinderbetreuungsarbeit hingegen leiten sich für Frauen keine eigenständigen Ansprüche auf Verfügung über gesellschaftlichen Reichtum ab. Deshalb ist, solange Warenproduktion herrscht, ein eigenes, existenzsicherndes Geldeinkommen von Frauen die Grundvoraussetzung für ihre ökonomische Unabhängigkeit. Doch das familiäre Ausbeutungsverhältnis ist nicht einfach die Aneignung von zwei Stunden Arbeit pro Tag — es impliziert ein *Machtverhältnis* zwischen Mann und Frau. Dieses Machtverhältnis ist Resultat und Voraussetzung der geschlechtsspezifischen

Arbeitsteilung, die de facto nicht einfach Arbeitsteilung ist, sondern Über- und Unterordnung bedingt. Dabei ist für das Vorhandensein eines solchen Machtverhältnisses die Form, in die es gekleidet ist, nur sekundär. Wesentlich für das Gegebensein eines Machtverhältnisses ist die Fähigkeit des Mannes, seinen Willen durchzusetzen, und das Gezwungensein der Frau, dies hinzunehmen, auch wenn es ihren Interessen widerspricht.

Was auf der Seite der Frau als Doppelbelastung erscheint, produziert auf der Seite des Mannes einen prinzipiellen Entwicklungsvorteil. Welche Auswirkungen das im einzelnen auf die Ungleichheit im Erwerbsbereich, auf die ökonomischen, politischen, überhaupt kulturellen Strukturen in der Gesellschaft hat, kann hier nicht dargestellt werden. Sichtbar ist es aber auf Schritt und Tritt, ob an der geringen politischen Partizipation von Frauen oder der Vernachlässigung und Unterbewertung aller typischen Frauenerwerbsarbeitszweige. Bekanntlich wiederholt sich, was hier auf Familienebene betrachtet wurde, auf der Ebene der Gesellschaft: Frauen leisten die unattraktiven, schlechter bezahlten Arbeiten, oft unter ungünstigeren Arbeitsbedingungen. Auch daß Frauenarbeit durchweg als leichte Arbeit gilt¹³ und dementsprechend schlechter entlohnt wird, ist bekannt. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft und in der Familie bedingen und verstärken sich wechselseitig. Dem zu entrinnen ist fast unmöglich, solange die Frau in der Familie lebt. Nur als Single, und bedingt als Alleinerziehende verfügen Frauen über ihre Freizeit selbstbestimmter. Sollen dies nicht die alleinigen Alternativen bleiben, dann muß die Suche nach alternativen Formen sozialen Zusammenlebens der Geschlechter und der Generationen weitergehen, die Frauen ein selbstbestimmteres Leben ermöglichen. Doch diesen schöpferischen Prozeß werden Frauen nicht isoliert voneinander vollziehen, sondern indem sie in Frauengruppen über ihre Erfahrungen sprechen, die Defizite ihres Lebens näher analysieren, sich ihrer eigenen Wünsche bewußt werden und selbstbewußt ihre Lebensvorstellungen entwickeln. Erst dann werden sie daran gehen, diese Alternativen auch zu leben.

Heute wird von vielen Frauen ihre Rolle noch als selbstverständlich akzeptiert. Sie schöpfen aus ihrer Aufopferung durchaus eine gewisse Befriedigung. Der Verlust von Entwicklungschancen wird oft nicht als solcher wahrgenommen. Es gibt aber auch Frauen in der DDR, die sich mit Selbstbescheidung nicht mehr begnügen wollen, die ankämpfen gegen die Widersprüche eines Frauenlebens, in dem die alte weibliche Rolle (Zuständigkeit für den Reproduktionsbereich) und zugleich die wesentlich männlich geprägte Rolle (Teilnahme am Erwerbsleben) vereint werden sollten.

Und doch wäre das Gesamtbild schief, wollte man/frau meinen, die Problemlage im Geschlechterverhältnis sei in der DDR im Prinzip genauso wie in der Bundesrepublik oder anderen westlichen Ländern gewesen. Sicher sind zur umfassenden Beurteilung der Geschlechterverhältnisse in der DDR noch umfangreiche Analysen durchzuführen. Im Hinblick auf den hier betrachteten Ausschnitt läßt sich sagen: *Sehr* langsam hatte sich, wenn man die gesamte DDR-Geschichte betrachtet, ein Prozeß der Umverteilung der Reproduktionsarbeit angebahnt. Ein hoffnungsvoller Beginn war, daß sich seit den sechziger Jahren in ganz winzigen Schritten der Anteil der Männer an der Reproduktionsarbeit

erhöht hat, freilich ohne daß das an den grundlegenden Relationen etwas verändert hat. Aber mit ihrem wachsenden Selbstbewußtsein und ihrer gestiegenen Qualifikation begannen Frauen nachdrücklicher bestimmte Forderungen zu stellen, auch wenn das alles noch vereinzelt geschah und nicht Bestandteil einer breiten Bewegung war. Insbesondere bei der Kindererziehung begannen Vorstellungen einer neuen Vaterrolle sich auch statistisch niederschlagen. Daß Männer dies heute auf den Plan ruft, gegen diesen leisen und langsamen Prozeß Front zu machen, ist aber leider auch Realität. Es mehren sich die Stimmen, wonach Frauen endlich wieder »klargemacht« werden muß, wo ihre eigentliche Bestimmung liegt.¹⁴

Daß Frauen manche Männer aus ihrer Ruhe aufgeschreckt haben und ihnen im Hause manches abverlangen (ohne jemals die Gesamtverantwortung aus den Händen gegeben zu haben), ist für viele schon schlimm genug. Aber nun gilt es, unter den neuen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnissen auch Konkurrentinnen um Arbeitsplätze und gute Stellungen aus dem Feld zu schlagen. Auch der noch so relative, in der DDR erreichte Stand an Selbstbestimmung von Frauen, das schon errungene Quentchen im zähen Kampf um Abbau der traditionellen Geschlechterverhältnisse sind nun massiv gefährdet. Die Wende zu marktwirtschaftlichen Strukturen macht mit jedem Tag mehr die Frauen zu den eigentlichen Verliererinnen der deutschen Einheit. Der Unabhängige Frauenverband wird sich gegen jede Form der Zurückdrängung der Frauen aus dem Erwerbsleben wenden, auch in der Form der erneuten Propagierung der »Neuen Mütterlichkeit«. Er wird alle Frauen unterstützen, die trotz der härter werdenden Verhältnisse um ihre Arbeitsplätze kämpfen und sie zur dazu notwendigen Umverteilung von Reproduktionsarbeit auf die Männer zu ermutigen.

Anmerkungen

- 1 Dies gilt nicht in gleichem Maße für die 50er und 60er Jahre, siehe den Beitrag von Hanna Behrend in diesem Heft.
- 2 Die Zeitbudgeterhebungen basieren auf der Befragung tausender BürgerInnen zu ihrer Zeitverwendung. Methodisch sind sie in mancher Hinsicht weiterzuentwickeln, so vor allem dahingehend, daß in der hier ausgewerteten Befragung nur Personen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten über 16 Jahre befragt worden sind. Damit wurde eine Einschränkung im sozialen Spektrum vorgenommen, die andere soziale Gruppen, z.B. auch RentnerInnenhaushalte, ausnimmt. An der methodischen Erneuerung wird derzeit gearbeitet. Auch die 1990 durchgeführte Erhebung, an der ich beteiligt war, ist bereits weiterentwickelt. Ihre Ergebnisse lagen jedoch bei Redaktionsschluß noch nicht vor.
- 3 Sozialreport 90, Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, hrsg. von Gunnar Winkler. Berlin 1990, 272
- 4 Quelle: Statistische Zentralverwaltung der DDR, Statistik des Zeitbudgets 1985.
- 5 Beim Hausarbeitstag war bereits von der rechtlichen Konstruktion her nur in Ausnahmefällen möglich, daß der Mann ihn in Anspruch nahm, bei der 40-Stunden-Arbeitswoche wegen der Erziehung von zwei und mehr Kindern war keine Übertragbarkeit möglich.
- 6 Dieser offenkundige Mangel wurde in der Erhebung von 1990 ausgebügelt.
- 7 Allerdings läßt sich schon eine gewisse Veränderung in der Gruppe von Männern unter 25 Jahren nachweisen, die »weiblichen« Hausarbeiten gegenüber aufgeschlossener sind. Es ist jedoch nicht klar, ob diese Veränderungen dauerhaft sind. Einiges spricht dafür, daß sich das Verhalten

von Männern innerhalb ihrer Biographie verändert, daß sie mit wachsender beruflicher Einbindung und steigendem Einkommen immer weniger im Reproduktionsbereich leisten, während Frauen sich durch die wiederholten Babyjahre u.a. Arbeitsausfälle allmählich immer mehr um den Reproduktionsbereich kümmern, so daß sich die traditionelle Arbeitsteilung nach einigen Jahren wieder herstellt.

- 8 Inge Lange, Die Frauen — aktive Mitgestalter der sozialistischen DDR. In: Einheit 4/5/86, 333 (Hervorhebung d. Verf.)
- 9 Diese Rechnung ist natürlich fiktiv, denn auch alle anderen Zeitangaben sind tatsächliche Durchschnittswerte, in die alle Wechselfälle des Lebens mit eingegangen sind. Doch es geht hier nur um eine In-etwa-Darstellung dessen, was DDR-Frauen zu leisten hatten.
- 10 Diejenigen, die tatsächlich aktiv waren, verwendeten natürlich wieder bedeutend mehr Zeit auf diese Tätigkeiten, d.h. die Mehrzahl der Frauen blieb inaktiv.
- 11 Wie diese Unterordnung mit dem Willen der Frauen selbst arbeitet, das behandelt Frigga Haug ausführlich. Vgl. Frigga Haug: Erinnerungsarbeit. Hamburg 1990.
- 12 Zur realen Verfügung über die verschiedenen Einkommen in der Ehe/Partnerschaft müßten eingehende Untersuchungen durchgeführt werden. Das Familiengesetzbuch der DDR ging davon aus, daß alles in der Ehe erworbene Geldeinkommen beiden Ehepartnern gemeinsam und im Scheidungsfall zu gleichen Teilen gehört. Das entspricht sicher nicht den Verteilungsverhältnissen, die im Normalfall in den Partnerschaften bestehen. Diese Regelung drückt aber im Grunde aus, daß die Frau mit der vom Gesetz unterstellten Verantwortlichkeit für den Reproduktionsbereich Anspruch auf einen Teil des Einkommens des Mannes erwirbt.
- 13 Schon mit der Wahl der Bemessungskriterien für leichte und schwere Arbeit wird Frauen ein Teil des ihnen zustehenden Einkommens vorenthalten, so daß auch auf gesellschaftlicher Ebene ein Teil ihrer Arbeit von Männern angeeignet wird.
- 14 So schreibt ein anonym bleibender Autor in der »Wirtschaft« (7/90), indem er dieselbe hier von mir ausgewertete Zeitbudgeterhebung zugrundelegt: »Danach beuten die DDR-Frauen die berufstätigen Männer aus, denn mit rund 11 Stunden wöchentlicher Hausarbeitszeit sind sie nämlich Spitze in Europa. Die Frauen sind mit rund 25 Stunden hingegen nur europäischer Durchschnitt.« Daß mir diese überraschende Männerlogik verborgen bleibt, muß wohl ein Interessenproblem sein.

Weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Frigga Haug: Zur politischen Ökonomie der Frauenquote. Argument 181 (1990)
- Claudia Pinl: Die armen Männer — Abwehrkämpfe gegen Quotistinnen. Argument 181 (1990)
- Sibylle Raasch: Frauenförderung in der Privatwirtschaft. Argument 181 (1990)
- Sieglinde von Wasielewski: Quotierungskämpfe bei Bayer Leverkusen. Argument 181 (1990)
- Karin Hildebrandt: Frauen in DDR-Hochschulen. Argument 181 (1990)
- Ina Merkel: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Manifest für eine autonome Frauenbewegung in der DDR. Argument 180 (1990)
- Frigga Haug. Über die Frauenfrage als Systemfrage. Argument 180 (1990)
- Irene Dölling: Frauenforschung in der DDR. Argument 180 (1990)
- Eva Schäfer: »Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd!« Zur feministischen Erneuerung in der DDR. Argument 180 (1990)
- Gisela Hänel-Ossorio: Armut ist weiblich. Argument 179 (1990)
- Cynthia Cockburn: Perestrojka und Feminismus. Argument 177 (1989)
- Irene Dölling: Marxismus und Frauenfrage in der DDR. Argument 177 (1989)
- Frigga Haug und Barbara Ketelhut: Die Perestrojka und die Frauen. Argument 170 (1988)

Ingrid Kurz-Scherf

Deutschland — einig Mutterland?

Gelegentliche, gut plazierte und gut inszenierte Fernsehauftritte von Frau Bergmann-Pohl und Frau Süßmuth konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Vereinigung über weite Strecken unter Ausschluß der Frauen stattfand. Bei den Konferenzen, Tagungen, Verhandlungsrunden um die rechtlichen, ökonomischen und sozialen Grundlagen der deutschen Einheit waren die Ost- und West-Männer weitgehend unter sich — selbstverständlich umsorgt und assistiert von dienstbaren Geistern weiblichen Geschlechts im Tagungsbüro, als Kellnerinnen und Sekretärinnen. Gespenstig und bedrückend, daß und wie die grauen Herren mit ihren Aktenköfferchen die Dinge wieder einmal unter sich ausmachten — und sich dessen noch nicht einmal bewußt werden. Daß da etwas nicht in Ordnung sein könnte, wenn sogar bei Angelegenheiten von historischer Bedeutung das andere Geschlecht, das doch schließlich die Mehrheit der Bevölkerung stellt, nur als schmückende Beigabe vorkommt — solches kommt denen, die doch schließlich seit jeher die Herren der Schöpfung zu sein beanspruchen, überhaupt nicht in den Sinn. Und so sind denn jetzt auch schon wieder die Weichen gestellt, daß auch die Verfassungsfrage des inzwischen geeinten Deutschlands nur unter Männern verhandelt wird — eine groteske Verhöhnung des in beiden deutschen Verfassungen enthaltenen Prinzips der Gleichberechtigung, wenn es denn so käme.

Der Ausschluß der Frauen aus der Gestaltung des neuen Deutschlands ist um so unerträglicher, als gerade in der sogenannten Frauenfrage eine große Chance gelegen hätte und noch immer liegt, die beiden Teile zu einem besseren Ganzen zusammenzufügen. Zum Beispiel *bei Schwangerschaftskonflikten*: Die DDR hatte längst darauf verzichtet, dieses existentielle Problem mit dem Instrument der Strafandrohung für die Frau lösen zu wollen; in der BRD wurde großes Gewicht auf Beratung und ärztliche Betreuung im Schwangerschaftskonflikt gelegt. Beides zusammen ergäbe zugunsten der Frauen und Kinder in beiden Teilen Deutschlands eine klare Fristenregelung plus Rechtsanspruch auf Beratung im Falle des Schwangerschaftskonflikts. Auch für die Vereinbarung von familiären und beruflichen Interessen gab es in der DDR sehr viel bessere Voraussetzungen als in der BRD; dafür wurde in der BRD sehr viel mehr Wert auf eine breite Palette der Möglichkeiten gelegt, mit dem Ziel, daß jeder und jede das seinen bzw. ihren spezifischen Bedürfnissen und Interessen entsprechende Lebensmodell verwirklichen kann. Beides zusammen ergibt die Perspektive auf eine Neuordnung der Arbeitsgesellschaft, in der Männer und Frauen nach der ihnen jeweils gemäßen Weise gleiche und bessere Partizipations- und Entwicklungschancen haben. Schließlich existierte in der DDR ein flächendeckendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen; die Lebensbedingungen und Perspektiven der nachgewachsenen Generation wurden nicht als Privatangelegenheit der Frauen, sondern als gesamtgesellschaftliches Anliegen behandelt. In der BRD hatte demgegenüber die Qualität der Kinderbetreuung, die Pluralität der Träger

von Kinderbetreuungseinrichtungen, der Spaß am Leben mit den Kindern eine größere Bedeutung in den sozial- und frauenpolitischen Diskussionen. Beides zusammen hätte den Menschen in der DDR erweiterte Möglichkeiten des selbstbestimmten Lebens mit Kindern sowie Kindern in der BRD endlich den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung verschaffen können.

Aber die Chance, gerade in der sogenannten Frauenfrage aus der deutschen Vereinigung neuen Schwung, neue und bessere Perspektiven zu entwickeln, wurde nicht genutzt. Dank einem parteiübergreifenden Frauenbündnis und der Standfestigkeit von Oskar Lafontaine in dieser Frage wurde wenigstens beim § 218 nicht nach dem Prinzip der einfachen Landnahme verfahren, sondern es gelten für zwei Jahre die Fristenregelung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und das sogenannte Tatortprinzip. Auch in einigen politischen und sozialen Fragen sind im Einigungsvertrag bessere Ansätze enthalten als z.B. im ersten Staatsvertrag. Dort hatte sich das Engagement für die Gleichberechtigung der Geschlechter in der peinlichen Floskel erschöpft: »Die Belange von Frauen und Behinderten werden berücksichtigt«. Demgegenüber enthält der Einigungsvertrag außer der Regelung zum § 218 immerhin den Auftrag an den Gesetzgeber, »die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln«. Der Grundsatz der »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« für Mütter und Väter (!) ist in Artikel 31, Abs. 2, des Vertrages ausdrücklich verankert. Und der Bund verpflichtet sich in Abs. 3 des gleichen Artikels, sich für eine Übergangszeit bis zum 30. Juni 1991 an den Kosten der Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern zu beteiligen, um »die Weiterführung dieser Einrichtungen zu gewährleisten«. Das heißt im Klartext, nach sehr kurz bemessenen Übergangsfristen werden sich die Frauen der ehemaligen DDR nach den Spielregeln der ehemaligen BRD richten müssen. Zudem laufen alle im Einigungsvertrag genannten Fristen länger als die Fristen für die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen; und fast überall enthält der Vertrag klarere Vorgaben für die Weiterführung von Einrichtungen nach Ablauf der Übergangsfrist. So wird — um nur zwei Beispiele zu nennen — der Kulturfonds »zur Förderung von Kultur, Kunst und Künstlern übergangsweise zum 31. Dezember 1994 ... weitergeführt«. Der Bund unterstützt den Behindertensport bis zum 31. Dezember 1992. Artikel 35 (Kultur), Abs. 2, enthält folgende Bestimmung: »Die kulturelle Substanz in dem in Art. 3 genannten Gebiet (ehemalige DDR) darf keinen Schaden nehmen«. Eine analoge Festlegung fehlt leider in dem Art. 31 »Familie und Frauen«.

Mit der weitgehenden Ausgrenzung von Frauen aus den Verhandlungen um den ersten Staatsvertrag und den Einigungsvertrag und mit der daraus folgenden unzulänglichen Berücksichtigung ihrer Interessen in beiden Vertragswerken wurden nicht nur die kurz skizzierten Chancen der deutschen Einheit für die Verbesserung des Geschlechterverhältnisses in beiden Teilen Deutschlands nicht genutzt. Darüber hinaus zeigt diese Verfahrensweise auch eine gefährliche Ignoranz gegenüber den Risiken einer einfachen Ausdehnung bundesrepublikanischer Regularien auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Denn die Verhältnisse dort sind einfach nicht so, daß man sie ohne weiteres nach bundesrepublikanischen Bauplänen umbauen könnte.

Unter dem Titel »Es ist ein anderes Leben« hat ein Wochenmagazin schon vor

einiger Zeit die berechtigte Frage aufgeworfen: Können die Deutschen nach 40 Jahren getrennter Entwicklung überhaupt wieder ein Volk werden? Über 40 Jahre getrennte Geschichte, jeweils eingebunden in einander feindlich gesonnene Bündnissysteme, haben in beiden Teilen Deutschlands ganz unterschiedliche Strukturen, Wertmuster und Alltagskonturen entstehen lassen, die viel tiefer in die gesellschaftlichen Bezüge und in die ganz persönlichen Befindlichkeiten hineinreichen, als dies den Architekten der deutschen Einheit bewußt zu sein scheint. Und gerade deshalb ist auch die politische, soziale und kulturelle Statik des gesamtdeutschen Hauses eine äußerst wackelige Angelegenheit. Beides, die tiefgreifenden Verschiedenheiten zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West einerseits und die Ignoranz der Einheitsstrategen gegenüber diesem Tatbestand andererseits, wird besonders deutlich in der sogenannten Frauenfrage.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheinen auf diesem Feld die Gemeinsamkeiten zu überwiegen: die Macht ist männlich in Ost und in West; die Frauen sind kaum vertreten, weder in den Führungsetagen der westlichen Konzerne noch waren sie beteiligt in den Machtzentren der sich Sozialismus nennenden Diktatur der Bürokratie. Die Durchschnittslöhne von Männern und Frauen klaffen auseinander, und von einer angemessenen Beteiligung der Männer an der Hausarbeit und Kindererziehung kann weder im Osten noch im Westen die Rede sein. Jenseits dieser Gemeinsamkeiten aber gibt es gravierende Unterschiede, die nicht nur die gesellschaftliche Position der Frauen betreffen, sondern den Alltag jeder einzelnen Frau und jedes einzelnen Mannes prägen und mit Haltungen und Vorstellungen korrespondieren, die eben nicht im Hauruckverfahren über einen — nämlich den bundesrepublikanischen — Leisten zu schlagen sind.

Zur Illustration nur einige Hinweise: Die Frauen in der ehemaligen DDR sind normalerweise erwerbstätig, auch als Mütter. Es ist für sie selbstverständlich, ihr eigenes Geld zu verdienen. Die Erwerbsquote der Frauen liegt in Ostdeutschland genauso hoch wie die der Männer, nämlich bei rund 83 Prozent. Die Erwerbsquote der westdeutschen Frauen liegt demgegenüber immer noch bei nur 50 Prozent. Zwar gehört die Erwerbstätigkeit von Müttern inzwischen auch im Westen zur gesellschaftlichen Normalität, die sogenannte Hausfrauenehe ist nicht mehr das gesellschaftlich anerkannte Leitbild des Geschlechterverhältnisses. In der Praxis aber ist die Unterbrechung der Berufstätigkeit oder der Wechsel auf Teilzeitarbeit während der ersten Lebensjahre der Kinder der Regelfall der weiblichen Biographie. Von den erwerbstätigen Frauen sind in der ehemaligen DDR 27 und in der ehemaligen BRD 41 Prozent teilzeitbeschäftigt.

Die außerhäusliche Kinderbetreuung während der Zeit, in der beide Elternteile ihren Beruf ausüben, ist in der ehemaligen DDR selbstverständlich, in der ehemaligen BRD immer noch eher die Ausnahme. Im Osten stehen für 80 Prozent der unter Dreijährigen Kinderkrippenplätze bereit, in Westen nur für durchschnittlich 3 Prozent. Kindergartenplätze gibt es in Deutschland-Ost in der Regel als Ganztagesangebot für 94, in Deutschland-West in der Regel nur als Halbtagesangebot und für nur 60 Prozent der Kinder. — Im Osten heiraten Männer und Frauen früher und häufiger als im Westen. Die Scheidungsziffer ist im Osten allerdings auch um ein Drittel höher als im Westen. Der Anteil der »nicht ehelich« Geborenen liegt in der ehemaligen DDR bei 33,4, in der ehemaligen BRD bei nur 10 Prozent.

Die mangelnde Gleichberechtigung von Männern und Frauen zeigt sich im Osten wie im Westen u.a. in der geschlechtsspezifischen Lohndifferenz. Das durchschnittliche monatliche Erwerbseinkommen der abhängig beschäftigten Frauen betrug 1988 in der Bundesrepublik nur 55 Prozent des Nettoeinkommens der abhängig beschäftigten Männer. Demgegenüber hatten sich in der DDR die Frauen auf immerhin 70,2 Prozent an die Einkommen der Männer »herangemacht«. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist nicht nur dadurch geprägt, wer wieviel verdient, sondern auch dadurch, wer von wessen Geld lebt. Von 100 DM, die die Haushalte in Deutschland-Ost und Deutschland-West ausgeben konnten, hatten die DDR-Frauen durchschnittlich 40 DM selbst verdient, die BRD-Frauen dagegen nur 18 DM.

Die letzte Zahl zeigt, daß die sogenannte Frauenfrage nicht zuletzt auch eine Verteilungsfrage ist. Denn der zukünftige Lebensstandard in Gesamtdeutschland hängt eben nicht nur von der Entwicklung der Durchschnittslöhne ab, sondern auch davon, ob die Frauen im Osten ihre Erwerbsquote halten können bzw. ob die Frauen im Westen ihre Tendenz zu immer stärkerer Beteiligung an der Erwerbsarbeit fortsetzen können. Die Befürchtung, daß die deutsche Vereinigung so stattfindet, daß die Frauen im Osten aus der Erwerbsarbeit herausgedrängt und im Westen weiter aus der Erwerbsarbeit herausgehalten werden, ist allerdings nicht aus der Luft gegriffen. Schon zeigt sich im Osten eine überdurchschnittliche Betroffenheit der Frauen von der sich rasant ausweitenden Arbeitslosigkeit.

Aber es führt nicht weiter, nur die Risiken der deutschen Einheit für die Frauen zu beschwören, es geht darum, die Chancen aufzuzeigen und zu nutzen. Die Frauen dürfen den Kuchen nicht backen, sondern sie müssen sich ihren Teil daran verschaffen. Die Anstrengungen müssen meines Erachtens auf die folgenden Punkte gelenkt werden:

1. Frauen- und kinderfreundliche rechtliche Rahmenregelungen für die Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten, d.h. Fristenregelung und Recht auf Beratung.
2. Durchsetzung einer angemessenen Beteiligung der Frauen an den bevorstehenden Verhandlungen um eine gesamtdeutsche Verfassung.
3. Verankerung des Rechts auf tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen in der neuen Verfassung, d.h. eine verfassungsrechtliche Verpflichtung für den Staat zur aktiven Frauenförderung, solange gleiche Arbeits- und Lebenschancen für Männer und Frauen nicht verwirklicht sind.
4. Konkretisierung der Verpflichtung des gesamtdeutschen Gesetzgebers durch den Einigungsvertrag, die Gleichberechtigung der Geschlechter weiterzuentwickeln, durch ein auch z.B. die Arbeitgeber zum aktiven Handeln verpflichtendes Gleichberechtigungs- oder Antidiskriminierungsgesetz.

Ein fünfter Punkt betrifft die Frauenbewegung selbst. Wenn es nicht gelingt, im Osten wie im Westen die Frauenbewegung auf die Beine zu bringen, wird die deutsche Einheit eine Vereinigung deutscher Männer bleiben.

Frigga Haug

Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf

Neue Herausforderungen an einen sozialistischen Feminismus*

Frauenfragen als Paradoxien

Eine Reihe von »linken« Gewißheiten sind problematisch geworden. Neu zu denken sind Begriffe wie Markt, Plan, Eigentum. Das gilt für die Linke allgemein. Gibt es auch neue Unsicherheiten für sozialistische Feministinnen? Nachdenkend über die Frauenfrage in den Zeiten der schnellen Geschichte — wie wir diese unsere Zeit des Zusammenbruchs eines Weltsystems und des überraschenden Sieges des anderen nennen wollen — fallen zunächst eine Reihe von Paradoxien auf:

1. Wiewohl im bisherigen »realsozialistischen Modell« die Frauenbefreiung nicht wirklich vorangekommen zu sein schien und in der vorherrschenden Theorie die Frauenfrage kaum eine Rolle spielte, ja, Feminismus als kleinbürgerliche Abweichung galt, scheinen die »bewegten« Frauen am ehesten bereit, über ein besseres sozialistisches Modell nachzudenken. Der unabhängige Frauenverband in der damaligen DDR gehörte im Dezember 1989 zu den Gruppierungen, die einen anderen Sozialismus wollten, keinen Kapitalismus.

2. Sozialistische Feministinnen in den kapitalistischen Welten haben lange versucht, einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Patriarchat herauszuarbeiten. Es geht nicht mehr darum, zu behaupten, nur der Kapitalismus unterdrücke die Frauen oder gar, die Frauenunterdrückung verschwände mit der kapitalistischen Produktionsweise; jedoch schien es notwendig, die Spezifik, in der sich die kapitalistische Produktionsweise die Frauenunterdrückung zunutze macht und auf ihr aufbaut, zu begreifen. Ich habe versucht, diesen Zusammenhang folgendermaßen zu skizzieren: Die Menschen müssen in »ihrer Reproduktion zwei Hauptfragen lösen: die Reproduktion ihrer selbst als Menschen, also die Wiederherstellung von Leben in unmittelbarem Sinn, und die Produktion von Lebensmitteln zur Erhaltung dieses Lebens. Für letzteres sind sie als Menschen in außerordentlich privilegierter Lage, da sie die Bedingungen der Lebensmittelproduktion auf stets wachsender Stufenleiter selbst verändern können. Dies wird gewöhnlich Entwicklung der Produktivkräfte genannt. Der jeweilige Gesamtzusammenhang der beiden Produktionen sind die Produktionsverhältnisse. Sie umfassen also beides: die Produktion von Menschen und die der Mittel zu ihrer Erhaltung. Für beides müssen die Menschen zueinander in Beziehung treten ... Die Produktion von Gebrauchswerten nach dem Profitprinzip ist nur möglich unter der Voraussetzung — deren Durchsetzung sie andernfalls erzwingen muß —, daß eine ganze Reihe von Gebrauchswerten und vor allem das Leben

* Deutsche Fassung meines Beitrags auf dem Kongreß »The Crisis in Europe and the Future of Socialism«, in Sydney (Australien), Oktober 1990.

selbst und seine unmittelbare Pflege und Erhaltung außerhalb der Profitgesetze geschehen. (...) Frauen sind wegen ihrer Fähigkeit, Kinder zu produzieren, in langen historischen Kämpfen dazu ausersehen, diese notwendige Säule in kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu spielen. Alles Weitere ist das Werk von Kultur und Ideologie. Dieses System also begreifen wir als kapitalistisches Patriarchat.« (1990, 345)

3. Aber — und hiermit komme ich zum dritten Paradox — so sehr diese Analyse uns, die wir im Kapitalismus leben, zu befriedigen vermag, bleibt die verblüffende Entdeckung, daß die Frauenemanzipation in Ländern, deren Produktion nicht in der gleichen Weise dem Profitprinzip unterlag, kaum vorangekommen zu sein scheint. Ja, auf den vielen öffentlichen Foren, die nach der Öffnung der Mauer in Berlin und anderswo zwischen West- und Ostfrauen stattgefunden haben, war ein Streitpunkt, ob nicht die »Westfrauen« in der Frauenbefreiung weiter vorangeschritten seien und also die »Ostfrauen« von ihnen den Feminismus zu lernen hätten. In der Tat kommen auch die AutorInnen einer vergleichenden Untersuchung über Gender Inequality in sozialistischen und kapitalistischen Ländern (Vianello u.a. 1990) zu dem Ergebnis, daß sich überall dort, wo Frauenbewegung war oder ist, die Lage der Frauen in Richtung mehr Gleichberechtigung verändert habe. Daher erklären sie die fehlende Präsenz von Frauen in politischen Entscheidungsgremien vor allem in den sozialistischen Ländern aus einem Mangel an Frauenbewegung und entsprechendem Bewußtsein der Frauen. In einer materialreichen Studie haben sie in zwei sozialistischen Ländern (Ungarn und Polen — die Untersuchung wurde 1989 beendet) und zwei kapitalistischen (Kanada und Italien) Stützpunkte und Hindernisse auf den Frauenwegen zur Macht untersucht. Dabei widersprechen sie feministischen Vorurteilen vom »anderen Wesen« der Frau zugunsten schichtenspezifischer Teilung der Haushaltspflichten und ebensolcher Unterscheidung bei der Vorstellung von dem, was weiblich sei. Sie widerlegen ihre eigene Annahme, daß Bildung eine entscheidende Rolle für den Zugang zur Macht spiele, und schließen daraus, daß auch der Sozialisationsprozeß von männlicher Kultur dominiert sei. Als tatsächliche Differenzen zwischen den Ländern der beiden Weltsysteme entdecken sie eine größere Gleichartigkeit in den sozioökonomischen Bedingungen der beiden Geschlechter in den sozialistischen Ländern verbunden mit einem Gleichheitsethos, welches einen starken Druck auf die Frauen ausübe, erwerbstätig zu sein. Und während die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft automatisch mit einem Arbeitsplatz, aber nicht mit einer aktiven Beteiligung an der Gewerkschaftspolitik verbunden sei, gebe es auch insgesamt in den sozialistischen Ländern eine hohe pro-Arbeits-Orientierung. Auffassungen über die natürlichen weiblichen Haushaltspflichten gehörten zwar nicht zur offiziellen Ideologie der sozialistischen Länder, seien aber im Volke selbst weiter verbreitet als in den kapitalistischen Vergleichsländern. Aus dieser Diskrepanz zwischen offizieller Ideologie und tatsächlichem Dafürhalten erklären sie den Eiszustand in Frauenfragen im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, in denen die Frauenbewegung solche Fragen in Bewegung gebracht habe. Als wichtigen Faktor benennen sie die ungleichzeitige Entwicklung in einigen Ländern, die z.B. der Kirche sowohl in Polen als auch in Italien einen entscheidenden Einfluß zu Ungunsten

der Frauen beließ. — Die AutorInnen stellen das alte Stereotyp von der Trennung von öffentlich und privat und der jeweiligen geschlechtsspezifischen Ortszuweisung in Frage. Sie fanden keine Frauen, die dem öffentlichen Leben ganz entsagten, ebenso wie sie keine Männer fanden, die der Familie ganz fernblieben. Darüber hinaus bezweifeln sie, daß die Familienprozesse (Erziehung und Verteilung ökonomischer Ressourcen) überhaupt als privat anzusehen seien. Gegen die Dichotomie öffentlich/privat setzen sie die These von der weiblichen Lebensweise in widersprüchlichen Kräftefeldern. Schließlich kommen sie zu dem Resultat, daß der weibliche Zugang zur Macht nicht durch Faktoren wie Verhalten, Wahrnehmung und Haltung bestimmt werde, daß vielmehr von miteinander verwobenen männlich-kontrollierten Strukturen, welche die Gesellschaften durchziehen und bestimmen, auszugehen sei. Diese würden von den Frauen nicht gekannt. Frauen beherrschten also im Prinzip die gültigen Spielregeln nicht. Daher werde erklärbar, daß allein Fraueninitiativen und -bewegungen Änderung in beiden Weltsystemen für die Frauen bringen könnten. Sozialismus allein sei nicht genug (allerdings lassen sie unberücksichtigt, in welcher Weise die Sozialismen in Ungarn und Polen überhaupt diesen Namen verdienten). Und weil die männlichen Führungseliten in geradezu dramatischer Weise die Ziele des allgemeinen Wohls verfehlten, sei es für die Menschheit überlebensnotwendig, daß Frauen sich die Wege zur Macht erkämpften. Das Buch bringt wichtige Daten in übersichtlicher Form; die Idee dieses Systemvergleichs ist sehr gut, wenngleich seltsam überholt durch die historische Entwicklung. Die Thesen, die auf männliche Kultur und Politik abzielen, sind sicher ebenso richtig wie unvollständig, da bei solchem Primat des Männlich-Politischen die Faktoren des Ökonomischen ganz außer acht gelassen sind. Nach meinem Dafürhalten stehen die Fragen des Ökonomischen, des Politischen und des Kulturellen gleichzeitig auf der Tagesordnung.

4. Aber auch, wenn wir selbst Verhalten und Handlungen von Frauen aus Ost und West zögernd und mit der nötigen Vorsicht vor vorschneller Verallgemeinerung prüfen, kommen wir zu paradoxen Resultaten. Viele »Ostfrauen« sind nach 40 Jahren »Sozialismus« ganz offenkundig selbstbewußter als die meisten »Westfrauen«. Ihr Schritt ist ausgreifender, der aufrechte Gang scheint Gewohnheit, und vor allem fehlt ihnen, was ich vorläufig einen passiven Sexismus nennen möchte. Damit meine ich, daß sie nicht so auftreten, als ob sie beständig einen Ausgleich für die Blicke von Männern herstellen müßten zwischen dem Versuch, aufreizend zu gefallen und zugleich aber die nötige Distanz, die Unnahbarkeit zu zeigen. (Übrigens scheinen die jetzigen großen Erfolge der Beate Uhse in der DDR, der Einfall von männlichen DDR-Bewohnern in westlichen Peepshows und die Tatsache, daß die neue Freiheit unter anderem auch die der Pornographie war, zumindest ein Zeichen dafür zu sein, daß dieser Eindruck, den wir von den Frauen aus der DDR haben, stimmt, und daß die DDR-Männer darunter »gelitten« haben. Diese relative Abwesenheit von Pornographie bei gleichzeitig fort-dauernder Frauenunterdrückung zeigt auch, daß die Vorstellung, mit der in den USA Dworkin und in der BRD Alice Schwarzer versuchten, ein »wahres« Fundament von Frauenunterdrückung zu verkünden, zumindest brüchig ist.) Diese, nennen wir es Desexualisierung ihrer Körper geht einher mit einer geradezu als

Gleichgültigkeit zu bezeichnenden fehlenden Empfindsamkeit gegenüber offenkundigen Diskriminierungen des weiblichen Geschlechts. So zum Beispiel gab es niemals eine feministische Revolution in der Sprache. Ja, Frauen der DDR sprechen sich ohne Zögern selbst männlich — sind Meßwart, Historiker, Ökonom, Arzt —, ein Umstand, der gewiß die tatsächliche männliche Kultur, die auch dort etwa die Zuweisung von Arbeitsplätzen mit ausgreifender Entscheidungsbefugnis bestimmt, vor eindringlicher Wahrnehmung schützt.

Die Sprecherin des Frauenverbandes, Christina Schenk, formuliert als entscheidend für das DDR-Patriarchat in ihrem Beitrag (in diesem Heft) einen Mangel an Hinterfragung und öffentlicher Diskussion der Herrschaftsmomente in den Geschlechterverhältnissen, so daß die Reproduktionsarbeit schließlich doch bei den Frauen landete. Dagegen habe der Mythos von der Gleichberechtigung den Blick auf tatsächliche Differenzen verstellt. Aus dem gleichzeitigen Vorhandensein von ökonomischer Unabhängigkeit und qualifizierter Berufstätigkeit und jenem Schweigen über existierende Geschlechterherrschaft erklärt sie das Selbstbewußtsein der Frauen und ihren Mangel an Reflexion über ihre Lage. In diesem Spannungsfeld sei der Frauenverband eine Provokation, unter Frauen begrüßt und als überflüssig abgelehnt.

5. Auf ein weiteres Paradox — eigentlich auf zwei — stoßen wir bei dem die Vereinigung der beiden deutschen Republiken aufs heftigste begleitenden Streit um den § 218. Da ist auf der einen Seite Kampf um Reproduktionstechnologien und dabei um die Frage, wieweit mit menschlichen Embryos experimentiert werden dürfe, und auf der anderen Seite neuerliche Kraft bei den Bemühungen, den Abtreibungsparagraphen unter Berufung auf das »Recht auf Leben« zu verschärfen. Neues Feuer kommt in diesen Streit durch die nicht von Verboten umstellte Praxis in der DDR. Jede kann dort straflos abtreiben, und mit nicht endenwollender Bigotterie sehen wir die männlichen Abgeordneten, deren Körper ja in keinem Fall von solcher Rechtsprechung und dazugehöriger Praxis betroffen sind, debattieren, ob das Wohnort- oder das Tatortprinzip Geltung haben sollte, wenn denn die Rechtsprechung in der ehemaligen DDR für diesen Bereich noch für einige Zeit Geltung behalten sollte. Soweit der Kompromiß. Aber gleichzeitig wird dieser Kampf gefochten vor dem Hintergrund einer weiblichen DDR-Bevölkerung, die offenbar das Kinderkriegen als wesentliche Dimension ihres Menschseins praktizierte. So gut wie alle Frauen sind berufstätig, und fast alle haben schon in sehr jungem Alter — also während ihrer Ausbildungszeit — Kinder, gleichgültig, welchen Beruf sie anstreben und ob sie verheiratet sind oder nicht. Eine verrückte Lehre aus der ehemaligen DDR in dieser Frage könnte sein: je freier die Abtreibungsrechtsprechung, desto mehr Kinder bekommen Frauen.¹ Der Abtreibungsparagraph scheint also nicht so sehr den Zustrom an Nachwuchs zu kanalisieren als vielmehr eine andere Art der Disziplinierung von Frauen anzuzielen. (Übrigens muß man hinzufügen, daß auch die Abtreibungsraten in der DDR hoch waren, ein Umstand, der wiederum auf einen allgemein lässigeren Umgang mit Fragen von Verhütung/Empfängnis verweist und wohl auch auf einen Mangel an Verhütungsmitteln und entsprechender Beratung.)

6. Die schwierigste Lehre aber erteilt uns das Paradox der weiblichen Berufstätigkeit. Schon 40 Jahre in der DDR, in der Sowjetunion 70 Jahre, gehört das

Recht auf Arbeit zu den kulturellen Selbstverständlichkeiten und bestimmt die Identitäten von Frauen in den sozialistischen Ländern. Daß die Erwerbstätigkeit der Frauen eine Bedingung ihrer Emanzipation sein müsse, gehört zum Bestand der fortschrittlichen Arbeiterbewegungspolitik (beileibe nicht der ganzen) seit Marx und Engels, Lenin und Rosa Luxemburg. In allen sozialistischen Ländern gab es dieses selbstverständliche Recht auf Arbeit und eine entsprechend hohe Erwerbsrate (mehr als 90 %) der Frauen. Und nirgends sind Frauen nennenswert in Entscheidungspositionen in einem Umfang gelangt, daß männliche Kulturen auch nur erschüttert wären; auch die Sozialismen waren, neben aller befehls-administrativen Konstitution, vor allem Patriarchate. Und wo Wege empfohlen werden — wie von Gorbatschow in der Sowjetunion — oder gar nahegelegt — wie jetzt bei der stets wachsenden Arbeitslosigkeit in der DDR (im Deutschland-sender spricht man schon von 18 %) — gehen Frauen, so hört man, gerne in die privaten Haushalte zurück, um endlich dem Stress der Überarbeitung zu entkommen und die vielen liegengelassenen Arbeiten zu vollbringen. Das gilt vermutlich nicht massenhaft; noch gehört das Recht auf Arbeit zu den Privilegien, die etwa die DDR der BRD voraus hatte.

Es bleiben eine Reihe von praktischen und theoretischen Fragen offen: Hat die allgemeine Erwerbstätigkeit der Frauen in den ehemaligen sozialistischen Ländern ihre Emanzipation vorangebracht oder sind die Strukturen tatsächlich so hermetisch patriarchalisch, wie die Auftritte der politischen Entscheidungsgremien nahelegen? Und daneben: verabschieden wir mit der bisherigen Gestalt des Sozialismus ein Frauenemanzipationsmodell, dessen Früchte wir noch nicht ernteten², ja, das uns sozialistische Feministinnen durch seine spezifische Form in der ehemaligen DDR mehr belastete als daß es unseren Schritten Flügel verlieh? Und dahinter steht die große allgemeine Frage: war es richtig, die Frage der Frauenemanzipation überhaupt im Zusammenhang mit Arbeit zu denken und entsprechende Strategien zu entwerfen?

Das Konzept Arbeit und die Emanzipation der Menschen

»Das Wunder sind die Frauen«. Dies war der Titel einer Propagandabroschüre in der DDR der späten siebziger Jahre. Das war zu einer Zeit, als die Mängel und Probleme, Bürokratien und Beharrungen schon so offensichtlich waren, daß diese Zusammensetzung von Wunder und Frau im Zusammenhang mit der DDR-Wirklichkeit das Gefühl der Verhöhnung vermittelte wie der Muttertag. Zugleich spürte man jene unwillkommene Heldinnenverehrung, die immer dort nötig wird, wo etwas nicht klappt. Hier las es sich wie eine Übersetzung des schlichten Umstands, der bei uns, wenn auch zu umstandslos, mit Doppelbelastung³ gefaßt wird. Sollte das Hauptproblem der Frauenunterdrückung in der gleichzeitigen Beanspruchung zu Hause und im Betrieb liegen, so daß ihr Arbeitstag zu lang wäre?

So uneinverstanden wir mit den bisherigen Sozialismen waren, so merkwürdig will es uns scheinen, daß jetzt in beiden Systemen die Fragen der Frauenunterdrückung vollkommen gleich beantwortbar sein könnten, ungeachtet realer

anderer Gesellschaftlichkeit über 40 Jahre. Oder anders: hat denn die Frauenfrage überhaupt nichts mit den Produktionsverhältnissen zu tun? Ich unterstelle hier, daß es sich bei den Weltsystemen tatsächlich um unterschiedliche Produktionsverhältnisse handelte. Anders ließe sich auch kaum die Energie erklären, mit der etwa von westdeutscher Seite jede Ahnung einer anderen als der kapitalistischen Weise zu produzieren mit Stumpf und Stil und auf jeder Ebene⁴ ausgerottet wird.

Treten wir noch einmal einen Schritt zurück und lassen uns durch die verschiedenen Paradoxien, die wir nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder beim Nachdenken über die Frauen entdecken, so beeindruckt, daß wir uns die Frage nach dem Zusammenhang von Produktionsweise und Frauenunterdrückung bzw. -emanzipation noch einmal ganz von vorn stellen.

Rekapitulieren wir die Fragen, für die wir eine Antwort finden müssen:

Da war die fehlende Gleichheit in einem Land, das so sehr auf Gleichheit setzte, daß sie schon als fehlerhafte und problematische Strategie, als Gleichmacherei kritisiert werden mußte. Der Abschied vom sozialistischen Projekt aber wird gerade von Frauen, soweit sie in Bewegung sind, so scheint es, weniger vollzogen. — Da gab es eine Politik, die so vorging, als ob ein Wissen vorhanden sei um den Zusammenhang von Frauenunterdrückung und einer Produktionsweise mit Profitlogik, aber es sieht so aus, als ob die sozialistische Befehlswirtschaft dennoch Frauenunterdrückung in ähnlicher Weise hervorbrachte, wenn nicht gar auf ihr aufbaute, wie die kapitalistische. Da gibt es vielleicht sogar mehr Frauenbefreiung und auf jeden Fall ein höheres Maß an bewußtem Feminismus in kapitalistischen Ländern — schließlich gibt es oder gab es dort eine Frauenbewegung mit großen Erfolgen auf dem kulturellen Sektor, der die alltäglichen Lebensweisen bestimmt. Umgekehrt scheint der Alltag in den sozialistischen Ländern weniger sexistisch zu sein. Wenngleich heute behauptet wird, daß das relative Fehlen von Sexualverbrechen in den sozialistischen Ländern ein statistischer Schwindel sei, scheint es den Erzählungen von Frauen aus der DDR zufolge doch so, daß z.B. Angst vor männlicher Gewalt und im Dunkeln die Emotionen von Frauen nicht allzusehr bestimmt und solche Gefühle sie daher auch nicht davon abhalten, alleine überallhin zu gehen. — Die Freigabe der Abtreibung hat die Frauen ferner nicht davon abgehalten, jung viele Kinder zu bekommen. Und schließlich hat die fast hundertprozentige Erwerbstätigkeit der Frauen zwar dazu geführt, daß sie ökonomisch unabhängig vom ernährenden Ehemann wurden; diese Freiheit war jedoch nicht die Freiheit, welche die männliche Kultur des Produzierens und Politikmachens überwinden konnte. Frauen blieben unten.

Beim nochmaligen Durchgrübeln dieses Problems mit der Arbeit, oder genauer: mit dem Entwurf, ein Befreiungsprojekt — so auch das der Frauen — an die »Arbeit« zu binden, denke ich, die Schwierigkeit beginnt schon mit der Entdeckung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Hier muß auch die Lösung für unsere Paradoxien gefunden werden.

Obwohl dies heute unmodern ist, gehe ich noch einmal zurück zu Marx. Bei ihm gibt es einige Hinweise zum Verhältnis der Geschlechter in der Arbeit, und vor allem steht zunächst die geschlechtliche Arbeitsteilung an den strategischen

Ausgangspunkten seiner Skizzen zum geplanten Gesamtprojekt. In der *Deutschen Ideologie* formuliert Marx die Arbeitsteilung als Kreuzungspunkt von Gegensätzen und Widersprüchen. Er unterscheidet die Arbeitsteilungen im Großen der Gesellschaft — Stadt/Land; Mann/Frau; Kopf/Hand; Arbeit und Nichtarbeit — und diejenigen im Inneren der betrieblichen Arbeitsprozesse. Er prüft Formen der Arbeitsteilung immer im Verhältnis zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Diese geschieht vor der Warenproduktion in der Form der Familienarbeit:

»Für die Betrachtung gemeinsamer, unmittelbar vergesellschafteter Arbeit brauchen wir nicht zurückzugehen zu der naturwüchsigen Form derselben, welche uns an der Geschichtsschwelle aller Kulturvölker begegnet. Ein näherliegendes Beispiel bildet die ländlich patriarchalische Industrie einer Bauernfamilie, die für den eignen Bedarf Korn, Vieh, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw. produziert. Diese verschiedenen Dinge treten der Familie als verschiedene Produkte ihrer Familienarbeit gegenüber, aber nicht sich selbst wechselseitig als Waren. Die verschiedenen Arbeiten ... sind in ihrer Naturalform gesellschaftliche Funktionen, weil Funktionen der Familie, die ihre eigne naturwüchsige Teilung der Arbeit besitzt so gut wie die Warenproduktion ... Die durch die Zeitdauer gemeßne Verausgabung der individuellen Arbeitskräfte erscheint hier aber von Haus aus als gesellschaftliche Bestimmung der Arbeiten selbst, weil die individuellen Arbeitskräfte von Haus aus nur als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft der Familie wirken.« (MEW 23, 92)

Es ist erstaunlich, daß Marx diese Entdeckung, daß also die einzelnen Produkte nicht nach der verausgabten Zeit gemessen und von daher als mehr oder weniger wert erachtet sind, nicht in ihren Folgen für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und für das gesamte Zivilisationsmodell weiter untersucht hat. Schließlich macht ja das Kalkül der verausgabten Zeit den Wert auch zu einem Fluch, vor dem die Produkte geschützt werden müssen, so daß gesellschaftlich sich schließlich nur bewähren kann, was möglichst wenig lebendige Zeit verschlingt — dies das Modell des Fortschritts und der Verarmung in einem. Zugleich erhalten wir hier auch einen Hinweis auf die Sehnsucht, die der Familie gilt und ihr Dauer verleiht als dem Ort, an dem nicht nur kostengünstig und arbeitssparend kalkuliert produziert werden muß.⁵ Entscheidend ist auch für Marx nicht erst die Verkehrung durch die Warenproduktion, sondern wichtige Bestimmungsfaktoren sind die Blindheit der Handlungen gegenüber der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und damit die naturwüchsige Über- und Unterordnung — die u.a. die Geschlechterverhältnisse bis heute bestimmt — und das Bewußtsein der individuellen Arbeiter in bezug auf ihr Tun. Engels schrieb in diesem Sinne emphatisch: »Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein, und ihr seid alle über diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus.« (MEW 1, 515) Marx kontrastiert die Familienarbeit mit der Perspektive eines »Vereins freier Menschen«, »die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben ... Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt.« (MEW 23, 92f.) Die Verteilung in Reinvestition und Konsum ist abhängig von der Entwicklungshöhe des Produktionsorganismus — »jedem nach seinen Leistungen« ist z.B. ein mögliches Regelungsprinzip. Die Entwicklung der Arbeitsteilungen geht vom Gattungszusammenhang über die Herrschafts-Knechtsverhältnisse in der entfalteten Warenproduktion zum »Verein freier Menschen« (ebd.), die er auch »frei

vergesellschaftete Menschen« (ebd., 94) nennt. Entsprechend gehören die alte Arbeitsteilung und die alten Verhältnisse zusammen, eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse ohne die sie tragenden Arbeitsteilungsstrukturen wird fragwürdig:

»Die alte Produktionsweise muß also von Grund auf umgewälzt werden, und namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz, auf andre abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.« (MEW 20, 273f.)

Die strategischen Dimensionen, unter denen Arbeitsteilung abgebildet wird, sind: die Herrschaft der Nichtarbeiter über die Arbeiter (u.a. als ein Produkt des arbeitsteiligen Tuns), die Entwicklung der Gesamtarbeit auf Kosten der Nichtentwicklung der Einzelarbeiter; die Herausbildung einer Vollvergesellschaftung der Arbeit ohne das Bewußtsein und die entsprechenden politischen Handlungen der Gesamtarbeiterschaft. Das Eigentümliche, das gewissermaßen hinter diesen Bestimmungen geschah, ist, daß die sogenannte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nur zum Zeitpunkt ihrer Benennung als Teilung von Arbeit auftaucht. Danach ist der an Frauen vergebene Teil verschwunden, zumindest als Arbeit. Die Benennung ist zugleich der Akt ihrer Entnennung. In der Folge treten unter Arbeitsteilung sowie unter Gesamtarbeit nur noch Teilarbeiten aus der industriellen und agrikulurellen Produktion für den Markt auf. Es gibt keine Analyse der Problematik, die sich aus der Unterordnung aller nicht der Lohnform unterliegenden Tätigkeiten unter die Logik des Kosten-Nutzen-Kalküls ergibt — dies sowohl für die Entwicklung der Menschen selbst und ihrer Bedürfnisse als auch für das, was als gesellschaftlich sinnvoll anerkannt wird.

Marx schreibt über Arbeitsteilung im *Kapital* in der Logik der Lohnform folgerichtig:

»Hält man nur die Arbeit selbst im Auge, so kann man die Trennung der gesellschaftlichen Produktion in ihre großen Gattungen, wie Agrikultur, Industrie usw., als Teilung der Arbeit im allgemeinen, die Sonderung dieser Produktionsgattungen in Arten und Unterarten als Teilung der Arbeit im besondern, und die Teilung der Arbeit innerhalb einer Werkstatt als Teilung der Arbeit im einzelnen bezeichnen.« (MEW 23, 371)

Dabei gingen dieser systematischen Leerstelle, wo die Tätigkeiten der Frauen hätten analysiert werden müssen, elementare Sätze über die Geschlechterverhältnisse in der Arbeit voraus. Da ist zunächst in der *Deutschen Ideologie* im Zusammenhang mit den Äußerungen zum Verhältnis von Eigentum und Arbeitsteilung der Satz: »Die freilich noch sehr rohe latente Sklaverei in der Familie ist das erste Eigentum, das übrigens hier schon vollkommen der Definition der modernen Ökonomie entspricht, nach der es die Verfügung über fremde Arbeitskraft ist« (MEW 3, 32). Im Zusammenhang mit der allmählichen Vermehrung der Bedürfnisse und der Bevölkerung entwickelte sich, so heißt es wenige Passagen zuvor, »die Teilung der Arbeit, die ursprünglich nichts war als die Teilung der Arbeit im Geschlechtsakt ...« (MEW 3, 31) Engels sah im Geschlechter-

verhältnis »die Zellenform der zivilisierten Gesellschaft« (MEW 21, 68) und »die erste Klassenunterdrückung« in der »des weiblichen Geschlechts durch das männliche« (ebd.). In der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist also Herrschaft eingeschrieben.

In den ausführlichen Analysen zur Arbeit im Kapitalismus kommt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht mehr vor. Hier setzt Marx im wesentlichen voraus, daß Frauen — die jetzt meist zusammen mit Kindern genannt werden — nicht in den kapitalistisch betriebenen Produktionsprozeß einbezogen sein sollten.⁶ Er schildert ihr Auftreten in der Fabrik als besondere Verelendung und geht im übrigen davon aus, daß der männliche Arbeiter für seine eigene Reproduktion und die seiner Familie arbeitet und entlohnt wird. In diesem Zusammenhang erscheint ihm die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zunächst als naturwüchsig, eine Teilung auf »rein physiologischer Grundlage«, die durch den Austausch in voneinander abhängige Zweige gerät (MEW 23, 372). Er verfolgt die Anordnung dieser Bereiche, die für das kapitalistische Zivilisationsmodell zentral ist, nicht weiter.

Schließlich entwickelte sich auf dieser Grundlage eine Gesellschaftsformation, in der gesellschaftlich im wesentlichen produziert wird, was Profit bringen kann, so daß alle Arbeiten, die dieser Zeitlogik nicht folgen können, die nicht rationalisierbar, automatisierbar, beschleunigbar sind — wie das Hegen und Pflegen von Mensch und Natur — liegengelassen bzw. der unentgeltlichen Pflege von Frauen überlassen werden. Wir können heute wohl davon ausgehen, daß die Krisen der unbeherrschten und ungehemmten Produktivkraftentwicklung und des Raubbaus an der Natur und ihren Ressourcen mit dieser Logik und Bereichsordnung, der sich die Frauenunterdrückung verdankt, zusammenhängen. Hier hat die Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre vieles getan, um die hinter dem Rücken der industriellen Produktion geleisteten Arbeiten von Frauen ans Licht zu holen. Die aktuellen Reformdiskussionen um einen erweiterten Arbeitsbegriff, der Reproduktionstätigkeiten und Lernen einbezieht, und um ein Mindesteinkommen, welches das Überleben auch jener Menschen garantiert, die nicht »normal« in den Erwerbsprozeß einbezogen sind, zeigen die Erschütterungen in diesem selbstverständlichen Zueinander geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung.

Dorothy Smith (1989) hat versucht, die Unsichtbarkeit der Frauenarbeit als Schlüssel zum Verständnis »körperloser« Wissenschaften im Anschluß an Marx herauszuarbeiten. So wie bei Marx (in seiner Hegelkritik) der Herr in seinem Bewußtsein dadurch bestimmt sei, daß für seine Reproduktion der Knecht arbeite, so sei auch die Routinearbeit um den Körper für die männlichen Wissenschaftler eine, die ihrer Arbeit vorausgesetzt und daher von ihnen in ihr Denken nicht einbezogen werde.

Ich möchte an dieser Stelle noch einen Schritt weitergehen und vom heutigen Standpunkt zurückblicken auf eine Entwicklung der Menschheit, in der sich jeweils nur solche Tätigkeiten und die damit verknüpften Bedürfnisse entwickelten, die am Markt bestehen konnten, die sich also lohnten, was die Verausgabung von Zeit anging. Auf der Strecke blieben alle Produktionen und Tätigkeiten, deren Spezifik eine extensive Zeitverausgabung ohne entsprechend großes Produkt war. Es liegt in der Logik der Sache, daß der größte Teil der agrikulurellen

Tätigkeiten ebenso wie Wald- und Naturpflege, ja im Grunde auch das Aufziehen von Menschen mit der Logik der Zeitreduktion unverträglich sind. (Einige Versuche der Industrialisierung der Agrikultur haben jene schauerlichen Produkte hervorgebracht, von denen Brecht mit knappen Worten prognostizierte: *Ihr werdet die Früchte nicht mehr am Geschmack erkennen.*) Soweit die solcherart erzielten Produkte für das Überleben der Menschen auch kurzfristig unentbehrlich sind, treibt diese Entwicklung eine Spaltung der Menschheit voran in solche, die sich am Markt bewähren können, und solche »Teilmenschen«, die unter dem Niveau der Durchschnittsmenschen tätig sind. Hierin kündigen sich die »dritten Welten« und ihre Verelendung an. In den Ländern der ersten Welt ist die Entwicklung komplizierter. Zum einen werden Frauen ökonomisch abhängig gehalten, jedenfalls sind sie nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren, soweit sie sich auf die »nicht lohnenden Tätigkeiten« einlassen müssen; das gilt selbst dann, wenn sie berufstätig sind.⁷ Ihre Stellung wird ökonomisch abgedeckt durch einen Ehemann, wie er schon bei Marx und Engels als Ernährer der Familie auftritt. Ein großer Teil aber dieser, nennen wir sie »zeitraubenden« Tätigkeiten bleibt einfach ungetan. Hier entwickelt sich die Menschheit nicht. In dieser Weise geht der Prozeß der industriellen Produktivkraftentwicklung und der entsprechenden Bedürfnisse in den westlichen kapitalistischen Ländern einher mit einer ungeheuren Verrohung der Menschheit. Verbrechen, Drogen und Alkohol sind bloß die sichtbaren Zeichen eines Zivilisationsmodells, in dem die menschliche Entwicklung der Entwicklung einer aufs äußerste rationalisierten Arbeitszeitverausgabung und der nur so verfertigten Produkte/Bedürfnisse untergeordnet ist. Weit entfernt davon, daß der Fortschritt der materiellen Produktivkräfte die Menschen freisetzen würde, ihre eigene Entwicklung als Menschen in die Hand zu nehmen, bleibt diese gewissermaßen Abfallprodukt der allgemeinen industriellen Entwicklung und Frauenwerk. — In diesem Zusammenhang erscheint es logisch, daß Gorbatschow der Verwahrlosung der Jugend durch eine Rückkehr der Frauen in die Familien abzuhelpen hofft. — Einen Hinweis auf diese Problematik geben uns auch unsere sehnsüchtigen Gefühle, wenn wir in einfachere Zivilisationen kommen und dort selbstverständliche Gastfreundschaft und die vielen zeitextensiven Genüsse häuslicher Produktionsweise genießen können. — In dieser Weise ist der Satz, daß am Grad der Frauenemanzipation der Grad der Entwicklung der Menschheit ablesbar sei, äußerst aktuell. Er betrifft die Beziehungen der Menschen untereinander, ihre Bedürfnisse, ihr Verhältnis zu ihrer Sinnlichkeit, zur sie umgebenden Natur, zum Werk ihrer Hände und Köpfe, ja zu sich selbst als menschliche Individuen.

Bedenken wir noch einmal das Rätsel der Triebkräfte, mit denen von den regierenden Männern die Gattungsreproduktion per Gesetz geregelt wird, so können wir dies auch als einen Versuch entziffern, einige der nicht lohnenden und nicht profitlich regelbaren Tätigkeiten per Gesetz zu erzwingen. Sobald Frauen anfangen würden, sich die Kinderfrage unter dem Gesichtspunkt des Lebensstandards, der ökonomischen Zeitverausgabung etc., also in der herrschenden Zeitlogik zu stellen, müßten sie solche Kraft- und Zeitvergeudung zurückweisen. So wird u.a. versucht, rechtlich zu sichern, daß Frauen der Versuchung, der herrschenden gesellschaftlichen Zeitlogik zu folgen, nicht erliegen.

Mit ethischen Begriffen wie »Liebe« und »Recht auf Leben« werden sie als Mitglieder kapitalistisch betriebener Gesellschaften in die diesen Produktionsweisen entgegengesetzte Logik von Lebenszeitverausgabung gezwungen. Man wird vermutlich feststellen, daß überall dort, wo die herrschende Kosten-Nutzenrechnung zum Überleben nicht ausreicht, das Recht einen Ausgleich schafft, der wiederum unter Anrufung von Moral den Frauen zur Erledigung auferlegt wird — so wird z.B. auch die Versorgung von Alten und Behinderten als erweiterte Frauenaufgabe unter dem Stichwort »Pflichtjahr für Mädchen« jetzt wieder diskutiert. Zugleich wird weniger rätselhaft, warum die Verrechtlichung der menschlichen Beziehungen und die Geschäfte der Regelung der Gesellschaft im Ganzen, also der Politik, über alle Jahrzehnte von Frauenbewegung und Kampf um Gleichberechtigung hinweg, männliche Domäne bleiben mußten. Frauen könnten sich nur um den Preis der Selbstverleugnung zu Herrscherinnen einer Gesellschaftsstruktur machen, die sie zugleich als Geschlecht zu untergeordneten Wesen macht.

Die Antwort auf die zuvor gestellte Frage, ob es richtig war, die Befreiung der Frauen und damit der Menschheit an die Arbeit zu binden, ist ein »Nein«, soweit wir — wie dies gesellschaftlich in der Tradition der Arbeiterbewegung geschah und geschieht — unter Arbeit ausschließlich Erwerbsarbeit fassen. Hier wäre es notwendig, unseren Analysen den Begriff der selbstbestimmten gesellschaftlichen Tätigkeit zugrundezulegen. Umgekehrt könnten wir den Arbeitsbegriff, wie er gang und gäbe ist, um die zur Entwicklung der Menschheit notwendigen Tätigkeiten erweitern und insofern an ihm festhalten. Welchen Weg wir einschlagen, hängt von der Möglichkeit praktischer Durchsetzung ab.

Kommen wir von solchen Bestimmungen zurück zur Entwicklung in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Zunächst können wir festhalten, es gab wenig Bereitschaft, die Impulse zur Aufhebung der Arbeitsteilungen und ihrer Anordnung im Großen der Gesellschaft aufzunehmen. In der Nachfolge Lenins wurde einiges getan, um die kulturelle Kluft zwischen Stadt und Land zu verkleinern; die Frage der Geschlechterverhältnisse geriet ins Vergessen; bzw. es scheint die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion als ausreichende Überwindung ihrer Unterdrückung aufgefaßt worden zu sein. Aber wiewohl der Anteil der Hausarbeit, den Frauen verrichteten, auch in der DDR weit größer war als der der Männer (vgl. dazu den Beitrag von Christina Klenner in diesem Heft) und unsere Presse nicht müde wird, uns vorzurechnen, daß die Entwicklung in dieser Hinsicht in Ost und West überhaupt ganz gleichartig verlaufen sei, die Frauen für Haushalt und Kinder zuständig blieben und daher vollkommen überarbeitet die Kosten ihrer Erwerbsarbeit trugen, können wir umgekehrt im Hohn auf die sozialistische Betriebsführung auch Einbrüche in die Profitlogik erkennen, die wir in der kleinen Zeitspanne, die uns noch bleibt, wenigstens zur Kenntnis nehmen sollten.⁸

Ich nehme einen beliebigen Leitartikel aus der konservativen Presse, die seit dem November 1989 den größten Teil ihres Platzes dem Kampf um die Ausrottung selbst der Erinnerung an Sozialismus und so auch der Umsprechung der DDR-Vergangenheit widmet (FAZ vom 30.7.90): Unter dem Titel »Sozial ist, was

reich macht« schreibt ein Walter Kannengießer eine Polemik gegen die DDR-Politiker (insbes. de Maizière), die meinen, die DDR könne mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität in die BRD bzw. die deutsche Einheit bringen, dies sei ihr spezifischer Beitrag (es geht hier im übrigen ungenannt gegen den DGB, der eben solches auf seinem letzten Gewerkschaftstag forderte). Der Autor argumentiert, ein Sozialsystem könne man nicht übernehmen, es »wachse« mit dem Wirtschaftssystem. »Statt dessen wird verlangt, auch 'jene sozialen Errungenschaften' zu bewahren, die sozialistischen Ursprungs sind. Das ist ernst zu nehmen, denn von Tag zu Tag wächst die Gefahr, daß in der DDR und für sie die Prioritäten falsch gesetzt werden. Was soll man davon halten, wenn in den Verhandlungen über den Einigungsvertrag zäh versucht wird, den Hausarbeitstag, einen erweiterten Kündigungsschutz für Mütter, pauschale und dynamisierte Mindestleistungen für Rentner und Arbeitslose, ein höheres Erziehungsgeld und andere soziale Wohltaten zu sichern?« Was hier als »Wohltat« auftaucht, ist nichts anderes als ein relativ bescheidener Versuch, Tätigkeiten und Leben außerhalb des Kosten-Nutzen-Kalküls als gesellschaftliche Gesamtarbeit und als gesellschaftlich notwendig zu fassen. Statt Kinder einfach den Frauen zur möglichst unsichtbaren Erledigung zuzuschieben und Rentner als ehemalige Arbeitende in die Einsamkeit zu entlassen, wird Arbeit als historisch betrachtet. Als »sozial« wird also hier ein etwas dynamischeres Modell aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft denunziert, welches — wenn auch erst in Ansätzen und vermutlich mit dem Betrieb am falschen Ort — politisch und finanziell abgesichert werden sollte.

Unsere Gesellschaft dagegen lebt ausschließlich im Heute, so die Lehre. Da braucht sich niemand zu kümmern, was nach ihm ist, noch was vor ihm getan wurde. Erschöpfung der Ressourcen, Vernichtung der Erde, Zerstörung, Verseuchung und ein miserables System der Kinderversorgung, das die BRD weltweit an die 16. Stelle bringt; eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und eine große Armut unter den insbesondere weiblichen Rentnern ist die Folge. Was also zurückgedreht, keinesfalls beansprucht werden soll, ist zum einen die Vermenschlichung der Frauen, die einhergeht mit einer Verallgemeinerung ihrer bisher umsonst bzw. in persönlicher Dienstleistung erfüllten Aufgaben. Nicht nur ein Kündigungsschutz für Mütter, sondern das Gleiche mit den gleichen Pflichten und der entsprechenden kulturellen Absicherung für Väter wären notwendig, ebenso wie der Hausarbeitstag für beide Geschlechter. Dem geht voraus, daß alle Reproduktionsaufgaben der Körper und der Seele als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit entsprechend behandelt und gesehen werden müssen.

Hier war die DDR schon ein Stück vorangeschritten, was ihr jetzt als unproduktiv und als industrieller Schrottplatz vorgeworfen wird. Die Sozialleistungen der Betriebe beinhalteten ein Stück Bedingung für Frauenbefreiung. Sie sind de facto ein Stück Aussetzung des Profitprinzips als allgemeine Regelung der Produktion. Das machte sie besonders unproduktiv vom Standpunkt eben dieser Profitlogik. Kinderkrippen, Mittagstisch, Teile der Krankenfürsorge wurden von den Betrieben ebenso getragen wie Ferienurlaube. In den landschaftlich schönsten Gebieten, an den Küsten der Meere, wo wir Grandhotels für die Elite des Geldes erwarten, finden wir die vielen Ferienanlagen der einzelnen Betriebe.

Dagegen empfiehlt besagter Kannengießer, Hindernisse wegzuräumen und folgendes zu tun: befristete Arbeitsverträge abzuschließen, keine Schutzregeln zu übernehmen, die nur als Einstellungsbremsen wirken können; Arbeitsentgelte nach der Leistung. Es ist eine historische Tragödie, daß der Satz »Leistung muß sich wieder lohnen« deshalb auf eine hohe Akzeptanz rechnen kann, weil er die Verneinung einer individuellen Passivierung in einem befehlsadministrativen paternalistischen System zusammenbinden kann mit der Lohnform in kapitalistischen Ländern. Wieder fallen die Arbeiten der Frauen und die Vermenschlichungstätigkeiten unter den Tisch. Fazit: »sozial ist, was reich macht«. Die »Gesellschaft« wird sicher erheblich reicher, wenn sie sich die Arbeit von Frauen umsonst aneignet, nur auf die jungen männlichen Arbeiter setzt und diese zu äußerster Verausgabung ihrer Arbeitskraft im für die Unternehmen günstigen befristeten Rahmen einsetzt. Wie erwartet, ist die Zahl der Frauen und der Jugendlichen unter den Arbeitslosen der DDR nur vier Monate nach der Einführung der D-Mark schon erheblich höher als die der Männer. Dabei herrscht noch ziemlich viel Dunkelheit über den tatsächlichen Zustand, weil die Hauptanstrengung in den Medien darauf gerichtet ist, als Aufschwung in der BRD zu bezeichnen, was dem Crash-Kurs in der DDR zu verdanken ist. So jubelt die Presse über die Abnahme der Arbeitslosen in der BRD im Herbst 1990, einer Zahl, die genau der Zunahme an offiziellen Arbeitslosen in der DDR entspricht; letzteres wird als Folge von 40 Jahren Mißwirtschaft bezeichnet.

Wenngleich unsere konservative Presse nichts über die Brutalität der kapitalistischen Inbesitznahme, dafür mehr über Freiheit und den Glanz des Reichtums schreibt, gelingt manchmal ein Blick in die tatsächlichen Abläufe. Da finden wir — in der FAZ vom 18.9.90 — einen kurzen Artikel im Wirtschaftsteil mit dem Titel »Eine Chemiefabrik mit Poliklinik und achtzigjährigen Mitarbeitern«. Hier erfahren wir mit kopfschüttelndem Triumph, daß in einem Chemiewerk allein-stehende Frauen über 80 geduldet wurden, die aus sozialer Einsamkeit kamen — die neue Gegenmaßnahme sieht Vorruhestandsregelungen für die 57jährigen vor. Auch die 80 beschäftigten Vietnamesen sollen in ihr Heimatland zurückgeschickt werden. Daß dieses Werk eine Poliklinik mit 30 Doktoren für die umliegende Region unterhielt und sogar für Kinderkrippen und Kindergärten zuständig war, soll sofort beendet werden — erst im Anschluß kann dann die BASF in Ludwigshafen dieses Werk übernehmen.

Nehmen wir also an, daß die Frauenunterdrückung ihren Grund in der Spaltung der Gesellschaft in einen »produktiven« und einen »unproduktiven« und daher im Namen der Profitlogik überflüssigen Bereich findet, deren Zueinander als politische Regelung notwendig männliche Domäne bleibt, welche die Erledigung des unproduktiven Teils durch Frauen verfügt und ihre Nicht-Entwicklung kulturell/bürokratisch sichert, so sehen wir in den ehemaligen sozialistischen Ländern den planvollen Versuch, auf betrieblicher Ebene eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzumachen, die einen Teil der unproduktiven Arbeiten in die produktive Abrechnung übernimmt. Auf diesem Boden wuchs die Selbstverständlichkeit und politisch/kulturelle Durchsetzung weiblicher Erwerbsarbeit. Es bleibt als Rätselfrage, warum diese Verschiebung und Umgewichtung nicht zu einer weitgehenderen Befreiung und Einbeziehung der Frauen in die gesell-

schaftlichen Regelungsstrukturen geführt hat. Vorläufig scheint mir, als ob dies ein Problem patriarchaler Bürokratie war und ist. Frauen wurden entlastet, um in den »produktiven« Bereich übernommen werden zu können; aber nicht die Spaltung in diese beiden Bereiche und ein Gesellschaftsfortschritt, der sich nur auf den einen Bereich bezog, wurden zum Problem. Welche Produkte, welche Tätigkeiten, welche Freiräume aus dem Kosten-Nutzen-Kalkül ausgenommen wurden, war von oben entschieden und durchgesetzt. Die von oben geplante Freiheit kann nicht als Freiheit wahrgenommen werden. Aber negiert wird nicht die Aussetzung des Profitmotivs in einer Reihe von Bereichen, sondern die Produktivitätsmängel, die u.a. damit erkaufte wurden. So erscheint der Sexismus in der BRD u.a. in Form von luxurierender Bekleidung, von Muße und Geld. Die zustimmende Einsicht in eine bestimmte Lebensweise kann nur dann produktiv und schöpferisch sein, wenn die Betroffenen die Befriedigung und Entwicklung ihrer Bedürfnisse in die eigenen Hände nehmen. Aber die Durchsetzung der Planwirtschaft und die Subventionierung einzelner Bereiche in der DDR übernahm wiederum das ewige Patriarchat, welches »sittlich und geistig« (wie es bei Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* heißt) aus alten Verhältnissen kommt, und welches zu wissen meint, wie menschliche Entwicklung am besten vonstatten geht und zu seiner Durchsetzung Gesetze, Pflichten und Regeln erläßt. Dem »Frauenwunder« blieb das Einverständnis. Frauenbewegung in Richtung Befreiung konnte so kaum gedeihen. Aber umgekehrt wird eher verständlich, warum Frauen aus der ehemaligen DDR weniger leicht einem sozialistischen Projekt den Rücken zuwenden. Die sogenannte Rückkehr zur Marktwirtschaft trifft sie auf jeden Fall am härtesten.

Im übrigen ist ein Verlust in der Lebensweise auch an anderen Punkten als denen der katastrophal zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Zunahme an Kriminalität mit der Übernahme durch die BRD schon offenkundig: als neue Leistung hat sich der Müllanfall pro Kopf in nur drei Monaten mehr als verdreifacht; pro Monat wurden 200000 zusätzliche Privatautos zugelassen, so daß die Verkehrstoten nur eines Monats die Zahl der Mauertoten aus vierzig Jahren schon weit übertrifft. In der westdeutschen Presse gibt es zudem die zufriedene Kunde, daß die Solidarität in der DDR nichts anderes war als ein Mangel an käuflichen Gütern. Jetzt kommen Nachbarn und Freunde nicht mehr zusammen, um einen Trabi zu reparieren, man kauft einfach einen anderen Wagen und wirft den Trabi — zusammen mit den alten Bindungen — weg.

Zwar ging hier also die Entwicklung des einen Bereichs nicht mehr ausschließlich auf Kosten des anderen, die der Männer auf die der Frauen, aber die jahrhundertalte Hintanstellung menschlicher Entwicklung jenseits von Profit und Utilitarismus hätte zu ihrer Befreiung nicht Plan, Befehl und Verwaltung, sondern unbedingt der unmittelbaren subjektiven Beteiligung aller Betroffenen bedurft. Ein solcher Schritt hätte u.a. auch offenbar werden lassen, daß Zeit nicht nur eine Dimension ist, die im Sinne von Wachstum und Erreichung von Weltmarktniveau »produktiv« oder im Sinne von mehr Menschlichkeit und Verallgemeinerung von Lebensniveau »unproduktiv« zu verwenden ist, sondern auch Raum für Entwicklung menschlichen Lebens und notwendige Dimension für die Teilhabe an der politischen Regelung des Gemeinwesens als Zivilgesell-

schaft. So stellt sich auch die Frauenfrage als Demokratiefrage, und umgekehrt wird es keine Demokratie und keinen Sozialismus ohne Lösung der Frauenfrage geben.

Was die neue Einheit Deutschlands angeht, so finden wir im Vertrag von Moskau im § 2 die Verpflichtung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD. Soweit hier sowohl freiheitlich als auch demokratisch im Sinne des alten Patriarchats verstanden sind, stehen Frauen schon jetzt nicht wirklich auf dem Boden dieser Ordnung. Sie werden gezwungen sein im Sinne einer allgemeinen Freiheit und Demokratie, für eine andere Ordnung zu kämpfen.

Anmerkungen

- 1 An dieser Stelle geht es mir nicht um eine Analyse der sozio-ökonomischen Bedingungen, die es den Frauen in der DDR überhaupt erst ermöglichten, in Ausbildung oder berufstätig zu sein und nebenher Kinder großzuziehen, sondern es interessiert mich der politische Hintergrund unserer Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Abtreibungsfrage.
- 2 Diese Frage stellte Ingrid Kurz-Scherf in ihrem bislang unveröffentlichten Beitrag auf der Westberliner Volksuniversität, Mai 1990.
- 3 Der Begriff suggeriert lediglich eine zeitliche Überbeanspruchung, so, als ob jemand zwei verschiedenen Arbeiten nachgeht, die ihn mehr als 8 Stunden (je nach gesellschaftlicher Gewohnheit) beanspruchen. In der Wirklichkeit geht es aber um die Verortung von Frauen in zwei Bereichen mit entgegengesetzten Logiken, von denen der eine zudem nichts zählt, weil er nichts einbringt.
- 4 Nicht zuletzt auf der Ebene der Literatur — vgl. dazu exemplarisch die Kampagne gegen Christa Wolf und den Beitrag von Kornelia Hauser in diesem Heft.
- 5 Ich setze mich an dieser Stelle nicht mit den Kosten auseinander, die ein solcher Zusammenhang für das Leben der Frauen in den Familien bedeutet.
- 6 Freilich sind seine Aussagen auch hier widersprüchlich, betrachtet er doch zugleich die gemeinsame Arbeit der beiden Geschlechter in den Fabriken als Basis für eine höhere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse.
- 7 Die Frauenlöhne liegen im Durchschnitt immer noch um 30 % unter denen der Männer (die Lohngruppen betreffen zu 90 % Frauenarbeitsplätze); 74 % der Frauen verdienen unter 1 200 DM im Monat. Entsprechend niedrig sind die Renten: mehr als die Hälfte der Rentnerinnen erhält unter 500 DM im Monat. Die größte Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern sind alte Frauen und alleinstehende Frauen mit Kindern.
- 8 Die Beschäftigung mit der Art, wie die westliche Presse die betriebliche Ökonomie in der ehemaligen DDR zum Skandal macht, soll kein Plädoyer für die dort praktizierten Lösungen sein. Jedoch scheint es mir notwendig, wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, daß in der Betriebsführung allgemeine ungelöste Probleme aller Gesellschaften zu lösen versucht wurden und nicht einfach bloß unökonomischer Unfug getrieben wurde.

Literaturverzeichnis

- Haug, Frigga, 1990: Zur politischen Ökonomie der Frauenquote. In: Das Argument 181
- Hauser, Kornelia, 1990: Literatur in politisierten Verhältnissen. Christa Wolf: Selbstaussage und Werkinterpretationen. In diesem Heft
- Klenner, Christina, 1990: Doppelt belastet oder einfach ausgebeutet? Zur Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit in DDR-Familien. In diesem Heft
- MEW = Marx-Engels-Werke. Berlin/DDR 1956ff.
- Schenk, Christina, 1990: Experiment Unabhängiger Frauenverband (UFV). In diesem Heft
- Smith, Dorothy, 1989: Eine Soziologie für Frauen. In: E. List, H. Studer (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt/M.
- Vianello, Mino, und Renata Siemienska u.a. (Hrsg.), 1989: Gender Inequality. A Comparative Study of Discrimination and Participation. Sage Publications, London (360 S., Ln., 28,50 £)

»Die Arbeit mit Erinnerungen
kann uns den Blick auf andere
Möglichkeiten freilegen«



Frigga Haug

Erinnerungsarbeit

Argument

Frigga Haug

Erinnerungsarbeit

ca. 250 Seiten, br.

Unsere Erinnerungen wirken ein Muster in die Vielfalt unserer Erfahrungen. Die Wege, die wir einschlagen, erscheinen uns als selbstverständliche Linien in unserer Entwicklung. Die Alternativen, die wir ausschlagen, als unwegsames Gelände. So, wie wir sind, mit allen Fähigkeiten und Unfähigkeiten, scheinen wir zwangsläufig zu sein. Wir blicken auf uns, als seien wir bloße Natur und nichts bewußt Gemachtes. Die Arbeit mit den Erinnerungen kann uns den Blick auf andere Möglichkeiten freilegen. Indem wir uns historisch sehen, können wir unsere eigene Geschichte so entziffern, daß wir ihre allgemei-

nen Züge erkennen und Wege zu größerer Handlungsfähigkeit erproben. Erinnerungsarbeit ist empirische Forschung, und sie ist mit Theoriekritik verbunden.

Im vorliegenden Buch veröffentlichen wir die wichtigsten Texte (in überarbeiteter Form) von Frigga Haug aus 10 Jahren Erinnerungsarbeit. Einige von ihnen sind seit langem vergriffen; die meisten haben eine heftige Diskussion ausgelöst; sie sind in viele Sprachen übersetzt. Zwei Texte erscheinen erstmalig in deutscher Sprache. Alle Aufsätze haben einen praktischen Bezug, greifen in die Frauenbewegung ein. So sind sie Grundlage für Arbeitsgruppen wie Aufforderung zur Weiterarbeit.

Inhalt: Frauen — Opfer oder Täter? / Zur Diskussion um Opfer-Täter / Erinnerungsarbeit / Die Langeweile in der Ökonomie / Frauen und Theorie / Verantwortung als Masochismus / Frauenbefreiung als Männerwerk / Die Moral ist zweigeschlechtlich wie der Mensch / Moral und Arbeitsteilung / Tagträume / Sozialisation als Vergesellschaftung / Eine Hausfrau im Widerstand kann keine Hausfrau sein / Subjekt Frau — Zur Politik von Erinnerung / Zeit der Privatisierungen? / In der Arbeit zu Hause sein?

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Kornelia Hauser

Literatur in politisierten Verhältnissen

Christa Wolf: Selbstaussage und Werkinterpretationen

»Es könnte für beide deutsche Staaten wichtig sein, wenn ganz bestimmte Traditionen — revolutionäre Traditionen ... — erhalten blieben.« (Christa Wolf, 8. Oktober 1989)

»Keine Revolution ohne Gedächtnis.« (Heiner Müller)

Es ist ganz unsicher, ob es gelingen kann, eine Autorin vorzustellen, die in die für sie wunderbare und schreckliche Lage geworfen wurde, Chronistin von umwälzenden Zeiten zu werden, eine, die politisch eingreifen muß(te) (1990a), und von den Interpretationen zu berichten, die über ihr Lebens-Werk gemacht wurden (Drescher 1990), bis hin zum Kommentar zu einer aktuellen Hetzkampagne. Schon die Tempi der Bücher sind grundverschieden: dort der atemlose Kommentar, die Kritik an sich schnell ändernden Zeiten, Hoffnung und Verzweiflung nur durch zwei Seiten getrennt, unentwegte Öffentlichkeit; hier die Bedächtigkeit der wissenschaftlichen, literarischen Analyse, individualisiert, die Sicherheit des Materials (die Werke sind verfügbar), es kann sich nicht plötzlich »entziehen«, »verwandeln«. Und in den Verrissen zu »Was bleibt« die Schnelligkeit und Endgültigkeit einer feuilletonistischen Guillotine. Das Anziehende an diesem Unterfangen ist der Zusammenstoß: in welchen Zeiten mußten KünstlerInnen so deutlich werden, so konkret die aufscheinende und dann abgeschlagene Utopie verarbeiten? SchriftstellerInnen der Romantik — ein großes Thema von Christa Wolf — drängten gegen den Verlust von Utopie (aus der französischen Revolution), und einige bezahlten mit dem Leben — Günderrode und Kleist —, weil sie ihrem Schicksal ausgeliefert blieben, ihre Leidenschaften noch keine allgemeinen waren. In diesem Sinne gehört Christa Wolf zu einer künstlerischen Avantgarde mit Hinterland. Ein Aspekt, der in den Interpretationen zu ihrem Werk fast keine Rolle spielt. Die Geschichte gab für einen Moment Einblick in eine mögliche Aufhebung der Blockade, die die Teilung von körperlicher und geistiger Arbeit ins Gegeneinander treibt. Verdichtet wurde er am 4. November auf dem Alexanderplatz, als Intellektuelle etwas zu sagen hatten, und viele, viele zuhörten; das gebrauchte, brauchbare Wissen wurde zur öffentlichen Debatte.

Das Machen der gemeinsamen dritten Sache will gelernt sein

»Der Druck der Erfahrung treibt die Sprache in die Dichtung.« (Eliot)

Die Revolution setzte Kräfte frei, war Selbstbefreiung beherrschter Sinne, ohne schon ein artikulierbares Projekt zu sein. In den Monaten Oktober/November 1989 war ein »öffentlicher Unterricht« (V. Braun) zu bestaunen, der einigen

SchriftstellerInnen die Frage aufgab: wie lernen? »Wie lernen wir das, regieren? Eben noch ruft das witzige Volk der Führung zu, sie habe ihre 'historische Mission erfüllt', und schon kommt die Antwort aus dem Off: Du mußt die Führung übernehmen. Voraussetzung des Lernens ist die Abwesenheit von Angst — deshalb können die Alten nicht fortregieren.« So verknüpft Volker Braun (ND 11/12.11.89) das massenhafte Lernen mit Selbstbestimmung, die in gesellschaftliche Regelung mündet/münden muß, will sie erhalten werden. »Es bedarf analytischer Erörterungen. Wir brauchen Kraft und Klarheit der Argumente, vor allem brauchen wir ein Gefühl der Verantwortung.« Manfred Wekwerth bringt in der TAZ — wie eine Antwort auf Braun, der hofft, »die Freiheit wird uns in die Pflicht nehmen« — ein zusätzliches Element hinein: das unge/erzogene Gefühl für diese Aufgabe; das von gesellschaftlicher Verantwortung »freigesetzte« Individuum steht nicht mehr dem Zentrum von Verantwortung/Macht gegenüber, aber einem Gemeinwesen, das erst noch das seine werden soll.

Christa Wolf berichtet, was ihr geschah: da wurden die Zuhörenden in einer Lesung aufgefordert, »jeder solle jetzt an seinem Platz wenigstens offen und deutlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun.« (1990, 93) Und als Antwort kam: »Das haben wir nicht gelernt«, und daß die eigene Meinung ungewußt sei (ebd.). Christa Wolf sucht den Bestand zu begreifen und sein Potential; wo die männlichen Intellektuellen nach vorn — in die Zukunft — denken, beharrt sie. Vieles konnte die Jugend in der DDR lernen, »außer der Möglichkeit, ihr kritisches Bewußtsein im Streit mit anderen Auffassungen zu schärfen, ihre Intelligenz nicht nur an Bildungsstoffen zu beweisen, sondern sie bei einer für sie bedeutsamen gesellschaftlichen Tätigkeit mit anderen zusammen anzustrengen, Experimente zu machen, auch solche, die dann scheiterten, ihre Lust am Widerspruch, ihren Übermut, ihre Skurrilitäten, ihre Verquertheiten und was immer ihnen die Vitalität dieses Lebensabschnitts eingibt, in produktiver Weise auszuleben, sich also kennenzulernen.« (Ebd., 94) Diese Sätze haben mehr als 300 LehrerInnen dazu gebracht, Stellung zu beziehen (vgl. Grunder 1990). Und wieder sind neue Elemente zu gewinnen, die für das Weitermachen der Revolution wichtig geworden wären: Lernen und das Machen von Fehlern sind ein Prozeß, und die (mit Angst besetzte) Fremdheit der gesellschaftlichen Verhältnisse korrespondiert mit der Ich-Fremdheit; das jetzt eingreifende Subjekt verändert sich beim Ändern der Umstände und braucht Wissen über das Wie und Wohin.

Der »Hintergrund« war von Anbeginn an vernetzt; der möglich scheinende Aufbau eines demokratischen Sozialismus ließ die Unterschiede der KünstlerInnen produktiv werden. Sie arbeiteten sich zu, ohne daß sie schon Formen hatten, in denen sie sich verständigten. Emphatisch gesprochen, ist dies auch ein »Lohn« für jahrelange Arbeit; hatten sie nicht immer wieder mit Sorgfalt — oft gegen ihre individuellen, unmittelbaren Interessen — die gesellschaftlichen Probleme ihres Landes »übersetzt«, Probedenken und -handeln angeboten? Jetzt wurde es gebraucht. Vielleicht ist es bereichernd, wenn wir beim Pläneschmieden, beim Bedenken eines neu zu modellierenden gesellschaftlichen Projektes diesen Moment als Erinnerung an eine mögliche Zukunft mit hineinnehmen.

Aufbruch und Niederschlag

»Hegel: das Bekannte ist nicht erkannt usw. ... Immer neu die Allianz mit dem Rationalismus der Linken den Rücken entblößt für die Dolche der Reaktion, die in diesen Dunkelzonen geschmiedet wurden. Das Erkannte ist nicht bekannt.« (Heiner Müller)

»Was sind das für Zeiten, in denen die Wahrheit auf der Straße liegt und verkommt.« (Helga Königsdorf)

Im »Nachtrag auf einen Herbst« beschreibt Christa Wolf das Andere der Revolution im Konkreten: »Wie aufgewühlt die Menschen waren, wie unpassend und regelwidrig sie sich verhielten. Daß einem wildfremde Menschen auf der Straße zulächelten, daß man von Konsumverkäuferinnen in Diskussionen über Stadt- und Staatsangelegenheiten verwickelt werden konnte, als befänden wir uns in Brechts Stück von der Pariser Kommune.« (1990, 15) Ähnliche Eindrücke hat Helga Königsdorf: »Die Menschen gehen anders und tragen eine neue Würde in den Gesichtern.« (1990, 106) Die kurze Zeit der »Schule der Demokratie« ist in ihrer Form kaum sprechbar. Die Beschreibung, die den Rückgriff auf Literatur nehmen muß, benennt auch Produktivkräfte, die herangezogen werden können: das Vor-Gedachte muß zum Eingriff gewendet werden. Literatur ist ein gesellschaftliches Bewegungsmittel von allgemeinen Angelegenheiten. Und dies ist DDR-spezifisch und zeigt einen Unterschied zu unserer Formation. »Die Sprache der Literatur scheint es merkwürdigerweise zu sein, die der Wirklichkeit heute am nächsten kommt.« (Wolf, 30.10., ebd., 107). Die Sprachen der Wissenschaften und der Politik, weggetrieben aus der Wirklichkeit und die Wirklichkeit aus sich austreibend, mußten von SchriftstellerInnen kurzfristig mitübernommen werden: »Wo immer man auftreten soll, wofür man immer etwas schreiben soll: immer im Sinn von Pamphlet, Artikel, Publizistik.« (ebd., 107)

Der älteste Text »Im Dialog« trägt das Datum vom 31. August 1989, der jüngste Text ist vom 3. März 1990. Interviews, Reden anlässlich diverser Ehrungen und kritische Briefe an den Schriftstellerverband, den Generalstaatsanwalt, an die »Junge Welt« — alle Beiträge sind Untersuchungen des Vergangenen, um Aufgaben für das Jetzt daraus zu gewinnen. Auch Mahnungen, oder besser: das Nachtragen von Themen sind die Sache von Christa Wolf. Sie konstatiert, »daß bei all den vielen Forderungen, die jetzt öffentlich dargestellt werden, sehr selten Forderungen kommen, die frauenspezifisch sind ... Jetzt werden erst mal rein politische, ökonomische, geistig-moralische Fragen in den Vordergrund gestellt.« (Ebd., 104). Wenn sie die Frauenspezifik gegen alle anderen Fragen stellt, entgeht ihr, daß alle Fragen Frauenfragen sind. Hinter dem Appell werden die fehlenden Patriarchatsanalysen sichtbar. Anders als Volker Braun ruft sie nicht zu bestimmten Aktivitäten (in der Wir-Form) auf; sie kommentiert, sie hält fest, sie befragt Wirklichkeit — sie überläßt den Hörer-/LeserInnen die Schlußfolgerungen. Den höchsten Ebenen gesellt sie die niedrigsten hinzu, wie, als

müsse jemand die Bereiche in den Zusammenhang bringen, der sich von selbst nicht herstellt, aber im Zusammenhang gelebt wird. Sie sieht und hofft, »daß plötzlich ganz neue Verhältnisse in den Familien, in den Ehen da sind, und daß diese Bindung an eine 'dritte' Sache wieder eintritt. Dazwischen gab es, scheint mir, Generationen, die das nicht hatten und die darunter sehr gelitten haben. Und die jetzt nachträglich, wenn es ihnen bewußt wird, was ihnen fehlte, doppelt leiden werden.« (Ebd., 30.10., 114) Der Aufbruch, die Veränderung, das Machen werden von ihr als strukturierende Prinzipien bis in den Alltag hinein erkannt, wenn sie ergriffen werden und getragen, tragen sie.

Schon vier Monate später stellt sich ihr die Situation anders dar: »Es wäre eigentlich eine eigene Untersuchung wert, was eigentlich vor und nach der sogenannten Wende vielen Bürgern der DDR das Selbstwertgefühl, ihren Stolz, ihre Würde reduziert oder genommen hat.« (Ebd., 10) Anders als Stefan Heym nimmt sie die bloß sichtbaren Phänomene, Anschluß an die DM, die Konsummöglichkeiten, weder zum Anlaß, an den DDR-Menschen zu verzweifeln, noch als Begründung für die »Wende in der Wende«.

»Was immer jetzt kommen mag, welche Gesellschaftsordnung, welche Wirtschaftsformation, welche Herausforderungen, Versuchungen, Diffamierungen und Infamien, welche neuen Möglichkeiten und Chancen auch (und welche Schwierigkeiten, die unsittlichen Anträge von den Chancen zu unterscheiden) — wir gehören zu den privilegierten und seltenen deutschen Schriftstellern, die in einem Teil Deutschlands den Aufbruch zu einer revolutionären Erneuerung durch und durch miterlebt, manche auch mitgemacht haben; die nun in die Widersprüche der nachfolgenden Entwicklung hineingestellt sind, und die aus dieser Erfahrung die Kraft schöpfen können, aber auch müssen, der Restauration, die vorrückt, für unser Teil zu widerstehen.« (Ebd., 168)

Christa Wolf ist nicht abgeschnitten von den Quellen der Erfahrung, durch die sie sich Arbeit, Liebe, Leben ermöglicht. Dies trennt sie u.a. vom Leben der Caroline von Günderrode, die sie historisch leiden sah am Fehlen dieser Quellen. Das könnte sie befähigen, der Restauration nicht bloß zu widerstehen, sondern auch ein »Wofür«, »Wohin« gegen sie zu setzen.

Das bearbeitete Werk

»Das gesellschaftliche System kann nicht dargestellt werden, ohne daß man ein anderes sieht.« (Brecht)

Selbst die Zahlen beeindrucken: 938 Titel Sekundärliteratur wurden für das »Arbeitsbuch« (Drescher 1990) von Rosemarie Geist und Maritta Rost zusammengetragen, und sie sollen bloß einen »ersten Überblick« (418) geben. Interessant ist auch die Übersetzungspolitik anderer Länder. Das meiste von Christa Wolf ist den vielsprachigen Völkern der Welt zugänglich (nicht den Chinesen). Weder ins Englische, Amerikanische oder Französische übersetzt wurden: »Unter den Linden«, »Kein Ort. Nirgends«, »Kassandra« (wohl aber die »Vorlesungen«) und das mit Gerd Wolf verfaßte Buch: »Eulenspiegel«. Selbstaussagen,

Einmischungen aller Art, wie sie »Lesen und Schreiben« und »Die Dimension des Autors« enthalten, fanden überhaupt keine Übersetzung. Die Bibliographie ist für all jene überaus nützlich, die sich vertiefend mit der Autorin auseinandersetzen (wollen). Das ist von den versammelten Besprechungen und Notaten nur bedingt zu sagen. Es fehlen Begründungen für die Zusammenstellungen und Informationen zu den Schreibenden. Bei einem Buch, das u.a. zwei Arten von deutschen AutorInnen versammelt, wäre der Hinweis nützlich gewesen, aus welchem Land sie kommen. Vielleicht ist mein Ruf nach orientierender Führung durchs Labyrinth auch nur der Enttäuschung nach 550 Seiten geschuldet: trotz der mannigfachen Zugänge zu den einzelnen Büchern von Christa Wolf, trotz der unterschiedlichen theoretischen, politischen Standpunkte, die zu Wort kommen, blieb mir doch die Frage: mehr war daraus nicht zu gewinnen?

Zu ihren Erfahrungen mit ihrem Land, mit der Kulturpolitik befragt, antwortete Christa Wolf: »Dieses Land hier war — großmäulig gesprochen — unser Kampffeld, hier wollten wir es wissen, hier sollte es passieren, und zwar noch zu unseren Lebzeiten. Wahrscheinlich gibt es immer am Anfang einer gesellschaftlichen Entwicklung so ein beschleunigtes Zeitgefühl ...« (1990, 55). Es geht um die sechziger und siebziger Jahre; hier entstanden u.a. »Der geteilte Himmel« (1963), »Nachdenken über Christa T.« (1968), »Kindheitsmuster« (1976). Überwiegend finden sich in dem vorliegenden Sammelband zu diesen Büchern nur erklärende Nacherzählungen, Landschaftsvergleiche oder z.B. die Frage nach der Bedeutung des Klischees »Heimatliebe«. »So, nun wird das hundertmal Gesagte wieder aussprechbar, das Klischee erweist sich, Freiräume schaffend, gar als nützlich« (Grambow, 77). Die »eingreifende Schreibweise«, die Christa Wolf für sich reklamiert, wird nicht auf ihre Eingriffe hin geprüft. Die Verhältnisse, aus denen individuelles Verhalten der Roman- oder Erzählungs- oder Novellenfiguren erklärbar würde, bleiben außen vor. Catherine Viollet setzt sich im »Arbeitsbuch« z.B. mit den 33 Romananfängen zu »Kindheitsmuster« auseinander (die den LeserInnen nicht verfügbar sind) und untersucht, wie Christa Wolf sich von der zweiten und dritten Person in die erste hineinarbeitet. Sie resümiert: »Das am Ende des Romans auftretende Ich bedeutet die Wiedervereinigung von Kind und erwachsener Person, von Erzählerin und Autorin, deren Integration in ein selbstbewußtes Subjekt« (III). Man muß nur die vorletzte Seite von »Kindheitsmuster« lesen, um zumindest Zweifel über diese Eindeutigkeit zu erlangen. Dort heißt es: »Und die Vergangenheit, die noch Sprachregelung verfügen, die erste Person in eine zweite und dritte spalten konnte — ist ihre Vormacht gebrochen? Werden die Stimmen sich beruhigen? Ich weiß es nicht. Nachts werde ich — ob im Wachen, oder im Traum — den Umriss eines Menschen sehen, der sich in fließenden Übergängen unaufhörlich wandelt, durch den andere Menschen, Erwachsene, Kinder, ungezwungen hindurchgehen.« (Wolf 1976, 476f.) Daß Christa Wolf in ihren Büchern sich selbst theoretisch äußert, d.h. Probleme, Lösungswege und neues Problem vorstellt, scheint es für die über sie Schreibenden schwer zu machen, ein eigenes Thema zu finden. Bei Viollet entsteht der Eindruck, leere Theorie ergießt sich über die Fülle des Materials und bringt es zum Schweigen. Entgegengesetzt arbeitet Sandra Frieden. Sie findet in dem gleichen Buch Vorschläge für eine Theorie der (Auto-)Biographie

heraus. »Für Christa Wolf wird das Selbst zur Grenze, bewußt erweitert und wiedergewonnen: einer Grenze, an der die Konventionen überprüft werden. Es ist das Selbst, das Wolfs Humanismus wie auch ihrer Ästhetik Kohärenz verleiht. Die Fähigkeit des Selbst, sich dem Anderen zu nähern, macht Hoffnung; die Fähigkeit des Selbst, Einsicht, Erfahrung und Werte zu filtern, schafft Kontinuität; und die Tendenz des Selbst, die Grenzen des Anderen in sich aufzunehmen, erweitert die Aussagemöglichkeiten der Form.« (138) Positiv herausgehoben werden muß auch der Text von Anna Chiarloni über den »Geteilten Himmel«. Sie arbeitet die Kritik Christa Wolfs am sozialistischen, dem Calvinismus entlehnten Arbeitskonzept heraus — Arbeit als einzige Quelle von Kultur und Entwicklung — und dessen politische Folgen. Christa Wolf sei klageworden, »daß die Machtlosigkeit der Arbeiter zur Folge hat, daß diese sich gegenüber dem System eher als Kleinbürger denn als Arbeiter verhalten« (24). Es ist dies übrigens der einzige Text, der sich ausdrücklich mit Frauenbefreiungsfragen im Werk von Christa Wolf beschäftigt. Für Rita, die Hauptfigur aus dem »Geteilten Himmel« kommt sie zu dem für mich neuartigen Schluß, daß deren »private« Seite ausschließlich von Manfred (dem republikflüchtigen Geliebten) geformt sei. Rita bleibe subaltern, sie wechsele nur die Männer und bleibe im Sozialismus, mit den hohen Kosten fehlender individueller Autonomie (vgl. 29).

Diese Hinwendung zu den sozialismusspezifischen Themen von Christa Wolf ist — gemessen an den Herausforderungen, die sie uns lieferte — in diesem Sammelband zu unterbelichtet. Bis zur Ausbürgerung Biermanns (zeitgleich etwa mit der Beendigung von »Kindheitsmuster«) müßte sie doch in ihren besonderen Anstrengungen, blinde Flecken zu beleuchten (Individualität im Kollektiv, Faschismus und Subjektion, Herausarbeiten aus alter Identität in anderen Verhältnissen usw.), betrachtet und analysiert worden sein. Hier hätte der Zugang zur DDR-Rezeption aufklärerische Momente beinhaltet. AutorInnen mit diesen Themen fehlen jedoch überwiegend. Tatsächlich wird Christa Wolf überwiegend wie eine bürgerliche individuelle Autorin gesehen, ohne »Hinterland« und ohne unmittelbaren Bezug zu der Gesellschaft, die sie wollte.

Daß »Kein Ort. Nirgends« und »Kassandra« (sowie die Voraussetzungen zu Kassandra) zu diesen freischwebenden Interpretationen einladen, ergibt sich — ironischerweise — aus der gesellschaftlichen Lage der Autorin. Sie schreibt gegen den Utopieverlust, und da ist es einfach, sich mit ihrer Haltung zu verbünden. Utopieverlust war Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre auch ein »westliches« Thema. Kleist und Günderröde können ihre Welt in »Kein Ort. Nirgends« nicht bewohnen. Es scheint schwierig, dem Bann (?) der Worte von Christa Wolf zu entfliehen: »Nachdenken über die Günderröde, vielleicht das. Der Todessog gehört zu Christa Wolfs immer wieder beschworenen Erfahrungen.« (Ingeborg Drewitz; ebd., 150) Die aber schrieb: »Sie [Günderröde] war lebens- nicht todessüchtig« (1987, 570).

Was ist das für eine Literatur, die so leise und doch eindringlich sich ausbreitet, daß ein lesendes Ich sich ganz hineinbegeben kann, wie in eine Form? Anrührend in diesem Sinne ist der offene Brief von Anna Kuhn, einer Wissenschaftlerin aus den USA, die den Einfluß der Texte von Christa Wolf auf ihre Erfahrungs-Verarbeitung beschreibt. »Ich lerne langsam, mit eigener Stimme zu

sprechen, ich beginne meine Bedürfnisse als Frau, die mit Forschung und Lehre auf dem Gebiet der deutschen Sprache und Literatur befaßt ist, zu artikulieren.« (247) Kuhn ist besonders berührt von »Kassandra«, und ihr Brief ist eine »quere« Rezeption zu den überwiegend melancholischen Anteilnahmen an diesem Werk; sie nimmt für sich die Ermutigung an, in die Geschichte einzugreifen und so zur Person zu werden, die besser kämpfen kann, obwohl diese Literatur nicht kämpferisch im auffordernden Sinne ist.

Das letzte in seiner Rezeption dokumentierte Buch ist »Störfall« (1987); die globale Katastrophe — verdichtet in einer Ortsbenennung »Tschernobyl« —, die individuell verarbeitet werden soll. Eva Kaufmann aus der DDR untersucht aufschlußreich Mythen und Märchen darin; so auch die Geschichte von Brüderchen und Schwesterchen. »Die starke Textpassage hängt mit der alternativlosen Grundsituation zusammen ('entweder verdursten oder sich in ein wildes Tier verwandeln'; 257). Die realisierte Utopie (Elektrizität für alle) verwandelt sich in eine Dystopie. »Bei sich selbst anzufangen scheint unter den 1986 gegebenen Umständen die einzige Denkmöglichkeit zu sein, fehlerhafte Kreisläufe aufzubrechen.« (267) Den Apparaten, Regierungen, Parteien die Verantwortung für das Gemeinwesen zu entreißen, ist für Kaufmann ein Fazit aus ihrer Lektüre. Demgegenüber beklagt der (einzige) sowjetische Rezensent A. Kosorukow, daß Christa Wolf die Idee aufgegeben habe, die friedliche Nutzung der Kernenergie führe »zur Festigung des Friedens« (294). Die bloß politische Motivation vergewaltigt den Ausgangstext; da wird aus dem Bruder mit unbelehrbarer Sicherheit »eine Verallgemeinerung ..., sie steht symbolisch für die Menschen deren 'Denken und Sprache im Dunkel' bleiben« (295). Drei Jahre nach Gorbatschow wird von ihm der »Garten der Literatur« sorgfältig gejätet, und auch »die kleinsten Wurzeln« werden beseitigt, wenn sie als »krank« (vgl. 297) erkannt wurden. Das »gesunde« Ich des Textes wird dem »kranken« Bruder gegenübergestellt.

Manfred Jäger merkt »Sprachzweifel« am Werk von Christa Wolf an. Er mißtraut der »Bewältigung, vielleicht auch Überwältigung der Wirklichkeit durch Sprache« (316). Er verkennt prinzipiell Sprache als Handwerkszeug/Produktivkraft der Produzentin, von dessen Entwicklung das Arbeitsergebnis abhängt. Immer dann, wenn Christa Wolf in ihren Texten zweifelt, ob sie genau genug ist, ob sie sich bloß einer Gewohnheit unterwirft, meldet sich Jäger zu Wort und urteilt etwa wie folgt: »wieder führt ein Schuldvorwurf an die eigene Adresse ... weg von einer prinzipiellen Erkenntnis- und Sprachkritik in den Bereich von Gelingen und Versagen, wo Leistungen und Fähigkeiten bemessen werden. Kein Wunder, daß die Sehnsucht, leichter und freier zu reden, höchst widersprüchlich in die Anstrengung mündet, genau zu sein.« (318) Die mehr gewollte als notwendige Kritik geht auf Kosten leichterer Dialektikübungen, wie sie das Verhältnis von Anstrengung und Genuß beinhalten.

Daß theoretische Innensichten auf einen Text den Blick des Sehers verengen oder erweitern, ist selbstverständlich. Bernhard Greiner tut seinem Material Gewalt an, um es in vereinfachende psychoanalytische und (post-)strukturalistische Erkenntnisse zu zwingen. Das allein ist jedoch nicht das Verärgernde, eher sind es die bloß behaupteten und nirgends zum Begreifen gebrachten Unterstellungen; z.B. wird ein Satz aus »Kassandra« zitiert, in dem das Wort *Tod*

vorkommt. Greiner kommentiert: »Der Akzent kann auf Tod gelegt werden, zu verstehen als das dem Ich Entzogene, das Verdrängte, Unbewußte.« (344) Warum? Andererseits ist der Text von Greiner so unverschämt, daß er feministische Leserinnen in produktive Wut bringen kann. »Die Frau ist nicht Gegen-Utopie zu diesem als männlich apostrophierten rationalen, auf Bemächtigung und Selbst-Unterdrückung ausgerichteten Ich. Daher distanzierte sich Christa Wolf zu Recht von aller Art Feminismus.« (361) Verloren ist durch diesen schwachen Sieg über einen nicht vorhandenen Feind die Erkenntnis, daß der Ausschluß von Frauen aus der Teilnahme an gesellschaftlicher und menschlicher Entwicklung für Christa Wolf »diejenige Schwachstelle der Kultur« ist, »aus der heraus sie selbstzerstörerisch wird, nämlich ihre Unfähigkeit zur Reife.« (Wolf 1983, 155)

»Was bleibt«?

Während ich diesen Text schrieb, begann eine umfangreiche Kampagne gegen Christa Wolf durch das bundesdeutsche Feuilleton, durch die Orientierung gebenden Literaturkritiker der Tages- und Wochenzeitungen. Von rechts bis liberal wird auf Christa Wolf eingedroschen, nicht auf das neue Buch (»Was bleibt?«); letzteres wird zur Knute, zum Mittel der Abrechnung. Schirmmacher in der FAZ (2.6.90), dessen Text den Untertitel trägt »Auch eine Studie über den autoritären Charakter: Christa Wolfs Aufsätze, Reden und ihre jüngste Erzählung 'Was bleibt'«, spricht von einer »beunruhigende(n) und in vielem exemplarischen Biographie dieser Schriftstellerin«. Schirmmacher ist weniger beunruhigt als aufgeregt. Er greift zum Lineal, zieht eine gerade Linie — das politische Leben der Christa Wolf — und läßt sie zum vernichtenden Strich werden. Die Autorin »äußerte ... schon damals [1964; Anm.d.Verf.] jene Mischung von Illusionsbereitschaft, Wunschenken und bigotter Zustimmung, die es fraglich erscheinen läßt, ob Christa Wolf überhaupt jemals begriffen hat, daß sie in einem totalitären System lebte«. In »Was bleibt« wird die wochenlange Bespitzelung von Christa Wolf durch die Staatssicherheit beschrieben. Das war 1979. Ulrich Greiner (*Die Zeit*, 1.6.90) findet dies »komisch«; sein Maßstab sind die »Leichen, über die er [Stasi; Anm.d.Verf.] hinwegging«. »Es mag zwar die Tatsache, daß damals ein Wartburg mit drei jungen Staatsicherheitsbeamten vor ihrer Wohnung in der Ostberliner Friedrichstraße stand, durchaus lästig und vielleicht bedrückend gewesen sein, aber wäre es nicht richtiger gewesen, eingedenk des wirklich lebensbedrohlichen Terrors der Stasi, über diese Bagatelle stillschweigend hinwegzugehen?« Aus der Bagatelle wird einige Zeilen später Großes: »Sie entdeckt auf einmal, erfährt es am eigenen Leib, daß es das wirklich gibt: Terror und Repression.« Beide Rezensenten sind sich einig, daß diese Literatur sentimental und kitschig sei. Was bei den vorgenannten Rezensenten nur zwischen den Zeilen zu lesen war, daß nämlich die Kulturproduktionen in der DDR hätten machtvoll sein können (allerdings nur in den Sozialismus zerstörender Richtung), wird von Jürgen Busche deutlich herausgehoben: »nur mit Leuten wie Christa Wolf gelingt Unterdrückung über längere Zeit« (Neue Gesellschaft 8, 1990).

Um zu beweisen, wie widerstandslos, unterworfen Christa Wolf war (ist und sein wird), müssen sie den engen Rahmen der Literaturkritik verlassen und mehr noch bürgerliche Arbeitsteilungen ignorieren: Christa Wolf hätte politischer sein müssen und ihren Leisten verlassen; sie hätte anprangern und aufmerksam machen müssen. Aber für wen? Mit welchem Nutzen? »Für uns, für uns«, antworten die westlichen Feuilletonredaktionen.

Als Literatin hat sie viele Seiten zu den Deformationen, zu der Vergeudung von menschlichen Potentialen in »ihrem« Sozialismus geschrieben. Hinter dem harmlosen Titel »Sommerstück« (1989) z.B. verbirgt sich eine verzweifelte, hell-sichtige Uneinsichtigkeit in das Nicht-Gebraucht-Werden, in das Nicht-Eingreifen-Können in die eigene Gesellschaft. Oder wie H. Müller es formulierte: »Die Bildungspolitik und Sozialstruktur der DDR bringen mehr Begabungen hervor, als der Staat gebrauchen kann.« (1989, 92) Wolfs Thema war und ist auch die Deformation der Menschheit durch ihre eigenen Errungenschaften. Sie versucht eine Sprache zu »erfinden«, in der die neuen und potentiellen Erfahrungen artikulierbar sind; in »Störfall« (1987) reflektiert sie, daß die Menschheit dabei ist, die (mögliche) Machbarkeit der eigenen Geschichte in die »Machbarkeit des Nichts« (72) hinabzustürzen. Die Weiterentwicklung der Menschheit — so ihre These — ist motiviert durch eine Rationalität der Selbsterstörung. Die neue immer realistischer werdende Alternative lautet: Untergang oder Barbarei.

Was haben diese Rezensenten — wenn nicht dies — alle nur gelesen? Aber Politik ist ihre Sache eigentlich nicht; sie sind bloß bereit, »kulturell« den totalitären Konsens, daß der Staatssozialismus bis in seine — in der Literatur vorhandenen — sozialistischen Wurzeln ausgerottet werden muß, mit herzustellen. Daß es eine Frau ist, die das Werkzeug dazu darstellen soll, macht die Sache einfacher: »Schirmmacher vor allem enteignet Christa Wolf ihrer eigenen Parteinahme, reduziert sie zur fühlenden Frau, empfindend freilich nie für die Idee, sondern für das alltägliche Arrangement, für die Verleugnung: harmoniesüchtig, gefallsüchtig, wankelmütig.« (Uwe Koch, *Volkszeitung*, 2.6.1990)

Christa Wolf wird zu einem Platzhalter für eine Leerstelle gemacht: die Diskussion um die Intellektuellen im eigenen Lande ruht; sie wurde — von seiten der Politiker — in der BRD nur negativ geführt. »Ratten und Schweißfliegen« hießen sie bei denen, die auch das Gift und die »Fliegenklatsche« (wie es bei Biermann heißt) dagegen besaßen. »Oder haben Sie schon einmal einen bundesdeutschen Kritiker über das Buch eines bundesdeutschen Autors sagen hören: 'Alles gut und schön, allerdings steht er den Verhältnissen in seinem eigenen Land merkwürdig unkritisch gegenüber'?« (Becker 1990, 27) Der Angriff auf die von den DDR-AutorInnen angeblich falsch eingehaltene Arbeitsteilung zwischen Literatur und Politik ist einer, der »belegen« soll, daß diese Arbeitsteilung in kapitalistischen Ländern und ihren demokratischen Formen nicht notwendig ist. Es wird — zwischen den Zeilen — deutlich, daß bestimmte Gesellschaftsformationen die Intellektuellen brauchen und andere nicht. Die BRD z.B. nicht. »Die Geschichtsvergessenheit von rechts (bei Kohl täppisch, bei Schirmmacher glatt) gegenüber dem Faschismus wird zur Geschichtsversessenheit gegenüber dem Kommunismus — gerichtet gegen die Linke.« (Bernd Ulrich, *Frankfurter Rundschau*, 1.9.90) Das Projekt Sozialismus wird dort geschlagen, wo es bewegt

wurde: in der Literatur. Das »Noch-Nicht«, die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse, der »große Frieden«, die politische Kategorie der »Freundlichkeit« werden zu Kriegsschauplätzen erklärt; politische Systeme und mehr noch die Anziehung, die sie haben können, sind die Einsatzmittel, für die jedes Mittel recht ist.

»Literatur nimmt an der Geschichte teil, indem sie an der Bewegung der Sprache teilnimmt; die sich zuerst in den Jargons vollzieht und nicht auf dem Papier. In diesem Sinn ist sie eine Angelegenheit des Volkes, sind die Analphabeten die Hoffnung der Literatur. Arbeit am Verschwinden des Autors ist Widerstand gegen das Verschwinden des Menschen. Die Bewegung der Sprache ist alternativ: das Schweigen der Entropie oder der universale Diskurs, der nichts ausläßt und niemanden ausschließt. Die erste Gestalt der Hoffnung ist die Furcht, die erste Erscheinung des Neuen der Schrecken.« (Müller 1989, 24)

Literaturverzeichnis

Becker, Jurek, 1990: Warnung vor dem Schriftsteller. Drei Vorlesungen in Frankfurt. Frankfurt/M.

Königsdorf, Helga, 1990: 1989 oder Ein Moment Schönheit. Berlin, Weimar

Müller, Heiner, 1989: Material. Leipzig

Wolf, Christa, 1976: Kindheitsmuster. Darmstadt, Neuwied

dies., 1983: Voraussetzungen einer Erzählung. Cassandra. Darmstadt, Neuwied

dies., 1987: Die Dimension des Autors. Darmstadt, Neuwied

dies., 1987: Störfall. Darmstadt, Neuwied

Besprochene Bücher

Drescher, Angela (Hrsg.), 1990: Christa Wolf. Ein Arbeitsbuch. Studien, Dokumente, Bibliographie. Luchterhand Literaturverlag, Frankfurt/M. (550 S., br., 39,80 DM)

Grunder, Petra (Hrsg.), 1990: Angepaßt oder mündig? Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989. Luchterhand Literaturverlag, Frankfurt/M. (256 S., br., 16,80 DM)

Wolf, Christa, 1990: Was bleibt. Luchterhand Literaturverlag, Frankfurt/M. (112 S., Ln., 24,- DM)

dies., 1990a: Im Dialog. Aktuelle Texte. Luchterhand Literaturverlag, Frankfurt/M. (176 S., br., 12,80 DM)

Oskar Negt

Der gebrochene Anfang

Sozialismus und das Problem einer Deutschland-Utopie

Gegenstandsverlust und das Anhalten der Zeit – Revolution als Notbremse

Selten hat es in der Geschichte unter Friedensbedingungen Situationen gegeben, die die Menschen in derart geballter und beschleunigter Zeit mit tiefgehenden Umbrüchen und neuen Herausforderungen konfrontierten, wie heute. Die beiden großen Kriege dieses Jahrhunderts, Faschismus und Massenelend haben die Lebensverhältnisse durcheinandergebracht, keinen Stein auf dem anderen gelassen; aber diesen Phasen folgten Restaurationen, Wiederherstellungsanstrengungen des Alten, die häufig glückten und bei allen Brüchen und Zusammenbrüchen unerwartete Kontinuität zum Vorschein brachten.

Nicht Krieg oder andere gesellschaftliche Naturkatastrophen sind dagegen gegenwärtig am Werk, wenn die Verabschiedungslogik Trümmer auf Trümmer häuft und die Vergangenheit zu einer unbewohnbaren Ruinenlandschaft wird, sondern der *normale* Lauf der Dinge, die in der inneren Struktur der Gesellschaft begründete Dynamik. Was ist nicht alles in weniger als zwei Jahrzehnten diesem geschichtlichen Trümmerhaufen überantwortet worden: Aufklärung und Fortschritt, insgesamt das Projekt der Moderne; davon, daß die Utopien der Arbeitsgesellschaft aufgebraucht und die Identitätskriterien von Subjektivität entwertet seien, wird allenthalben gesprochen. Den radikalsten Schnitt nehmen die vor, die das Ende der Geschichte selber gekommen sehen, nicht nur eines bestimmten Zeitalters, des sozialdemokratischen zum Beispiel, worüber sich Ralf Dahrendorf jüngst verbreitet hat.

Wenn wir jedoch in einem Post-Histoire, in einer Welt der Nach-Geschichte leben und unser Dasein gestalten, hat sich die Kategorie des Neuen aufgelöst, das prägende Prinzip geschichtlicher Entwicklung. Wiederholung ist das Bewegungsgesetz des Mythos; da diesem Gesetz zufolge alles schon einmal dagewesen ist, wären die Kräfte der menschlichen Erkenntnis und des Handelns lediglich darauf zu richten, die Scheinwelt des Neuen zu zerbrechen und aus den Trümmern das alte Wahre, das es schon immer gegeben hat, zu retten. Der vorläufig letzte und wohl überzeugendste Akt in dieser Götter- und Götzendämmerung der Fortschrittsgestalten, die den Bannkreis der Wiederholung und der Wiederkehr des Gleichen zu brechen unternommen hatten, zeigt den Niedergang und Verfall des Sozialismus. Tiefer kann eine Idee wohl kaum herabsinken, als auf einen Punkt, wo selbst die, die sich fortwährend auf sie beriefen und in ihrem ganzen Leben sich auf sie verpflichtet glaubten, nunmehr noch die Erinnerungsspuren dieses Namens tilgen möchten.

Hegel hatte von der Geschichte als dem Weltgericht gesprochen; seitdem fühlten sich große Sozialisten, die Niederlagen einzustecken und Massen-Opfer in den Klassenkämpfen zu beklagen hatten, immer wieder mit der Hoffnung getröstet, eines Tages werde das Urteil der Geschichte ihnen Recht geben. »Nach

Hitler kommen wir«, hatte selbstbewußt ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter gesagt, als er ins Konzentrationslager kam. Fritz Sternberg, ein bedeutender Gesellschaftsanalytiker der zwanziger und dreißiger Jahre, demokratischer Sozialist seit frühester Jugend, hatte in seinem 1951 in New York erschienenen Buch »Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht« eine Prognose gewagt. Er sagte: »Der Kapitalismus wird das Jahr 2000 kaum erleben. Aber noch weiß niemand, wer sein Erbe ist«.

Das geschichtliche Weltgericht, wenn es denn eines geben sollte, scheint heute und endgültig einen genau entgegengesetzten Urteilsspruch gefällt zu haben: Der *Sozialismus* wird das Jahr 2000, von dem uns gerade zehn Jahre trennen, kaum erleben.

Hier setzen aber meine Zweifel ein; die heutigen Sieger veranstalten ihre Triumphzüge mit wilhelminischem Pomp und mit unverhohlenem Genuß an der unerwarteten Bestätigung ihrer Lebensfähigkeit. Was ihren Sieg ausmacht, verdankt sich jedoch nicht der Überzeugungskraft eines Weges, der ins nächste Jahrhundert führt, sondern der an ihren unlösbaren inneren Problemen zugrunde gegangenen stalinistischen Perversion des Sozialismus. Die Kopflösigkeit und Phantasiearmut der Sieger, die das »Marx ist tot, Jesus lebt« in allen Variationen durchzuspielen sich anschicken, entspricht dem würdelosen Abgang der Verlierer, denen, weil sie den Respekt vor dem aufrechten Gang Andersdenkender nie gelernt hatten, der Machtverlust jede Form der Selbstachtung genommen hat. So entsteht die suggestive gesellschaftliche Atmosphäre der Scheinklarheit, in der alle die Zukunft der Menschen zentral berührenden Probleme den sich ergänzenden Mechanismen der Realitätsverleugnung und der Verdrängung unterworfen werden. Ich meine nicht die Probleme des Alltags, die pragmatische Dringlichkeit der Lösung nahelegen. Aus dieser Gespenster-Wirklichkeit, in der sich die Ereignisse stündlich überholen und die pragmatischen Versatzstücke, die sich da reinmischen, der vorgegebenen Rasanz nicht nachstehen wollen, kann nur der Weg einer gleichsam angehaltenen geschichtlichen Besinnung führen — ein Stillhalten, das für einen Augenblick die Logik der Beschleunigung, der Bewegung ohne Zielinhalt bricht. — Man sage nicht, das sei abstrakt und akademisch, in der geschichtlichen Bewegung selber die Distanz ihrer Reflexion zu gewinnen; die Gegenwart als ein geschichtliches Problem zu behandeln, das kollektive Gedächtnis der Menschen zu pflegen und zu erweitern, gehört zu den Lebensbedingungen der menschlichen Gattung, wie die gesunde Luft, die wir zum Atmen benötigen, oder das Wasser, das wir trinken.

Wenn nun jemand sagte, die vor unseren Augen sich abspielende Selbstauflösung der vom Stalinismus geprägten, von menschlich ausgehöhlten Bürokratien mühsam am Leben erhaltenen Gesellschaftssysteme ziehe alles in diesen Absturz hinein, was je im Namen des Sozialismus geschah, ja mit dem Namen »Sozialismus« verknüpft ist, so ist einfache intellektuelle Redlichkeit angesprochen, dagegen Einspruch zu erheben. Die undogmatische Linke, mit ihren durch jahrzehntelange Erfahrungen geschärften Waffen der Kritik und des politischen Widerstandes, wäre hier aufgefordert, ein entscheidendes Wort mitzureden und Perspektiven für ein vernunftorientiertes Handeln, das den ruinösen Gefälligkeitsdruck im Ergattern von Legitimationschancen bricht, umsichtig und selbstbewußt zu entwickeln.

Nichts scheint dagegen zur Zeit die verschiedenen Splitter, Einzelgänger und Fraktionen der westdeutschen Linken, die sich zur deutschen Frage im prekären Zusammenhang des Sozialismus äußern, so sehr zu einen, wie die weinerlichen Selbstanklagen, die vom Pathos des Versagens zehren. Im Prozeß der schnell um sich greifenden Erosion überholter autoritärer Herrschaftsverhältnisse, der vor weniger als zehn Monaten noch Hoffnungen auf ein höheres Maß an Selbstbestimmung und Freiheit wecken konnte, kommt jetzt eine Seite zum Tragen, die für das politische Selbstbewußtsein großer Teile der westdeutschen Linken bedrohlicher zu sein scheint als die offensive Vormachtstellung des konservativ-liberalen Lagers. Sich seit anderthalb Jahrzehnten in neuer Beliebigkeit ühend, die einen ausgedörrten Boden der Phantasie- und Kraftlosigkeit des Theoriebewußtseins hinterlassen hat, wird ihr jetzt, als wäre diese selbstverschuldete Entmündigung ihrer kritischen Denkweise noch nicht genug gewesen, einer ihrer sichersten Orientierungspunkte genommen: *Der Stalinismus mitsamt seinem bürokratischen Gehäuse scheinsozialistischer Nachfolgestalten*. Das ist der härteste *Gegenstandsverlust* der westlichen linken Kritik, und manche sind dabei, darüber den Verstand zu verlieren. Was ihnen ehemals verachtete bürgerliche Denker unterschiedlichen Formats und dann die forschen »Neuen Philosophen« der französischen Postmoderne vorgedacht haben, setzen sie jetzt als *radikale Selbstkritik* an die Öffentlichkeit: Daß mit den todgeweihten Systemen des »real existierenden Sozialismus«, Marxismus, Sozialismus, Kommunismus, überhaupt die kollektiv-gesellschaftliche Struktur von Emanzipationsbewegungen unwiderruflich dem Kehrlichthausen der Geschichte zu überlassen sei.

Beunruhigend an der Situation der westdeutschen Linken, wie sie sich gegenwärtig präsentiert, ist weniger, wie manche Krisengewinnler meinen, daß sie keine Stimme und Sprache finde, also in *beredtem Schweigen* verharre, sondern, daß ihr die Tageseinschätzungen, die schnell gezimmerten Programmforderungen und die Kapuzinerpredigten zu leicht von den Lippen fließen. Sollte es sich um wirkliche *geschichtliche* Ereignisse handeln, deren glückliche Tatzengen wir sind, dann muß auch für *die*, denen weder das eigene Land noch die Idee einer mündigen und freien Gesellschaft gleichgültig ist, mehr im Spiel sein als eine fahrige Betroffenheit und ein politischer Perspektivwechsel im Tagesrhythmus.

Ich spreche zunächst von der Situation der Linken, weil ich mich ihr zugehörig fühle und nur dort Verantwortung zu übernehmen vermag, wo ich eigene Überzeugungskraft vermute. Diese Linke ist ja mit zwei einschneidenden Ereignissen gleichzeitig konfrontiert, die von der Sache her so eng miteinander nicht verknüpft sein müßten, die es *heute* aber tatsächlich sind: Die Deutschlandfrage und das Problem der Existenzfähigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Hier gibt es gewiß ein sehr breites, generationsbedingtes Spektrum der Gefühlsreaktionen auf diese Herausforderungen. Es wäre unzulässige Arroganz, im Strudel dieser Veränderungen die Ruhe und Distanz eines *objektiven Standpunktes* zu beanspruchen. Was sich auf deutschem Boden gegenwärtig an Entwicklungen in beängstigend rasantem Tempo abspielt von solchem Standpunkt der Übergleichzeitigkeit, einer gleichsam zeitenthobenen Warte aus betrachten zu wollen, wäre zudem nichts als eine selbstgefällige Lüge. Selbst die Deutschlandexperten, die jetzt wie Pilze aus dem Boden schießen und keine Chance ungenutzt lassen,

ihre analytischen Privatmeinungen unter das Volk zu bringen (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« und »Die Zeit« sind Meisterblätter für Geschichtsphilosophie der Gegenwart nach Kriterien der Machterhaltung), machen bei genauerem Hinsehen eher den Eindruck völliger Ratlosigkeit. Innerhalb weniger Monate ist der Boden, auf dem ziemlich harte Weltauffassungen um Mauern, Gräben und Stacheldrahtverhaue gewachsen waren, derart umgewühlt worden, daß in der allenthalben spürbaren Orientierungslosigkeit fortwährend Ersatzbefestigungen produziert werden.

Aufrichtig und der Kritik zugänglich könnte dagegen eine Einstellung genannt werden, die alles das, was man bisher für richtig gehalten hat, was den Sinn des eigenen Handelns ausmachte, offen einbekennt und gleichwohl Partei ergreift für die *besseren* Möglichkeiten einer Gesellschaftsentwicklung, die durch Gebote einer atemlosen Realpolitik und einen mediengesteuerten patriotischen Massenwahn zunehmend verschüttet wurden. So erweist sich als das Sicherste, auf das zurückzugreifen, was man bisher getan und gedacht hat. Darin mögen viele Ungereimtheiten und Vorurteile stecken. Aber ohne den redlichen Umgang mit Überzeugungen, Begriffen und Analysen, die für einen selber bisher Bedeutung hatten, ist in keinem Bereich des gegenwärtigen Wandels ein zukunftsfähiger Anfang möglich. Den zweimaligen Flüchtling, vertrieben gegen seinen Willen einmal, weil der Geburtsort (ein kleines Dorf 30 km östlich von Königsberg) durch den Raubkrieg der Nazis verspielt wurde, zum anderen, weil die politischen Überzeugungen meines sozialdemokratischen Elternhauses dem SED-Regime mißfielen, werden angesichts der geschleiften Burgbefestigungen und der greifbaren Aussicht auf ein zwangloses Wiedersehen dieser Vertreibungsorte andere Gefühle bewegen als den, der sich als Soziologe oder Politiker mit nationalem Pathos auflädt, das in seiner Lebensgeschichte doch keinerlei Grundlage hat. Gerade aus diesem Grunde, weil das in der Nachkriegsgeschichte akkumulierte Unglück von Lagerbildung, Ausgrenzung und schmerzlichen Trennungen mein eigenes Deutschlandbild zutiefst geprägt hat, ist für mich die jetzt aufgerissene und aufgewühlte Situation in einem solchen Maße mit Risiken behaftet, daß jeder Schritt in Theorie und Praxis intensiver Besinnung bedarf. Das Gefährlichste ist, dort, wo jetzt zukunftsfähige Anfänge erkennbar werden, mit kurzfristiger Stückwerktechnologie der Einzelprobleme alles wieder zuzudecken.

Die *Produktionsöffentlichkeit »Deutschland«*, dieses gewaltige Laboratorium von *gesellschaftlichen Anfängen*, in dem nichts, außer den Katastrophen, wirklich bis zum Ende ausgetragen wurde, ist nach wie vor ein Land der produktiven Ansätze und des potentiell Besseren; wenn nicht ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, so doch eine Gesellschaft der produktiven Ungleichzeitigkeit, die immer wieder den platten Zentralismus des territorialen Einheitsstaates in Frage stellte. Daß das zum Verhängnis gewordene Reich Bismarcks in Versailles, also auf fremdem Boden, proklamiert werden mußte, weil es offenbar keine Hauptstadt gab, in die sich alle Fürsten und Könige zu begeben bereit gewesen wären, läßt sich als ein Geschichtszeichen deuten. *Die Einheit Deutschlands ist eine kulturelle und sonst nichts*. Sie lebt von der Durchlässigkeit der Grenzen und dem Austausch. Weimar dokumentiert insoweit mehr von diesem anderen Deutschland, das immer wieder in Anfängen steckenblieb, als Bonn oder Berlin.

Wer heute über die ehemalige DDR nachdenkt, muß über die Bundesrepublik Deutschland nachdenken. Wer über diese beiden Nachkriegskonstruktionen von Gesellschaftsordnungen und Staatsapparaten nachdenkt, muß zurückgehen auf das, wovon diese Teilsysteme eine jeweils spezifische Erblast übernommen haben. Objekt der Entwicklung sind ursprünglich beide Teile dieses Restdeutschlands gewesen; dem einen wurde westliches Denken, die »Ideen von 1789«, demokratische Selbstverantwortung und ein gewisses Gefühl für das zivile Leben im Unterschied zu staatspatriotischen Gesinnungen aufgezwungen. Erst damit verloren sich die kriegerischen »Ideen von 1914«, die dem Westen drei Jahrzehnte als deutscher Beitrag zur menschlichen Natur präsentiert wurde. Der andere Teil Deutschlands hatte, selbst wenn die objektiven Voraussetzungen für eigenständige sozialistische Entwicklungen nicht schlecht waren, keinerlei ernst zu nehmende Wahlmöglichkeit, sich gegen einen stalinistisch verdrehten Sozialismus zu entscheiden. Die Entwicklung einer prosperierenden Ökonomie hat es dem deutschen Bevölkerungsfragment in dem einen Teil erleichtert, sich mit den Errungenschaften westlicher Demokratien zu befreunden, während den anderen Teil, zudem Hauptleidtragender der ökonomischen Kriegsfolgen, das Gefälle zwischen einem karg und arm bleibenden Sozialismus und wachsende Erfahrung des kapitalistischen Reichtums immer tiefer bedrängte. Dabei sind die Ausgangsbedingungen der beiden Teilstaaten Restdeutschlands keineswegs so angelegt, daß die Gefahr eines kapitalistischen Ausverkaufs der DDR Resultat einer gesetzmäßigen Fehlentwicklung hätte sein müssen. Daß sich in der sowjetisch besetzten Zone, der späteren DDR dann, die in Deutschland unterdrückten republikanischen Traditionen der Aufklärung, der Revolutionen, des Kampfes der Unterdrückten, vom Bauernkrieg bis zum antifaschistischen Widerstand, besonderer Anerkennung erfreuten — das war ein wirklicher Neubeginn, der viele Hoffnungen der vom Bürgertum und der Sozialdemokratie enttäuschten Menschen ansprach. Dieses andere Deutschland hatte hier eine neue Heimat gefunden; es war öffentlich anerkannt und mußte sich nicht verstecken.

Um so nachdrücklicher konnte hier eine andere Linie deutscher Entwicklung Fuß fassen, als im westlichen Teil Deutschlands die Restauration alter Herrschaftsverhältnisse, nach einer kurzen Zeit der Irritierungen, mit Riesenschritten vorankam. Zwanzig Jahre dauerte es, bis dann in der Protestbewegung der Studenten und der Jugendlichen der Anfang einer Aufarbeitung der nationalsozialistischen Erblast gemacht werden konnte; die abgerissene Tradition marxistischer Theoriebildung mußte wiederbelebt werden. Projekte, wie die »Ungeübte Nazi-Justiz«, von eigensinnigen Sozialisten beharrlich der Öffentlichkeit präsentiert, verbanden sich mit der Frage, was denn die gegenwärtig Herrschenden in Wirtschaft, Politik, Justiz usw. getan hatten, um den Hitler-Faschismus zu vermeiden, oder, nachdem er nun Deutschland in den Ruin geführt hatte, welche Konsequenzen für das eigene Verhalten daraus zu ziehen sind.

So hatte ich die spontane revolutionäre Bewegung in Leipzig, Dresden, den anderen Städten der DDR verstanden und Hoffnung daran geknüpft, die aus zwei Zielinhalten bestand: Einer Deutschland-Utopie und einer sozialistischen Utopie, welche die Schalen einer tauben und betrügerischen Realität abgeworfen hat. In beiden Zusammenhängen ist legitimerweise von Utopie zu reden, weil es

sich um Gesellschaftsentwürfe handelt, die in der Kritik des Bestehenden die bessere Möglichkeit festhalten, und die sich mit Motiven des Bewußtseins und des Verhaltens der Träume sehr vieler Menschen verknüpfen.

Man sage nicht, die Realität der Wiedervereinigung habe an allen Fronten die Utopie eingeholt und erdrückt. Ein solches geschichtliches Mitläufertum greift immer zu kurz; was nicht *ausgetragen* ist, was keine Zeit zur Selbstentfaltung gehabt hat, arbeitet, wie wir erfahren haben, im Untergrund der Gefühle und Denkweisen weiter, leistet Maulwurfsarbeit. *Politik als Kunst der Beschleunigung*, wie sie gegenwärtig treibhausmäßig ins Werk gesetzt und durchsichtigen Herrschaftsinteressen eingefügt wird, trifft nicht die Wesenskerne der Utopien und politischen Traumphantasien, sondern verschiebt und fragmentiert sie. Das gibt der Hoffnung, selbst im Elend, Räume.

Es ist richtig, nichts deutet gegenwärtig darauf hin, daß nennenswerte politische Kräfte in der ehemaligen DDR oder in der Bundesrepublik der besinnungslosen Beschleunigung, die jedem Problem die ihm eigentümliche Zeit des Reifens, des Experimentierens und Austragens nimmt, Einhalt zu gebieten bereit wären. War gestern Zweistaatlichkeit wenigstens noch ein Programmpunkt der Partei der Grünen, so opfern sie heute bereits dieses Minimum des Einhaltens dem patriotischen Fortschritt, der aus allen Medien trieft. Jeder, der für sich nunmehr akzeptiert und zum Vor-Urteil geprägt hat, daß im Einheitswillen der Deutschen die Kraft einer Naturgewalt steckt, hat auf den in rasantem Tempo abrollenden Wagen der Vereinigung noch aufspringen wollen, um bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen nicht Opfer des Volkszorns gegen vaterlandslose Gesellen zu werden. »Alles ist gelaufen« — dieser Satz Willy Brandts, schon kurz nach dem Mauerbruch geäußert, die eigenen Überlegungen von der Beziehung zwischen Wachsen und Wuchern dementierend, klingt wie ein Denkverbot. So scheint es vergeblich, ja riskant zu sein, gegen diesen wiederum reißenden Strom der deutschen Geschichte zu schwimmen. Wäre es da aber nicht lebensnotwendig, wenigstens für die Kritiker des Fortschritts, daß sie auch diesem Fortschritt mit größerem Mißtrauen begegneten? In der verhaltenen, klugen Form Walter Benjamins zum Beispiel, als er vom Fortschritt sagte: »Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge (des Fortschritts) reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse«.

In der Tat: Der Begriff des Fortschritts hat sich in der Zusammensetzung seines inneren geschichtlichen Gehalts verändert. Fortschritt, als Notbremse eines Volkes und der Menschheit verstanden, löst den Alptraum der verdrehten gesellschaftlichen Verhältnisse auf und erweitert den Umkreis von Raum und Zeit, in dem die Menschen selbsttätig und in politischer Eigenverantwortung ihre Angelegenheiten, des individuellen Alltags ebenso wie der Gesamtgesellschaft, zu regeln beginnen. Fortschritt, der sich der Selbstaufklärung der Aufklärung verpflichtet fühlte, wäre in diesem Sinne also eher der Inbegriff aller ernsthaften Lösungsversuche der auf der Strecke gebliebenen, verdrängten, ausgegrenzten, praktisch ungelösten Probleme der Vergangenheit als ein völlig Neues, das nie Dagewesenes schafft.

Eine sozialistisch getönte Deutschland-Utopie

Ich kann nicht sagen, daß für mein eigenes politisches Leben die Frage der deutschen Teilung in besonderer Weise prägend gewesen wäre; mit vielen meiner Generation, die Krieg und Faschismus im Kindesalter erlitten hatten, dann in der Zeit der prosperierenden und alte Herrschaftsverhältnisse restaurierenden Bundesrepublik ihr politisches Bewußtsein und ihre Protestpraxis entwickelten, teilte ich die Überzeugung, daß deutsche Teilung und Verlust der Ostgebiete milde Strafen für im Grunde unsühnbare Geschichtsverbrechen der Deutschen sind, also unverrückbare Resultate der mißglückten Angriffslust des großdeutschen Machtwahns. Etwas Unnatürliches darin zu sehen, daß Deutschland kein Einheitsstaat mehr ist, war mir schon deshalb fremd, weil gerade dieser Einheitsstaat (in der von Bismarck hergestellten Obrigkeitsgestalt nicht weniger als der Hitlers) zwei der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts mitverschuldet hatte und im übrigen all das, wofür Deutschland auch steht, weniger unter Bedingungen des mächtigen Einheitsstaates als denjenigen der Kleinstaaterei entwickelt wurde. Nietzsche hatte von der Extyrption (Abtötung) des deutschen Geistes zu Gunsten des deutschen Reiches gesprochen. Der obrigkeitsstaatlich verfälschte Einheitsgedanke, aus dem seine demokratische Originalgeschichte gelöst ist, hat in den die Schulbücher von Generationen begleitenden Umkleidungen der Deuschtümelei, des Rassenhasses, der Fremdenfeindlichkeit und des »Versprechens herrlicher Zeiten« durch Erweiterung der Räume anlagebegierigen Kapitals den Deutschen, würden sie sich die Zeit der Selbstbesinnung einmal gönnen, am Ende immer nur Unglück gebracht.

Als im Ausgang der fünfziger Jahre, kurze Zeit vor dem Mauerbau, Konföderationspläne im damaligen Sozialistischen Deutschen Studentenbund auftauchten, errichtete die SPD, zu der der SDS gehörte, ihre Mauer gegen diese Linksintellektuellen. Sie waren der Kollaboration mit dem SED-Regime verdächtig, obwohl ihre Vorstellungen von Sozialismus schon damals eher dem Vorbild Rosa Luxemburgs folgten, ihrem Plädoyer für die Untrennbarkeit von Sozialismus und Demokratie und für die Freiheit der Andersdenkenden, als dem Lenins. Die Kritik an den stalinistischen Deformationen der sozialistischen Utopie, wie sie sich noch in der Oktoberrevolution Ausdruck verschaffte, an der Zerstörungsbessenheit gegenüber immer wieder auftretenden rätedemokratischen Selbstverwaltungsorganen, bestimmte innerhalb der außerparlamentarischen Linken so sehr das Selbstverständnis der Nachkriegsgeneration von Sozialisten, Radikaldemokraten und Pazifisten, daß die konkreten Bezüge zu dem anderen Teil Deutschlands immer geringeres Gewicht annahmen. Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968, Polen 1980 — das waren Stufen einer rebellischen Demokratisierung der Ostblockgesellschaften, welche auch die Linke Westdeutschlands erregte und in den Bann zog. Jedes andere Land der Welt, in dem sich Befreiungsprozesse regten, erweckte größere Anteilnahme und Aufmerksamkeit als die DDR. Zu den wenigen Ausnahmen von dieser linken Ausblendung deutsch-deutscher Probleme gehört Rudi Dutschke, der nicht nur in seiner theoretisch-analytischen Arbeit den Blick auf die ideologischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Ostblockstaaten heftete, sondern fortwährend auch

daran erinnerte, daß die westdeutsche Linke mit den Oppositionsgruppen in der DDR und in den übrigen Ländern Osteuropas politische Kooperation üben sollte; aber auch in seinen Mahnungen geht es nicht in erster Linie um die abstrakte nationale Einheit oder gar das »einig Vaterland«, vielmehr ist es das Problem einer auf deutschem Boden *nicht teilbaren, sozialistischen Demokratie*, die spontane Selbstorganisation aufrecht gehender Menschen, welche die Tradition des durch Grenzen und Mauern nicht behinderten solidarischen Kampfes um Selbstbestimmungsrechte einklagen — also *unabgegoldene demokratische Einheitsideen* zur Geltung bringen, vom *Bundschuh* in der Zeit des Bauernkrieges 1525 bis zur Revolution von 1848.

Um so überraschender und eindrucksvoller wirkte auf mich, daß der von kleineren Basisgruppen, Bürgerinitiativen, kirchlichen Gemeinden ausgehende, in den Massendemonstrationen von Leipzig und Dresden mächtig anschwellende *demokratische Impuls*, bei dem ursprünglich die Einheitstöne nur leise mit-schwangen, der DDR-Bevölkerung ein ganz neues Selbstbewußtsein verschaffte. Indem die *Bleibenden* sich zum Widerstand zusammenschlossen, wurde einer der wirksamsten Mechanismen autoritärer Regimes außer Kraft gesetzt: Ausbürgerung, notfalls Freisetzen der Massenflucht, wo Apparate den eigensinnigen Protest weder zerschlagen noch assimilieren können. Die selbstbewußte Souveränitätserklärung: »Wir sind das Volk!« mußte auf ein Herrschaftssystem, das fast den ganzen Vorrat an gesellschaftlicher Phantasie darauf gelenkt hatte, den *Gewaltanteil* der Besatzungszeit in subtile Mechanismen der Neutralisierung des Widerstandes, der flächendeckenden Überwachung und der Ausgrenzung Andersdenkender, schließlich der Beschaffung schein-demokratischer Legitimationen zu stecken, wie eine Kriegserklärung wirken. Das ist sie auch gewesen.

Die Ironie der Geschichte, von der Hegel und Marx mit einem gewissen Unterton der Schadenfreude sprechen, wenn geschichtliche Ereignisse genau das Gegenteil von dem sind, was in der Absicht der Akteure lag, hat selten ein so beispielhaftes Beweisstück produziert, wie das, was sich in der DDR abspielt hat. Die die Revolution in einem staatlichen Gehäuse von Hörigkeitsverhältnissen verwaltenden Leninisten sind damit konfrontiert worden, daß ihr eigenes Volk demonstriert, wie klar Lenin den Ursprung einer Revolution erkannt hat. »Zur Revolution«, sagt Lenin, »genügt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und geknechteten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußt werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die 'unteren Schichten' die alte Ordnung nicht mehr *wollen* und die 'Oberschichten' nicht mehr *in der alten Weise leben können*, erst dann kann die Revolution siegen.«

Sie hat gesiegt! — in einer derart beeindruckenden Weise sogar, daß dergleichen auf deutschem Boden bisher nicht zu finden ist. Ohne Blutvergießen und Gewalt erzwingt ein Volk die Auflösung des scheinbar allmächtigen Polizei- und Staatssicherheitsapparates, der kurze Zeit vorher noch in allen Zellen der Gesellschaft Platz und Stimme hatte. Eine pazifistische Revolution ganz neuartiger Struktur, in der brennende Kerzen und Menschenketten, regelmäßig

wiederholte Massendemonstrationen und eine politisch sich artikulierende Öffentlichkeit Gewaltakte überflüssig machten, ja, die Einsatzfähigkeit des staatlichen Gewaltmonopols lähmten. Für deutsche Verhältnisse eine ungewöhnliche Bewegung, die das Herrschaftssystem der DDR zum Einsturz gebracht hat, aus der Kraft der eigenen gesellschaftlichen Dynamik heraus, ohne nennenswerte Fremdhilfe.

Wenn es sich hier um eine wirkliche demokratische Revolution handelte, die ein verhaßtes Herrschaftssystem zum Abtreten zwang, warum sind dann die Stimmen lauter und sehr schnell anklagender geworden, daß wieder, wie so häufig in der deutschen Geschichte, ein geglückter Neuanfang der Gesellschaftsentwicklung da war, um dann gebrochen und verdreht zu werden?

Von seinem Jahrhundert hatte Hölderlin gesagt: »Soviel Anfang war nie«. Das Wort ist seit einem Jahr im Munde vieler. Der resignierte und in den Schutz der Turmbefestigung geflohene Jakobiner war es, der den Brechungen der Anfänge nachtrauerte. Vielleicht bestand für die, von denen erzählt wird, daß sie im Tübinger Stift den Freiheitsbaum gepflanzt hätten, eine Deutschland-Utopie darin, den Geist der französischen Revolution und der Aufklärung, Rousseau, Voltaire, Robespierre, mit der deutschen Kultur, dem gewaltigen Reflektionsvorrat, der sich in der Philosophie Kants andeutete und dann im Deutschen Idealismus seinen ganzen Reichtum ausbreitete, in einer Gesellschaftsordnung zu versöhnen, die zum Bewußtsein ihrer kulturellen Identität der innerstaatlichen Feinderklärungen und der nationalstaatlichen Abgrenzungen nicht bedarf. Kaum zu überschätzen ist, was Deutschland an Unglück, Not und kollektiven Verbrechen erspart geblieben wäre, hätte es damals eine gesellschaftliche Aussöhnung zwischen den Ideen der französischen Revolution (also der Verbindung von *Patriotismus und Menschenrechten*) und dem »deutschen Geist« gegeben, der sich immer mächtiger und arroganter als Kraft der Ausgrenzung des Fremden betätigte und auf den Sieg in Blitzkriegen setzte. Vieles ist im nationalen Trümmerfeld dieser frühen Deutschland-Utopie angelegt; für die deutschen Ausgewanderten und aus ihrem Land Vertriebenen formuliert der verletzte und verletzte Hölderlin gleichsam Urworte, wenn er Hyperion in angstbesetzter Trauer sagen läßt: So kam ich unter die Deutschen — Worte, die in entsprechender Wendung ihrem Lande gegenüber undenkbar wären für Engländer oder Franzosen.

Aber nicht nur die *Deutschland-Utopie* Hölderlins und seiner Generation von Dichtern und Denkern ist es, die heute in Erinnerung gerufen werden muß, um sich von kurzfristigen Machtinteressen nicht dumm machen und das Denken in *erweitertem Horizont* verbieten zu lassen. Die aus dem von Hitler übernommenen Bismarckreich Ausgliederten, jene zahllosen Deutschen, die ihre Kritik an Deutschland oder ihre Andersartigkeit im Denken und Fühlen mit Vertreibung bezahlen mußten, haben seit je über das Deutschlandproblem anders und intensiver nachgedacht als die, die als patriotische und autoritätsgebundene Wendehälse immer zurückgekommen sind und auch heute wieder ihren Platz in jeder möglichen Neuordnung finden werden. Diese reiche Gedankenarbeit darf nicht in Vergessenheit geraten.

Thomas Mann z.B. hat *seine* Deutschland-Utopie gehabt. Daß die Lösung

eines wie immer gearteten Deutschlandproblems nicht darin bestehen könne, Energien auf Grenzrevisionen, territoriale Angliederungen oder Überwindung von Teilungen zu konzentrieren, war für ihn ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, daß der Sozialismus auf deutschem Boden ein menschliches Existenzrecht hat. Thomas Mann hat gezögert, Weimar einen Besuch abzustatten, aber er hat es getan, und sein Satz, daß ein *freies Europa ein sozialistisches Europa* sei, ist *auch* besorgter Ausdruck der Erfahrung eines Intellektuellen, daß die Blutspuren des deutschen Kapitalismus nicht wegzuwischen sind. Und Horkheimers Satz, daß über Antisemitismus und Faschismus schweigen solle, wer nicht vom Kapitalismus reden will, war keine vereinzelt Meinungsäußerung eines rückkehrbereiten Emigranten, sondern drückte die verbreitete Gefühlslage derjenigen aus, die am mythischen Faden der deutschen Katastrophenpolitik nicht fortspinnen wollten.

Ein autoritär verstümmelter Antifaschismus

Die DDR ist nicht immer der durchorganisierte Überwachungs- und Zwangsstaat gewesen, als der sie an ihrem Ende in Erscheinung trat. Jedenfalls kann sie *so* nicht von denjenigen empfunden worden sein, die freiwillig diese Gesellschaftsordnung als sinnvolles Betätigungsfeld gewählt haben und darin ein Anfangsstück des *neuen* Deutschland anzuerkennen vermochten. Daß Bertolt Brecht, Hans Mayer, Ernst Bloch freiwillig in die DDR gegangen sind, ist keineswegs bloßes Resultat der naiven Unterschätzung der Reichweite und des Herrschaftsanspruchs stalinistischer Bürokratien; sie haben vielmehr dem entschiedenen Willen des Antifaschismus vertraut, der die Ursprungsgeschichte der sowjetisch besetzten Zone und der späteren DDR bestimmt.

Das *andere Deutschland*, von dem die Opfer des großdeutschen Reichs geträumt hatten, ein Deutschland der Aufklärung, des demokratischen Widerstands und der Revolution, hatte auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR keineswegs ungünstigere Anfangsbedingungen als die Westzonen und die Bundesrepublik, Im Gegenteil: Der Antifaschismus als das Pfund, mit dem die DDR lange Zeit wuchern konnte, war eingebettet in Wiedererinnerung an die vergessenen und unterdrückten republikanischen Traditionen. Das ist keine Täuschung, jedenfalls nicht, was eine erhebliche Zahl derjenigen betrifft, die bestimmende Herrschaftsfunktionen in der DDR ausübten. Auch hier gibt es gewiß einige, denen die autoritären Zeitverhältnisse, die sich aus dem Faschismus verlängerten, die Charakterbildung erleichtert haben. Würde man aber eine Untersuchung darüber machen, wieviele unter den führenden SED-Funktionären aktiven Widerstand gegen den Faschismus geleistet haben oder jahrelang in Konzentrationslagern lebten, dann würde der Vergleich zur Personalstruktur der westdeutschen CDU doch eher peinlich ausfallen. Man muß keine Sympathie für Honecker und andere, denen das Parteisoldatentum zur zweiten Natur geworden war, mitbringen, um sich Mut für das Urteil zu machen, daß doch wenigstens Phasen in deren Leben einen Widerstand gegen Ausbeutung und Erniedrigung der Menschen, gegen Krieg und faschistische Verbrechen

dokumentieren, den stramme westdeutsche CDU-Leute wie Oberländer, Globke, Lübke, Filbinger usw. für sich durchaus nicht in Anspruch nehmen konnten.

Was an Aufklärungs- und Widerstandstraditionen in der DDR von Anfang an öffentliche Anerkennung fand, mußte in der Bundesrepublik, nach einem durchschlagenden Restaurations- und Verdrängungsprozeß, in den Protestbewegungen der Studenten und der Jugendlichen Mitte der sechziger Jahre, also gut zwanzig Jahre nach Gründung dieses Staates, mühsam nachgeholt werden. Aber auch in diesem Zusammenhang fehlte in der DDR das Medium einer freien und selbstkritischen Öffentlichkeit, die es ermöglicht, die aus Verdrängung und Diskriminierung gelösten Widerstandstraditionen vor der staatlich sanktionierten Versteinerung zu handhabbaren Museumsstücken zu bewahren. *Alles Kritische, Revolutionäre, Widerständige wird in die Vergangenheitsform gebannt.* »So hat es Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr.« Diese von Marx auf das Bürgertum gemünzte Kritik trifft genau den Geschichtsverlust jener Leute, die den bürgerlichen Humanismus beerbt zu haben vorgeben, in Wirklichkeit aber den aufwendig gepflegten und ritualisierten Legitimationsverrat an Antifaschismus (bis hin zur absurden Wortbildung »antifaschistischer Schutzwall« für eine gegen die *eigene* Bevölkerung errichtete Mauer) zur Basisideologie ausbauen, um jede kritische Verarbeitung der Nachwirkungen des Faschismus und der preußischen Obrigkeitstraditionen im eigenen Lande zu unterbinden.

Ohne sich der Gefahr auszusetzen, eines Tages selber politisches Objekt der Kritik zu werden, konnte es sich das in seinem Nervensystem autoritär geprägte Regime des »real existierenden Sozialismus« offenbar nicht erlauben, die *politischen Sozialcharaktere*, die Binnenstrukturen der Subjektivität, in die Verarbeitung des Faschismus einzubeziehen. Mit dem Auswechseln der Personen war die Gegenwartsbedeutung der Vergangenheit erledigt; so hatte das, was in Westdeutschland auch erst gut zwanzig Jahre nach dem Kriege in politische Öffentlichkeit umgesetzt wurde (wenn auch durch sozialwissenschaftliche Analysen viel früher vorbereitet): nämlich eine kulturrevolutionäre Auseinandersetzung mit *autoritär-autoritätsgebundenen Charakterstrukturen* und der mit ihnen verknüpften Denkmuster, in der DDR zu keiner Zeit die Chance, in den Umwandlungsprozeß der Sozialisationspraxis, der Erziehungs- und Lebensstile konkret und in freier Betätigung der sozialen und politischen Phantasie einbezogen zu werden. Der seiner kritischen Potenzen beraubte Materialismus verknüpfte sich mit einem *Gewaltidealismus, der Personenschuldige, aber keine verfehlten gesellschaftlichen Strukturen anerkennt.* So hat des »antifaschistische« Staat, in völliger Umdrehung seiner ursprünglichen Absichten, mit der Verstümmelung dieses Anti-Faschismus ein doppeltes Erbe hinterlassen: Die unaufgearbeitete Vergangenheit des Dritten Reichs und die fatale Hinterlassenschaft eines preußisch umgegossenen Sozialismus, dem die bewahrten autoritären Charakter- und Denkstrukturen zugute kamen. Die Folgen dieser gefährlichen Mischung sind absehbar; Vorurteilsbildung, Fremdenfeindlichkeit, rechtsextreme Gewaltneigungen, autoritätsgebundene Wendigkeit usw. haben jetzt, zu gesamt-nationalen Energien freigesetzt, einen vermutlich noch günstigeren Nährboden als in der Bundesrepublik.

Was die von mir gekennzeichneten Ausgangspunkte nach der Fremdbefreiung

vom Nazismus betrifft, so besteht der Unterschied zwischen den beiden Teilstaaten nicht in den Absichten, der politischen Gesinnung der führenden Gruppen und auch nicht in den selbstgewählten Konzepten der Gesellschaftsentwicklung. Eine merkwürdige Verdrehung hat sich abgespielt. Diejenigen, die als Antifaschisten aus den Konzentrationslagern kamen, die aktiv gegen den Terror gekämpft hatten, konnten selbstsicher genug sein, einen neuen Staat aufzubauen. Der *Antifaschismus* wird zu einer verdinglichten Polizeiformel, mit der alles gerechtfertigt werden kann, was dem staatlich sanktionierten Sozialismus un bequem ist. So werden diejenigen, die mit Recht für sich die Widerstandstraditionen der deutschen Geschichte in Anspruch nehmen können, am Ende zu *Verwaltern der demokratischen Vergangenheit*; alles, was demokratische Traditionen des anderen Deutschlands enthält, ist in das Symbolghetto der Geschichte gebannt. Revolution und Widerstand gehören der Vergangenheit an. Das Prekäre der Aufarbeitung des Faschismus gilt für beide Teile Deutschlands: Das geradezu klassisch gewordene Buch von Wolfgang Fritz Haug: »Der hilflose Antifaschismus« stellt das nachdrücklich unter Beweis. Die Verkehrung besteht darin, daß diejenigen, die als Antifaschisten antraten, durch Unterbindung jeder Form *kritischer und politischer Öffentlichkeit weniger zur Auseinandersetzung mit diesem Erbteil der deutschen Geschichte getan haben*, als eine Gesellschaftsordnung, die sich keineswegs antifaschistisch verstand, in der jedoch lebendige Formen des Protestes und des Widerstandes durchgesetzt werden konnten. Die einzige Form, in der das kritische Erbe der deutschen Geschichte herausgearbeitet und lebendige Gegenwart werden kann, ist die Freisetzung einer politisch fungierenden kritischen Öffentlichkeit, die den Eigensinn des Andersdenkenden anzuerkennen vermag.

Das Verdrängte, Ausgegrenzte macht sich um so dringlicher geltend, je unterschiedener Formen seines öffentlichen Ausdrucks verweigert wurden; und je länger diese Verdrängungen unaufgearbeiteter Probleme bestanden haben, desto irrationaler treten sie am Anfang hervor. In dem Maße jedoch, wie das Volk sich selber seine Ausdrucksformen in demokratischer Selbstbestimmung zu schaffen vermag, also selber darüber zu bestimmen entschlossen ist, wie die eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse, wie Bedürfnisse und Interessen sich regulieren, entwickeln sich sehr schnell auch produktive Ansätze der öffentlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Zu diesem Akt spontaner Selbstbefreiung gehört die *Beendigung der Besatzungszeit* und die Einleitung einer politisch orientierten öffentlichen Aufarbeitung dessen, was gewesen ist, wie es dazu kommen konnte, welche politischen Sozialcharaktere sich geprägt haben und wo sich Zukunftsperspektiven abzeichnen. Da solche kollektiven Aufarbeitungen immer an Ort und Stelle stattfinden müssen, dort, wo es die Fehlentwicklungen gegeben hat, wo Opfer und Täter noch gegenwärtig sind, Stellvertretungen also in keinem Falle nützen, hätte es von allen Seiten größter Behutsamkeit und Sorgfalt bedurft, diesen autonomen Prozeß beginnender Demokratisierung zu unterstützen und ihm den größtmöglichen Wirkungsraum zu sichern.

Diese große historische Chance ist verpaßt. Daß in dem ökonomisch potenteren und durch Massenloyalität politisch abgesicherten Teil Deutschlands Machtgruppierungen Regierungsgewalt ausüben, in der konservativ-reaktionäre Vater-

landsideologien, rigorose Machterhaltungsstrategien und expansive Kapitalinteressen untrennbar miteinander verschmolzen sind, kann sich eines Tages als die schlimmste Hypothek dieser staatlichen Wiedervereinigung als eines gesellschaftlichen Wucherungsprozesses erweisen, der neue Deutschlandprobleme produziert, oder aber, bei anderen Machtkonstellationen, auch ganz anders hätte verlaufen können. Hätte es nicht der politischen Vernunft entsprochen, dem DDR-Volk und dem Volk der BRD zur Entscheidung zu überlassen, welche Formen der Verbindung zwischen den beiden Gesellschaftsordnungen als besserer Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, dem vielbeschworenen Europäischen Haus, zu gelten habe, nachdem Deutschland über die anderen Völker in diesem Jahrhundert doch schweres Leid gebracht hatte? Ist nicht von hier aus die entscheidende Frage der deutschen Einheit zu stellen und zu beantworten? Nicht allein die Frage, was beruhigend auf andere Völker wirkt, die sich nicht mehr bedroht fühlen sollen? Welchen positiven Beitrag kann Deutschland für eine europäische Ordnung der Gerechtigkeit und des Friedens leisten? Unter Kriterien dieser politischen Vernunftabwägungen wäre auch eine Lösung nicht auszuschließen gewesen, bei der auf deutschem Boden zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen, in vielfältigen Konföderationen und auf gegenseitiger Anerkennung beruhender Kooperation, gleichzeitig existieren und um bessere Zukunftsmöglichkeiten der Menschen ringen: die eine ein *demokratischer Sozialismus* mit menschlichem Antlitz (kollektivwirtschaftliche Formen aufgreifend und weiterentwickelnd), die andere eine von der Marktwirtschaft bestimmte kapitalistische Ordnung. Darin hätte durchaus ein origineller Beitrag Deutschlands zur europäischen Friedensordnung bestehen können, und unsere Nachbarn hätten von einer solchen Systemkonkurrenz mehr zu profitieren gehabt als von der machtvollen Ausstrahlungskraft eines Deutschland, das zwangsläufig Angst erregen wird. Diese politische Vernunft hat keine Chance bekommen. Viel Bitterkeit steckt in der Erfahrung, daß am Tage der Selbstbefreiung des DDR-Volkes von einer als doppelte Besatzung empfundenen Herrschaftsordnung die neuen Kolonialherren bereits vor der Tür standen, in bräsiger Arroganz auf das Startsignal wartend, um mit allen Mitteln der ökonomischen Erpressung, der Diplomatie, des patriotischen Ressentiments und der Entwertung des Selbstbewußtseins der DDR-Bevölkerung darauf hinzuwirken, diese Gesellschaft in den Konkurs zu treiben, auf bloßes Verwertungsmaterial herunterzubringen, um nur noch die »bedingungslose Kapitulation« (so Lothar Späth) entgegennehmen zu müssen. Keine Mark, bevor nicht die Marktwirtschaft bestimmender Ordnungsfaktor ist. Den autoritären Staat, diese »übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft« (wie Marx sie bezeichnete), aufzuheben, war der Bevölkerung noch zugebilligt worden, und sie fand allenthalben Unterstützung und Anerkennung dafür; der letzte, halbwegs souveräne Akt, den die Repräsentanten dieser »Fehlgeburt« zu vollziehen vermochten: das Niederreißen einer Mauer, die sie selber gebaut hatten, erweckt freilich den Eindruck eines letzten Racheaktes gegen ein Volk, von dem sie nichts mehr als Verachtung zu erwarten hatten; denn das Bauen dieser vorgeschichtlichen Mauer ist nicht weniger gespenstisch als das plötzliche Einreißen, so als wäre nichts gewesen und das ganze nur Produkt einiger vom Verfolgungswahnegeplagter Parteipotentialen.

»Das enthüllte Geheimnis des Patriotismus ist das Privateigentum«, hatte Marx gesagt. Wenn jetzt die hartgesottenen Manchesterliberalen der westdeutschen Industrie in Kooperation mit den dynamischen Jungunternehmern der ehemaligen DDR, die sich der Marktrationalität verpflichtet fühlen, aber von Gewerkschaften wenig zu befürchten haben, eine gesellschaftliche Atmosphäre der Gründerjahre erzeugen, dann wird vielen plausibel erscheinen, wie unabdingbar Modernisierungsprozesse an demokratische Selbstbestimmung geknüpft sind, wenn die Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen etwas anderes sein soll als das freigewählte Auswechseln der Herren.

Stehen wir am Ende – oder am Anfang eines sozialistischen Zeitalters?

Was aber soll unter diesen geschichtlichen Bedingungen, wo mittlerweile alles in dieselbe Richtung drängt: soziale Marktwirtschaft, kapitalistisches Privateigentum, neue ursprüngliche Akkumulation (d.h. Enteignung) auf dem ehemaligen Territorium der DDR, Gewerbefreiheit, traditionelle Parteienstruktur und Einheit, überhaupt noch die Rede von einer *sozialistischen Alternative der Entwicklung*? Wie kann man sich angesichts dieser überwiegend doch mit innerer Zustimmung der Menschen ablaufenden Prozesse der Selbstauflösung sozialistischer Planwirtschaftssysteme und der darauf gegründeten Herrschaftsstrukturen noch ernsthaft als Sozialist bezeichnen oder gar den Namen Marx für eine Gesellschaftsanalyse in Anspruch nehmen, die angesichts der realen Entwicklungen doch offensichtlich versagt hat? Ist es nicht an der Zeit, den Kapitalismus als Endstadium der Menschheitsentwicklung zu akzeptieren und lediglich in Gestalt von systemimmanenten Gegenbewegungen aus ihm herauszuholen, was immer herausgeholt werden kann? Die Frage einer vom Kapitalismus verschiedenen Gesellschaftsordnung wäre damit geschichtlich erledigt. Solche Positionen sind in der Linken verbreitet.

Ich kann sie nicht teilen. Ich halte es für möglich, daß wir erst am *Anfang* eines Zeitalters des demokratischen Sozialismus stehen. Aber die Linke in allen ihren Varianten der praktischen Kritik an der Herrschaft des Menschen über den Menschen und in ihren utopischen Entwürfen, wie eine den aufrechten Gang fördernde Gesellschaftsordnung auszusehen hat, ist mit ganz neuen geschichtlichen Herausforderungen konfrontiert, die es so bisher noch nicht gegeben hat.

Denn die sozialistische Utopie, als deren Eckpfeiler seit gut 150 Jahren soziale Demokratie, unentfremdetes System gesellschaftlicher Arbeit und die Menschenrechte gelten, hat ganz andere geschichtliche Quellen als die, welche Rußland zu Beginn dieses Jahrhunderts den Realitätsvorteil der ersten gelungenen Revolution verschafften. Daß dieser Realitätsvorteil zum Anlaß genommen wurde, die Marxsche Theorie in sowjetischer Fassung nachträglich dem europäischen Sozialismus als Vorbild aufzuprägen, gehört zu den großen (theoretisch wie praktisch gleichermaßen folgenreichen) Tragödien des 20. Jahrhunderts. Die sozialistische Utopie hat, seit ihren Ursprüngen, die reiche Gesellschaft zu ihrer Grundlage, nicht die gerechte Verteilungsnotwendigkeit der Armut oder den atemlosen Konkurrenzkampf der nachgeholt Industrialisierung. Und man könnte begründeter davon sprechen, daß *Kapitalismus* und *Stalinismus*,

einschließlich seiner Folgesysteme, voneinander profitierten, als daß diese Repräsentanten der sozialistischen Utopie irgendetwas mit Gesellschaftsordnungen zu tun haben, deren Zusammenbruch ein authentischer Sozialist nur in einem Punkt mit Tränen begleiten könnte, nämlich dem, daß zu viele Opfer nötig waren, um zu dieser praktischen Klarheit zu gelangen. Wenn aus dem zusammengebrochenen Stalinismus die sozialistische Utopie sich wieder lebendig zu regen vermag, ohne daß fortwährend begründet werden muß, warum der real existierende Sozialismus ein normales Herrschaftssystem, aber kein Sozialismus sei, so ist diese überfällige Befreiung von einem tödlichen Legitimationsdruck freilich nur durch ein völlig verändertes Verhältnis der Sozialisten zu ihrer eigenen Geschichte glaubwürdig zu machen. Alle Sicherheiten, die aus vorgeblichen Gesetzen zu gewinnen wären, sind trügerisch.

So will ich, jenseits von naheliegenden Rechtfertigungen und geschichtlichen Zumessungen, einem Ansatz das Wort reden, der den Punkt einer radikalisierten *politischen Moral* festhält — einer Moral, die keinen Klassenrabatt gewährt und auch dort, wo kollektive und geschichtliche Projekte im Spiel sind, die Verwurzelung in der individuellen Würde des Menschen nie verliert. Wer aus Mutlosigkeit oder Gedankenträgheit den Glauben verbreitet, mit der Selbstauflösung des bürokratischen Sozialismus sei die undogmatische Linke des Westens in ihrem angestammten Monopol auf kritische Selbstreflexion, Humanität und Demokratie bestätigt und zum schlichten Weitermachen aufgefordert worden, befindet sich in einem gefährlichen Irrtum. Ich meine das nicht im Sinne einer heutzutage gängigen rhetorischen Wendung, in der das Neue zur Verteidigung des Alten benutzt wird. Notwendig ist die konsequente Rückwendung und Erinnerung an Anfänge und Ursprünge, die aus geschichtlichen Gesteinsverschiebungen, aus Deformationen oder auch Teilverwirklichungen herausgelöst und neu bewertet werden müssen. Das ist gar nicht eine Frage bloßer Erkenntnis und des Wissens, sondern entscheidend eine der politischen Moral, der Verantwortung für unser Verhalten und unser Denken.

Georg Lukács hat, als *sein* Weg zum Marxismus durch das intellektuelle Selbstopfer im Interesse leninistischer Machttechnik noch nicht gebrochen war, dieses moralische Problem der Sozialisten mit äußerster Prägnanz formuliert. In einem kleinen, viel zu wenig beachteten Aufsatz über »Taktik und Ethik« von 1919 sagt er:

»Die Ethik wendet sich an den Einzelnen. Und als notwendige Konsequenz dieser Einstellung stellt sie vor das individuelle Gewissen und Verantwortungsbewußtsein jenes Postulat, daß er so handeln müsse, als ob von seinem Handeln oder von seiner Untätigkeit die Wendung des Schicksals der Welt abhinge, dessen Heraufkunft die aktuelle Taktik begünstigen oder verhindern muß. (Denn in der Ethik gibt es keine Neutralität und keine Parteilosigkeit; wer nicht handeln will, muß auch seine Untätigkeit vor seinem Gewissen verantworten können.) Jeder, der sich gegenwärtig für den Kommunismus entscheidet, ist also verpflichtet, für jedes Menschenleben, das im Kampf für ihn umkommt, dieselbe individuelle Verantwortung zu tragen, als wenn er selbst alle getötet hätte. Aber alle, die sich der anderen Seite — der Verteidigung des Kapitalismus — anschließen, müssen für die Vernichtung in den sicherlich folgenden neuen imperialistischen Revanchekriegen, für die künftige Unterdrückung der Nationalitäten und Klassen, die gleiche individuelle Verantwortung tragen. Ethisch kann sich keiner der Verantwortung mit der Begründung entziehen, daß er nur ein Einzelner sei, von dem das

Schicksal der Welt nicht abhänge. Dies kann man nicht nur objektiv niemals mit Sicherheit wissen, weil es immer möglich ist, daß es gerade vom Einzelnen abhängt, sondern derartiges Denken wird auch durch das innerste Wesen der Ethik, durch Gewissen und Verantwortungsbewußtsein unmöglich gemacht ...«

Das ist gewiß ein rigoroser moralischer Standpunkt, dem alles zu widersprechen scheint, was die Linke aller Schattierungen in ihre Gedankenarbeit für Begründungen einer nach dem Gewicht geschichtlicher Aufgaben geteilten Moral aufzuweisen hat. »Ihre Moral und die unsere« hatte der sonst sehr differenziert denkende Trotzki geschrieben, um dem Sozialismus eine Höherrangigkeit seiner Moral zu sichern. Wenn Selbstbesinnung der Sozialisten, und damit meine ich alle jene, die eine konkrete Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem für möglich und notwendig halten, langfristig Vertrauen der Menschen wiederherstellen soll, dann wird niemand, der sich einer Emanzipationsbewegung anschließt und in die Verhältnisse einzugreifen versucht, unter das moralische Reflexionsniveau einer kollektiven Verantwortung und Haftung zurückfallen können. Denn erst Menschen, die bereit sind, für *ihren* Ideenzusammenhang die volle Verantwortung zu übernehmen, sind imstande, die Verhältnisse zu differenzieren, tragische Verwicklungen des einzelnen vom gewollten Verbrechen zu unterscheiden, ohne sofort in den Verdacht zu kommen, sich selber zu entlasten und sich auf Vergleiche zu spitzen, die das kollektive Verbrechen verharmlosen.

Die Idee des Fortschritts im Sinne der radikalen Aufarbeitung der liegengeliebenen, nicht zuletzt vom jetzt triumphierenden Kapitalismus aufgehäuften Probleme der Vergangenheit könnte Leitnorm dieses neuen Begriffs von Sozialismus sein, der sich der Utopie nicht mehr schämt. Marx war einer, der es genau so gesehen hat. »Es wird sich dann zeigen«, sagt er (in einem Brief an Ruge), »daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Es wird sich zeigen, daß es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die *Vollziehung* der Gedanken der Vergangenheit. Es wird sich endlich zeigen, daß die Menschheit keine *neue* Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtsein ihre alte Arbeit zustande bringt.« Die Zeit für neue Träume und neue Arbeit ist solange noch nicht reif, wie die alten Träume und die unerledigte Arbeit des Vergangenen Phantasie und Aufmerksamkeit der Gegenwart in Anspruch nehmen. Die sozialistische Utopie hat das seit ihren Ursprüngen zum treibenden Motiv und Sinn geholt. Zu meinen, der Sozialismus ließe sich zu einem System wissenschaftlicher Aussagen zusammenfügen und dadurch für die handelnden Menschen um so beweiskräftiger machen, gehört zu den ganz und gar trügerischen Erwartungen der Vergangenheit. *Überschüssiges* läßt sich vom Motivationsgehalt des Sozialismus nicht ablösen.

An dieser Stelle erscheint mir ein literarisches Bild geeignet, genauer auszudrücken, was ich meine. Das Bild stammt von Walter Benjamin. Der »Engel der Geschichte« ist die Figur des gebrochenen, ungleichzeitigen, in Trauer und Tragödie eingebetteten Fortschritts. Für den dialektischen Geschichtsbegriff, der die Zeitspannungen von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zum Ausdruck bringt, hat Walter Benjamin, selbst Opfer des von den Nazis angerichteten

geschichtlichen Trümmerfeldes, die eindrucksvollste Vorstellung vermittelt. Nicht zufällig ist es ein Bild, auf das er sich bezieht, und ein Wesen der Einbildungskraft, das von weit her auf die Erde herabblickt, so als bedürfte es dieser Distanz, um in dem verwirrenden und widersprüchlichen Geschehen überhaupt Konturen wahrzunehmen. Benjamin sagt, an die Feuerbach-Thesen von Marx erinnernd:

»Es gibt ein Bild von Klee, das 'Angelus Novus' heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich vom etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewandt. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.«

Die Flügel sind in die Zukunft gespannt; das Entsetzen über die aufgehäuften Trümmer treibt nach vorne; etwas von diesem offenen Horizont im Vorantreiben angesichts von Trümmern steckt in der Uridee des Sozialismus. Daß der Kapitalismus seine aufgehäuften Trümmer hat, imperiale Verelendung anderer Länder, Krieg und Völkermord, ist von kritischen Zeitgenossen nie wirklich in Zweifel gezogen worden. Aber auch der Sozialismus blickt, wie sich immer deutlicher abzeichnet, auf seine Trümmer, auf die Schädelstätte *seines* absoluten Geistes. Das Buch seiner wirklichen Tragödien ist noch nicht geschrieben — und es müßte ein Buch in drei Teilen werden: ein Buch der Verabschiedungen, der Erneuerungen und der offenen Fragen.

Dieser Sturm nach vorne, der sich in den gespannten Flügeln des Kleeschen Engels verfangen hat, bezeichnet die ganz andere Dimension des Sozialismus, die mit der Akkumulation der Produktivkräfte oder den staatsvermittelten Mythen menschlicher Krisenlösungen nur noch wenig zu tun hat, die heute jedoch in Vergessenheit zu geraten droht. Alles muß, soll die vom fatalen Erbe des Stalinismus befreite sozialistische Utopie ihre Kraft in den Emanzipationsbewegungen der Menschen eigensinnig entfalten, neu durchdacht werden. Ideen haben allesamt in diesem Jahrhundert ihre politische und moralische Unschuld verloren.

Dieses Neudurchdenken ist jedoch keineswegs traditionslos. Worin sozialistische Utopie besteht, wie ich sie verstehe, dokumentiert sich im Denken des jungen Marx ebenso wie in den Ideen von Bloch, Korsch, Wilhelm Reich, Adorno, Marcuse, Horkheimer und Habermas. In ihren Gesellschaftsentwürfen sind die Trümmer der Geschichte, sind Gewalt und Barbarei nicht verleugnet, aber in einer durch und durch menschenwürdigen Spannung zur Verheißung einer besseren Welt gehalten, der Idee einer Menschheit, die sich ihres Zusammenhangs mit der Natur bewußt ist und der Gewalt zur Regulierung ihrer Angelegenheiten nicht mehr bedarf. Das hatte der junge Marx im Sinne, wenn er vom Ende der Vorgeschichte als einem offenen, durchaus zerbrechlichen Prozeß der Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen sprach, von seiner *Naturalisierung*,

der Rückkehr zu seinen gesellschaftlichen Wesenseigenschaften und der damit verknüpften *Humanisierung der Natur*.

Ich weiß, daß solche Worte zur Zeit Unglauben und Skepsis hervorrufen; das hat gute Gründe. Aber die im ursprünglichen Wahrheitsgehalt der Idee des Sozialismus enthaltenen Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme sind nicht ausgestanden. Sie sind, wie Bloch es ausgedrückt hätte, unabgeholten. Denn sie gehören zum Zusammenhang der drei großen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts; der sozialen Frage, der Frage der politischen Demokratie und der Frage der individuellen Emanzipation. Keine ist ohne die andere lösbar.

Im Zeitverlauf sind die Gewichte jedoch ganz verschieden gesetzt worden. Darüber, welche Idee einer künftigen Gesellschaft die angemessensten Antworten auf diese Herausforderungen zu geben vermag, ist die Entscheidung noch nicht gefallen. Solange es den Stalinismus als eine für jedermann sichtbare Mißgeburt des Sozialismus gab, hatte der Kapitalismus in den hochentwickelten Industrieländern keine ernsthafte Konkurrenz zu befürchten; es ist, nimmt man das nicht als eine neue Stufenmetaphysik der Aufhebungen, sondern als Chance, unter diesen Bedingungen nicht auszuschließen, daß wir nicht am Ende, sondern am Anfang eines sozialistischen Zeitalters stehen.

Ist das eine Fiktion? Keineswegs. Es wäre übrigens nicht das erste Mal in der Geschichte, daß die Selbsterstörung einer falschen Realität Kräfte der Erneuerung einer Idee freisetzt, die auf Gedeih und Verderb mit ihr verknüpft zu sein schien. Wie würde das Christentum heute aussehen, hätten die Päpste der Medici den Ausverkauf christlicher Ideen und Moralvorstellungen nicht bis zu dem Punkt getrieben, an dem nur noch eine radikale Umkehr Rettung versprach?

LOUIS ALTHUSSER

MACHIAVELLI
MONTESQUIEU
ROUSSEAU



SCHRIFTEN 2

Louis Althusser
Machiavelli - Montesquieu - Rousseau
Zur politischen Philosophie der Neuzeit
Schriften Band 2
Hrsg. v. P.Schöttler und F.O.Wolf

Dieser Band bringt den bisher unveröffentlichten Aufsatz über »Die Einsamkeit Machiavellis« und macht drei frühe Schriften Althusserers erstmals in deutscher Sprache zugänglich:

Montesquieu — Politik und Geschichte /
über Rousseaus »Gesellschaftsvertrag« /
Anmerkungen zur Rezeption John Lockes

220 Seiten, br., DM 28,-
Subskriptionspreis DM 24,-

Michael Brie

Jahrmärkte der Eitelkeit

Oder wie den Philosophen in der DDR ihr Maulwurf abhanden kam

Marx sprach gern vom Maulwurf der Geschichte. Dieser, selbst blind, für andere zumeist unsichtbar, wühle im dunklen Humus, dem fruchtbaren Dreck früheren Lebens. Durch sein unerwartetes Hervorbrechen gebe er dem Wissenden das Zeichen, daß dessen Wider-Denken gegen die Läufe der Zeit mächtiger als die drängende Gewalt des pulsierenden Scheins gewesen sei. Hegels lichter Weltgeist war für Marx angesichts von sozialen Antagonismen und den Erfahrungen mit einer deutschen, allzu deutschen Revolution von 1848/49 endgültig zum Maulwurf geworden. In den Jahren vor der Wende (v.d.W. — eine neue deutsche Zeitrechnung) fragten wir uns immer wieder: Wo ist er heute, dieser treue, stumme, arbeitswütige Kollege? Wo sind die Risse in den festgefühten Mauern der Macht, wo die Spuren seiner wühlenden Arbeit?

Wir sind aus der E-DDR, der Ehemals-DDR, kommen aus einem System, das gerade durch den Ausschluß öffentlicher Kritik die Illusion erweckte, daß diese Kritik, käme sie nur einmal öffentlich zur Sprache, allmächtig sein müßte. Hatten wir doch in Lesungen und Vorlesungen, in den immer zahlreicheren öffentlichen Diskussionen hundert Mal jene bestätigende Einmütigkeit erfahren, wenn es hieß: »Warum nur wird denn das so Richtige nicht verwirklicht?« Wie einfach schien es: Würde nur die Mauer staatlicher Macht durchbrochen, die zwischen *unseren Ideen* und den *Hoffnungen der Massen* stand, was sollte dann die *Vernunft* noch aufhalten?! Angesichts des sich selbst allzu deutlich bloßstellenden *Systems der Macht* bauten wir emsig dagegen an weniger imposanten zwar, aber doch kaum weniger geschlossenen *Systemen der Kritik*.

Als die Ungarn unseren »Staats-Eingeschlossenen« im Sommer letzten Jahres die Tore aufstießen, als darauf in Leipzig das Friedensgebet der Wenigen zur erdbebenartigen Woge der durch die Massenflucht vor aller Welt Geohrfeigten und Entwürdigten anschwell, die die Macht unter sich begrub, da schien *unsere Stunde* da. Kritische, humanistische, feministische, ökologische, neosozialistische Gesellschaftsentwürfe erschienen auf dem Jahrmarkt der Revolution, und man übertönte sich im Feilbieten der 3., 4. oder 5. Wege zur 6., 7. oder 8. Gesellschaftsformation. Der so lange unsichtbare Maulwurf schien aufgetaucht. 500 000 hörten am 4. November auf dem Alexanderplatz, wie die Intellektuellen ihre Visionen der Cafés, der intimen Clubs, der zusammengedrängten Freundeskreise auf der Agora der Politik, auf dem Marktplatz der Demonstrationen preisgaben. Noch blickten die kaum versteckten Kameras der Polizei von den Hochhäusern des Platzes, noch suchten sich Vertreter der alten Macht Gehör zu verschaffen, noch flossen die Informationen der geheimen Gewalt in ihren alten Kanälen, und da warfen die Sonderlinge von gestern den Normalen von gestern die sorgsam gehegten, im Herzen gehaltenen Funken ihrer Träume und der Kritik hin, um sich an der Flamme einer *deutschen Revolution* zu wärmen. Deutsche Revolution — Welch unglaubliche Wortzusammenstellung und von so Verschiedenen so verschiedenartig benutzt. Wie fragwürdig damit auch dies. »Gepriessener Maul-

wurf Volk, langersehnter, Du uns fremder Maulwurf Volk, sei eins mit uns!« schallte es von der Tribüne. Wie Heymlich war uns da 3 Stunden, 3 Tage, 3 Wochen; aber keine 3 Monate waren gegeben für dieses gehetzte Stückchen Identität.

Als am Abend des 18. März in den Hochrechnungen von Infas des Volkes Meinung bilanziert und de Maizière vertretungsweise für Kohl zum Regierungschef gewählt worden war, da saßen die kritischen, die immer wieder vernunftgläubigen Intellektuellen mit ihren Visionen fröstelnd und wütend, ungläubig und geschlagen; und mancher, der Jahrzehnte seinen Traum von einem »anderen Deutschland« in und/oder gegen die Macht im Staate DDR bewahrt hatte, wollte erstmals seine Koffer packen. »Wir sind das Volk!« — »Wir sind *ein* Volk!« — »Wir sind *dein* Volk, Helmut!« — Metamorphosen eines Maulwurfs. Sollte daraus wieder »Wir sind das Volk!« werden? Was am 4. November den Intellektuellen heimlich erhofft, aber unerwartet, als ihr Spiegelbild hatte scheinen wollen, denunzierten sie nun als die Fratze des »schlechthin anderen«: »Wir sind ein *dummes* Volk!«, so apostrophierten die endgültig Ratlosen die Sprechchöre der Straße. Die alten Antinomien brachen wieder auf: Geist contra Bauch, kritische Vernunft contra blinder Trieb, Elite contra Masse, Traum contra Macht, Idee contra D-Mark.

Und nun sitzen wir da. Mit dem Gegenstand unserer Kritik ist sie selbst jetzt plötzlich nicht mehr gefragt. Die Entwertung ist ungeheuer. Ein 1 : 1 wird nicht geboten, ein 2 : 1 wird nicht gewährt. Mißtrauisch beäugen die Zeitgenossen die Flucht unserer Kritik ins Europäische und Globale. Argwöhnisch fragen die einen, ob nicht dadurch der alte Anspruch auf die Überlegenheit der Kritiker gegenüber ihrem Gegenstand erhalten, ob nicht die alte Sonderstellung fortgeschrieben werden soll. Wieder andere sind besorgt, ob nicht wissentlich oder — noch schlimmer — naiv, neuer ideologischer Nebel für sonst so nackte Machtpolitik produziert wird. Von ganz anderen nun wird schlichte Apologie empfohlen. Die beste aller Welten, so manche der neuen Mächtigen, begänne gerade jetzt. Miesmachen gelte nicht. Bessermachen, ohne es anders zu machen — war es vorher der »reale Sozialismus«, so jetzt die »reale soziale Marktwirtschaft«. Schon wieder machen wir es »denen da unten« wie »denen da oben« und auch vielen »Kollegen« nicht recht. Und wenn manche wohlwollenden Zuschauer im Westen warnen, wir sollten doch auf die Bremse treten, dann vergessen sie, daß wir unter dem Gaspedal einer entfesselten Marktwirtschaft und bundesrepublikanischer Macht zusammengepreßt werden.

Was produzieren wir nun tatsächlich mehr als uns selbst, uns — als Philosophen? Was erzeugen wir anderes als unsere eigene Institution Philosophie und unseren warmen Platz in ihr? Was sind unsere Maßstäbe und Ideale anderes als die Stabilisierung unserer eigenen Gemeinschaft und ihres schönen Scheins — der herrschaftsfreien Kommunikation, der assoziierten Intellektuellen, der transversalen Vernunft, des zwanghaften Aneinanderreihens von Sätzen ohne Verbindung? Begründen wir wirklich mehr als unsere Auserwähltheit, verteidigen wir anderes als unser Kritiker-Dasein, schützen wir Wichtigeres als unsere Denk-Bedingungen? Und was erzeugen jene, die uns die Kritik streitig machen wollen anderes als ihre Plätze? Wen schützen sie — unsere Analysen angreifend, wenn nicht ihre Macht? Was loben sie — die Vernunft denunzierend — anderes als ihr Herrschaftskalkül? Wen preisen sie — unsere Wirkungsschwäche belächelnd — anderes als die Nichteinmischung in ihren

Vertretungsanspruch, die Interessen zu vertreten aller? Wo man auch hinsieht: Interessen, aber keine Wahrheit. Oder ist auch das schon wieder falsch? So viele einfache Fragen? Aber wer braucht die Antworten? Und wer will denn gerne etwas anderes, als eigene Hoffnungen bestätigt wissen?

Philosophie ist der Agora erwachsen, dem griechischen Markt von Wirtschaft und Politik der Bürger, die sich dem gemeinsam gesuchten Gesetz ihres Zusammenlebens in der Balance der gegensätzlichen Kräfte zu verpflichten strebten. Philosophie entstand zwischen faulendem Fisch, dem kreischenden Geschrei der Kinder, dem militärischen Training der Bürger, und vor allem heraus aus dem Reden und Widerreden der Demagogen. So viele »schmutzige« Ursprünge haben wir reingewaschen. Nur ist die Wäsche dabei verschlissen. Philosophie war Teil sehr praktischer Diskurse und machte den Diskurs und seine Grundlagen selbst zum Gegenstand. Damit erst wurde sie Philosophie, begann nach Sinn, Gehalt, Form und Ergebnis des Streites der Bürger zu fragen, suchte nach den Normen einer Auseinandersetzung, bei der nicht das Schwert, sondern das Wort, nicht die Stärke, sondern das Gesetz, nicht die Physis, sondern der Logos entscheiden sollte. Im gleichen Maße, wie sie gewendet werden konnte, wurde sie gefälscht. Derart zur Philosophie werdend, riß sie zugleich an jenen Banden, die sie mit den Streitenden verknüpfte. In ihren Interessen verletzt und durch die Fragerei von der Seite belästigt, klagten die Herrschenden wegen Gotteslästerei. Sie selbst waren getroffen. Aber auch die auf dem Markt hatten es satt, sich ständig verunsichern zu lassen. Im Schicksal von Sokrates traten Philosophen, Machthabende und Bürger einander entfremdet entgegen. Sokrates wurde zum Spielball in den Intrigen der Mächtigen. Ihm fiel der Schierlingsbecher und dem Volke die manchmal auch allzu bequeme Knechtschaft zu. Wieder eines unserer beliebten alten Klischees. Vielleicht werden sie bald wieder Konjunktur haben, und man sollte sie nicht einfach zum Abfall der Geschichte werfen? Aber wer will schon in neuen Zeiten alte Phrasen tönen, auch wenn sie plötzlich wahr werden sollten?

Die Institution Philosophie scheint oft nicht mehr als das Regelspiel eines Diskurses zu einem Diskurs zu sein, der praktisch gar nicht stattfindet. In ihr disputierten Leute miteinander, die die Regeln, Normen und Selbstgewißheiten anderer hinterfragen wollen, die meinen, es könnten rationale, langfristige, an Ko-Entwicklung orientierte Lösungsstrategien erarbeitet werden, die meinen, solche Strategien könnten ihrerseits in den Handlungshorizont der praktischen Akteure eingehen. Das Entstehen realer Zusammenhänge hat aber offensichtlich ganz andere Gesetze als die eines vernünftigen Diskussionsprozesses. Jeder Versuch einer rationalen Voraussage auf der Basis der Annahme, die Akteure handelten zweckrational aufgeklärt, wird durch die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt. Ein solcher Versuch hat bestenfalls den zweifelhaften Wert, daß es gerade umgekehrt kommt, als es nach den »Gesetzen der Vernunft« hätte kommen müssen.

Man braucht nicht die großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu bemühen, um die Kluften zwischen Philosophen, Wissenschaftlern, Agenten der Macht und dem »einfachen Mann«, der »einfachen Frau« zu sehen: Was waren die Hoffnungen kritischer Intellektueller in der DDR gegen den einfachen Kreislauf von Macht und »Volk«, als Helmut Kohl mit dem Angebot der Währungsunion die historische Bewegung einer vielleicht entstehenden Demokratie schlagartig vereinnahmte, als gegen

einen Verfassungsrepublikanismus zugunsten eines DM-Nationalismus entschieden wurde? Weder die Projekte der Intellektuellen noch die irgendwo im Ungewissen behaupteten »wahren Interessen« der Menschen, sondern das an den Alltagshoffnungen und -ängsten jedes einzelnen unmittelbar orientierte Losungswort D-Mark schuf jenes Ziel, von dem aus Bürger wie Politiker teleologisch alle ihre weiteren Handlungen determinierten. Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Es war die »D-Mark-Idee«.

»Gutes Geld für Eure gute Arbeit«, so Helmut Kohl in der Noch-Karl-Marx-Stadt des Februar. Wer zweifelte schon an der Güte seiner Arbeit? Was war ein möglicherweise im wiedergeborenen Chemnitz bedrohter Arbeitsplatz gegen die Gewiheiten des harten Geldes? Was war das begründete Erklären der realen Komplexität gegen die Verführungen schneller Lösungen? Was sollte das Gerede von Osteuropa oder der 3. Welt, wenn für uns vielleicht gerade noch eine »Lösung« zu haben schien? Was waren die Verweise auf die selbst zu leistende Trauerarbeit gegen die Angebote des Über-Vaters aus Bonn, endlich ein wahrer Deutscher zu sein? Tut es nicht gut, vom Musterknaben des östlichen Sozialismus zum Juniorpartner der westdeutschen Erfolgsgesellschaft zu konvertieren? Der Themen- und Zeithorizont des Handelns wurde derart reduziert, daß jede Alternative ausgeklammert war. Nachdem aus dem Zusammenwachsen zweier Staaten eine Rennfahrt geworden war, erklärte man jede Kurve für lebensgefährlich. Steuern sei unmöglich, hieß es nun »realistisch«.

Aber vielleicht sind auch dies wieder die falschen Fragen, von den falschen Leuten an die Falschen gestellt? Und sind sie wirklich mehr als nur Rhetorik? Denn was soll Philosophie angesichts dieser Ohnmacht, einen solidarisch problemlösenden Diskurs in die praktischen Handlungszusammenhänge einzuführen, überhaupt noch erörtern? Was kann sie anderes, als die Ohnmacht des Diskurses zu denunzieren oder zu verdecken? Was bleibt ihr, als selbst diesen Diskurs noch als die andere Seite des Ausschlusses von Diskurs, als Verstärkung diskursfreier Herrschaftsformen bloßzustellen? Hat sie denn einen Platz jenseits der manipulierten Öffentlichkeit, des Rauschens von Themen auf dem Strome von Alltag und Macht?

Mit dem Verschwinden der Agora ist die Philosophie in die Nische institutioneller Sekten verbannt. Ihre aufklärende Macht war Geburtshelfer einer Moderne begräbt, deren unsichtbare, unpersönliche und alternativlose Zwänge den Selbstzweifel der Philosophen an dem Sinn ihrer Tätigkeit zu ihrem eigentlichen und letzten Thema zu machen scheint. Wenn Wissenschaftler nichts anderes mehr können, als mit höchster Professionalität richtige Schritte auf falschen Wegen zu ermöglichen, wenn Künstler nichts anderes mehr können, als uns mit größter Vollkommenheit den Schmerz der Ausweglosigkeit empfinden zu lassen, wozu dann dies noch selbst wieder zum Gegenstand der Debatte machen. Wenn es keine Lösungen mehr, sondern nur noch Alternativen zwischen verschiedenen Nichtlösungen gibt, wozu dann ein Diskurs zu einem Diskurs, der den Weg in eine der Sackgassen begleitet? Was kann der philosophische Diskurs heute noch anderes sein als der Kampf um einen der Plätze auf dem Jahrmarkt der professionalen Eitelkeit? Wieviel an unserem Geschäft ist mehr als bloße Selbstverteidigung? Die Dialektik der entfesselten Moderne begräbt, den durch den Sozialstaat notdürftig domestizierten Kapitalismus unter seinen eigenen Siegen. Ihn seinerseits unter die pflgerische Obhut eines Netzes von Öffentlichkeiten

assoziiertes kritischer Intellektueller nehmen zu wollen, ist eine stolze Rechtfertigung eigener Ohnmacht. Der mühsam eroberte Platz im Ghetto treibt seine eigene Ideologie hervor.

Aber der Dialog der monologisierenden Philosophen verstummt nicht. Auch in der letzten Selbsterkenntnis des eigenen Tuns als einem der verstecktesten Herrschaftsinstrumente findet man noch den intellektuellen Selbstgenuß und ein längst schon selbst als negative Apologie entlarvtes und doch nicht zum Schweigen zu bringendes Trotz-alledem. Dem Realismus des Untergangs stemmt sich unentwegt neu die Utopie intellektueller Subkulturen entgegen. Die Institution Philosophie kann aus diesen Anomien nicht ausbrechen. Das moderne Sein verstimmt unser Bewußtsein. Die Institution Philosophie ist grundsätzlich nicht ohne die Herstellung des Primats kultureller Evolution im Zusammenhang der Entwicklungsweisen der Moderne reformierbar. Kampf um Vernunft ist vor allem Kampf um Zeit und Raum für die Vernünftigen und ihre Verständigung wie Selbstverständigung.

Prometheus' Philosophie ging aus den ersten, mit Sklaverei, Patriarchat und kolonialer Eroberung untrennbar verbundenen Ansätzen eines lebendigen Diskurses von gleichberechtigten Staatsbürgern der griechischen Polis hervor. Deshalb ist das Schicksal der Philosophie jenseits des Glasperlenspiels auch an die Herstellung von gesellschaftlichen Lebensweisen gebunden, die die triumphierende Dynamik eines nur partikulär gezügelten Liberalismus wirtschaftlicher Konkurrenz und den Zynismus machtbewußter Manipulation hinter sich gelassen haben würden. Es ist das philosophiezentrierte Anliegen selbst, das uns auf Gesellschaftsgestaltung zurückverweist. Unsere erste Pflicht als Philosophen ist immer noch unsere Bürgerpflicht. Kritik der Institution Philosophie muß sich in die Kritik ihrer Produktionsbedingungen verwandeln. Zumindest diese Marx'sche Erkenntnis sollte nicht der Vergessenheit anheimfallen.

Der Sturz aus der heimlich wohl doch erhofften Allmacht der Vernunft eines philosophisch aufgeklärten Diskurses in die erlebte Ohnmacht herrschaftsgesteuerter Handlungszwänge und marginaler Spielwiesen ist ein Grunderlebnis der Intelligenz in der E-DDR seit dem November 1989. Die deutsch restaurativ gewendete Wende hat keine Chance gelassen, die Enklave kritischen Denkens in den lebendigen Teil einer selbstbewußten breiten Bürgerbewegung zu verwandeln. Der Runde Tisch wurde nicht zur permanenten Einrichtung, und anstelle sich am Runden Tisch kritischer Öffentlichkeit selbst aufzuklären, sitzt die »ostdeutsche Schicksalsgemeinschaft« nun bei »BILD« am Tisch. Das Wunder ist nicht geschehen. Aus dem Rückstand einer halbierten Modernisierung, aus dem Sumpf des rohkommunistischen Staatssozialismus und seiner welthistorischen Defizite bei der Entwicklung der zivilisatorischen Errungenschaften des Marktes, der Demokratie und der Öffentlichkeit ist es nicht zu deren radikaldemokratischer Gestaltung gekommen. Der intellektuell anvisierte Versuch der Überbietung der spätkapitalistisch dominierten westlichen Gesellschaften war bestenfalls ein mattes Wetterleuchten am Horizont. Die Begegnung von osteuropäischen Revolutionen und westeuropäischen Radikalreformen blieb aus. Die nachholende Revolution wurde nicht zur überholenden.

Aus der Schwäche der demokratischen Intelligenz, aus der Stärke der Machtstrukturen der Bundesrepublik und vor allem aus der Entscheidung der DDR-Bürger für die schnelle Teilhabe an dem jenseits der Grenze vorhandenen Fortschritt gegenüber

der eigenen gesellschaftlichen Situation ist ein neues Spannungsfeld historischer Bewegung entstanden. Dies die »List der Vernunft« zu nennen, heißt: ein neues Trostpflaster auf alte Wunden kleben, anstatt sie zu heilen. Der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus hatte die letztlich entscheidenden inneren Widersprüche der modernen Zivilisation für viele Jahrzehnte verdeckt. Ihre offene Austragung könnte nun möglich werden. Die eigentlichen Fragen werden jetzt erst zu stellen sein. Das Aufbrechen der sich zunächst einmal verfestigenden wirtschaftlichen, politischen und geistigen Machtstrukturen der kapitaldominierten Modernen durch Sozialisierung, Demokratisierung, freien Wettbewerb und das Primat kultureller Entwicklung wird in den Kataklysmen und Katastrophen des nächsten Jahrzehnts auf die Tagesordnung rücken, wenn sich entsprechende »soziale« Bewegungen weiter ausprägen, die die Hegemonie von Kapital und Bürokratie schrittweise aufheben und das Primat von Markt und Macht brechen.

Philosophie als Institution in einer solchen kulturellen Bewegung könnte eine Form der Selbstvermittlung ihrer Teilnehmer miteinander und mit sich selbst sein. Ihre Funktion wäre es, die Produktion der Maßstäbe Wahrheit und Wahrhaftigkeit, Sittlichkeit und Richtigkeit in den Bereich der bewußten Veränderung zu heben, die Kriterien der theoretischen wie praktischen Kritik selbst in den kulturellen Gestaltungsprozeß zu integrieren und so Schritte des souveränen Umgangs mit sich in dieser Bewegung, in der Gesellschaft und zu anderen, zur eigenen und zur äußeren Natur zu ermöglichen. Die Stärke der Philosophie könnte in der Beförderung der permanenten Transversion der Erfahrungen, Betroffenheiten, Schmerzen, Einsichten sein, wie sie in den verschiedenen gesellschaftlichen Praxen und heterogenen Lebenswelten gewonnen wurden. Politik und Wissenschaft, Geschlechterverhältnisse und Architektur, Mode und Macht — die provozierenden Wechselbeziehungen sind unendlich. Eine emanzipatorische kulturelle Bewegung muß sich ihrer bewußt sein und lernen, mit ihnen sinnlich und emotional, rational und selbstkritisch umzugehen. Nicht Richter noch Henker, nicht Herrscher noch Polizist, nicht sinnstiftende Instanz noch Religionssurrogat wäre sie dann gegenüber unseren Wünschen und Träumen, Nöten und Qualen, Trieben und Affekten.

Philosophen, die in der E-DDR ihre umstrittenen Institutionen bedenken, müssen sich aus der bürokratischen Nische heraus in die lockeren internationalen Netze der Institution Philosophie und zugleich in eine kulturelle Bewegung integrieren, die erst dadurch entstehen kann, daß sich viele an ihrem Aufbau beteiligen. Nur ihre Komplexität als wirtschaftliche, politische und kulturelle Bewegung von Bewegungen, als Lebenswelt von Lebenswelten, als Kommunikation von Kommunikationen, als permanenter Produktionsprozeß von emanzipatorischen Bedürfnissen und Werten, Fähigkeiten und Einsichten, von Zeit und Raum, sie zu leben, kann ihre Wirksamkeit quer zu den dominanten Strukturen von Konkurrenz, Herrschaft und Manipulation verbürgern. Integration in diese Bewegungen zum einen und Entfaltung des eigenständigen Potentials der Philosophie zum anderen. Öffnung für die Lebenswelten, für die Praxen, für den Alltag von Arbeiten, Lieben, Leben mit Kindern, für Wissenschaft, Kunst und Politik einerseits und Schließung institutionalisierter philosophischer Arbeit andererseits bilden offensichtlich unauflöslche Spannungsfelder.

Wir haben eine Institution Philosophie hervorzubringen, die es uns ermöglicht, uns produktiv in diesem Raum zu bewegen.

Wo könnten wir Wege suchen, diese Widersprüche zu leben, ohne an ihnen zu zerbrechen, nützlich zu sein, ohne vernutzt zu werden? Wie können die Experten- und Alltagskulturen vor manipulierter Inzucht bewahrt werden? Zwei Pfade seien genannt, die im Dschungel geschlagen werden könnten — interdisziplinäre und interkulturelle Integration der Institution Philosophie. Die E-DDR hat — gerade in der Mischung von allgemeineren Problemen geistiger Produktion im administrativen Sozialismus einerseits und der Übernahme spezifisch russischer Traditionen auf preußischem Boden andererseits — eine Reihe von belastenden »Anti-Voraussetzungen« dafür: 1. Die Konzentration der philosophischen Forschung an den Akademien hat die Lehre der Philosophie an den Universitäten und Hochschulen selbst immer wieder verarmen lassen. 2. Durch das gesamte System der Kaderentwicklung und Forschungsplanung wurde die Abschottung der philosophischen Apparate (Sektionen und Institute), ihre Entwicklung als bürokratischer Selbstzweck, ihre Selbstbeschränkung und Beschränktheit erweitert reproduziert. 3. Die Sphäre kritischer öffentlicher Wirksamkeit der Philosophen engte sich fast ausschließlich auf die Ebene des gesprochenen Wortes ein, wurde zum ständigen vorsichtigen Kitzeln am Kolof der Macht, der sich dadurch nur um so stärker fühlte. Die Nische wurde zum philosophischen Schrebergarten verschönt. 4. Ernster noch war die massive und aggressiv durchgesetzte Reduktion des offiziellen Lehrangebots von Philosophie in Schule und Universitäten auf die Darstellung des Wirkens eines entfremdeten Systems und des Handelns fremder Subjekte. Die originär philosophischen Fragen wurden bestenfalls zum Vehikel einer »Vermittlung« des ML (Marxismus-Leninismus) in seiner dreifachen Funktion von Widerspiegelung, Apologie und verohnmächtigender Kritik gegenüber dem administrativen Sozialismus und seinen Machtstrukturen. 5. Die Ursache dieser und anderer Defizite aber war das Fehlen einer kulturell entwickelten Zivilgesellschaft, in der mit immer neuen Gegenmächten zur Umgestaltung von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen zwischen Herrschaft und Emanzipation beigetragen werden könnte. Nur aus den kulturellen Bewegungen einer solchen Zivilgesellschaft kann originäre Philosophie eine Kraft jenseits von eingehegten Nischen erhalten.

Die Gefahr ist aber groß, die »Durchstrukturierung« der Philosophie im Gefolge der Herrschaft einer Parteibürokratie mit der Unterordnung von Philosophie unter die Gesetze der demonstrativen, manipulierten Öffentlichkeit zu vertauschen. Diese uns neue Art der Ohnmacht wäre nur angenehmer.

Am Anfang stand der Maulwurf. Er, den es nie gab, ist uns in der Hast des Anschlusses an die GBRD, die Große Bundesrepublik Deutschland, abhandengekommen. Manche haben das vielleicht noch nicht gemerkt und streicheln weiter den schwarzen samtenen Pelz ihrer eigenen Seele. Aber der Maulwurf ist perdu. Wie Esau haben wir uns billig unseres Erbteils entledigt. Die Trauerarbeit ist unbegolten. Die Erde hat sich einmal um die Sonne gedreht. Es könnte sein, daß wir am Anfang stehen und haben es noch nicht bemerkt.

Volker Domeyer, Maria Funder, Lore Voigt-Weber

Die Herausforderung der Selbstverwaltung durch den Markt Bestandsbedingungen einer »alternativen« Ökonomie*

Mit der Überwindung der »ursprünglichen Experimentierphase« mußten die MitarbeiterInnen *selbstverwalteter Betriebe* »lernen, daß es einen Ausstieg aus dem Wirtschaftssystem im Sinne einer Einbettung in von Konkurrenz und Leistungsdruck befreite Zonen nicht gibt« (Bergmann/Schröter 1984, 12), denn um sich existenzsichernde Einkommen zu erwirtschaften, mußten die Betriebe auf Märkten auftreten, die durch die 'kapitalistische' Unternehmung gekennzeichnet sind. Können die für die Teilnahme am Konkurrenzsystem notwendigen ökonomischen Funktionserfordernisse erfüllt werden, ohne daß die selbstverwalteten Betriebe ihre Binnenstruktur (gleiche Entscheidungsrechte für alle Mitglieder, Aufhebung von Hierarchien, ganzheitliche Arbeitstrukturen usw.) grundlegend ändern? Oder geraten sie im Prozeß der Ausbalancierung differierender Rationalitäten zwangsläufig in die Klemme zwischen 'Alternativität' und 'Anpassung' — sollte jeder Versuch, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, immer auch mit Abstrichen an der Praktizierung selbstverwalteter Arbeitsformen einhergehen, was letztendlich zu ihrer 'gesetzmäßigen Transformation' (Oppenheimer 1896) in kapitalistische Unternehmungen führt?

In unserer Untersuchung ging es nicht nur um diese eher *organisationspezifischen* Fragen, sondern auch um die Suche nach potentiellen Einflußfaktoren auf die *Entstehung* selbstverwalteter Betriebe, wobei wir davon ausgegangen sind, daß Massenarbeitslosigkeit allein als Erklärung nicht ausreicht, sondern daß soziale, kulturelle, politische und ökonomische Umweltfaktoren ihre Entstehungsbedingungen und Entwicklungsperspektiven beeinflussen. Daher wurde die Untersuchung als komparative Analyse in zwei sozio-ökonomisch unterschiedlichen Regionen angelegt: 'Ostwestfalen-Lippe' (der nordrhein-westfälische Regierungsbezirk Detmold), eine Region, die sich in den achtziger Jahren zu einer arbeitsmarktpolitischen Problemregion entwickelt hat, und 'Mittlerer Neckar' (die Region um die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart), der nicht nur im Hinblick auf seine ökonomische Struktur, sondern auch in sozialer und politischer Hinsicht eine Art Gegenpol zu Ostwestfalen darstellt.

Da es in der Literatur über selbstverwaltete Betriebe eine Vielzahl unterschiedlicher *Begrifflichkeiten* und Definitionen gibt, sollen zunächst die Kriterien unserer empirischen Untersuchung deutlich gemacht werden. Um einerseits eine Analyse organisationsinterner Strukturen selbstverwalteter Betriebe und andererseits eine Identifizierung von spezifischen Folgen und Funktionsproblemen, die aus dem Marktbezug resultieren, vornehmen zu können, stehen im Mittelpunkt unserer Untersuchung ausschließlich erwerbswirtschaftliche Betriebe; dementsprechend umfaßt unsere Begriffsbestimmung folgende *Kriterien*:

* Dieser Aufsatz beruht auf den Ergebnissen des von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojektes »Alternative Ökonomie«. Der Abschlußbericht ist unter dem Titel »Selbstverwaltete Betriebe zwischen Professionalisierung und 'Alternativität'. Ein Regionalvergleich« als Nr. 32 der Publikationsreihe des Forschungsschwerpunktes »Zukunft der Arbeit« an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, erschienen.

1. Prinzip der *Selbstverwaltung*, d.h. die Substitution formaler Betriebshierarchien durch gleichberechtigte Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten aller im Betrieb arbeitenden Personen (kollektive Betriebsführung).

2. Aufhebung von aus Privateigentum an Produktionsmitteln abgeleiteten individuellen Verfügungsrechten durch *kollektive Eigentumsregelungen*. Diese Identität von Eigentümern und Arbeitern bedeutet damit zugleich die *Eliminierung von Lohnarbeit*, da die Einkommen Teile des Überschusses darstellen, über dessen Verteilung gemeinsam beschlossen wird.

3. Um die Folgen der Marktteilnahme für die Umsetzung der Selbstverwaltungsstrukturen identifizieren zu können, müssen die Betriebe eine *Erwerbsorientierung* aufweisen, d.h. die Erwirtschaftung reproduktionssichernder Einkommen für alle oder zumindest einen überwiegenden Teil der Mitglieder soll als *eindeutiges Betriebsziel* vorhanden sein. Abweichend von der sehr eng gefaßten Definition unserer Pilotstudie, die zwei bereits realisierte reproduktionssichernde Einkommen als Kriterien voraussetzte (Berger/Domeyer/Funder/ Voigt-Weber 1985, 36,39), entschieden wir uns hier für eine erweiterte Variante. Sie erlaubt es, auch solche Betriebe in die Untersuchung miteinzubeziehen, die zwar Einkommen erwirtschaften, jedoch aufgrund erst relativ kurzer Laufzeit noch nicht in einer Höhe, die zur Reproduktion der Mitglieder ausreicht. Diese definitorische Erweiterung ist deshalb sinnvoll, weil es hierdurch möglich wird, Betriebe aller Altersklassen zu erfassen, was wiederum Rückschlüsse auf ggf. eingetretene Veränderungen bzw. Entwicklungen interner Strukturen und Bedingungen erlaubt.

4. Neben diesen inhaltlich-qualitativen Merkmalen muß ein quantitatives Kriterium erfüllt sein: um überhaupt von einem 'Kollektiv' bzw. einer 'Organisation' sprechen zu können, wird eine *Mindestgröße* von drei Personen vorausgesetzt.

Vergleichende Bestandsaufnahmen und regionale Einflußfaktoren

Zunächst sollen Daten der beiden regionalen Gesamterhebungen, welche die Grundgesamtheit für die repräsentative Auswahl einer Stichprobe von 60 Betrieben bildeten (jeweils 30 pro Region), dargestellt sowie der Einfluß regionaler Strukturdaten auf Umfang und Struktur der Betriebe deutlich gemacht werden. Der Erhebungsbogen für die *Bestandsaufnahmen aller erwerbswirtschaftlich orientierten selbstverwalteten Betriebe* in den Regionen Ostwestfalen-Lippe und Mittlerer Neckar enthielt: die Branche und das Tätigkeitsfeld, die Zahl der MitarbeiterInnen sowie die Zahl derer, die durch den Betrieb ein reproduktionssicherndes Einkommen erhalten, die Rechtsform und das Gründungsjahr. Für Ostwestfalen-Lippe konnte eine Längsschnittanalyse erstellt werden, da eine erste Gesamterhebung bereits im Rahmen der Pilot-Studie — im Frühjahr 1984 — durchgeführt wurde (Berger u.a. 1985). Die zweite Gesamterhebung erfolgte Ende 1986 — dieser Zeitpunkt gilt auch für die Erhebung im Mittleren Neckar.

Die *Anzahl der Betriebe pro Region*, in denen mindestens ein Mitglied reproduktionssicherndes Einkommen erhält oder mehrere Mitglieder geringere Einkommen, ist fast gleich: 76 in Ostwestfalen und 78 im Mittleren Neckar. Zieht man das Kriterium 'Erwerbsorientierung' enger und setzt zwei reproduktionssichernde Einkommen voraus, dann reduzieren sich die Zahlen auf 48 für Ostwestfalen und 52 im

Mittleren Neckar. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, daß unsere Ergebnisse nicht als ein Beleg für die Annahme, die Gründung selbstverwalteter Betriebe sei vorrangig eine Reaktion auf Massenarbeitslosigkeit, herangezogen werden können. *Arbeitslosigkeit* kann nur von geringer Erklärungskraft für die Existenz von Betrieben sein, denn sonst müßte die Anzahl von Betrieben — bezogen auf die Bevölkerungszahlen der Regionen — in Ostwestfalen deutlich höher sein als im Mittleren Neckar, statt dessen ist die 'Betriebsdichte' in beiden Regionen nahezu gleich groß, obwohl die regionalen Arbeitslosenquoten extrem differieren und quasi entgegengesetzte Pole der Arbeitsmarktsituation in der BRD darstellen.

Betrachtet man die *Verteilung der Betriebe auf einzelne Wirtschaftsbereiche*, so fällt auf, daß der Sektor *Produktion/Handwerk* im Mittleren Neckar doppelt so stark ist wie in Ostwestfalen, was auf der relativ großen Anzahl von Schreinereien/Zimmereien und Betrieben im Bereich Druck und Papierverarbeitung beruht. Im Bereich *Handel* lassen sich demgegenüber kaum Unterschiede zwischen beiden Regionen feststellen. Der höhere Anteil der *Dienstleistungsbetriebe* für Ostwestfalen erklärt sich u.a. dadurch, daß in dieser Region mehr 'allgemeine' Dienstleistungsbetriebe — vor allem im Bereich Medien und Publikationen — und innerhalb der 'personenbezogenen' Dienstleistungen relativ viele Bildungswerke existieren.

Die regionalen Differenzen in der *Gesamtzahl der MitarbeiterInnen* und in der Relation 'alle MitarbeiterInnen' zu 'MitarbeiterInnen mit reproduktionssicherndem Einkommen' sind gering, insgesamt waren Ende 1986 in den 100 Betrieben (Ostwestfalen 48 und Mittlerer Neckar 52) beider Regionen ca. 1030 Personen tätig, davon 478 mit reproduktionssicherndem Einkommen. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder mit 'ausreichendem' Einkommen liegt in beiden Regionen bei knapp fünf je Betrieb. In Ostwestfalen arbeiten durchschnittlich 11,5 und im Mittleren Neckar 9 Mitglieder in den Betrieben, d.h. auf zwei MitarbeiterInnen eines selbstverwalteten Betriebes kommt ein reproduktionssichernder Arbeitsplatz.

Interessant hinsichtlich der absoluten Zahl der Mitglieder pro Betrieb und der Anzahl reproduktionssichernder Einkommen sind eher branchenspezifische als regionalspezifische Ausprägungen. So beträgt diese Relation im Sektor 'Produktion' für Ostwestfalen 6:4,5 und im Mittleren Neckar 6:5 (d.h. 75 bzw. 83 % der Mitglieder erhalten reproduktionssichernde Einkommen), im 'Handel' lautet die Relation in Ostwestfalen 7:4,5 (64 %) und im Mittleren Neckar 9:5 (55 %), im Bereich 'Dienstleistungen' in Ostwestfalen 17:5 (ca. 30 %) und im Mittleren Neckar 13:4,5 (ca. 35 %). Diese Daten machen deutlich, daß es in den — personell kleineren — produzierenden oder handwerklichen Betrieben eher möglich ist, allen bzw. einem Großteil der MitarbeiterInnen reproduktionssichernde 'Erwerbsarbeitsplätze' zur Verfügung zu stellen. Demgegenüber fällt der 'Erwerbscharakter' von Dienstleistungsbetrieben wesentlich schwächer aus, was u.a. darauf zurückzuführen ist, daß in diesen Betrieben einerseits mehr Teilzeitarbeitsplätze bestehen, andererseits die Mitarbeit in diesen Betrieben nicht primär zur Hauptquelle individueller Reproduktionssicherung gehört.

Die *allgemeine wirtschaftliche Situation* einer Region hat Einfluß auf die Fähigkeit selbstverwalteter Betriebe, reproduktionssichernde Einkommen zu erwirtschaften. Die deutlich bessere Marktsituation gerade verarbeitender und handwerklicher Betriebe im Mittleren Neckar läßt sich auch dadurch erklären, daß in dieser Region

die Erwerbsquote um 20 % höher ist als in Ostwestfalen und ebenso die Löhne und Gehälter der Erwerbstätigen um 20 % über denen der Region um Bielefeld liegen, was über höhere Kaufkraft eine größere Nachfrage nach Konsumgütern erzeugt, die sich offenbar auch positiv auf die wirtschaftliche Lage bestimmter selbstverwalteter Betriebe auswirkt.

Weder in Ostwestfalen noch im Mittleren Neckar läßt sich ein »Ende der großen Betriebsgründungswelle« (Grottian/Kück 1983, 183, zur Situation in West-Berlin) konstatieren. Die meisten der von uns in den Bestandsaufnahmen erfaßten Betriebe wurden — in beiden Regionen — in den Jahren 1983 und 1984 gegründet. Das *Ansteigen der 'Gründungswelle'* in diesen Jahren kann nicht mit dem Einwand zurückgewiesen werden, bei diesen Betrieben handele es sich um 'Projekte', deren ökonomische Existenzfähigkeit noch nicht bewiesen wäre, denn eine Gegenüberstellung von Gründungsjahren und Reproduktionsniveau ergab, daß die Hälfte aller Betriebe im 2. Jahr und fast alle im 3. Jahr nach der Gründung für mindestens zwei MitarbeiterInnen reproduktionssichernde Einkommen zahlen konnten.

Bei der *Verteilung der Betriebe innerhalb der jeweiligen Region* gibt es leichte Unterschiede, deutlich ist allerdings, daß die Anzahl der Betriebe mit der Einwohnerzahl eines Ortes steigt. So entfallen auf die regionalen 'Zentren' Bielefeld und Stuttgart 49 bzw. 44 % aller in der betreffenden Region existierenden selbstverwalteten Betriebe. Diese Anteile erhöhen sich noch um ca. 10 %, wenn man das 'enge' Einkommenskriterium berücksichtigt: ein Hinweis darauf, daß für die ökonomische Bestandsfähigkeit der Betriebe in größeren Städten aufgrund höherer Nachfrage, größeren Kundenpotentials und auch wegen der spezifischen Zusammensetzung des Kundenpotentials ('alternative Szene') bessere Bedingungen vorhanden sind.

Entgegen unseren Vermutungen haben die generelle Existenz von *Hochschulen* und die Größe der Studentenpopulation keinen unmittelbaren Einfluß auf Umfang und Situation selbstverwalteter Betriebe. Die jeweilige *Fachstruktur* einer Hochschule erweist sich dagegen als stärkerer Erklärungsfaktor, geht man von der Annahme aus, daß Studenten/Absolventen geisteswissenschaftlicher Fächer eine größere Nähe zu Selbstverwaltungsideen haben als Ingenieur- und Naturwissenschaftler. Sicherlich hat auch der — sektorale — Arbeitsmarkt Einfluß auf die Suche nach individuellen bzw. kollektiven Ausweichstrategien von Hochschulabsolventen. In Bielefeld korrespondiert die schlechte Arbeitsmarktsituation von Geisteswissenschaftlern und Lehrern (Fachstudenten-Anteil ca. 50 %) zumindest mit einer überdurchschnittlich hohen Dichte selbstverwalteter Betriebe, in den stark ingenieur- und naturwissenschaftlich orientierten Hochschulstandorten Stuttgart und Paderborn ist dagegen der Umfang 'alternativer Ökonomie' bezogen auf die Anzahl von Studenten deutlich geringer.

Die Ausprägung regional- oder kommunal*politischer Mehrheiten* ist für die Existenz und die ökonomische Bestandsfähigkeit selbstverwalteter Betriebe offenbar bedeutungslos. Die Tatsache, daß die Grünen als potentielle 'Verbündete' in nahezu allen Kreisen und Städten beider Regionen mit durchschnittlich 9 bis 10 % vertreten sind, wirkt sich nicht positiv auf die Situation selbstverwalteter Betriebe am Ort aus — nicht einmal dort, wo 'rot-grüne' Koalitionen rechnerisch möglich wären oder in Ansätzen praktiziert werden. *Politische Faktoren*, die den Umfang des Selbstverwaltungssektors beeinflussen, sind eher außerhalb von Rathauskonstellationen zu suchen:

in lokalen Traditionen von Basisinitiativen, politischen — aber auch sozialen und kulturellen — Gruppierungen und 'Protestbewegungen'. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Bielefeld und das schwäbische Schorndorf, wo in Relation zur Einwohnerzahl und zur jeweiligen Region eine besonders hohe Verdichtung selbstverwalteter Betriebe auffällt.

Die Gegenüberstellung von regionalspezifischen Strukturmerkmalen und Bestandsaufnahmen der 'Alternativen Ökonomie' ergibt zusammenfassend, daß selbstverwaltete Betriebe *relativ unabhängig von regionalen Einflüssen* entstehen und existenzfähig sind — und daß ihre Anzahl weiterhin, wenn auch auf geringem Niveau, zunimmt.

Die MitarbeiterInnen: Motive und Qualifikationen

Populäre Erklärungen des Entstehungszusammenhangs selbstverwalteter Betriebe stellen deren GründerInnen als 'Kinder der Not' dar. Deren Betriebe seien eine Art »Selbsthilfe-Ökonomie für wirtschaftliche Notzeiten ... , solange der kapitalistische Arbeitsmarkt infolge von Wirtschaftskrisen und langen Stagnationsphasen versagt« (Priewe 1986, 55). Resultat dieser Sichtweise war, daß das öffentliche Interesse an selbstverwalteten Betrieben sich lange Zeit auf neuartige Beschäftigungspotentiale für Problemgruppen des Arbeitsmarktes konzentrierte. Es kann nicht geleugnet werden, daß selbstverwaltete Betriebe in bescheidenem Umfang arbeitsmarktentlastende Effekte für spezifische Problemgruppen haben (z.B. für SozialwissenschaftlerInnen und Lehramtsabsolventen), aber wir konnten feststellen, daß die Anzahl der Betriebsmitglieder, die 'technikferne' Fächer studiert haben oder Studienabbrecher sind bzw. über keine abgeschlossene Ausbildung verfügen und daher besonders große Probleme haben, Zutritt zum 'Beschäftigungssystem' zu erhalten, relativ klein ist und lediglich ein Drittel aller Betriebsmitglieder umfaßt.

Es soll nicht die These vertreten werden, die Arbeitsmarkt- bzw. die soziale Situation der Mitglieder habe gar keinen Einfluß auf deren Entscheidung für die Gründung von bzw. Mitarbeit in selbstverwalteten Betrieben gehabt. In Ostwestfalen wurden häufiger *ökonomische* Motive (Schaffung bezahlter Arbeitsplätze) angegeben als im Mittleren Neckar, was aber keinen Beleg für einen dominierenden Einfluß der Arbeitsmarktsituation bilden kann, weil diese Motive gleichwohl nur in 30 % der ostwestfälischen Betriebe genannt wurden. Die Gründung selbstverwalteter Betriebe ist nie nur auf *ein* vorrangiges Motiv zurückzuführen, sondern zur »Ausgrenzung von oben« tritt immer auch eine »bewußte Trennung von unten« (Müschel 1982, 24), z.B. infolge von Unzufriedenheit mit den Strukturen traditioneller Erwerbsarbeitsverhältnisse. So betonten auch die Mitglieder der Betriebe, in denen primär das ökonomische Motiv — also Schaffung von Arbeitsplätzen — Gründungsanlaß war, die Bedeutung *organisationsspezifischer Motive* wie Aufhebung von Hierarchien, Schaffung egalitärer Betriebsstrukturen oder größere Selbstbestimmung im Hinblick auf Arbeitsorganisation und Arbeitszeit. Vor allem Gründungsmitglieder jüngerer Betriebe nannten ökonomische Motive, während ältere Betriebe stärker aus *politischen Motiven* heraus gegründet wurden; hierin kann ein Indiz für den Wandel vom »Zweckbetrieb einer politischen Bewegung« (Kück 1985, 14), in dem die Mehrheit der Mitglieder ehrenamtlich tätig war, zu erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Betrieben, die ihren MitarbeiterInnen Einkommen bzw. bezahlte Arbeitsplätze zur

Verfügung stellen wollen, gesehen werden. In 60 % der Betriebe wurden 'politische Motive', z.B. als sog. Schrittmachermodell für 'andere Arbeits- und Lebensformen' auch nach außen zu wirken, *nicht* genannt; offensichtlich wird die gesellschaftliche Funktion selbstverwalteter Betriebe von ihren Mitgliedern weniger bedeutsam eingeschätzt als von manchen Theoretikern der Alternativ-Ökonomie.

Die GründerInnen selbstverwalteter Betriebe lassen sich in *drei* — in den beiden Untersuchungsregionen jeweils unterschiedlich stark vertretene — *Gruppen* unterteilen: Die größte Gruppe im Mittleren Neckar stellen 'freiwillige Aussteiger', d.h. Personen, die nicht länger bereit waren, konventionelle, weisungsgebundene Arbeitsstrukturen zu akzeptieren und daher aus abhängigen Beschäftigungsverhältnissen 'ausbrachen' (fast 60 %), während sich in Ostwestfalen die größte Gruppe aus Personen rekrutiert, die von vornherein nicht die Absicht hatten, traditionellen Beschäftigungsmustern zu folgen, oder die z.T. auch nur geringe Aussichten hatten, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten. Demgegenüber bildet die Gruppe der 'unfreiwillig Rausgefallenen' — z.B. durch Arbeitslosigkeit — insbesondere im Mittleren Neckar nur eine Minderheit unter den GründerInnen; auch in Ostwestfalen ist der Anteil der zum Zeitpunkt der Betriebsgründung von Arbeitslosigkeit Betroffenen nicht so hoch, daß etwa von einer Dominanz arbeitsloser GründerInnen gesprochen werden kann (in Ostwestfalen 24 %, im Mittleren Neckar 9 %).

Eine verbreitete Auffassung zum Rekrutierungspotential selbstverwalteter Betriebe ist, daß deren Mitglieder vor allem in *berufsfremden Tätigkeitsfeldern* agieren würden, daß ihre Tätigkeit sich auf Branchen mit niedrigen Zutrittsbarrieren (u.a. keine Notwendigkeit spezifischer Ausbildungen; geringer Kapitalbedarf), vor allem im Dienstleistungssektor, konzentrierte. Dazu konnten wir feststellen, daß mit zunehmendem Betriebsalter der Anteil der berufsfremd tätigen Mitglieder abnimmt: in 3/4 der von uns untersuchten Betriebe kam auf zwei branchenfremd Ausgebildete ein branchenspezifisch qualifiziertes Mitglied. Dies ist ein Resultat zunehmender Professionalisierungsprozesse; so ist auch der Anteil der Betriebsmitglieder mit *abgeschlossener Lehre* überraschend hoch: ca. 60 % im Mittleren Neckar und ca. 50 % in Ostwestfalen-Lippe. Vorwiegend in Dienstleistungsbetrieben — vor allem in Cafés und Kneipen — ist nach wie vor der größte Anteil der Mitglieder branchenfremd qualifiziert, was aber durchaus auch für einen Großteil traditioneller Gastronomiebetriebe typisch sein dürfte.

Mitgliederfluktuation wird generell als ein besonderes Problem selbstverwalteter Betriebe bezeichnet, so daß wir die personelle Stabilität der Betriebe und die *Folge von Mitgliederabgängen* untersucht haben: obwohl insgesamt ca. 3/4 der Betriebe Mitgliederab- und -zugänge verzeichnen, ist es hierdurch nicht zu ernsthaften ökonomischen Schwierigkeiten oder sozialen (Integrations-)Problemen gekommen. Dies mag zum einen daran liegen, daß viele Betriebe über festgelegte *Austrittsregelungen* verfügen. Hierdurch wird verhindert, daß ausscheidende Mitglieder Ansprüche auf Teile des Betriebsvermögens oder auf eine sofortige Auszahlung von Einlagen/Krediten, die den Fortbestand des Betriebes gefährden würden, stellen können. Andererseits wird der überwiegende Teil der neuen Mitglieder über informelle Kanäle rekrutiert, und es bestehen häufig bereits Kontakte bzw. freundschaftliche Beziehungen zu diesen Personen. Integrationsprobleme werden auch dadurch minimiert, daß

Kriterien wie 'Sympathie', 'Übernahme von Verantwortung' und ein 'gemeinsamer Grundkonsens über betriebliche Zielsetzungen' trotz der zunehmenden Relevanz fachlicher Qualifikationen immer noch an erster Stelle bei der Rekrutierung neuer Mitglieder rangieren.

Soziale und ökonomische Absicherung auf dem 'Markt'

Vor allem Vertreter der klassischen Ökonomie sprechen den selbstverwalteten Betrieben die Fähigkeit ab, sich langfristig ökonomisch zu stabilisieren, weil es sich bei ihnen nur um Bestandteile einer 'Armutsökonomie' handle, die ohne staatliche Subventionierung und/oder 'Selbstaussbeutung' ihrer Mitglieder nicht überlebensfähig sei. Dagegen lassen sich Einwände vorbringen.

Die Höhe der *Einkommen* in selbstverwalteten Betrieben variiert sehr stark mit der *Branchenzugehörigkeit* und mit der *Bestandsdauer* eines Betriebes. Mit zunehmendem 'Alter' steigt der Anteil bzw. die Anzahl der Mitglieder mit reproduktionssicherndem Einkommen und ebenso die Einkommenshöhe. *Handwerk* und *Handel* haben sich in beiden untersuchten Regionen als die 'einkommensstärksten' Branchen erwiesen, jedoch existieren deutliche regionale Diskrepanzen in der *Höhe* dieser Einkommen: während im Mittleren Neckar der Anteil der Mitglieder, die Einkommen über DM 1.000 (netto) beziehen, in beiden Branchen bei ca. 70 % liegt, finden sich in den Handelsbetrieben Ostwestfalens nur 47 % und in den Handwerksbetrieben sogar nur 38 % der Mitglieder in dieser Kategorie. Das 'Einkommenschlußlicht' bilden jedoch die *Dienstleistungsbetriebe*: hier sind es im Mittleren Neckar weniger als ein Drittel und in Ostwestfalen sogar nur 22 % der Mitglieder, die Einkommen über DM 1.000 beziehen. Die relativ bessere Einkommenssituation in den Handwerksbetrieben kann damit erklärt werden, daß ein Großteil dieser Betriebe überwiegend für den 'Normalmarkt' arbeitet und somit auch die Bezieher höherer Einkommen zu ihren Kunden zählen. Ein *hoher Professionalisierungsgrad* infolge des großen Anteils branchenspezifisch qualifizierter Mitglieder begünstigt die Möglichkeit, durch verstärkte Selbstfinanzierung über den Preis die Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Dagegen werden vor allem in Dienstleistungsbetrieben die Chancen zur Erwirtschaftung reproduktionssichernder Einkommen durch die vergleichsweise starke Fixierung auf ein 'Szene-Publikum', dessen Kaufkraft eher begrenzt ist, eingeschränkt.

Der Vorwurf wettbewerbsverzerrender staatlicher Subventionierung, der vor allem in Verlautbarungen traditioneller Handwerksverbände erhoben wird, läßt sich nach unseren Ergebnissen nicht halten. Lediglich ein Fünftel der untersuchten selbstverwalteten Betriebe verfügt über 'fremdfinanzierte' Arbeitsplätze, d.h. nimmt ABM oder Umschulungsmaßnahmen in Anspruch. Die Tatsache, daß 23 von insgesamt 422 Mitgliedern aus den 60 Betrieben der Stichprobe, d.h. gerade 5 %, Leistungen in Form von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosen- oder Sozialhilfe beziehen, ist keine Basis für eine Behauptung, alternatives Leben sei nur »gesetzlich alimentierte Aussteigerei« (Scheuch 1983, zit. nach Helberger u.a. 1985, 273). Erheblich größere Bedeutung für die Kompensation von Einkommensdefiziten kommt demgegenüber 'persönlichen' Finanzierungsquellen wie Geldern aus Zusatzjobs oder dem Familien- und Freundeskreis zu.

Ein Defizit selbstverwalteter Betriebe ist unbestreitbar (noch) die fehlende oder unzureichende *soziale Absicherung* der MitarbeiterInnen. Nur ca. 50 % der Personen, die Einkommen aus dem Betriebsertrag erhalten, sind i.e.S. *sozialversichert*, d.h. verfügen über Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung. Weitere 30 % sind kranken- und/oder unfallversichert bzw. haben freiwillige Renten- oder Lebensversicherungen. Die größten Defizite bestehen im Bereich der Altersvorsorge und Arbeitslosenversicherung, doch zeichnet sich — wie bei der Einkommensentwicklung — auch hier ein deutlicher Trend ab, daß mit zunehmender Bestandsdauer der Betriebe und damit korrespondierender ökonomischer Stabilisierung zukunftsorientierte Aspekte wie etwa die Entrichtung von Beiträgen an die Rentenversicherung an Bedeutung gewinnen: Selbstverwaltete Betriebe haben sich in den letzten Jahren von politisch initiierten 'Projekten' zu *erwerbsorientierten* Betrieben entwickelt, mit denen immer häufiger längerfristige individuelle Perspektiven verbunden sind. Diese gewachsene Perspektive erklärt u.a. die steigende Bedeutung von Finanzierungsfragen und von betriebswirtschaftlichem 'Know-how', aber auch die hohe Bereitschaft der Betriebsmitglieder, kurzfristige Einkommensinteressen zugunsten von Investitionen mit erst mittelfristig wirksam werdenden einkommenssteigernden Effekten oder auch einer Verbesserung der Eigenkapitalausstattung zurückzustellen.

Ergänzend zu den stereotypen Vorurteilen einer subventionierten 'Armutsökonomie' räumen Kritiker den selbstverwalteten Betrieben Überlebenschancen in der Regel nur in sog. *'Marktnischen'* ein, also in Marktsegmenten, in denen keine oder nur geringe Konkurrenz durch Mitbewerber besteht. Ökonomische Bestandsfähigkeit außerhalb dieses 'konkurrenzverdünnten' Raumes wird als unmöglich angesehen.

Der Blick auf die Marktsegmente der untersuchten selbstverwalteten Betriebe läßt die von Marktzwängen befreite 'Nische' aber in den meisten Fällen als Legende erscheinen. Nur ein geringer Teil der Betriebe befindet sich in einer solchen 'Nische'; dies sind vor allem Cafés und Kneipen, die sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer spezifischen 'Kultur' an eine bestimmte Klientel wenden, zu der konventionelle Betriebe kaum Zutrittschancen haben. Doch trotz des vergleichsweise konkurrenzfreien Raumes, in dem sich diese Betriebe auf Grund einer — wenn auch nachlassenden — 'Abnahmesolidarität' ihrer Kunden bewegen, sind die Möglichkeiten finanzieller Konsolidierung — im Vergleich zu in anderen Marktsegmenten arbeitenden Betrieben — eher ungünstig. So ist das spezifische Kundenpotential relativ begrenzt und verfügt über vergleichsweise geringe Kaufkraft.

Daß das Besetzen einer Marktnische keine dauerhafte Schutzfunktion erfüllt, beweist die Marktsituation von Betrieben, die sich auf Grund ihrer 'Pionier'-Rolle hinsichtlich einer spezifischen Produkt- bzw. Angebotspalette anfangs in einer 'Nische' befanden, jedoch in dem Maße, in dem zahlungskräftige Nachfrage deutlich wurde, z.B. im Rahmen steigenden Umweltbewußtseins, unter zunehmenden Konkurrenzdruck vor allem durch konventionelle Unternehmen geraten sind. Beispielhaft für diese Entwicklung ist der Naturkost-Handel, wo traditionelle Anbieter das innovatorische Potential selbstverwalteter Betriebe nutzen, um eigene Markterschließungskosten und -risiken zu verringern. So sind ursprünglich vorhandene Nischen zwar mittlerweile geschrumpft, aber dennoch sind die Chancen einer ökonomischen Stabilisierung für die Betriebe aus diesem Marktsegment relativ günstig, weil sie oft über ein breit gestreutes Kundenpotential verfügen, zu dem über die 'alternative

Szene' hinaus infolge abnehmender 'Berührungssängste' ein steigender Anteil von 'Normalkunden' mit auch gehobeneren Einkommen gehört.

Überwiegend aus diesen 'Normalkunden' setzt sich das Nachfragepotential einer dritten Gruppe von Betrieben zusammen, die in einem Marktsegment agieren, welches sich von den o.g. Bereichen durch folgende Merkmale unterscheidet: es werden qualitativ hochwertige Produkte erstellt und es besteht Wettbewerb zu konventionellen Produktions- bzw. Handwerksbetrieben. Dies erfordert die Einhaltung bestimmter Preis- und Qualitätsstandards und verstärkt gleichzeitig den Professionalisierungsprozeß bezüglich Qualifikations- und Technikniveau. Die selbstverwalteten Betriebe konnten ihre Wettbewerbsposition innerhalb dieses Marktes dadurch verbessern, daß sie die klassische Produktpalette konventioneller Betriebe — z.B. im Holzverarbeitungs- oder Baubereich — durch die Verwendung ökologischer Materialien erweiterten.

Selbstverwaltungsprinzipien im marktwirtschaftlichen Wettbewerb

Eine entscheidende Frage in der Diskussion über selbstverwaltete Betriebe ist letztlich, ob diese durch die Teilnahme am Konkurrenzsystem nicht gezwungen sind, *Abstriche an Prinzipien* einer 'sozialen Rationalität' machen zu müssen: am Rotationsprinzip, an der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, an der Hierarchielosigkeit, der egalitären Verfügungs- und Entscheidungsstruktur und Entlohnung. Vor allem die *Form der Arbeitsteilung* stellt ein interessantes Beispiel dar, um die Schwierigkeiten der Realisierung alternativer Arbeitsformen deutlich zu machen.

Das *Rotationssystem* zur Überwindung von Arbeitsteilung galt lange Zeit als ein zentrales Merkmal selbstverwalteter Betriebe; den vorherrschenden Formen der Arbeitsorganisation, der »prinzipiell hierarchischen Zuteilung von Arbeitsaufgaben zu Positionen« (Fricke 1985, 177) und der systematischen Trennung ausführender und dispositiver Funktionen, wurde eine *Entdifferenzierung* entgegengestellt, indem komplexe Arbeitsbereiche geschaffen wurden, welche das gesamte Spektrum von der Disposition über die Leistungserstellung bis hin zur Kontrolle umfaßten und es dem einzelnen Mitarbeiter ermöglichen sollten, Arbeitsrhythmus, Pausen und Zusammenarbeit mit anderen Betriebsmitgliedern weitestgehend selbst zu organisieren. Wir konnten feststellen, daß zwar in der Mehrheit der untersuchten Betriebe alle Mitglieder sowohl an Planungsprozessen als auch an der Ausführung beteiligt sind, jedoch nicht (mehr) in allen Betrieben zwischen Arbeitsbereichen 'rotiert' wird, also, wie ein Mitarbeiter formulierte, ein »Stück Abschied von alten Idealen« genommen wurde.

Die *grundsätzliche* Möglichkeit, daß jedes Mitglied in jedem Arbeitsbereich tätig werden dürfe, wurde zwar nicht aufgegeben, aber es zeigte sich, daß mit zunehmender *Bestandsdauer* der Betriebe bestimmte Kompetenz- bzw. Zuständigkeitsbereiche entstanden, die von bestimmten, entsprechend qualifizierten Mitgliedern besetzt sind. Es wurde deutlich, daß durch die Existenz spezifischer Zuständigkeitsbereiche auch informelle Hierarchien entstanden sind, vor allem in solchen Betrieben, die vergleichsweise groß sind und über ein — hinsichtlich Alter, Qualifikation, Dauer der Betriebszugehörigkeit — heterogenes Mitgliederpotential verfügen. In zahlreichen

Betrieben wurde die 'Aufweichung' des Rotationsprinzips nicht nur als Resultat einer Anpassung an Markterfordernisse, sondern auch als Folge der Berücksichtigung spezifischer persönlicher Neigungen und Interessen der Betriebsmitglieder bewertet. Ein Resultat dieser Entwicklung ist, daß bei mangelndem Informationsfluß und unterschiedlichem 'Wissen' eine gleichmäßige Transparenz des Betriebsgeschehens für alle Mitglieder behindert wird.

Rotation ist noch am ehesten in Betrieben zu verwirklichen, die eine relativ homogene Mitgliederstruktur im Hinblick auf Alter, Qualifikationen, Dauer der Betriebszugehörigkeit u.ä. aufweisen und einen geringen Koordinationsbedarf haben. In Betrieben, die am Rotationsprinzip festhalten, findet der Wechsel zwischen Arbeitsbereichen aber unregelmäßig und in zeitlich großen Abständen statt — und unter hohem Auftragsdruck wird ökonomischen Erwägungen Vorrang eingeräumt, d.h. eilige Aufträge übernehmen dann oft diejenigen Mitglieder, die in den jeweiligen Bereichen am besten eingearbeitet sind.

Modifikationen konnten ebenfalls auf der Ebene der *Entscheidungsfindung* festgestellt werden. Dem Prinzip kollektiver Entscheidungen werden nicht nur von Kritikern, sondern auch von prinzipiellen Befürwortern des Selbstverwaltungsgedankens zu *hohe Einigungskosten* attestiert. Um das Prinzip kollektiver Betriebsführung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Zeitbedarf betrieblicher Entscheidungen nicht überzustrapazieren, wird in der Mehrzahl der untersuchten Betriebe eine Art 'Stufenmodell' praktiziert. So ist das *Plenum* aller Mitglieder weiterhin die 'letzte Instanz' für alle den Gesamtbetrieb betreffenden Anlegenheiten (z.B. geplante Investitionen, Neuaufnahmen bzw. Ausstieg von Mitgliedern, Angebotspalette etc.), aber arbeitsbereichsbezogene *Routineentscheidungen* wurden zunehmend an Arbeitsgruppen oder einzelne Mitglieder delegiert. Diese *Entscheidungsdelegation* wird vor allem dann als relativ unproblematisch wahrgenommen, wenn sich durch eine mehrjährige Zusammenarbeit im Betrieb und/oder durch andere soziale Zusammenhänge der MitarbeiterInnen bereits ein 'Grundkonsens' herausgebildet hat, auf dessen Basis die Entscheidungen einzelner quasi als 'berechenbar' gelten können.

In fast 80 % der Betriebe wurde die Notwendigkeit betont, Entscheidungsfindungen über das '*Konsensprinzip*' herzustellen, denn dies sei nicht nur für die *sachliche Koordination*, sondern auch für die *soziale Integration* wichtig: Die Umsetzung einer nicht von allen Mitgliedern getragenen Entscheidung könne zu Störungen des Betriebsablaufs führen und sich negativ auf die soziale Atmosphäre auswirken. Der Zwang zu konsensueller Beschlußfassung kann allerdings dann Konflikte und Streß bewirken, wenn es auf Grund unterschiedlichen Informationsstandes oder divergierender Auffassungen der Mitglieder nicht gelingt, die einzelnen Interessen zu einer betrieblichen »Gesamtrationalität« (Leipold 1974, 87) zusammenzufassen. Daher gelten kollektive Willensbildungsprozesse als hochgradig *konfliktintensiv*, was permanente Konflikthandhabung zur Folge hat, wodurch wiederum »die Rationalität der Entscheidungen negativ beeinflusst werden kann« (ebd., 89). So waren in über zwei Drittel der Betriebe bereits massive Konflikte aufgetreten, die sich mehrheitlich auf der Ebene der *persönlichen Beziehungen* abgespielt haben. In fast der Hälfte dieser Betriebe wurden diese 'Fundamentalkonflikte' durch den *Ausstieg* von Mitgliedern 'gelöst'.

Unsere Ergebnisse zur Umsetzung von Selbstverwaltungsprinzipien auf der Ebene der Entscheidungsfindung und der Organisation des Arbeitsprozesses belegen, daß die Betriebe 'professioneller' arbeiten, aber dennoch das Ziel verfolgen, gleichberechtigte Formen der Entscheidungsfindung — wenn auch strukturierter als in den Anfängen der 'Projekte' — aufrechtzuerhalten. Die zukünftige Entwicklung selbstverwalteter Betriebe wird *nicht* zwangsläufig oder gar 'gesetzmäßig' — bei ökonomischem Erfolg — zu einer *Transformation* in Kapitalgesellschaften oder zum *Untergang* wegen Illiquidität — bei Aufrechterhaltung der Selbstverwaltungsprinzipien — führen. Nach unserer Auffassung verfügen die Betriebe bzw. ihre MitarbeiterInnen über gute Voraussetzungen, ökonomische Funktionserfordernisse zu erfüllen und Stabilisierung zu erzielen, ohne zentrale Prinzipien von Selbstverwaltung aufzugeben. Der Wandel vom Aussteigerprojekt zum funktionsfähigen Wirtschaftsbetrieb muß öffentlich stärker realisiert werden; die Diskussion um neue Managementkonzepte stieß bereits bei Vertretern traditioneller Unternehmen, die der verlorengegangenen Motivation ihrer abhängig Erwerbstätigen nachspürten, auf Interesse, und sichtbare Beweise selbstverwalteter 'Professionalisierung' sind auch der Aufbau von Direktkreditvermittlungen, Ansätze bundesweiter Kooperationen auf Branchenebene oder z.B. die Gründung der — wenn auch mittlerweile kontrovers diskutierten — Ökobank.

Literaturverzeichnis

- Berger, J., V. Domeyer, M. Funder, L. Voigt-Weber, 1985: Alternativen zur Lohnarbeit? Selbstverwaltete Betriebe zwischen Anspruch und Realität. Bielefeld
- Berger, J., V. Domeyer, M. Funder, L. Voigt-Weber (Hg.), 1986: Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft. Bielefeld
- Bergmann, K., C. Schröter, 1984: Er geht voll ab, der Öko-Punk ... , in: Verband der Selbstverwalteten Betriebe ... (Hg.), 9-16
- Bolle, M., P. Grottian (Hg.), 1983: Arbeit schaffen — jetzt. Reinbek
- Fricke, W., 1985: Soziologische Aspekte industrieller Arbeit, in: Georg, W. et al. (Hg.), 142-179
- Georg, W., L. Kiffler, U. Sattel (Hg.), 1985: Arbeit und Wissenschaft — Arbeitswissenschaft? Eine Einführung. Bonn
- Grottian, P., M. Kück, 1983: Modell Berlin; 10000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich, in: Bolle/Grottian (Hg.)
- Hamel, A. (Hg.): 1974: Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. München
- Helberger, C., S. Pickard, W. Thiede, 1985: Nichtkonventionelle Formen der Erwerbstätigkeit als Problem des sozialen Sicherungssystems — eine theoretische und empirische Untersuchung für die Alterssicherung am Beispiel der alternativen Wirtschaft, in: Finanzarchiv, Neue Folge, Bd. 43, Heft 2
- Kück, M., 1985: Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe, Frankfurt/M., New York
- Leipold, H., 1974: Konflikt und Rationalität in der selbstverwalteten Unternehmung, in: Hamel, A. (Hg.), 84-107
- Müschel, K., 1982: »Lieber lebendig als normal!« Selbstorganisation, kollektive Lebensformen und alternative Ökonomie. Bensheim
- Oppenheimer, F., 1896: Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig.
- Priewe, J., 1986: Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit: Der Stellenwert der Alternativökonomie und der Alternativen Wirtschaftspolitik, in: Berger, J. et al. (Hg.), 39-60
- Verband der Selbstverwalteten Betriebe im Raum Rhein/Main/Neckar/Lahn (Hg.), 1984: Projektmesse '84. Ökologisch leben, friedlich arbeiten in einer selbstbestimmten Gesellschaft. Frankfurt
- Voigt-Weber, L., M. Funder, V. Domeyer, 1988: Selbstverwaltete Betriebe zwischen Professionalisierung und 'Alternativität' — Ein Regionalvergleich. In: FSP »Zukunft der Arbeit«, Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien Nr. 32. Bielefeld

Kongreßberichte

Migration und Rassismus in Europa

Internationaler Kongreß des Instituts für Migrations- und Rassismusforschung e.V. Hamburg, 27. bis 30. September 1990

Überschattet von den Feiern zur deutschen Einheit, kamen in Hamburg 600 bis 1 000 ZuhörerInnen und ca. 60 ReferentInnen aus zahlreichen Ländern zusammen. Nach dem Konzept der Veranstalter sollte in den ersten drei Tagen in den Sektionen Rassismus, Migration, Nation, Neue Rechte, Kultur und Ideologie, Politik und Erziehung das Schwergewicht auf der wissenschaftlichen Analyse liegen, am Sonntag in der Sektion Antirassismus die Frage der politischen Strategien und Perspektiven im Mittelpunkt stehen. Doch daraus wurde nichts. Opfer rassistischer Übergriffe erstritten sich ein Rederecht auf Kosten angesetzter Referate und klagten schon am zweiten Tag die Strategiedebatte ein. Sie fanden offene Ohren bei einigen Zuhörern, für die Rassismus kein theoretisches Problem mehr darzustellen schien. Der Versuch einiger Referenten, vertraute Demarkationslinien in Frage zu stellen, löste bei vielen nur Unverständnis oder heftige Kontroversen aus.

Phil Cohen (London) suchte bei der Erklärung von Rassismus nach einer Unterscheidung von »Territorium«, dem konkreten Feld politischer und sozialer Praxen der Ausgrenzung und Kontrolle, und der »Landkarte«, dem Reich der imaginären Zuschreibungen, die erst rassistische Konnotationen hervorbringen. Etienne Balibar (Paris) entwarf das Szenario eines neuen eisernen Vorhangs zwischen dem vereinigten Europa (mit Berlin als Hauptstadt) und der islamischen Welt. Er skizzierte den Zerfall des »sozialen Nationalstaats«: partikulare transnationale Staatsapparate übernehmen, vom Parlament weniger kontrolliert denn je, die Verwaltung der Bürger. Der neue Nationalismus und Rassismus, eine Folge der Identitätspanik des Staatszerfalls, könne nur vom Standpunkt eines neuen politischen Gemeinwesens mit gleichen bürgerlichen, kulturellen, sozialen Rechten bekämpft werden. »Es gibt keinen Rassismus, es gibt nur einen Rassismus-Diskurs«. Mit dieser Front gegen die eindeutige und totalisierende Verwendung des Begriffs provozierte W.F. Haug (Berlin) die Zuhörer. Der Kampf gegen den »interaktiven/spontanen Rassismus« prügelter Skins könne den strukturellen Rassismus als den gefährlicheren Gegner verfehlen. Der Übergang zum transnationalen Kapitalismus sei mit einem »Meta-Rassismus« verbunden, der die Auslese und Ausgrenzung von Menschen nicht mehr durch Hautfarbe, Religion und Kultur, sondern auf Grund mangelnder Leistungsfähigkeit rechtfertige. Eine »Moral des Mitleids« sei einem solchen Gegner nicht gewachsen.

In der Sektion »Nation« verteidigte Wolf-Dietrich Bukow (Köln) die »republikanischen Tugenden« einer diskursiv und nicht mehr national, religiös oder ethnisch definierten politischen Identität gegen das Projekt der »Ethnisierung der Deutschen« im Zeichen der Wende. Georg Auernheimer (Marburg) versuchte dagegen zu zeigen, daß ethnische Selbstdefinitionen nicht im Widerspruch zu universalistischen Prinzipien stünden; vielmehr sei der »Differenzgedanke« eine notwendige Ergänzung zur Forderung nach Gleichheit. Klaus Geiger (Kassel) verfolgte den Siegeszug des »ethnischen Nationalismus« in der Phase des DDR-Zusammenbruchs. Der Umschlag des Pathos der Menschenrechte in das nationale Pathos sei aber nichts neues, sondern konstitutiv für die Geschichte des bürgerlichen Nationalstaats. In der Sektion »Erziehung« bestätigte Ursula Neumann (Hamburg) einmal mehr, daß Einwanderer die Muttersprache ihrer Kinder, wenn auch nicht auf Kosten des Deutschen, gefördert sehen wollen. Fritz Wittek (Brüssel) markierte die geringen Erfolge von inter-

kulturellen Projekten, die meist bloße Alibifunktion besäßen. Tove Skutnabb-Kangas (Roskilde) ging in ihrer Kritik noch weiter und vermißte bei den Projektträgern selbst das Programm einer wirklichen Revision der ethnozentrischen, nationalstaatsorientierten Erziehung in Westeuropa.

Mangel an politischen Perspektiven zeigte sich schließlich in den Diskussionen zu »Antirassismus«: Die Sprecherinnen von »Memoire fertile« (Abdelaziz Moussa) und »expression maghrébines au féminin« (A. Thiery-Boumedienne) berichteten über die Schwierigkeiten übergreifender Bündnisse, nicht zuletzt im jüngsten Streit um den »Schleier« an öffentlichen Schulen in Frankreich. Aus England skizzierte Jeanne Gregory (London) die Praxis des Antidiskriminierungsgesetzes als eine Verteidigungslinie, die nur durch persönlichen Mut einzelner zu halten ist. Glyn Ford berichtete über den Untersuchungsausschuß des europäischen Parlaments zum »Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus in Europa«; er zeigte die geringen Wirkungsmöglichkeiten dieser einzigen demokratisch gewählten EG-Institution. Im Streit innerhalb der Grünen bezog Claudia Roth zwar sehr engagiert für »offene Grenzen« Stellung, blieb aber Befürwortern einer »kontrollierten Einwanderung« Argumente schuldig. Fazit: Die Veranstalter haben einen gerade in »Deutschland« doppelt notwendigen Diskussionsprozeß in Gang gebracht: auf Grund des neuen deutschen Triumphalismus, aber auch wegen der provinziellen Konzepte eines Teils der Linken. Zur Kritik: Ein Teil der Referate brachte zwar viel Material, aber wenig neue Gedanken. Einige der Schwierigkeiten wären vermeidbar gewesen, wenn mehr Arbeitsgruppen gebildet, weniger Referate in einen Block gepackt und die Interessen der ethnischen Minderheiten (Dolmetscher in Türkisch, Griechisch etc; Anhörung zu rassistischen Übergriffen) stärker berücksichtigt worden wären.

Isabel Bondzio/Ulrich Mehlem (Berlin)

»Moderne Gesellschaften — moderne Sozialtheorien«

2. Forum junger Philosophen, 9. Juni 1990, Leipzig

Mit dieser Veranstaltung wurde der im Dezember 89 von Vertretern der jüngeren Philosophengeneration der DDR (angesichts der Unfähigkeit der etablierten Philosophie zu kritischer Selbstreflexion) eingeleitete Disput über theoretische Wurzeln des Stalinismus in der »ML-Philosophie« fortgesetzt. Anliegen des 2. Forums war es darüber hinaus, moderne sozialphilosophische Konzepte, die in der marxistisch-leninistischen Theorietradition unzureichend zur Kenntnis genommen wurden, auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen.

S. Kost (Dresden) konstatierte hinsichtlich der »ML-Philosophie« eine Vorherrschaft mechanizistischer Positionen, die dazu führte, die »objektiven Gesetze« zu den eigentlichen Subjekten der Geschichte zu machen. Demgegenüber sei die Konzeption autopoietischer Systeme geeignet, die Bedingtheit und Freiheit in gesellschaftlichen Systemen zu erklären. In Umkehr des klassischen Kausalitätsverständnisses forderte er, die Gesellschaft als ein System zu betrachten, das sich selbst erhält und selbst erzeugt. Ausgehend von einer Kritik alter Vorstellungen der Interesseneinheit, wie sie »realsozialistischen« Verhältnissen zugrundelagen, plädierte W. Luutz (Leipzig) für ein neues Modell der Interessenvermittlung, das die Individuen als entscheidende Subjekte des Vermittlungsprozesses begreift. Dabei wandte er sich sowohl gegen Auffassungen von einer einfachen Interessenübertragung als auch gegen objektivistische Fehlinterpretationen des Interesses. Der Referent favorisierte eine »dialogische« Auffassung der Interessenkonstituierung: Die Individuen müssen in kommunikativer Wechselwirkung mit anderen ihre Interessen selbst bestimmen.

Blum (Berlin) referierte die von Beck und anderen gegen die subjektwissenschaftliche Fragestellung vorgebrachten Einwände. Im Unterschied zu Luhmann plädierte er jedoch nicht für die Abschaffung, sondern für Neufassung des Subjektbegriffs. Der (bleibende) Gehalt des Subjektbegriffs bestehe darin, die konstituierende Rolle des gesellschaftlichen Handelns der Individuen und Kollektive für die soziale Evolution aufzuhehlen.

Unterschiedliche Auffassungen wurden über die Perspektiven des Forums in einem einheitlichen Deutschland geäußert. Zwei Argumente fanden jedoch mehrheitliche Zustimmung: a) die »Trauerarbeit« müsse von Philosophen dieses Landes fortgesetzt werden, b) die jüngere Philosophiegeneration brauche über die regionalen Schranken hinweg und jenseits der etablierten akademischen Philosophie ein Forum für die Diskussion alternativer Konzepte. Wolfgang Lutz (Leipzig)

DISS-Texte

Siegfried Jäger / Jobst Paul:

Von Menschen und Schweinen

Der Singer-Diskurs und seine Funktion für den Neo-Rassismus

DISS-Texte Nr. 13, 48 Seiten, Preis: 5,- DM

Singers "Praktische Ethik" ist durch die Medien in der Bundesrepublik weit über die universitären Zirkel hinaus bekannt geworden. Vielerorts wurden und werden Singers Thesen mehr oder minder kritiklos rezipiert. Den Gegnern Singers wurde "aggressive Intoleranz" bescheinigt.

Die vorliegende Broschüre mischt sich in diesen Streit, indem sie den Elite-Diskurs, in dessen Rahmen Singers Text Wirkung entfaltet, unter die sprachwissenschaftliche Lupe nimmt. Die Analyse zeigt, daß Singers "präferenz-utilitaristischer" Ansatz zu sozialdarwinistischen Konsequenzen führt, wie sie auch im Umfeld rechtsextremer Theoriebildung anzutreffen sind. Besonderes Augenmerk gilt dabei den suggestiven sprachlichen und narrativen Tricks, die diesen Text so geeignet machen, ein Thema zu rehabilitieren, das in Deutschland wegen der Euthanasie-Verbrechen der Nazis moralisch tabuisiert ist.

Margret Jäger / Siegfried Jäger:

Die Demokratienmaschine ächzt und kracht
Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der BRD

DISS-Texte Nr. 12, 72 Seiten, 7,50 DM

Arbeitskreis "Jugendarbeit und Rechtsextremismus", Aachen (Hg.):

Jugendliche auf dem Weg nach rechtsaußen?

DISS-Texte Nr. 11, 52 Seiten, 5,50 DM

Siegfried Jäger:

Faschismus - Rechtsextremismus - Sprache

Eine kommentierte Bibliographie

DISS-Texte Nr. 9, 80 Seiten, 8,- DM

Siegfried Jäger:

Text- und Diskursanalyse

Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte

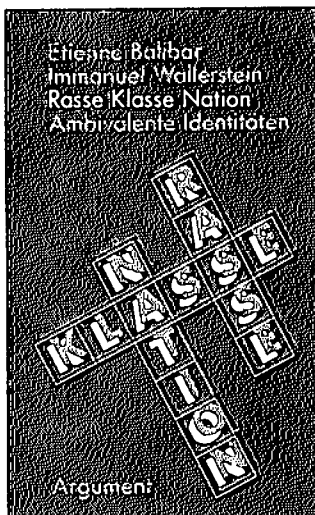
DISS-Texte Nr. 7, 48 Seiten, 4,- DM

(Preise zuzüglich Versandkosten)

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an
(gegen Rückporto):

Duisburger Institut für Sprach- und
Sozialforschung (DISS), Realschulstr 51,
4100 Duisburg 1, Tel. 0203 / 20249

Was ist Neo-Rassismus?



Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein
Rasse Klasse Nation
Ambivalente Identitäten
Übersetzt von Ilse Utz
und Michael Haupt
279 S., br., DM 28,—

Dies Buch ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus — vierzig Jahre nach dem Ende der Nazi-herrschaft und zwanzig Jahre nach der Entkolonialisierung und der Aufhebung der Rassentrennung in den USA — fast überall auf der Welt auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um

mehr handelt als eine Episode, um mehr als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Der Rassismus, so Balibar und Wallerstein, ist die Kehrseite des bürgerlich-kapitalistischen »Universalismus« und mit diesem aufs engste verbunden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien. Das Verdienst der Autoren besteht darin, diese Widersprüchlichkeiten zu denken, ohne einseitig optimistischen oder pessimistischen Einschätzungen zu verfallen.

Weitere Veröffentlichungen zum Thema:

Theorien über Rassismus

Hg. von Otger Atrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht und Cornelia Wolf

Argument-Sonderband AS 164,
170 S., br., DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Besprechungen

Philosophie

Lange, Dietrich: Wider Sinn und Bedeutung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (225 S., br., 14,- DM)

Der Titel spielt auf Freges berühmten sprachlogischen Aufsatz »Über Sinn und Bedeutung« (1892) an, die Problematik aber ist eine andere. »Ursachen und Konsequenzen von Sinn und Bedeutung« für die Mensch-Mensch- und vor allem die Mensch-Natur-Verhältnisse sollen »transparenter werden« (11). Dabei intendiert Lange, Lehrer an der ev. Fachhochschule in Reutlingen, weder »Kompensation« durch Sinnstiftung in einer beschädigten Welt noch postmodernes »stop making sense« (217). Beide Konzeptionen treffen sich »in der Ignoranz oder Affirmation von Bedrohung« (221) und partizipieren an der Zerstörung der Grundlage des Lebens.

Naturnausbeutung bildet den genetischen Hintergrund von »Sinn«. Der Sündenfall begann damit, daß der Mensch heraustrat aus dem Naturprozeß von »Entstehen und Verschwinden« (67), in dem es zwar »Gewalt«, doch keine »Macht« gab (62); daß er das zum Leben Benötigte als »Mangel« und sein Fehlen als »Bedrohung« artikulierte. »Die Angst vor dem Mangel, vereint mit der Artikulation der Bedrohung, erzeugt die Spaltung zwischen Mensch und Natur«. Natur wird zum »Objekt der Beraubung« (64). Diese Spaltung (mit der die von Leben und Tod einhergeht) läßt »Sinn« als »illusionäre Ordnung« (10) entstehen, in der die »verlorene Einheit« (63) beschworen und imaginär hergestellt, die reale Spaltung jedoch mit ihren destruktiven Effekten reproduziert wird. Damit ist zugleich eine weitere, gesellschaftliche Spaltung erzeugt, insofern einige wenige »vom Kampf um's Überleben befreit« (16) werden, um als Gegenleistung »Rituale zu organisieren, die versprechen, daß die Bedrohung durch den Mangel geringer wird« (ebd.). Von nun an wird für den Erhalt des Status der »Mächtigen und Wissenden« (17) die Reproduktion von Mangel und das Versprechen seiner Beseitigung konstitutiv. Dieser Mechanismus erklärt für Lange auch, daß, obzwar heute die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, weltweit Hunger und Elend abzuschaffen, ein großer Teil der Mittel und Fertigkeiten dazu verwendet wird, »Verelendung, Verknappung und Bedrohung nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern zu 'verewigen'.« (20)

»Spaltung« bedeutet, »daß etwas (ein Gegenstand, ein Tier, ein Mensch) als ... Ursache des Mangels ... als Feind artikuliert« (52) wird. Sind die Antagonisten aufeinander angewiesen, so tritt eine »dritte Kraft« dazwischen, »die den Kampf zu beenden oder zu begrenzen oder abzumildern sucht« (53). Der »Staat« etwa hält die Klassengesellschaft zusammen, indem er die Klassenspaltung selbst spaltet (19, 53; mit Verweis auf den späten Engels, MEW 21, 165), den Kontrahenten die »Mittel ihrer gegenseitigen Vernichtung enteignet« und den Antagonismus als »Differenz« artikuliert. Das »Recht« oder die »psychische Identität« (53) werden ebenfalls als Instanzen solcher »Spaltungen zweiten Grades« gefaßt.

Während »Sinn« also bei Lange ein notwendiges Begleitphänomen von Herrschaft ist (55) und deshalb überwunden gehört (vgl. 92), ist Bedeutung, sind Bestimmen, Identifizieren, Wiedererkennen notwendig fürs Leben — und doch zugleich lebensgefährdend (119): Insofern es »alles auf das 'für mich' reduziert und das an sich, für sich« der »Gegenstände der belebten und unbelebten Natur« und der »anderen Menschen« »ignoriert, ja oft zerstört« (118), ist Bedeuten Grundlage der Herrschaft von Menschen über Menschen und über die Natur. Doch ist »Umkehr« (155) nicht

durch Aufgabe des Standpunktes des Subjekts in der »Perspektive des Objekts« (124) zu erreichen, wie sie etwa Baudrillards »Strategie' der Bedeutungslosigkeit« (ebd.) einnimmt, weil auch diese indifferent ist gegenüber dem »einzelnen Leben« (und dadurch gar in eine Nähe zum Faschismus gerät; 134). Es bleibt allenfalls die »Unterbrechung des permanenten Bedeuten« (114), um den »Dingen« ihr Eigensein zu lassen und sich mit ihnen zu versöhnen (157). Als sozusagen regulative Idee funktioniert dabei, wie Lange mit Bezug auf den frühen Benjamin formuliert, die (unwiederbringlich verlorene) Sprache vor dem Sündenfall, eine Sprache, »die nicht richtet, verurteilt, wertet, gleichsetzt und bedeutet« (191). Von hier aus gerät die Perspektive von Herrschaftsfreiheit in ein Dilemma: »Kritik«, so notwendig sie für Lange bleibt, steht in »der Gefahr der Reduktion auf (bestimmte) Bedeutungen« (121), und (Klassen-)Kampf, so unabdingbar er ist, kann nicht zur Befreiung führen: »Aus Feindschaft entsteht keine Versöhnung.« (158) Da Versöhnung bei Lange jedoch nicht »Harmonisierung« bedeutet, bleibt die Aufgabe der »permanenten Kritik der Herrschaft und der Feindschaft« (ebd.), getragen und korrigiert von »Melancholie« (143) und »Trauer« (195), auch um die Opfer des Klassengegners.

Das ist eine der Geschichten, die das Buch »erzählt« (62). Eine Fülle weiterer »Einfälle« (zu diesem Konzept vgl. 160ff.) begleiten diese, stehen daneben, quer, dagegen. Dazu bekommt man eine Art patchwork verschiedenster Textsorten. Neben Thesen und Referat Prosastücke (von Robert Walser), Gedichtinterpretationen (Fritz Schwegler, Heine, Pessoa), Wörterbuchauszüge (Etymologie, Synonyma und Gegenwörter zu Sinn). Ein Wechselspiel von Positionen und Oppositionen (»Merke: Es ist alles nur eine Frage der Perspektive« 124), meist affirmativ vorgetragen (»Leben ist Kampf ums Dasein«, 15), macht dabei den Inhalt zur Form: der Bedeutungsprozeß scheint immer wieder unterbrochen zu werden. Daneben erschwert die spekulative Produktionsweise des Textes die Lektüre: Sinn, Bedeutung, Leben, Mangel, Bedrohung geistern meist als Subjekte herum, auf wirkliche (gesellschaftlich-geschichtliche) Subjekte wird kaum Bezug genommen. Bedeutet Bedeuten für oben und unten eigentlich dasselbe? Aus dem Versuch einer »kritischen Theorie« von Sinn und Bedeutung, die eine Kritik der instrumentellen Vernunft mit neueren Ideologie- bzw. Diskurstheorien und Elementen postmoderner Lebensphilosophie zusammenbringt, wird ein Theorieverschnitt, weil die Vereinbarkeit der Theoreme kaum diskutiert und nicht am Material bewährt wird: Nietzsche (»ewiges Werden und Vergehen«) in der second hand Ausführung Baudrillards (Leben und Tod), orientiert durch Adorno und den frühen Benjamin (Versöhnung), Althusser (das Imaginäre), angereichert mit Laclau (Diskurs, Artikulation, Differenz), ergänzt durch M. Jäger (Spaltung), in eine »heilende« Perspektive gerückt, für die die Psychoanalyse das Modell liefert (149ff.).

Der Fülle an Einfällen korrespondiert ein Mangel an Begriffsarbeit. Schon die beiden Titelbegriffe verschwimmen. Sinn »produziert Einordnungen und Bewertungen« (42), dasselbe tut die Bedeutung (117). Dann wird einmal »Sinn«, sozusagen historisch-genetisch, an »spezifische Verhältnisse« (14) geknüpft, ein andermal omnihistorisch als »Zwangsstruktur, wie die Sprache« (ebd.) gefaßt. Diese Ungereimtheit verweist auf ein sachliches Problem; das in einem schönen Adorno-Zitat anklingt (»Leben, das Sinn hätte, fragte nicht danach«, zit. 83), ohne daß es thematisch würde: die Unterscheidung zwischen Sinn als Qualität (nicht entfremdeter gesellschaftlicher Verhältnisse) und als aparter ideologischer Form. Hätte von hierher der Versuch einer »kritischen Theorie« von Sinn und Bedeutung nicht zuerst einmal die Problemdimensionen auseinanderzugliedern und -zuhalten? Die *Gliederung* des Sozialen liefert doch die Matrix, das *Artikulationsnetz* für die Bedeutungsprozesse.

Zu fragen wäre, ob dabei nicht unterschiedliche 'Grammatiken' je nach den Verhältnissen: den Natur-, Geschlechter-, Produktions-, Macht- und Marktverhältnissen usw. am Werk sind? Zugleich wären die verschiedenen ideologischen und anderen ideellen Formen entfremdeter Vergesellschaftung zu unterscheiden, Moralforn, Philosophieform, auch der Warenfetischismus etc. Möglicherweise ergäbe sich dann durchaus, daß »Sinn« sozusagen die Form der Formen entfremdeter ideeller Vergesellschaftung bildet.

Lange jedoch liefert keine Form(en)analyse, sondern reduziert alles apriori auf das *Eine* der »Mangelartikulation«. Dabei geht er auf dem eingeschlagenen Weg nicht weit genug. Mangel wird zwar zu Recht nicht von den (fehlenden) Ressourcen her, sondern als »Zustand, in dem etwas Benötigtes nicht mehr zugänglich bzw. herstellbar ist« (88), bestimmt. Das »zum Überleben Nötige dürfte — bis auf Ausnahmefälle — immer vorhanden sein« (65), insofern »existiert kein Mangel, er ist artikuliert« (20). Wenn etwas fehlt, ist der Fehler in der Regelung des Zugangs zu den Ressourcen und beim Stand der Produktivkräfte zu suchen. Trotzdem geht Lange nun gerade nicht zur Analyse der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte und der einzelgesellschaftlichen wie globalen Zugangsregelung zu den Ressourcen weiter. Das verhindert sein Artikulationsbegriff, der ganz im Bann des von ihm Negierten, der »deterministischen Erklärung« (wie in der »marxistischen Tradition«, 74) steht: »Artikulation und Diskurse sind ... nicht determiniert, sondern entstehen auf Grund freier Wahl und Entscheidung.« (22) Demnach wäre der Mangeldiskurs, der aus dem »Mangel« (i.o.S.) »entsteht« (88) und immerhin als konstitutiv für Herrschaft erklärt wird (17), jederzeit frei abwählbar!? Der zunächst negativ bestimmte Begriff (artikuliert = »nicht als notwendige Form von einem Kontext verlangt«, Laclau, zit. ebd.) wird auf diese Weise positiv gewendet zur puren liberalistischen Ideologie.

Mit dieser koexistiert andererseits durchaus ein gewisser Totalitarismus, nach dem wir »in einer Zeit, in der die Bedeutung total geworden ist« (120), leben. Hier muß kritische Theorie schwach werden — erst recht angesichts der ökologischen Katastrophe, von der die vorliegende Kritik ihren einzigen Kredit erhält und den sie durch ihr Absehen von den Produktionsverhältnissen verspielt. Thomas Weber (Berlin)

Türcke, Christoph: Der tolle Mensch. Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (br., 176 S., 14,80 DM)

Der Rang dieses Buches, das man vermutlich einmal zu den bedeutenden Leistungen der Nietzsche-Forschung zählen wird, ist vorab auch stilistisch begründet: Die Fähigkeit zu lakonischer, oft paradoxer Zuspitzung und Verdichtung; eine argumentative Beweglichkeit, die sich Nietzsches angebliche Opposition zur Dialektik nicht aufreden läßt; ein präzises Darstellungsvermögen, das am derzeit so beliebten »fröhlichen geistigen Aufstoßen« kein letztes Vergnügen findet; schließlich ein sarkastisches Temperament, das in ein paar Sätzen ganze modische Diskurse abfeiern kann (nach der bekannten Empfehlung Max Webers ist fast das Wichtigste in den Anmerkungen zu finden) — das alles macht diesen Groß-Essay zu einer ebenso fordernden wie faszinierenden Lektüre. Und anders als beim verbalen Schleier der Maya mancher geistiger Konjunkturritter ist hier der Stil wieder die Sache selber. Die Sache aber ist Nietzsches »Vernunftpassion« — verstanden als das Leiden an der Vernunft und als Leidenschaft für sie.

Soll heißen: Nietzsche — das ist eine Dechiffrierkunst, eine Psychodiagnostik, eine Sprach- und Ideologiekritik, die das Unvernünftige an und in der Vernunft entlarvt: ihren als Logik, als Identitätsprinzip, als Auslegung und Wertung aller Werte getarnten Willen zur Macht; ihre noch im krassesten Szientismus verborgene Meta-

physik; vor allem ihren Logozentrismus, der die paradox vernunftgemäße Form des Vorurteils ist. Türcke exemplifiziert diesen Logozentrismus, der sich verbindet mit einem hartnäckigen Geo- und Egozentrismus, an jenem Text, den er für den zentralen, alle divergierenden Werk- und Lebensperspektiven zusammenfassenden Text Nietzsches hält: dem berühmten 125. Stück der »Fröhlichen Wissenschaft«. Das Gelächter, das der »tolle Mensch« dort mit seiner neuen unfrohen Botschaft »Gott ist tot! Gott bleibt tot!« erregt, ist für Türcke das einer pseudosouveränen, pseudoaufgeklärten Vernunft, die überhaupt noch nicht begriffen hat, was mit dieser negativen Verkündigung geschehen ist: daß nämlich der Garant aller bisherigen Sinngebungen, der Grund aller Ordnungen hinfällig geworden ist. Das ist freilich nicht der ganze Nietzsche, wie Türcke wohl weiß — an anderer Stelle hat er den Befreiungscharakter des Gottestodes erheblich stärker betont. Trotzdem markiert das »Dysangelium« des »tollen Menschen« zweifellos einen schweren Zusammenbruch; Türcke nennt ihn — nicht ganz glücklich — den »ptolemäischen Skandal«. Und er sucht diejenigen, die seiner noch nicht inne geworden sind, mit einem etwas extensiven Gebrauch des »Vernunft«-Begriffs sowohl unter den Wissenschaftlern wie unter den Gläubigen jeder Provenienz, unter Liberalen und Sozialisten, Heiligen und Schauspielern, Missionaren und Agitatoren, Priestern und Demagogen auf. Der »tolle Mensch« aber entpuppt sich auf dieser Folie als die Extremgestalt einer radikalisierten, von der Geo-, Ego- und Logozentrik »entfesselten« Vernunft, die sich gegen sich selber wendet. Eben deswegen droht ihm — und Nietzsche, dessen Biographie Türcke zufolge hier, und nicht in der Syphilis, ihre Bruchstelle hat — der Wahnsinn: Wo jeder Halt hinfällig ist, gibt es auch kein Halten mehr. Neue Schutzwälle müssen her, die im »Willen zur Macht«, der »ewigen Wiederkehr« und dem »Übermenschen« gefunden werden: »Toller Mensch oder Übermensch — das ist hier die Frage«. Türcke gelingt es plausibler als den meisten anderen Interpreten, den inneren Zusammenhang dieser Nietzscheschen Trinität herzustellen. Bei Licht besehen, entpuppen sich aber auch diese Schutzwälle als denkerisch-voluntaristische Gewaltakte. Und der toll werdende Geist Nietzsches verliert sich im Dunkel kosmischer Nacht.

Insofern aber der Interpret mit der menschlichen Gattung noch diesem Ende zu entgehen hofft, setzt er auf eine Vernunft, die aller unwiderruflichen Dezentrierung und Depotenziierung zum Trotz nicht in Selbstzerstörung untergeht. Dabei freilich kommt auch er nicht ohne symptomatische Hilfskonstruktionen aus: Eine davon ist die Zuflucht zu einer Ethik, die die Welt, den Menschen, die Gesellschaft, so ordnet, *als ob* sie im Mittelpunkt eines geo- und logozentrischen und wohl auch teleologischen Entwurfes stünde. Den zweiten Ausweg bietet für Türcke, bei dem sich die Vernunftpassion hier wie überall gerne mit den Motiven einer »negativen Theologie« amalgamiert, eine ebenso frappante wie eigenwillige jesuanische Auslegung des Gottestodes: Der Gott, der in Tat und Wahrheit, ohne Auferstehungsvorbehalt, am Kreuz stirbt — so die unerhörte Konvergenz von Nietzsches religiösem Erbe mit dem inständigen Atheismus des »tollen Menschen«, von »freiem Geist« und »Idiot«, »Dionysos« und »dem Gekreuzigten« —, ist als Verkünder einer uneingeschränkten Feindesliebe und nichteschatologischer Seligpreisungen zugleich der, für den es keine Gegensätze, keine Exklusionen, keine Vertagungen, kein »Widerstehen-dem-Bösen«, keine Zentren und keine Exzentriken mehr gibt. Am nichtspekulativen Karfreitag realisiert der Tod Gottes die Erlösung *von* der Erlösung. Aber natürlich ist es die Frage, ob man dieser kühnen Deutung folgen will. Die Gläubigen werden an der Auferstehung — Erlösung *für* die Erlösung — festhalten wollen. Ein weniger inständiger Atheismus dagegen wird auch andere Motive für sein humanes Credo finden.

Ludger Lütkehaus (Buchenbach)

Rorty, Richard: Kontingenz, Ironie und Solidarität. Aus dem Amerikanischen von Christa Krüger. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (324 S., Ln., 54,- DM)

Parallel zum Zerfall linker politischer Hoffnungen hat die Rationalitätsdiskussion der letzten zwei Jahrzehnte die Neigung zu einem Zynismus der sich als kraftlos empfindenden Vernunft entstehen und wachsen lassen. Dieser Tendenz stellt sich Rorty als »liberaler Ironiker« entgegen. Dabei wird der Liberale durch die Ansicht definiert, daß Grausamkeit das Schlimmste ist, was wir tun können, während der Ironiker der Tatsache ins Gesicht sieht, daß seine zentralen Überzeugungen und Bedürfnisse kontingent sind. Rorty will eine »liberale Utopie« (15) entwerfen, ohne auf Behauptungen über eine zeitlose Natur des Menschen zu rekurrieren, d.h. ohne eine Theorie zu entwickeln, in der der private Bereich der Selbstverwirklichung mit der öffentlichen Thematik der Gerechtigkeit argumentativ verbunden würde. Rortys Vorschlag beruht auf einer Wendung gegen die Theorie, die zur Beschreibung aller Dinge in einem einzigen Vokabular tendiert, und hin zur Erzählung, die in einem Prozeß fortwährender Neubeschreibungen die Sensibilität für andersartige Menschen steigert; so wird Solidarität nicht theoretisch entdeckt (aus der »Natur des Menschen« deduziert), sondern literarisch geschaffen.

In seinem Buch »Der Spiegel der Natur: eine Kritik der Philosophie« hatte Rorty — ausgehend von neueren Entwicklungen in der analytischen Philosophie — die Erkenntnistheorie als eine mögliche Disziplin verabschiedet, weil nicht Aussagen, sondern Metaphern unser philosophisches Denken dominieren. Als Konsequenz aus der Selbstkritik der Vernunft stellt Rorty nun im vorliegenden Buch einen philosophischen Neubau vor, der auf radikal veränderten Grundlagen beruht. Die Begabung, anders zu sprechen, und nicht die Begabung, gut zu argumentieren, ist das Hauptinstrument kulturellen Wandels (28). Der Philosoph, der sich eher als Helfer der Dichter denn als Helfer der Naturwissenschaftler versteht, muß den Eindruck vermeiden, seine Art Philosophie entspreche der Weise, wie die Dinge wirklich sind (28). Vielmehr ist »alles, unsere Sprache, unser Bewußtsein, unsere Gemeinschaft«, ein »Produkt von Zeit und Zufall« (50). Indem Rorty von »Kontingenz« statt von »Geschichtlichkeit« spricht, verzichtet er auf die Möglichkeit, die Selbstkritik der Vernunft in eine historisch-theoretische Perspektive zu integrieren: Auch wenn die Standards für Rationalität und Normativität historischen Wandlungen unterliegen, können sich diese Wandlungen ja durchaus in einer Gesellschaftstheorie (die freilich kein anthropologisches Fundament haben dürfte) selber noch erklären lassen. Da Rorty diesen Weg nicht gehen möchte, entsteht das Grundproblem seines Buches, nämlich wie man gleichzeitig Liberaler und Ironiker sein könne (320). In einer kursorischen Auseinandersetzung mit Proust, Nietzsche, Heidegger und Derrida versucht er zu zeigen, daß sich die ironistische Theorie privatisieren läßt, so daß sie keine Gefahr für den politischen Liberalismus darstellt. Für das Handeln des Individuums können Liberalismus und Ironismus durch die Grundvoraussetzung des Buchs (306) vereinbart werden, daß auch eine als kontingent erkannte Überzeugung das Handeln leiten und es wert sein kann, daß man für sie das Leben läßt. Für die Gesellschaft als Ganzes gelingt die Synthese jedoch nur durch eine Konsequenz, die den schwachen Punkt von Rortys Argumentation markiert: Er definiert diejenige Gesellschaft als liberal, die das Resultat des Meinungsstreits als Wahrheit bezeichnet (96, 120). Würde Rorty hier an seiner inhaltlichen Bestimmung des Liberalismus als Sinn für Solidarität und Empörung gegen Grausamkeit festhalten, so müßte er sich auf eine soziale Analyse der strukturellen Bedingungen des Meinungsstreits einlassen. Wie es scheint (144f.), hält er eine solche Analyse erst post festum für erforderlich: Die Weimarer Republik war demnach keine »wirklich« liberale Gesellschaft.

Der Hinweis darauf, daß Rorty die Relevanz sozialer Analyse für seine Thematik nicht sieht, erübrigt jedoch keineswegs die Auseinandersetzung mit seinen Fragestellungen, das anregende und lesenswerte Buch läßt keinen Zweifel daran, daß die Probleme des Ironismus nicht dadurch verschwinden, daß man sie ignoriert oder es vermeidet, sich als Liberaler zu verstehen. Herbert Breger (Hannover)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Cornel, Hajo, und Volkhard Knigge (Hrsg.): Das neue Interesse an der Kultur. Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Dokumentationen 34, Hagen 1990 (382 S., br., 25,- DM)

Mit programmatischem Titel hat eine Tagung der Kulturpolitischen Gesellschaft im November 1988 die neue Blüte der Kulturpolitik zu analysieren aufgefordert. Jetzt ist eine Dokumentation dieser Tagung erschienen. Die widerspruchsvollen Interessen an instrumentalisierbarem Sekundärnutzen von Kultur und Künsten als Faktor der Imageproduktion und Umwegrentabilität und als dynamischem Wirtschaftszweig stoßen auf das Interesse an den Künsten als Element gesellschaftlicher Selbstreflexion in »kulturellen Öffentlichkeiten« und auf die neuartigen Ansprüche an Lebensqualität bei prosperierenden Lebensstil-Gruppen. Die »Unterfütterung« der Modernisierung durch »kulturelle Kompetenz« (15, Vorwort) ist Bedürfnis geworden. Stichworte wie Kompensation und Inszenierung beherrschen die Diskussion, Frankfurt und Berlin sind allgegenwärtige Beispiele in dieser Konferenz. Es begegnen sich Künste (z.B. Fotos von *Achim Könnekes* »Bausatz Baum«, einem in seine leblosen Einzelteile zerlegten Baum), ästhetische Praxen in der öffentlichen Kulturpolitik (Kinderkultur aus München, Kunst im öffentlichen Raum aus Bremen), kulturkritische Reflexion (*Michael Schneiders* Polemik gegen die »kulturelle Verschleiß- und Wegwerfgesellschaft« und *Dorothee Sölles* Kritik an kultureller Prestige-Produktion und Brot-und-Spiele-Politik), ferner Politik und kulturtheoretische Reflexion.

Für die Begegnung zwischen Kultur und Politik mag *Alexander Gauland*, Hessischer Staatssekretär (CDU), stehen. Seine These lautet: »Die Kunst ist heute an den Rand der Gesellschaft geraten. Darüber können auch Betrieb und finanzielle Aufwendungen nicht hinwegtäuschen. Die Domkuppel des Brunelleschi und das Elisabethanische Theater waren noch die Sache aller, doch selbst ein Genie wie Picasso erreicht im Verhältnis dazu nur wenige« (64). Das hängt freilich von der Perspektive ab. Für die Ketzerbewegungen des Mittelalters, für rebellierende Zünfte der Renaissance hatten die ästhetischen Symbole der Herrschenden sicher nicht das gleiche Gewicht. Und daß Picasso mit »Guernica« oder seiner Friedenstaube nicht nur »wenige« erreicht hat, könnte selbst jemandem, der die »neuen sozialen Bewegungen« nur als Zaungast oder als Wahrer der Ordnung vom Rande her beobachtet hat, klar geworden sein. Gauland bestätigt zwar das Eigenrecht der Künste, bezieht sie aber dann doch wieder in die Akzeptanzproduktion ein: Auch die dezentral gesteuerte Gesellschaft muß sich »eine zentrale Instanz ... bewahren, die gesamtgesellschaftliche Ziele formuliert. (...) Hier liegt — vielleicht — eine Aufgabe der Kunst wie übrigens auch der Politik, Symbole zu finden, die das utopische Potential bewahren und die, über eine intelligente Steuerung hinaus, Ziele formulieren, für die zu leben es sich lohnt« (ebd.). Wer aber nicht in dem hier und jetzt konstituierten Kunstprozeß diese Fähigkeit der Künste sehen will, dem kann solche Symbolbildung in der Zukunft höchstens manipulativ gelingen.

Begegnungen zwischen Kulturpraxis und Wissenschaft verschiedener Disziplinen waren nicht minder interessant. Universitätspräsident *Michael Daxner* fordert sie und findet sie gefährdet durch eine Hochschulpolitik, welche die Geisteswissenschaften dem ökonomischen Kalkül unterwerfen will (39f.). Der Oldenburger Psychologe *Peter Gottwald* sieht in Eriksons Identitätskonzept und Gernot Böhmes »soveränem Menschen« (165) interessante Ansätze für die Kulturpolitik, *Thomas Leithäuser* findet diesen Anschluß mit seiner Interpretation des »homo faber« und der autoritären Persönlichkeit nicht. Der Informatiker *Klaus Haefner* (Bremen) interpretiert angesichts der neuen »informationellen Umwelt« (254) Technik als »neue Natur« und fordert eine neue Sicht der Dinge in einer »neuen Phase der Evolution«. *Gerda Freise*, sich schwerpunktmäßig auseinandersetzend mit dem, was das Projekt der Genom-Analyse des Menschen über den Zustand und die Wertpräferenzen unserer Kultur aussagt, wirft Haefner vor, daß er seinen »'Homo-sapiens-informaticus' ... darauf reduziert, sich frag- und willenlos an die ständig weiter perfektionierten technischen Systeme anzupassen.« (260)

Rudolf Burger verteidigt die Aufklärung mit ihrer Dialektik gegen ihre Kritiker. Es »schafft schon der Mythos eine manipulative Distanz zur Welt und enthält damit ein Potential von Freiheit« (49), sagt er im Anschluß an Adorno und Horkheimer. Gewiß, auch die Aufklärung schlägt in Mythologie zurück (49), und: »Das System der deduktiven Logik ist die rationalisierte Form der Genealogie« (50). Aber Burger bleibt *nicht* stehen beim Weg vom Mythos zum Logos und zurück, denn das würde bedeuten, die *Dialektik* der Aufklärung abzubrechen; »die bestimmte Kritik schlägt um in allgemeine und mündet in abstrakte Negation« (51) — z.B. in der Selbstverleugnung der Vernunft durch die modernen Intellektuellen. Bei ihnen »mythelt« es allenthalben, und der »Wille zum Mythos« paart sich mit der Suche nach dem »Billig-sinn« (ebd.). Burger beharrt mit Adorno und Horkheimer darauf: Die »Selbstkritik der Aufklärung ist nicht ihr Widerruf« (52). *Wolfgang Welsch* fordert zu einer positiven Nutzung des Kulturbooms in seinen ganzen Widersprüchen auf. Konstitutiv ist dabei die Essenz der Postmoderne: »radikale Pluralität ohne letzten Boden und Überregel« (78). Global- und Generalstrategien haben ausgesiedet. Daß dies ausgerechnet in einer Zeit geschieht, in der die Probleme (Klima, Ressourcen usw.) globalen Charakter annehmen — es wird von Welsch nicht thematisiert, scheint mir aber ein ausgesprochen fruchtbarer, produktiver Widerspruch zu sein: Wir müssen die globalen Probleme in einer Zeit in den Griff bekommen, in der universalistisch-totale Lösungen nicht einmal mehr gedacht werden können (und haben vielleicht, je mehr wir das Pluralitäts-Gebot beachten, umso eher eine echte Chance dazu: Wir können nicht warten, bis alle katholisch, kommunistisch oder sonst etwas sind ...). Daß aus dem kulturellen Sektor Infragestellungen von Basisdefinitionen möglich sein müssen, darin liegt ihre Aktualität: »Unveränderte Moderne würde uns ... blind in die Katastrophe führen« (87), die Kultur hat »orientierende Bedeutung und korrektive Aufgabe« (ebd.), leistet somit *mehr* als Kompensation von »Belastungen des Zivilisationsprozesses« wie bei dem viel kritisierten Odo Marquard.

Walter Siebel geht der scheinbaren Paradoxie des durch Soziologen konstatierten *Verfalls* der Stadtkultur und ihrer politischen *Lebendigkeit* nach. Real findet Ausstattung der »Stadtkrone« für die »konsumaufwendigen Lebensstile« (134) der oberen Mittelschichten (eine »Umverteilung zugunsten der Bessergestellten«) (134f.) statt. Urbanität wird reduziert auf Vielfalt. So wie Marketingstrategien etwa von BMW »die Ware zusammen mit einem Bild vom richtigen Leben verkaufen« (139), so agiert auch die Stadt mit ihren Inszenierungen, die »offensichtlich eine identitätsstiftende Wirkung über den Kreis ihrer unmittelbaren Nutznießer hinaus« entwickeln (ebd.).

Das Prägen von Lebensweisen findet in Konzernen wie in Städten (140) statt — und dies in einer Situation, in der sozialökologisch diese Lebensweisen sich in deutlichen Krisen befinden. In dieser Situation fragt Siebel nach einem kritischen Konzept von Kultur, das über die Kritik von Aufklärung und Funktionalismus (140f.) wieder zurückfindet zu »emanzipatorischen« Ansätzen urbaner Kultur. Er findet solche in neuen Ansprüchen an Lebensqualität wie Einheit des Alltags und neuen Formen des Luxus: »Zeit und Raum zu haben, ohne Hunger leiden zu müssen, sind Inbegriff von Luxus« (143). Kultur spielt dabei eine besondere Rolle: »Wo anders als in der kulturellen Dimension sind jene Interessen noch zu formulieren, an die eine Politik der Umverteilung von Arbeit und Einkommen positiv auch bei jenen anknüpfen könnte, die im materiellen Bereich negativ von solcher Umverteilung betroffen wären? Anders gesagt: Es hat den Anschein, als ließen sich nur in der kulturellen Dimension eines anderen Bildes vom richtigen Leben verallgemeinerbare Interessen formulieren, auf die hin sich marginalisierte und sozial integrierte Gruppen zu einer Majorität organisieren könnten.« (Ebd.)

Thomas Ziehe (149f.) versucht anstelle eines orthodoxen ideologiekritischen Rigorismus subjektorientiert »Modernitätszugewinne« als Lebensqualitätszugewinne zu begreifen, und zwar aus den »Sinndeutungen und Binnenhorizonten handelnder Subjekte« (150) — das ist sicher wichtig, damit können aber weder Inhalte und Folgen noch das Zustandekommen dieser Binnenhorizonte dem Diskurs entzogen werden, und es steckt in ihnen nicht nur Sehnsucht, sondern auch die Rücksichtslosigkeit der Prosperitätsgesellschaft. Rüdiger Hillgärtner schließlich setzt sich noch einmal mit den Kompensationstheoretikern auseinander, bei denen »Modernisierung« als gleichsam »natürlicher« Vorgang abläuft, auf den Kultur keinen Einfluß hat, sondern nur kompensierend mit verschiedenen narrativen Gattungen ohne Ausschließlichkeitsansprüche antwortet. Auch er sieht das Kulturelle angemessener und gewichtiger als »Frühwarnsystem« (367). Hajo Cornel sucht nach den »Endmoränen der sozialliberalen Demokratisierungspostulate« (115), Walter Siebel knüpft an sie an, und der Westberliner Planungsreferent Bernhard Schneider affirmiert die Instrumentalisierung des »Rohstoff Kultur«: »Die kommunikativen Funktionszusammenhänge der Städte sind tatsächlich zu ihrer Funktionsbasis geworden« (117).

Dieter Kramer (Frankfurt/M.)

Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): Zeltphänomen Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung. Klartext-Verlag, Essen 1990 (301 S., br., 29,80 DM)

Über das Museum als urbanen Erlebnisraum, als Schmuckstück kulturbeflissener Stadtpolitiker und als Lernort wurde schon viel gesagt. Der Begriff der »Musealisierung« verweist jedoch auf eine veränderte Wahrnehmung von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Musealisierung ist nicht die Sammlung und Ausstellung von Objekten. Sie ist vielmehr die Objektivation von Vorstellungsweisen. Musealisierung ist ein immaterieller Akt.

Insofern ist die grassierende Museophilie Ausdruck eines Verständnisses von Kultur, das Dietmar Kamper dunkel als »Theater der Erinnerung« oder Bazon Brock eher frohgemut als »Aufschub des Ernstfalls um jeden Preis« beschreiben. Zweifellos recht hat jedenfalls der Kompensationschampion Hermann Lübke mit seiner emphatischen Behauptung, die Musealisierung unserer kulturellen Umwelt habe ein beispielloses Ausmaß angenommen. Nichts vermag der Musealisierung zu entgegen: Keine Lampe aus den fünfziger Jahren, keine Rasierklinge, die vor zehn Jahren ein Punk-Ohr zierte, kein Reiseprospekt und kein Nierentischchen. Die Moderne

wird zum universalen Museum stilisiert. Der ostfriesische Otto kontert in Emden Henri Nannens elitären Kunsttempel mit einem Museum seiner Lebensgeschichte: Es darf gelacht werden.

Tradition, alle Beiträge demonstrieren dies, wird zunehmend hergestellt. Ein Beispiel für diese — so Gottfried Korff — »Popularisierung des Musealen und Musealisierung des Populären« ist Konrad Adenauers Mercedes aus den fünfziger Jahren. Nachdem die Staatskarosse 1959 aus dem Fuhrpark des Palais Schaumburg ausgemustert worden war, übernahm sie — sicher kostengünstig — ein ergebener Untergebener. Später verhörkte der Mann das Gefährt an einen amerikanischen Sammler, kürzlich erwarb das »Haus der Geschichte« in Bonn eben dasselbe Exponat. »In diesem Musealisierungsprozeß entstehen Mehrwerte. Aber Tradition?« (25)

Die Erfahrung der Gegenstände in ihrer materialen und historischen Besonderheit genügt nicht mehr: Orte und Objekte müssen gleichsam symbolisch aufgeladen werden. Für eine Analyse der Museumseuphorie oder des Museumsfiebers ist das wichtig. Jeder Bürgermeister wünscht sich inzwischen für seine Annalen die Gründung mindestens eines Museums. Im Jahre 1969 verzeichnete die Bundesrepublik 673 Museen, 1988 waren es nicht weniger als 2400. 1987 besuchten nach Erhebungen des Instituts für Museumskunde in Berlin 66,34 Millionen Menschen Museen; eine imposante Zahl — für jede Festrede geeignet. Von 1100 Gemeinden in Baden-Württemberg verfügen 1000 über ein Museum; für die verbleibenden 100 Ortschaften besteht kein Anlaß zur Mutlosigkeit, allerdings sollten sie sich spüten. Bald könnten einige Kritiker der »Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben« Gehör finden. Auch politische Prioritäten sind schließlich nicht sakrosankt.

Karl Markus Michel hat den Museumsrausch und den Drang zur »symbolischen Ortsbesetzung« als »Topolatrie« bezeichnet. Sie entspricht der Idolatrie, dem Bilderdienst. Innenstädte geraten im Zuge ihrer Musealisierung zu Stellflächen für Gedenktafeln und Inschriften, die Erinnerung geradezu blockieren. Wenn die Schublade öffentlich entleert wird, verliert sie ihre von Roland Barthes einst beschworene Magie. Die Gefahr der Musealisierung von Gegenwart und Geschichte besteht im Tilgen ihrer Dialektik, indem alles ausstellungswürdig ist, gerät eine vergangene Zukunft nicht einmal in den Blick. Musealisierung als Prozeß hätte gerade die Sinne für die Verschränkung der Zeitdimensionen zu schärfen. So bleibt der Kampf gegen das Verschwinden als »Theater der Erinnerung« (Dietmar Kamper). Die Inszenierung des Vergangenen aber ist, und darauf kommt es an, seine Neuschöpfung; Musealisierung hieße die Durchbrechung des Wiederholungszwangs, der sich im Recycling von Objekten veräußert. Erst das Aufspüren der gegenwärtigen Vergangenheit unterbräche den erinnerungstötenden Kreislauf, der gegen die Gegenwart immunisiert. »Wiederholung des Toten löscht Erinnerung«, heißt es bei Kamper. Das Museum wird dann ein »Ort des Vergessens« (Michael Fehr). Musealisierung könnte die Mobilisierung versteinerner Wahrnehmungspotentiale sein, in einer kryptischen Formulierung Dietmar Kampers: »Die Phantasie ist die Wunde, das Gedächtnis die Narbe am Körper der Menschheit: Erinnerung wäre dann die mit Phantasie betriebene Entschlüsselung einer Narbenschrift.« (212) Ein Museum etwa zur Geschichte der Moderne hätte sich nicht auf technische Entwicklungen zu konzentrieren, sondern müßte zum Verstehen des Prozesses der Industrialisierung unserer Gegenwart verhelfen. Nur so kann verhindert werden, was Umberto Eco befürchtete: »Die Postmoderne schafft Musealisierung der Moderne, oder sie wird geboren, wenn die Moderne bereits zum Museum geworden ist.«

Die meisten Autorinnen und Autoren dieses ideenreichen Buches stimmen wohl mit Joseph Beuys überein, der sich das Museum als Laboratorium und »Ort der

permanenten Konferenz« wünschte. Im Prozeß der Aneignung von Geschichte könnte es gelingen, Musealisierung als permanente Selbstkritik der Gegenwart zu betreiben.

Felix Semmelroth (Frankfurt/M.)

Heinze, Thomas: Medienanalyse. Ansätze zur Kultur- und Gesellschaftskritik. Westdeutscher Verlag, Opladen 1989 (256 S., br., 27,80 DM)

Für die Beschreibung der gegenwärtigen Entwicklungen im Medienbereich fehlt es nicht an dramatischen und geradezu beängstigenden Szenarien. Nach diesen befinden wir uns auf dem Weg in die »totale Fernsehgesellschaft« (7), begleitet von einer »Verödung der kommunikativen Kapazitäten« (8), einer »Verarmung der Sprache, des Gefühlslebens, der Kreativität und Phantasietätigkeit« (9) bis hin zu einer Manipulation der »menschlichen Gehirnaktivität«, indem die »Weltsicht und Problemverarbeitung von der logisch-rational arbeitenden Hälfte des Gehirns zur intuitiv-assoziativen« (10) verlagert wird — die »neuen Medien« als »totales Phänomen, das den ganzen Menschen erfaßt und seine Persönlichkeitsstruktur, seine Lebensumstände« (8) verändert. Solchermaßen eingestimmt weist der Autor auf die Dringlichkeit der Entwicklung sozialwissenschaftlicher Phantasie für die Technologie von heute und morgen« (12) hin und empfiehlt die Auseinandersetzung zum einen mit den »Kritischen Theorien über die gesellschaftspolitischen Funktionen von Massenmedien«, zum anderen mit den »Kritischen Theorien und (qualitativen) Methoden zur Codierung und Decodierung von Produkten der Massenkultur«, und zum dritten mit einigen »(Fall-)Studien zur 'popular culture'«.

Den spannendsten Teil seines Literaturberichts bildet der erste Abschnitt zu den kritischen Medien- und Gesellschaftstheorien. Auf knapp 100 Seiten gelingt es ihm, verdichtet und präzise in die medientheoretisch relevanten Texte von Horkheimer/Adorno, Anders, Benjamin, Kracauer, Haug, Enzensberger, Marcuse und McLuhan einzuführen. Indem er die referierten Theorien ernst nimmt und sie gründlich und konsequent gerade auch auf die möglichen Anschlußstellen für die Analyse der aktuellen Situation im Medienbereich vorstellt, benötigt er keinen zwanghaft aktualisierenden, kritisierenden oder entschuldigenden Begleitkommentar. Die Relevanz der referierten Literatur liegt oftmals quasi auf der Hand — etwa bei Autoren wie Günther Anders und dessen fulminanter Analyse von der Veränderung der Beziehungen zwischen Subjekt und Welt durch den Einfluß der Massenmedien. Die Kapitel sind kleine Zitatfundgruben. Es fehlen jedoch einige wichtige Namen wie B. Brecht, L. Löwenthal, B. Balasz, G. Lukàcs, A. Kluge. Etwas unvermittelt schließt sich ein Exkurs über das »Theater im Zeitalter der Technologie« (127) an. Mit der Darstellung der Diskussionen und Auseinandersetzungen um die sozialen, politischen und kulturellen Funktionen des heutigen Theaters verfolgt der Autor offenbar den Zweck, exemplarisch einige Grundprobleme der Medienkultur anzureißen. Es wird beispielsweise analog zu dem Spannungsverhältnis zwischen Theater und Massenmedien auch die allgemeinere Frage nach dem Verhältnis zwischen »hoher« und »niedriger« Kultur, die Vermarktungsproblematik und die vielfach behauptete »Profanisierung des Theaters« (151) diskutiert. Die Notwendigkeit dieses Exkurses ist fragwürdig, denn der Bezug zu dem vorangegangenen Referat über die kritischen Medientheorien wird nicht hergestellt. Vieles bleibt deshalb wolkig und unausgeführt — so etwa, wenn Heinze resümiert: Das Theater könne versuchen, »praktisch ... in antagonistische Situationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit einzugreifen« (157).

Dagegen ist der anschließende Bericht über die kritischen Theorien und Methoden zur Analyse von massenkulturellen Produkten wiederum sehr konzentriert. Heinze rekapituliert u.a. einige grundlegende kommunikations- und zeichentheoretische

Modelle. Er führt in die Struktur der größeren deutschen Medienkonzerne ein und erläutert verschiedene Analysemethoden medialer Produkte — hier spezieller die Ansätze von Baacke, Bourdieu, Wember, Oevermann, Panofsky und Lenssen/Aufenanger. Trotz dieser Bandbreite und der Komplexität der einzelnen Arbeiten bleibt der Bericht anschaulich und durchaus auch anregend. Dasselbe gilt für die abschließende exemplarische Vorstellung diverser Fallstudien — z.B. zu den Fernsehserien *Denver* und *Dallas* oder der *Bild-Zeitung*. Erst seit den siebziger Jahren, so Heinze, spielen »empirische Untersuchungen, die sich konzeptionell und methodologisch der Kritischen Theorie verpflichtet fühlen ..., in der Kommunikations- und Fernsehforschung ... eine 'bescheidene' Rolle« (215). Vorherrschend waren bis dahin vor allem die »positivistischen und demoskopistischen Ansätze der Umfrageforschung« (215), die in den zwanziger und dreißiger Jahren in den USA entwickelt wurden.

Ulrich Schmid (Berlin)

Robes, Jochen: Die vergessene Theorie: Historischer Materialismus und gesellschaftliche Kommunikation. Silberburg-Verlag, Stuttgart 1990

(369 S., br., 55,- DM)

Robes geht es um die »Wiederaufnahme, Überprüfung und Eingrenzung« (20) kommunikationswissenschaftlicher Theorien, wie sie in den frühen siebziger Jahren in der Bundesrepublik entwickelt wurden — angetrieben durch die Studentenbewegung und artikuliert von Theoretikern wie Wulf D. Hund, Horst Holzer, Dieter Prokop, Dieter Baacke, Negt/Kluge u.a. Gerade im gegenwärtigen medienwissenschaftlichen Diskurs, dessen dominante Themen weniger die (ideologie-, sozialkritischen oder sozio-ökonomischen) Analysen der Medienprodukte, sondern die subjektiven Verarbeitungsweisen derselben sind, wäre eine Inspektion dieser Theorien vor allem im Blick auf die Analyse makrostruktureller und ökonomischer Bedingungen sehr wichtig. Voraussetzung ist jedoch ein Verhältnis zur Theoriegeschichte, das dem Benjaminschen Prinzip Rechnung trägt, die Geschichte zum »Gegenstand einer Konstruktion« ausgehend von »Jetztzeit« zu machen. Doch eine solche historische Methode fehlt der Dissertation. Dies begrenzt ihren Gebrauchswert auf eine systematische und durchaus weitgreifende (jedoch kaum einmal tiefgreifende) Darstellung, welche oftmals etwas unvermittelt, aufzählend und überdies redundant wirkt.

Dem Autor gelingt eine zusammenfassende Darstellung der weit verstreuten und bislang kaum bearbeiteten Felder materialistisch orientierter Kommunikationstheorien — vieles erscheint dabei hinreichend bekannt, anderes fast zu Recht vergessen. erinnert und referiert werden jedoch auch einige nach wie vor sehr erkenntnisreiche Arbeiten, etwa die von Negt/Kluge zu den Veränderungen der »proletarischen Öffentlichkeit« (1972), Holzers Analyse von »Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland« (1971) aus der Sicht der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus oder Dröges »Materialien zur Medienanalyse in der Bundesrepublik Deutschland« (1972). Auch seine näheren Ausführungen zu Kategorien wie »Tauschwert«, »Produktionsverhältnisse«, »Produktivkräfte« sind angebracht, da diese unverzichtbar sind für die Analyse des heutigen transnationalen Kapitalismus und dessen medialer Artefakte und Strukturen. Freilich müßten sie — das gilt vor allem für die häufig verwendeten Bezeichnungen »Ausdruck«, »Widerspiegelung«, »Ableitung« etc. — viel mehr darauf überprüft werden, ob und wie sie noch taugen für die Beschreibung kommunikativer und gesellschaftlicher Wirkungsprozesse.

Die enge Bindung der behandelten Texte an den politischen und kulturellen Kontext der siebziger Jahre macht eine sinnvolle Aktualisierung nur unter der Bedingung

möglich, daß einerseits permanent das historisch gewandelte sozio-kulturelle Beziehungsgefüge reflektiert wird und andererseits die gegenwärtigen Perspektiven, Notwendigkeiten und möglichen Verwendungsweisen zum Ausgangspunkt einer derartigen geschichtlichen (Re-)Konstruktion gemacht werden. Doch dies unternimmt der Autor nicht. Sein Versuch, die dargestellten Ansätze kritisch zu überprüfen und auszuwerten, findet explizit nur auf den letzten 30 Seiten statt. Etwas trotzig und aufgesetzt kommt er aber gegen Ende seines Buches zu der Auffassung, daß »die Medienentwicklung in der Bundesrepublik ... die wesentlichen Erkenntnisse materialistisch fundierter Analysen mehr als bestätigt« (300) hat. Dabei hebt er vier Arbeitsfelder heraus: Die »Politische Ökonomie«, die »Warenkunde der Nachricht«, Die »Produktivkrafttheorie« und die »Theorie des gesellschaftlichen Bewußtseins« (301f.). Die »aktuelle Umbruchperiode« (303) (zunehmende Internationalisierung und Monopolisierung sowie die sozio-kulturellen Effekte der sog. Neuen Informationstechnologien etc.) erfordere jedoch eine Weiterentwicklung dieser Erkenntnisse.

Ulrich Schmid (Berlin)

Soziologie

Lindner, Rolf: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (317 S., br., 38,- DM)

Das Buch weist die Genese der Chicagoer Großstadtforschung (deren Programm von R.E. Park in dem Aufsatz über »The City« 1915 veröffentlicht wurde) aus der Tradition der journalistischen Reportage nach: Es zeigt, daß eine Reihe von Konzepten, methodischen Orientierungen und Zügen des Forscherhabitus der Chicagoer Soziologie im Journalismus vor und nach der Jahrhundertwende vorgeprägt sind und eine bemerkenswerte Zahl von Untersuchungen (über den Hobo, das Ghetto, den Dieb, das organisierte Verbrechen etc.) in journalistischen Reportagen ihre Vorläufer haben. Journalismus als Proto-Soziologie: Lindner beschreibt das Entstehen eines neuen Journalistentypus gegen Ende des 19. Jahrhunderts, der (im Unterschied zum ungebildeten und regelmäßig betrunkenen Reporter alten Typs) College-Absolvent, rastlos auf der Suche nach Neuem, von einem unstillbaren Wirklichkeits- und Erfahrungshunger getrieben ist. Kulturelle Dissidenten, entfremdet ihrer bürgerlich-protestantischen Herkunftskultur, entwickeln diese Journalisten ein starkes Interesse an gesellschaftlichen Spannungen, Randständigkeiten, Problemlagen und -gebieten, ein geradezu ästhetisches Interesse an einer anderen Lebensweise als der gewohnten: »In der Metapher vom 'wirklichen Leben' meldet sich das Interesse an unverstellter Wirklichkeit an, das insofern ein romantisches Interesse ist, als dabei die eigene Sehnsucht, sich der Konvention zu entledigen, auf das Objekt der Anschauung projiziert wird.« (242) Lindner macht plausibel, daß diesen (vom Journalismus als Erfahrungsraum faszinierten) »Schatten-Soziologen« die Entwicklung zur akademischen empirischen Soziologie darum weitgehend versperrt war, weil diese bis zum Ersten Weltkrieg vorwiegend mit dem »social gospel« verklammert, d.h. christlich-moralisch geprägt und mit der Arbeit von Wohltätigkeitsorganisationen auf der Nachtseite der Gesellschaft verknüpft war. (In dieser Zeit waren in den USA mehr als ein Drittel aller Professoren, die Soziologie betrieben, von Haus aus Theologen.)

Durchbrochen wird die Sperre von R.E. Park, der nach jahrelanger Tätigkeit als Reporter und Redakteur an die Universität von Chicago berufen wird und der empirischen Soziologie eine Wendung gegen ihre Bindung an konventionelle Moral und die »damned do-gooders« gibt: »Das Infragestellen (klassen-)kultureller Selbstverständ-

lichkeiten (zu denen ja auch das Selbstverständnis als Benefiziant gehört), das Bestehen auf der Inaugenscheinnahme als Ausgangspunkt allen wirklichen Wissens über die soziale Wirklichkeit sowie die Betonung der Einnahme wechselnder Perspektiven, um ethnozentrische Verzerrungen zu vermeiden, dies alles trägt zur Herausbildung eines Bildes vom Soziologen bei, dem es nicht in erster Linie darum geht, herauszubekommen, was zu tun sei, sondern zu verstehen, was die Leute tatsächlich tun.« (133f.) Leben und Werk Parks stehen im Zentrum der Lindnerschen Arbeit. Was für die USA als Immigrationsland sozialbestimmend ist und was die neue Journalistengeneration um die Jahrhundertwende als Kulturbruch praktisch gelebt hat, hat Park im Konzept des »marginal man« auf den Begriff gebracht: Menschen im Grenzbereich zweier Kulturen, an denen sie teilhaben, ohne einer wirklich anzugehören. Daß der Boden des Selbstverständlichen und Gesicherten brüchig wird, ist eine kritische Erfahrung der psychischen und sozialen Desorientierung und der Möglichkeit zu kultureller Innovation zugleich. Im Vergleich mit den Konzepten des »Fremden« von Simmel und Schütz macht Lindner deutlich, wie sehr Randständigkeit gerade auch im Denken über Randständigkeit im Spiele ist: Reflexionsform des Grenzgängers zwischen den Schriftsteller- und Wissenschaftler-Kulturen: Lindner verschweigt nicht die Schwächen der Parkschen Soziologie: rasche Generalisierungen (68), begrifflicher Eklektizismus (86), methodische Hemdsärmeligkeit (116ff.), die freilich im Gegenzug überraschende Einsichten und Innovationen produzieren können und damit die bis heute nachwirkende Faszination dieses lebendigen und fruchtbaren Aufbruchs einer soziologischen Schule verständlich machen. Die Lektüre des Buches ist vergnüglich und belehrend zugleich: ein ausgezeichnet geschriebener Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte und zur Entwicklung des brüchig-attraktiven Verhältnisses von literarisch-publizistischer und sozialwissenschaftlicher Kultur.

Werner van Treeck (Kassel)

Eder, Klaus (Hrsg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (300 S., br., 22,- DM)

In diesem Band versuchen westdeutsche Sozialwissenschaftler Bourdieus Arbeiten in kritischer Auseinandersetzung zur Diskussion zu bringen. Für den Herausgeber Klaus Eder bietet Bourdieu mit seiner *Theorie der Praxis* eine Alternative jenseits des Gegensatzes von Systemtheorie und Handlungstheorie an. Thematisiert wird das Verhältnis von praktischer Tätigkeit und symbolischer Welt und zugleich die Reproduktion dieser Tätigkeit in einem gegebenen sozialen Kontext. Angesichts der Kritik Bourdieus am *Substanzdenken*, *Ökonomismus*, *Objektivismus* und *Intellektualismus* in der klassischen Klassenanalyse (Marx), stellt Eder eine dreifache Brechung der traditionellen Klassentheorie dar. Die erste Brechung hat mit der Trennung von Basis und Überbau zu tun und ist mit dem Versuch verbunden, »die berufsförmige Konstitution von Klassenlagen zum Schlüssel der Klassenstruktur moderner Gesellschaft zu machen« (16). Die zweite Brechung ist mit dem Problem der Reproduktion der objektiven Klassenlage verbunden. Bourdieu geht über die Bestimmung der »traditionellen Klassenanalyse« hinaus und abstrahiert von Bewußtseinskategorien. An deren Stelle setzt er den Begriff des Klassenhabitus. Nach Eder besteht die entscheidende Differenz zur klassischen Vorstellung eines klassenspezifischen Kollektivbewußtseins darin, daß es nicht mehr auf das Klassenbewußtsein ankommt, um die soziale Präsenz von Klassen anzuzeigen. Es kommt auf die kulturellen Codierungen eines Klassenhabitus an, der eher als Ausdruck eines kollektiven Klassenunbewußtseins denn eines kollektiven Klassenbewußtseins verstanden werden kann.

Die dritte Brechung, die methodologischer Art ist, besteht darin, den Diskurs über soziale Klassen selbst als einen Teil der Klassenrealität zu interpretieren (17). — Beate Kraus und Lutz Raphael versuchen, die methodische Strategie Bourdieus zu explizieren. Um die Bedeutung der theoretischen Modelle Bourdieus bzw. die Ergebnisse seiner empirischen Forschungen für Fragestellungen einer kritischen Politischen Soziologie in der BRD in Gang zu setzen, skizziert Raphael die Rezeptionsbedingungen der Bourdieuschen Konzepte von westdeutschen Wissenschaftlern seit den siebziger Jahren. Kraus beschäftigt sich mit einigen Schwierigkeiten, die bei der Rezeption Bourdieus auftauchen. Ihrer Meinung nach lassen sich einige Fragen nach der Konsistenz und nach theoretischen Unklarheiten genauer formulieren, wenn die theoretischen Konstruktionen Bourdieus im Kontext seiner empirischen Untersuchungen betrachtet werden. Sie geht exemplarisch auf zwei Probleme ein, nämlich auf die Frage nach der Bedeutung des Lebensstils für die Klassenzugehörigkeit und auf die Frage nach dem Umgang mit dem Bewußtsein/der Reflexivität der Subjekte im Rahmen des Habitus-Konzepts. Sie widmet sich den Untersuchungen über die »Fraktionen der herrschenden Klasse« in Frankreich. S. Hradil und Hans-Joachim Giegel beschäftigen sich mit der Programmatik der Klassenanalyse, besonders mit dem Begriff der »sozialen Klasse«. Hradil versucht, die soziologische Kulturtheorie Bourdieus zu überprüfen und schließt, daß Bourdieu ein »fast« hermetisch-geschlossenes System der Reproduktion von Klassenstrukturen herausgestellt hat. Giegel kritisiert an der Bourdieuschen Kulturtheorie, daß er die Erscheinungen der kulturellen Distinktion so gedeutet hat, »als würden sie in jedem Fall als funktionaler Mechanismus zur Stabilisierung der Distanz zwischen den unterschiedlichen Klassen dienen« (154). Am Beispiel der Lebensgeschichte von Vera S. stellt Giegel die Definition der gesellschaftlichen Stellung in Frage und versucht, die kleinbürgerliche *Distinktionsstrategie* und *Prätention*, wie sie von Bourdieu definiert werden, zu widerlegen. Er sieht die Diskrepanz zwischen dem empirischen Material und den entwickelten theoretischen Kategorien als problematisch an: »Es sind nicht die Daten selber, die die Interpretation steuern, diese dienen vielmehr nur dazu, die vorgeschaltete Theorie zu belegen« (156). — Max Miller und Ulf Mathiesen konzentrieren sich auf den Begriff des Habitus. Miller hebt den deterministischen Charakter der Bourdieuschen Habitus-theorie hervor. Bourdieu habe versucht, Habitus als sozialen Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Lage und gruppen- bzw. klassenspezifischen Wahrnehmungs- und Urteilsschemata, die den jeweiligen Lebensstilen zugrundeliegen, zu begreifen. Der Habitus tendiere zur Verstärkung und Stabilisierung von objektiven sozialen Strukturen. Miller behauptet, daß der Unterschied zwischen einer mechanistischen/deterministischen Theorie und dem Gesellschaftsmodell, das der Habitus verkörpert, darin liegt, daß »Kausalitäten nicht mehr als linear, sondern als kreisförmig bzw. als rückgekoppelt aufgefaßt werden, so daß objektive soziale Lagen, subjektive Bedürfnisse und Motive und kulturelle Selbstdeutungen ein geschlossenes System von Wirkungszusammenhängen bilden« (201). Mathiesen stellt ein »imaginäres Rendezvous zwischen Habituskonstruktion und Deutungsmusterrekonstruktion« dar und diskutiert das Verhältnis von Alltagstheorien, wissenschaftlichen Theorien und gegenstandsadäquaten Forschungsmethoden. Kritisiert werden u.a. die »Forcierungen« Bourdieus zwischen extrem kontrastiven Untersuchungsgegenständen (zwischen Kabylen und Pariser Großbourgeoisie, zwischen algerischem Subproletariat und adeligen französischen Bischöfen etc.). Klaus Eder vertritt in einem weiteren Beitrag die Meinung, daß die Arbeiterklasse ihre Zentralität für die Konstitution und Reproduktion der Sozialstruktur fortgeschrittener Industriegesellschaften verloren hat. Dadurch, daß die Klassenanalyse der

aktuellen Gesellschaft nicht mehr mit der Existenz einer mehr oder weniger homogenen Arbeiterklasse zu verknüpfen sei, sei die traditionelle Klassentheorie obsolet geworden. An Stelle der Arbeiterklasse werden die Mittelklassen zum Schlüssel des Verständnisses der Klassenstruktur fortgeschrittener Industriegesellschaften. — Insgesamt ist das Buch eine anregende Diskussionsgrundlage.

Arim Soares do Bem (Berlin)

Tjaden, Karl Hermann: Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1990 (298 S., br., 34,- DM)

Ziel des Buches ist es, begriffliches Erkennen gesellschaftlicher Arbeitszusammenhänge zu ermöglichen, die mehr oder weniger als Schaltstellen für die gemeinsame Ausführung, prozeßspezifische Regelung und zielorientierte Steuerung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur dienen bzw. dienen könnten. In drei Hauptteilen behandelt Tjaden das grundlegende Verhältnis menschlicher Lebewesen zur außermenschlichen Biosphäre, die weltmarktvermittelte, historische Aktualisierung der globalen Totalität der Biosphäre und die dadurch fraglich gewordene Stabilität des Systems Mensch-Biosphäre.

Grundlegend geht es um gesellschaftliche Arbeit in ihrer zeitlichen Bestimmung und räumlichen Verortung, um produktive Potentiale also. Produktivkraft der Arbeit wird als Charakteristikum der auch reproduktiven Gesamtarbeit einer Bevölkerung in ihrem praktischen Bezug auf die Naturausstattung ihres Wirtschaftsgebietes gefaßt. Technik- oder geldfetischistische Produktivitätsvorstellungen werden von hier aus ebenso entbehrlich wie der *deus ex machina* einer wissenschaftlich-technischen Revolution, der noch immer der Restauration gesellschaftlicher Verhältnisse Vorschub leistet.

Der *zweite* gesellschaftsgeschichtliche Hauptteil verzahnt Schritte in der Entwicklung der so gefaßten gesellschaftlichen Produktivkraft mit Fragen der Formierung von Gesellschaft. Dabei werden die wesentlichen Einschnitte in beiden Entwicklungslinien seit der Herausbildung gesellschaftlicher Arbeit der Menschen ebenso behandelt wie die periodische Kontinuität, zumal diejenige der ökonomischen Gesellschaftsformation in Klassengesellschaften. Der ökonomische Progreß der Klassengesellschaften wird von der altorientalischen (*»asiatischen«*) bis zur kapitalistischen Produktionsweise als zunehmend akzentuierte Produktion um der Produktion (eines Mehrprodukts) willen beschrieben. Hierbei werden Kurzformeln für die entsprechenden Kriterien produktiver Effektivität entwickelt. Die Beschränkungen dieser Kriterien führen zu einer Erörterung der Art und Weise, wie sich die Wirksamkeit menschlicher gegenüber der außermenschlichen Natur entwickelt hat. Es wird gezeigt, wie die systematische Abstraktion von den Erfordernissen gesellschaftlicher Reproduktion (u.a. im Experiment) mittlerweile die Totalität der Biosphäre in Frage stellt.

Im dritten Hauptteil fragt Tjaden in der Perspektive von Gesellschaftsformationen als Reproduktionsinstanzen nach den verbliebenen Möglichkeiten einer Stabilisierung des Systems Mensch-Biosphäre. Grundzüge kapitalistischer wie sozialistischer Gesellschaftsformation werden in Bezug auf Fragen der Reproduktion erörtert. Dabei formuliert Tjaden neben dem Profitratenkriterium die Alternative einer gesamtgesellschaftlichen reproduktiven Effektivität, die es im Gegensatz zu produktionsorientierten Konzepten erlaubt, den Kostencharakter einmaliger Aufwände (Investitionen) systematisch mit zu berücksichtigen.

In einem Ausblick bündelt Tjaden strategische Fragen globaler Reproduktion zur

Frage nach einer eigenständig-nachhaltigen Entwicklung der Gesamtarbeit konkreter Gesellschaften. Er empfiehlt (u.a. auf dem Hintergrund eigener kooperativer Forschungen in Nordhessen) die Erarbeitung alternativer Szenarien der gesellschaftlichen Entwicklung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Rolf Czeskleba-Dupont (Hvalsø)

Commoner, Barry: Making Peace with the Planet. Pantheon Books, Random House, New York 1990 (292 S., br., 19,95 US-\$)

Nach *The Closing Circle* von 1971 und *The Poverty of Power* von 1976 (vgl. meine Rezensionen in *Argument 117* und *SH 50*) setzt Commoner einen neuen Meilenstein der Ökologiedebatte. Er markiert einen möglichen Pfad, der von der gegenwärtig antagonistischen Relation von Techno- und Biosphäre (bzw. Ökosphäre nach Commoner) zu einem Friedensschluß mit dem Planeten führen könnte. Drehpunkt dieser Entwicklung ist eine Umgestaltung der Technosphäre, so daß diese der Logik der Biosphäre statt der Ökonomie abstrakter Werte folgt. Seit Commoner die Entwicklung biologischen Landbaus sowie Strategien der Energieeinsparung und verstärkter Nutzung erneuerbarer Sonnenenergie mit anregte, sind auch im Transport- und im industriellen Produktionsbereich vermehrt Erfahrungen gesammelt worden, die eine ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Ökologisierung von Produktion und Reproduktion angezeigt sein lassen.

Bevor Commoner die Umgestaltung der Technosphäre in ihren positiven Möglichkeiten darstellt, faßt er in drei Kapiteln die Negativität der Gegenwart zusammen: 1. die anhaltende Belastung der Umweltmedien, die in den USA trotz massiven umweltpolitischen Aufwandes noch immer vorherrscht; 2. eine Technologieentwicklung, die trotz Umweltschutzinvestitionen noch immer nur im Ausnahmefall durch *Substitution* an die Wurzel des Übels geht und damit das Vorsorgeprinzip realisiert; 3. einen fehlenden Begriff von den wirklichen Kosten dieser Fehlentwicklungen, zu denen neben den ungelösten Umweltproblemen auch ein systematisch verdrehtes, falsches Bewußtsein gehört. Schlechte Politik wird als Wissenschaft und schlechte Wissenschaft als Politik verkauft, wie sich nicht zuletzt am »machtgeschützten« Streit um Risikobewertungen zeigt. Bislang konnte allerdings verhindert werden, daß z.B. die Grenzwerte der US-Umweltbehörde für Dioxine regierungsamtlich entschärft wurden.

Auf dem Hintergrund dieser Analyse erscheint die Aufforderung zur Umgestaltung der Technosphäre weniger naiv, als sie dem voraussetzungslosen Leser vorkommen könnte. Die damit verknüpfte Einsicht in die Notwendigkeit einer Nettodefinition gesellschaftlicher Wohlfahrt schließt im Gegenteil an die z.Zt. geführten (übrigens von Commoner schon 1971 provozierten) Diskussionen über die Zentralbegriffe jeglicher Ökonomik, nämlich die Kosten- und Nutzenbegriffe an (vgl. hierzu Tjadsens Begriff der reproduktiven Effektivität). Dem aktuellen ökologischen Schlüsselproblem der überproduktiven Metropolen, der Abfallkrise, widmet Commoner ein Kapitel, in dem er vor bloß-linguistischer Enttoxifizierung warnt. Eine wirkliche Entschärfung dieser Krise ist nur möglich durch ein ökologisches Konzept schonlicher Behandlung des massenhaft anfallenden Hausmülls, das die Illusionsnummer der Verbrennung von Normalmüll ersetzt durch Aussonderung der wiederverwendbaren Stoffkomponenten bis hin zur Kompostierung. Die Industrie, besonders die Petrochemie, muß allerdings zur Sondermüllverbrennung gezwungen werden, auch wenn dies wie in den USA ihre Profitmasse aktuell gegen Null bringen würde.

Nicht die Bevölkerungsfrage als solche, wohl aber die familiäre Reproduktion steht im Mittelpunkt von Commoners Aussagen über Bevölkerung und Armut. Verzerrungen

der Bevölkerungsstruktur und Ressourcenanwendung sind hiernach über die historischen kolonialistischen und neokolonialistischen Eingriffe so vermittelt, daß das Mehrprodukt dieser Gesellschaften den Massen enteignet wird. Eine Umkehrung dieses Sachverhalts ist Voraussetzung für eine demographische Transition, in deren Verlauf Kinder nicht mehr als Schild gegen soziale Verwüstung gefragt wären.

In den zwei letzten Kapiteln fragt Commoner »Was tun?« und legt dar, wie mit dem Planeten friedlich auszukommen wäre. Die Frage richtet sich besonders an die Leserschaft in den USA und wird u.a. mit einer Kostenschätzung beantwortet. Um die Problemtechnologien des letzten halben Jahrhunderts durch Ökotechnik zu ersetzen, wären in den USA bis zum Jahre 2000 insgesamt 1 Billion Dollar erforderlich. Global könnte die entsprechende Umstellung nach Commoner für etwa das Fünffache durchgeführt werden. Hierfür käme eine Halbierung der Militärausgaben in Frage, sofern man wirklich Umweltentlastung erreichen will. Zudem dürfte die Dritte (wie wohl auch die Zweite Welt) nicht länger den Schuldtiteln ihrer Ausplünderer ausgeliefert sein, d.h. die »imperialistische Ressourcenpumpe« (Hans Roos) müßte abgeschafft werden.

Rolf Czeskleba-Dupont (Hvalsø)

Sieferle, Rolf Peter (Hrsg.): Fortschritte der Naturzerstörung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (376 S., br., 18,- DM)

Dieser Sammelband vereinigt acht ältere Aufsätze aus dem englischen Sprachraum zum Thema historische Ökologie. Die Mehrzahl der Beiträge beschäftigt sich mit den Folgen des Industrialismus. Lediglich der Aufsatz von Bowlus thematisiert die Umweltkrise im Europa des 14. Jahrhunderts. Die gewaltige Bevölkerungsexplosion im 12. und 13. Jahrhundert erforderte eine erhöhte Produktivität der Landwirtschaft. Wälder verschwanden fast von der Landkarte Mitteleuropas, überall breiteten sich Siedlungen und Kleinstädte aus. Dem einher ging eine veränderte Beziehung zur Natur. Die Menschen betrachteten sich nicht länger als Opfer, sondern als Herr der Natur. Doch im 14. Jahrhundert waren die Ressourcen mit vorhandener Technologie weitestgehend ausgeschöpft. Die Erschöpfung der Waldbestände machte nicht nur ein weiteres Wachstum unmöglich, sie verhinderte auch eine lebensnotwendige weitere Ausdehnung des Ackerbaus. Hungersnöte waren in ganz Europa die Konsequenz. Die Frage, die Bowlus daran anschließt: ist es einer Gesellschaft, die ein langfristiges ökonomisches Wachstum erlebt, möglich, die Grenzen dieses Wachstums zu respektieren, bevor sie durch eine Krise schmerzhaft an diese Grenze erinnert wird? Es nimmt nicht Wunder, daß der Sammelband mit diesem Aufsatz eingeleitet wird, er verstärkt den Eindruck, daß in der Geschichte schon alles einmal dagewesen ist. Einem Eindruck, dem Sieferle zwar formal widerspricht, die neue Qualität der heutigen Umweltkrise würde unterschätzt. Für ihn geht es um die Erkenntnis, »wann und durch welche Prozesse genau die Schwelle überschritten worden ist, jenseits derer das gesamte System Mensch-Umwelt-Beziehung in Richtung auf einen neuen Gleichgewichtspunkt zu kippen begann« (347). Einerseits behauptet Sieferle, der Übergang zum Industriesystem sei ein Systembruch im Verhältnis Mensch-Natur (342), andererseits wertet er den Aufsatz von Bowlus als durchaus gelungenen universellen Erklärungsversuch einer umfassenden Krise (10).

Es fällt auf, daß der Herausgeber den Industrialismus nie als auch soziales System begreift, dessen Ziel die Mehrwertproduktion ist. Eine entsprechende Sichtweise wird als »sozialer Reduktionismus« (357) denunziert. Mit »sozialen Schuldzuweisungen« und der »Suche nach Sündenböcken« will Sieferle nichts zu tun haben. Wirkliche Auswege aus der Umweltkrise (346) sind demnach nicht bekannt. Wer wie Schramm/Kluge (Wassernöte 1986) die Verwandlung von Trinkwasser in ein

kapitalistisches Wirtschaftsgut beschreibt, die sich an technisch-kapitalistischen Lösungen statt an sozial-ökologischer Entwicklung orientiert, wird als populistisch abgetan. Doch selbst der stofflichen Seite des (industrialistischen) Produktionskreislaufes wird Sieferle nicht gerecht. Umwelt wird immer nur als »Fabrikaußenwelt« definiert, die innerbetriebliche Seite des Stoffkreislaufs wird nicht betrachtet. Arbeitsbedingte Erkrankungen wie Berufskrebse, die nach Schätzungen in der BRD jährlich für 6000 Todesfälle verantwortlich zeichnen, tauchen in »Fortschritt der Naturzerstörung« nicht auf.

Dennoch soll die Kritik an Sieferle, der seine Gedanken schon 1987 in Kurzform beim Verband der Chemischen Industrie (VCI [Hrsg.], Wege aus der Krise?) veröffentlichte, nicht dazu führen, vom Lesen der z.T. spannenden Aufsätze abzuhalten, wengleich die Auswahl eher zufällig erscheint. So ist der ausgezeichnete Sammelband von Melosi (Pollution and Reform in American Cities. Austin/Tex. 1980) weder mit einem Aufsatz noch im Literaturverzeichnis vertreten. Besonderes Interesse hat der Aufsatz von Fleming (Wurzeln der New-Conservation-Bewegung) verdient. Er beschreibt die wissenschaftliche und politische Debatte um Fragen des Verhältnisses von Mensch und Natur in den USA. Es wird deutlich, daß viele aktuelle Debatten in der BRD ihren Ursprung in den USA gehabt haben. Insgesamt vermitteln die Beiträge die Spannbreite und den Vorsprung der englischsprachigen Literatur zur Umweltgeschichte. Der Band kann daher durchaus dazu beitragen, die weitere Debatte um die Bedeutung der Erforschung des Verhältnisses Mensch-Natur zu intensivieren.

Arne Andersen (Bremen)

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1989 (556 S., Ln., 138,- DM)

Die Hauptthese von Ingleharts Buch ist identisch mit derjenigen seiner Arbeiten aus den siebziger Jahren über »The Silent Revolution«: Die westliche Welt befindet sich im Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen. Eine stetig zunehmende Anzahl von Menschen priorisiert Werte wie Selbstentfaltung, demokratische Mitsprache und saubere Umwelt, während die Zahl jener, die wirtschaftliches Wachstum sowie Ruhe und Ordnung präferieren, rückläufig ist. Zur Erklärung dieses von ihm behaupteten Sachverhalts formuliert Inglehart zwei Hypothesen: 1. eine »Mangelhypothese«, die besagt, daß die Menschen den Dingen den höchsten Wert beimessen, die relativ knapp sind, wobei materielle Bedürfnisse an erster Stelle stehen, und 2. eine »Sozialisationshypothese«, die besagt, daß die grundlegenden Wertvorstellungen der Menschen weithin die ökonomischen Bedingungen widerspiegeln, unter denen sie aufwachsen (92, 77). »Zusammengenommen implizieren diese beiden Hypothesen, daß jüngere Altersgruppen in den westlichen Ländern auf Grund des in der Geschichte beispiellosen Wohlstandes und des anhaltenden Friedens seit 1945 ihrer ökonomischen und physischen Sicherheit viel weniger Wert zumessen als ältere Menschen, die größere Unsicherheit erlebt haben. Umgekehrt weisen Menschen der jüngeren Generation den nicht materiellen Bedürfnissen wie Gemeinschaftsgefühl und Lebensqualität höhere Priorität zu.« (77) Die Postmaterialisten sind daher vor allem in den jüngeren Generationen zu finden. Außerdem sind sie relativ zahlreich vertreten in den höheren Einkommensgruppen (mit meist auch höherem Bildungsniveau) und in den reicheren Ländern.

Wirtschaftliche Veränderung ist bei Inglehart die Grundlage des Wertwandels. Eine weitere These Ingleharts lautet in diesem Zusammenhang, daß wirtschaftliches Wachstum und zunehmender Wohlstand zur Folge haben, daß die bestimmende Wirkung »ökonomischer Faktoren« und damit die Aussagekraft des Marxismus

abnimmt (23; Kap. 8). Er postuliert das »Ende des Klassenkampfes« (15) sowie den Übergang »von der schichtorientierten Politik zur wertorientierten Politik« (324). Insgesamt wertet er diese Entwicklung sowie den »postmaterialistischen Coup« (414) positiv. Die Postmaterialisten sind überall auf dem Vormarsch — auch in den Eliten (399), einschließlich der Yuppies (400) —, und dies wird nicht nur in zunehmender politischer Partizipation resultieren, sondern auch in einem Umbruch von »Elitengelenkter zu Eliten-lenkender« politischer Partizipation (417). Die politischen Inhalte können davon nicht unberührt bleiben.

Die empirische Grundlage von Ingleharts Ausführungen bilden Umfragen in 25 Ländern und Zeitreihenanalysen in 8 Ländern. Die (tabellarische) Beschreibung der Ergebnisse dieser Umfragen nimmt ungefähr ein Drittel des Gesamtumfangs des Buches in Anspruch. Die Daten sollen Aufschluß geben über die politischen und privaten Prioritäten der Bürger der einzelnen Länder, über ihre Zufriedenheit mit ihrem Leben und dem politischen System, ihre Toleranz gegenüber Minderheiten, ihre parteipolitischen Präferenzen usw., und sie sind differenziert nach Einkommensgruppe, Altersgruppe, Bildungsniveau, Geschlecht, Glauben, sozialgeographischer Position. Eines der Resultate ist zum Beispiel, daß, wer in einem dänischen Dorf wohnt und regelmäßig zur Kirche geht, zufriedener ist als alle anderen Kategorien in den befragten Nationen. Die Niederlande, die Bundesrepublik und Dänemark sind diejenigen Länder mit dem höchsten Prozentsatz Postmaterialisten und der größten Toleranz gegenüber beispielsweise Homosexuellen (246).

All diese zumeist den von Inglehart (mit-)initiierten Eurobarometern und World Value Surveys entnommenen Daten haben selbständigen Aussagewert, und sie liefern zumindest erste Anhaltspunkte für jeden, der sich über nationale politische Kulturen informieren will. Daß diese Daten auch Ingleharts weitreichende Behauptungen zum Wertewandel untermauern, ist jedoch sehr zweifelhaft. Inglehart basiert seine Aussagen ausschließlich auf Umfragen. Die Frage, ob die Menschen sich tatsächlich an den von ihnen angegebenen Werten orientieren, kann allein anhand von Umfragedaten nicht geklärt werden. Außerdem erbringen Umfragen oft Antworten, die nicht die wirkliche Meinung der Respondenten zum Ausdruck bringen, sondern Meinungen, die die Befragten gesellschaftlich akzeptabel erachten. Diese Kritik ist bekannt und hätte Inglehart zu mehr Vorsicht gemahnen müssen. Sie hätte auch den Anstoß geben müssen zu einer systematischen Auseinandersetzung mit Untersuchungen, die zu anderen Ergebnissen gelangt sind, die beispielsweise gerade im vergangenen Jahrzehnt einen zunehmenden Materialismus signalisieren. Diese Auseinandersetzung fehlt hier genauso wie die Auseinandersetzung mit den Kritikern der früheren Arbeiten zur »Silent Revolution«. Die Frage, welchen materiellen Preis die Menschen zu zahlen bereit sind für eine saubere Natur, für mehr Demokratie und für freundliche Umgangsformen, stellt Inglehart nicht. Wenn er sagt, daß »je mehr eine Gesellschaft (sich) der Einkommensgleichheit annähert, desto mehr schrumpft die Basis derjenigen, die eine weitere Umverteilung politisch unterstützen« (317), dann weist dies offensichtlich auf derzeit bestehende Grenzen postmaterialistischer Entwicklung. Und dies wiederum wirft ein kritisches Licht auf Ingleharts Mangelhypothese. Es ist keineswegs einleuchtend, daß materielle Knappheit eine absolute Größe ist, die, einmal verschwunden, dann Raum schafft für postmaterielle Werte. Die These von der materiellen Unersättlichkeit ist zumindest ebenso plausibel. Schließlich ist auch seine Sozialisationshypothese fragwürdig, da sie die Möglichkeit von Lernprozessen ebenso außer acht läßt wie die Möglichkeit der Manipulierbarkeit von Menschen. Auf welchem Baum wächst eigentlich der Postmaterialismus der jüngeren Generation, wenn die ältere Generation materialistisch orientiert ist?

Kurzum, Inglehart präsentiert eine mechanische Argumentation auf zweifelhafter empirischer Basis.
Uwe Becker (Amsterdam)

Wahl, Klaus: Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (336 S., br., 20,- DM)

Diese Publikation ist Teil einer Bamberger Dissertation von 1988. Der andere Teil der Dissertation erschien ein Jahr später als »Studien über Gewalt in Familien« im Verlag Deutsches Jugendinstitut, München. Die Arbeit, zum Teil aus Forschungsprojekten des Deutschen Jugendinstituts München hervorgegangen, wird von Peter Gross als »im guten Sinne postmodern taxiert« (19). Der Autor versucht, »ein innerwissenschaftliches Manko«, bestehend im Fehlen einer »historisch differenzierten soziologischen Anthropologie« (13) zu kompensieren; eine auf die Moderne bezogene Soziologie des Subjekts bestehe bislang erst in Ansätzen (»Weber, Wurbacher, Dahrendorf, Mead, Bolte/Treutner, Leu«; 13). Das Buch besteht aus drei Teilen: Teil I: Das selbstbewußte Subjekt — Projekt, Produkt und Opfer der Moderne (23-168), Teil II: Selbstbewußtsein — Theoretischer Diskurs, Empirische Forschung, Soziologische Relevanz (169-230), Teil III: Probe aufs Exempel — Forschungsprojekte zur Modernisierungsfalle, zu Selbstbewußtsein und Gewalt (231-297). In zehn Kapiteln beschreibt Wahl aus philosophischer, soziologischer, psychologischer und praktisch-politischer Sicht im Dreieck Familie — Individuum — Gesellschaft Genese und praktische Relevanz einer — wie er ausführt — Modernisierungsfalle, deren Resultate eine Art »Mythos der Moderne« strukturiert. »Die zentrale These dieser Arbeit ist nun, daß sich in der Moderne eine charakteristische Konstellation des Selbstbezuges und des Gesellschaftsbezuges der Individuen eingespield hat«, die als »Codes« von »Verheißungen« zu charakterisieren sind: »eines tendenziell universalistischen neuen Menschenbildes«, »allgemeinen Fortschritts in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Recht und Gesellschaft«, »eines neuen Familienmodells« (14f.).

Im Teil I geht es Wahl um die Entfaltung der These von der Modernisierungsfalle im ideengeschichtlichen Zusammenhang mit Rückgriff auf die Antike. Eine m.E. die Spezifik des frühbürgerlichen Umwälzungsprozesses verkennende Interpretation, wonach in den homerischen Epen »nun nicht nur die Codierung, sondern sich auch die Theorie des Selbstbewußtseins bereits differenziert entwickelt« (36) finde, scheint gewagt, zumal später unter Verweis auf die Dialektik innerhalb der protestantischen Bewegungen von einem »neuen anthropologischen Code« die Rede ist (55ff.). Es wird gefragt, was die »gesellschaftliche Modernisierung für das Erleben der einzelnen Menschen tatsächlich gebracht hat« — die empirische Sozialforschung schließt hier an, wobei vor allem Fallstudien zu Frauen und Kindern im vergeblich verheißenen »Familienglück« (157ff.) konkrete Resultate zur Diskussion stellen. Im Kapitel »Summa Sociologica: Zur gesellschaftlichen, praktischen und politischen Relevanz des Selbstbewußtseins« (221-227) formuliert Wahl sein Plädoyer »für eine Soziologie, die die 'Aufklärung der Aufklärung über sich selbst' auch dadurch weiterrückt, daß sie sich den Bereich des Nichtrationalen — keineswegs mystisch-mythisch, sondern methodisch-rational — zurückholt. Das wäre eine Soziologie, die sich ... der irrationalen Prämissen ..., Vorbedingungen, Strukturen, Elemente von Gesellschaft und der sich rationalem Kalkül entziehenden unintendierten Folgen von Verhalten im sozialen Bereich vergewissert.« (224) Universalistische Verheißungen »sollen das gesellschaftliche und politische System legitimieren und integrieren.« (293) »Nur wenn der Universalismus der Moderne«, so das abschließende Resümee, »durch einen weitgehenden Partikularismus abgelöst würde, verlören Inklusionsformeln«

(z.B. Fortschrittsideologie) »ihre Kraft und wäre ihre Nichteinlösung nicht mehr so prekär.« (297)

André Gursky (Halle)

Hollstein, Walter: Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1989 (311 S., br., 32,- DM)

Der Berliner Soziologe Hollstein will Männer beschreiben, so wie sie tatsächlich sind und wie sie sein könnten. An Hand von Interviews mit Psychoanalytikern, Zitate aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen (z.B. Geschichte, Soziologie, Psychologie), empirischem Material aus einer eigenen Umfrage, aus Zeitungen, Spielfilmen und aus eigener Erfahrung weist er nach: Der Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse hat »das traditionelle Bild vom Mann als Herrscher, Held und Patriarch zerstört« (23). Die daraus resultierende Krise des Mannes beweise, daß das angeblich so starke Geschlecht psychisch und physisch viel schwächer als die Frauen sei. Die »maskulinen Imperative« wie Aggressivität, emotionale Unfähigkeit, höheres Risiko im Beruf, höherer psychischer Streß, Männlichkeit als Sozialisationsmerkmal usw. (131) würden geradezu selbst dafür sorgen, daß das Patriarchat psycho-physisch abdanke.

In einer nach wie vor durch männliche Hegemonie geprägten Gesellschaft erkennen nach Hollstein immer mehr Männer die Folgen dieser Hegemonie: Umweltkrisen, Ausdehnung des Staats- und Überwachungsapparates, Drogenabhängigkeit und die »Auflösung der Zwischenmenschlichkeit« (52) seien Indikatoren dafür. Die Ursachen dieser Entwicklung sieht Hollstein nicht bei den einzelnen Männern, sondern in der *geschlechtsneutralen Superstruktur*. Diese sei das historisch gewachsenen Resultat einer lang andauernden männlichen Vorherrschaft, der sowohl Frauen als auch Männer unterworfen seien (49). Damit sei zunächst »ein umfassendes Herrschaftssystem mit sozioökonomischen Ungleichheiten, einer maskulinen Ideologie, verinnerlichten Werten und Normen, tradierten Geschlechtergemeinschaften und männlichen und weiblichen Verhaltensritualen« gemeint, das über »lange Perioden im historischen Prozeß ... männliche Hegemonie ... von den Männern als konkreten Personen abstrahiert« habe (30). Diese Superstruktur sei eine »quasi objektive Gesetzmäßigkeit für alle ... Männer haben sich damit selber eine Falle gebaut, in der freilich nicht nur sie gefangen sind« (30).

Hollstein relativiert hier historisch die »Täterrolle« der Männer so, daß Männer auch als ungewollte »Opfer« einstiger Patriarchen vorkommen. Er versucht aber, für beide Zuschreibungen Perspektiven zu entwickeln, die darauf hinauslaufen, daß *Männer* die Superstruktur verändern können. Ausschlaggebend dabei sei, daß nicht »einseitige Helden, Machos oder Chauvis« zur Veränderung gebraucht würden, sondern solche Männer, die ihre »männliche Grundsubstanz« um »weibliche Züge« erweitern (92). Daß es solche Männer gibt, die dabei sind, »Mythen und Schablonen unterdrückender Männlichkeit« (47) in sich selbst zu zerstören, versucht Hollstein an Hand einer empirischen Studie zu belegen. Sein Fazit: Es gibt ihn, den »Veränderer«. Insbesondere in der »unteren Mittelschicht«, also bei den Lehrern, Sozialpädagogen, Soziologen, höheren und mittleren Angestellten sind die »Männer in Bewegung« am stärksten vertreten (158). Bei ihnen sei das traditionelle Frauenbild brüchig, ein Mitwirken im Haushalt und bei der Erziehung habe sich quantitativ wie qualitativ verbessert. Dabei fällt einerseits auf, daß lediglich 144 Männer Teil dieses »Pretests« waren, von denen ein Teil aus einer »Männergruppe« kamen und andererseits die Einstellungen oder Verhaltensweisen abgefragt wurden, von denen nicht zwingend anzunehmen ist, daß sie mit der Realität übereinstimmen (z.B., daß die Frauenemanzipation von den »Veränderern« unterstützt werden müsse).

In einem theoretischen Entwurf von Männlichkeit und Weiblichkeit versucht Hollstein die Entwicklung einer durch männliche Hegemonie geprägten Gesellschaft nachzuzeichnen. In der Urgeschichte sei die »Sicherung des ständig bedrohten Lebens« alleine bei der Frau verankert gewesen. »Damit ist den Frauen Weiblichkeit grundsätzlich vorgegeben, während der Mann sich Männlichkeit erst erwerben muß« (114). Die Männer mußten ihre schwach ausgebildete Männlichkeit sozial dadurch sichern, daß sie die Macht an sich rissen: »Der Mann muß Kultur schaffen, weil die Frau Leben schafft« (114). Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung habe sich die Kulturarbeit überhöht, und die Männer identifizierten sich immer stärker mit ihren männlichen Prinzipien (Animus) und vernachlässigten darüber, ihre weiblichen Anteile (Anima) zu entwickeln. Die erste Verfestigung der männlichen Vorherrschaft verortet Hollstein in der Erfindung und Durchsetzung des Ackerbaus und der planvollen Ausbeutung der Natur. Die endgültige Stabilisierung der Institution Männlichkeit setze mit der industriellen Revolution ein, die Haushalt und Produktion endgültig voneinander trenne. Sowohl die Frau als auch der Mann würden zu Rollenträgern eines durch männliche Ideen geprägten Systems. Hollsteins theoretischer Entwurf einer Vergangenheit und Gegenwart der Männlichkeit bietet interessante Ansätze für eine kritische Theorie von Weiblichkeit und Männlichkeit. Das Fundament seines Entwurfs ist jedoch wackelig, da er den Ursprung der männlichen Vorherrschaft in der Fähigkeit der Frauen, Leben zu geben, sieht. Dieser biologische Faktor würde von den Männern durch ihr Streben nach Dominanz überkompensiert. Eine Bestimmung von Männlichkeit durch Überkompensation ist ebenso zu kurz gedacht wie die schlichte Bestimmung von Weiblichkeit auf Grund von biologischen Determinanten. Männlichkeit und Weiblichkeit unterliegen einer veränderbaren *sozialen* Konstruktion. An diesem Grundfehler in Hollsteins Entwurf kranken dann auch seine Lösungsmöglichkeiten. Er schlägt vor, die »männliche Grundsubstanz« um »weibliche Züge« zu erweitern. Damit reduziert er das Problem von Männern auf die zu große Emotionslosigkeit und reduziert Weiblichkeit auf eine zu starke Emotionalität. Zwar hält er als weitere Strategie eine »Kulturrevolution« für nötig, die »die Transformation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern von der autoritären Einseitigkeit in solidarische Gleichberechtigung vorbereitet« (122), mit seinen konkreten Lösungsvorschlägen (neues Verständnis von Vaterschaft und Mutterschaft, Gleichberechtigung von Haus- und Erwerbstätigkeit) könnten so Verschiebungen der Macht zwischen Frauen und Männern erreicht werden, die Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Produktionsverhältnissen brechen sie aber nicht zwingend auf. Diesem Feld müßte sich aber eine sozialwissenschaftlich orientierte Männerliteratur zuwenden, ansonsten haben gutgemeinte Absichten nur appellativen Charakter.

Stefan Kühl und Hendrik Wengeler (Bielefeld)

Geiges, Adrian, und Tatjana Suworowa: Liebe steht nicht auf dem Plan. Sexualität in der Sowjetunion heute. Krüger-Verlag, Frankfurt/M., Progress-Verlag, Moskau 1989 (223 S., br. 29,80 DM)

Der bundesdeutsche Autor und die sowjetische Autorin — beide Jahrgang 1960 — legen uns »Sexualität« als eine internationale und formationsunabhängige Sammlung von traurigen Erlebnissen vor. Sie befragten 54 Frauen und 58 Männer überwiegend aus Moskau zwischen 18 und 28 Jahren zu Fragen von Verhütung, ersten sexuellen Erlebnissen und deren Orten, AIDS u.a.m. Sie »beweisen« Vorannahmen, wie sie für jede westliche Gesellschaft auch Geltung haben. Z.B. daß die »weibliche Lust« unterdrückt werde. Sie tun dies mit Fragen bzw. Mitteln, wie sie bei uns auch gang

und gäbe sind; so erkundigen sie sich nach dem ersten Geschlechtsverkehr. »In unseren Gesprächen mit jungen sowjetischen Erwachsenen stellten wir fest, daß auch hinsichtlich des Empfindens beim ersten Geschlechtsverkehr erhebliche Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Befragten bestehen: So sprechen zwei Drittel der Männer von Glück und Erfüllung, von den Frauen äußern sich lediglich ein Fünftel ähnlich positiv; zwei Fünftel hingegen haben Schmerzen gehabt oder sich geekelt, die übrigen geben an, 'nichts Besonderes' dabei gefühlt zu haben.« (102)

Das Interessante ist kaum das Ergebnis, als vielmehr, daß immer wieder gehofft wird, mit den immergleichen Fragen *Antworten* zu erhalten. So gleich wie die Fragen sind auch die Ratschläge: Ändert die sexuellen Praxen, nehmt Euch mehr Zeit und bessere Räume für Sexualität. Aber welchem Problem wird Rat erteilt? Deutlich wird, daß es ein »Weniger« in der SU gibt: weniger Aufklärung, weniger Verhütungsmittel, weniger Möglichkeiten, weniger (Liebes-)Raum, weniger Toleranz. Eigentümlich ist, daß A. Geiges aus der BRD wissen müßte, daß ein Mehr vom Genannten ähnliche Daten des Unglücks und der Unzufriedenheit erzeugt. Auf der Folie von »wenig-mehr« verschwindet das Problem »Sexualität« überhaupt ganz. Wie wird in der SU Sexualität verwaltet und geregelt? Wie »ordnen« staatliche Instanzen und Wissenschaften das, was dann »Sexualität« heißt? Beide AutorInnen sahen in kein Lexikon, lasen keinen medizinischen oder juristischen Bericht, blickten in kein Aufklärungsbuch. Der menschliche Sexualtrieb — als Natur — gerät, folgt man den AutorInnen, zwanghaft in schlechte Gesellschaft, die ihn beherrscht.

Günther Amendt, der das Nachwort verfaßte, lernte folgendes aus der Studie: »Mit den Ergebnissen ihrer Umfrage unterstreichen Geiges und Suworowa, was in der Sowjetunion schon seit längerem Gegenstand öffentlicher Erörterungen ist: Das sowjetische Erziehungssystem mit seinen verfestigten autoritären Strukturen hat versagt — auch bei der Sexualerziehung von Kindern und Jugendlichen.« (212) Und obwohl auch Amendt glaubt, das bloße Wissen der Techniken nicht ausreicht und da auf »Moral« (ebd.) hofft, weiß auch er nicht, was ein »Mehr« an Wissen für herrschaftsfreie Verhältnisse zwischen den Geschlechtern bringen kann.

Die Chance, Sexualität ohne Profitzwang auf dem Prüfstein zu haben, wurde vertan zugunsten einer einfachen Voraussetzung: erst sexuell glückliche Menschen sind glückliche — und aufrechte — Menschen. Die vielen gesellschaftlichen Umwege, die gegangen werden müssen, um bei diesen ein- oder zweigeschlechtlichen Vorgängen anzukommen, wurden nicht gegangen. Kornelia Hauser (Bielefeld)

Erziehungswissenschaft

Bast, Christa: Weibliche Autonomie und Identität. Untersuchungen über die Probleme von Mädchenerziehung heute. Juventa Verlag, Weinheim, München 1988 (430 S., br., 39,80 DM)

Christa Bast fragt in ihrer Dissertation, inwieweit weibliche Identitätsmuster, die sich Frauen im Verlauf ihrer Sozialisation angeeignet haben, ein Hindernis auf dem Weg zur »beruflichen und privaten Selbstverwirklichung« darstellen, und inwieweit diese durch ein Erziehungskonzept aufgebrochen werden könnten, das »prinzipienwissenschaftlich« begründet auf die Entscheidungsfähigkeit der Subjekte — auf Autonomie — baut. Als kategorialen Zugriff für die Entwicklung eines solchen Konzeptes benennt Bast in ihrem Einleitungskapitel den Begriff der Androgynität. Diese ermöglichte die über die Faktizität des täglichen Lebens hinausweisende Vision von einem realisierbaren glücklichen Dasein und könne nicht realisierten Lebensentwürfen

gerade von Frauen ideelle Substanz verleihen sowie als Triebfeder wirken (12). Als pädagogischer Zielbegriff sei Androgynität zum einen nützlich in seiner Korrespondenz zu den für den Anspruch demokratischer Erziehung stehenden Allgemeinbegriffen Mündigkeit und Autonomie. Zum anderen ermögliche er die Transformierung dieser Begriffe in ein Konzept von Mädchenerziehung, das in der Perspektive der Herausbildung einer »prinzipienwissenschaftlich begründeten Identität« steht, basierend auf apriorisch begründeten Universalien, »die als generelle Bedingungen der Möglichkeit menschlichen Zusammenlebens bzw. Gestaltung von Humanem ... geschlechtsübergreifende Gültigkeit haben« (362f.). Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist eine an statistischem Material belegte Diskrepanz zwischen einem »kulturinnovatorischen Potential« (3) der Frauenbewegung und dem alltäglichen Verhalten der Frauen. Ersteres macht Bast an dem Eindringen der Forderungen nach »Selbstbestimmung der Frau, Gleichberechtigung in Beruf, Ehe und Familie« (ebd.) in gesellschaftliches Bewußtsein und herrschende Politik fest, letzteres sei nach wie vor auf Familie bzw. Beziehungen orientiert und nähme Möglichkeiten der Identitätsbildung durch Berufstätigkeit nicht umfassend wahr.

Wen das Eingangskapitel neugierig macht, ob und wie für die »alte Frage« nach den Selbstverhinderungen von Frauen und nach den Möglichkeiten, diese zu überwinden, mit dem Begriff der Androgynität neue Antworten zu finden seien, der muß sich lange gedulden. Ungefähr drei Viertel des Buches rezipieren zunächst ausführlich »neuere Sozialisations- und feministische Theorien« über »spezifische Merkmale der weiblichen Sozialisation« (10) in den Lebensphasen Kindheit, Jugend und Erwachsenenalter. Dabei wird durchgehend danach gefragt, welche Möglichkeiten den Mädchen in den Formen Familie, Schule, Peergroup und Beruf für eine *kritische* Aneignung der ihnen gesellschaftlich zugeschriebenen »Geschlechtsrolle« eröffnet werden bis hin zur Entwicklung von Widerstandsformen. Dies bringt der Autorin letztlich nicht mehr als die Bestätigung ihrer Eingangsthese, daß Mädchen und Frauen in den genannten Sozialisationsinstanzen kaum Widerstandsformen gegen die Rollenerwartungen an das weibliche Geschlecht entwickeln und sich so immer mehr die typisch weiblichen Eigenschaften aneignen, mit denen sie sich selbst aus den Bereichen gesellschaftlicher Macht ausschließen. Selbst die zunehmende Berufsorientierung von Frauen ändere nichts an der Tatsache, daß Frauen mehrheitlich noch keine »innere Berufsbindung« (196) herausgebildet hätten. Die Autorin hat den Weg durch die Literatur durch umfängliches Zusammentragen von Befunden empirischer Forschung so breit angelegt, daß er für viele Fragestellungen im Forschungsfeld weiblicher Vergesellschaftung Nützliches bereithält. So konkretisieren z.B. Untersuchungen in typischen Frauenberufsfeldern (Näherin, Sekretärin, Bankkauffrau, Friseurin) die widersprüchliche Aneignung vorgefundener Strukturen durch die Frauen (184ff.) und liefern differenziertes Material für den Forschungsbereich Frauen und Arbeit. Zugleich muß ich aber auch feststellen, daß der breite Weg über weite Strecken durch affirmative Darstellungen — z.B. von Bekanntem der »Hauptströmungen des Feminismus« (295ff.) — ermüdend ausgetreten wird, oder daß ich ihn manchmal ärgerlich verlassen wollte, wenn an strategischen Stellen genau die Arbeiten nicht einbezogen waren, die die Fragestellung der Autorin hätten weiterführen können. So fehlen ausgerechnet die Arbeiten, die mit dem Begriff des Ideologischen die Frage von Anpassung und Widerstand in dem Widerspruchsverhältnis von durch Herrschaftsstrukturen durchzogenen gesellschaftlichen Formen und in prinzipiell handlungsfähigen Subjekten anordnen, aus deren widerständiger Aneignung der vorgefundener Strukturen auch Anpassung resultiert (vgl. z.B. Paul Willis zur Frage von Jugendkultur oder das Projekt *Frauenformen* um Frigga Haug und

Kornelia Hauser zur Frage weiblicher Vergesellschaftung). Gleichzeitig ist dieser Mangel folgerichtig für Basts Anordnung, da die Einbeziehung der genannten Ansätze die Vorstellung von Androgynität als apriori begründetem Ziel für Mädchenerziehung (375) in Frage gestellt hätte und z.B. an dem Punkt des Fehlens von *Herrschaft* als zentraler Dimension der Geschlechterverhältnisse das Ideologische des Androgynitätsbegriffes deutlich gemacht hätte. Dabei ist nicht die aufgezeigt Perspektive von Gesellschaft zu verwerfen, in der nicht Frau- oder Mann-Sein, sondern Mensch-Sein die Orientierung in der Sozialisation von Mädchen und Jungen sein kann. Problematisch finde ich aber, wenn die Autorin daraus den Schluß zieht, daß die Bedeutung von »Geschlecht« in ihrer »identitätsstiftenden Wirkung« relativiert werden könne (361). Dies zeigt, daß die hier entworfene Utopie abgetrennt ist von der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Praxis. Sie erhält in Basts Entwurf die Funktion einer ideologischen Instanz, wenn mit Androgynität Widerspruchsfreiheit zum Erziehungsziel der Mädchenerziehung erhoben und als Aufgabe formuliert wird, »die Dichotomie im Kopf selbst aufzuheben ... das Denken in Gegensätzen aufzugeben« (375). So ist das Paradox bemerkenswert, daß die Autorin da, wo es um die — durch das empirische Material dokumentierte — gesellschaftliche Praxis von Mädchen und Frauen geht, engagiert deren Standpunkt einnimmt und für die Notwendigkeit der Veränderung von Lernformen für Mädchen und Frauen streitet; z.B. in der Schule durch das Schaffen eines Raumes, in dem Mädchen — »geschützt« vor dem anderen Geschlecht — Fähigkeiten erwerben und schulen können, die das gesellschaftlich Frauen zugestandene Spektrum überschreiten (z.B. 385). Dagegen verliert sie in ihrer theoretischen Anordnung mit der Nivellierung des Geschlechterwiderspruches im Begriff der Androgynität diesen Standpunkt.

Jutta Meyer-Siebert (Hannover)

Enders, Ursula (Hrsg.): Zart war ich, bitter war's. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Erkennen — Schützen — Beraten. Volksblatt Verlag, Köln 1990 (301 S., Ln., 39,80 DM)

Die 15 AutorInnen dieses Handbuchs kommen aus der Arbeit mit Betroffenen, sie sind u.a. Sozialarbeiterin, Therapeutin, Pädagogin, Richter und in Projekten zum Thema engagiert. Hauptanliegen ist, durch Information und Aufklärung Erwachsene, speziell mit Kindern befaßte Berufsgruppen, in die Lage zu versetzen, betroffene Kinder unterstützen zu können.

In einer Einführung werden Fakten vermittelt und Denkweisen problematisiert, der Blick vom »Fremdtäter« auf die Familie und den familialen »Nahbereich« gelenkt — in 70 Prozent der Fälle sei der »Täter« dem »Opfer« vorher bekannt (13). In den folgenden Kapiteln geht es um eine Schulung der Wahrnehmung, um sexuellen Mißbrauch erkennen zu können, sowie um Ratschläge zum Vorgehen in der Arbeit: Symptome, individuelle Verarbeitung des Mißbrauchs und Befindlichkeit der Kinder, Verhalten des Täters, Probleme mit institutionellen Hilfen, rechtliche Maßnahmen, Beratungsarbeit, Diagnostik, Therapie, Gesprächsführung mit kleinen Kindern, Prävention in der pädagogischen Praxis von Kindergarten und Schule. Im Anhang finden sich Hinweise auf Fachliteratur, Romane, pädagogische Materialien und Beratungsadressen. Das größte Problem sei, daß Kindern nicht geglaubt werde oder Hinweise nicht ernstgenommen werden, so daß häufig keine oder unwirksame Hilfe geleistet werde. Die Nichtwahrnehmung oder Verharmlosung des sexuellen Mißbrauchs und seiner Verbreitung sei dem Schweigen über Sexualität und der Idealisierung der Familie geschuldet. Zudem verhindere die Konstruktion, daß das Kind etwa als Verführerin mitwirke und der Mann Opfer seiner Natur sei, unterschiedene

und parteiliche Unterstützung der Kinder, die keinesfalls »sexuellen Beziehungen zu Erwachsenen wissentlich« (21) zustimmten. Dagegen seien die Männer alleinverantwortlich; sie benutzten ein Kind, das von ihnen abhängig sei, als Objekt für eigene Bedürfnisse. Ursache sexuellen Mißbrauchs sei die ökonomische Macht der Männer, die meinten, »ein Recht darauf zu haben, von Frau und Tochter bedient und umsorgt zu werden« (34). Eindringlich zieht sich durch das Buch der Hinweis, daß der »Täter« kein Schuldbewußtsein habe, bei Verdacht von Dritten den Mißbrauch nicht einstelle, und also auf dieser Ebene nicht eingegriffen werden könne, etwa durch Familientherapie. Der einzige Schutz für das Kind sei eine räumliche Trennung.

Die Autorinnen schlagen vor, sexuellen Mißbrauch in allen pädagogischen Einrichtungen zu thematisieren sowie professionelle Helfer zu qualifizieren, damit Kinder überall sprechen können. Ihre Widerstandsfähigkeit sollte durch »emanzipatorische Sexualerziehung« gestärkt werden, damit sie Übergriffe identifizieren und nein sagen können. Die Autorinnen schildern die individuelle Verarbeitung als einen unauflöselichen Widerspruch, immer schon schuldig zu sein, ob schweigend oder sprechend, so daß Handlungsfähigkeit nicht ausmachbar und soziale Isolation die Folge sei. Diese Lähmung wird unmittelbar auf körperliche Gewalt zurückgeführt bzw. den Intrigen und Drohungen des »Täters« zugeschrieben. Da die moralische Vergesellschaftung der Kinder nicht thematisiert wird, gerät die Kultur der Geschlechterverhältnisse als zu verändernde aus dem Blick. Ein Hinweis darauf sind die anderen Verarbeitungsweisen der Jungen, die den Mißbrauch auch als »Einführung« und »Abenteurer« abbilden (249).

Mit Fallbeispielen und Stimmen der Betroffenen wird Empörung und Wut produziert, aber auch der Ekel gegen bestimmte sexuelle Praxen in Dienst genommen, um die Ungeheuerlichkeit der Herrschaftsverhältnisse vorzuführen. Hier drängt sich die Frage auf, ob diese voyeuristische Darstellungsweise sich nicht gegen das Anliegen der Autorinnen richtet. Indem die Gefahr in der Familie ausgemacht wird, richtet sich der Gewaltdiskurs gegen den Schutzgedanken in den Geschlechterverhältnissen — es gibt im Sozialen keinen sicheren Ort für Kinder, vor allem für Mädchen, solange dort Männer sind. Gleichzeitig bleibt das Mädchen weiterhin schutzbedürftig, es muß jetzt von *Frauen* vor Männern behütet werden, die ihre Natur nicht kontrollieren können. Indem die sexuelle Gewalt gegen Kinder aus der Exotik der krankhaften Täterpersönlichkeit in die Normalität des Familienalltags geholt wird, wird der Blick aufklärerisch auf die Geschlechterverhältnisse gerichtet. Dies produziert im Effekt auch eine gesteigerte Sexualisierung, da die Triebkonstruktion nicht aufgelöst, sondern ausgedehnt wird. So richtet sich die Debatte schließlich auch gegen die Perspektive, Männer in die Erziehung der Kinder einzubeziehen, vor allem in die 'mütterliche' Domäne der Pflege der Körper. Eva Stäbler (Hamburg)

Gutjahr, Karin, und Anke Schrader: Sexueller Mädchenmißbrauch. Papy Rossa Verlag, Köln 1990 (190 S., br., 18,- DM)

Die Autorinnen — Lehrerin und Sonderschul- bzw. Sozialpädagogin — haben sich in ihrer Examensarbeit zur Aufgabe gemacht, Zusammenhänge zwischen sexuellem Mißbrauch und möglichen Auswirkungen für die Persönlichkeitsentwicklung Betroffener aufzuzeigen, Symptome im Rahmen eines theoretischen Konzepts gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge zu beleuchten, um politische Handlungsfähigkeit zu erreichen, die an der Beseitigung von Ursachen ansetzt (vgl. 19, 156f.). Sie geben einen Überblick über Literatur zu Ausmaß und Auswirkungen sexuellen Mißbrauchs von Mädchen sowie über Aufklärungsliteratur. Sie setzen sich mit

pädagogischen und therapeutischen Konzepten auseinander. Im Anschluß daran integrieren Gutjahr und Schrader feministische Arbeiten (v.a. Kavemann/Lohstöter) und z.T. den familientherapeutischen Ansatz von Furniss in ein materialistisches Wissenschaftskonzept.

Für sie liegt der Hauptakzent darin, sexuellen Mißbrauch als Beginn eines Isolationsprozesses zu sehen, der zu Lern- und Verhaltensstörungen führe, den Prozeß der Aneignung von Welt und der Rückwirkung des Individuums auf sie beeinträchtige, wenn er nicht im frühen Stadium gestoppt werden könne (86). Sie betrachten den Verlauf der Isolation auf fünf Stufen: 1. »Überforderung«, 2. »Konflikt«, 3. »negative Emotionen«, 4. »Streß« und 5. »Erkrankung« bzw. »psychische Störungen«. Jede Stufe wird mit Hilfe von bereits veröffentlichten Erfahrungsberichten von Frauen, die als Mädchen sexuell mißbraucht wurden, ausführlich beschrieben. Besonders die Darstellung der Stufe der negativen Emotionen ermöglicht ein fundiertes Verständnis der Probleme, insbesondere des Teufelskreises, in dem sich die Mädchen befinden. Wenn ihre Erfahrungen nicht ernstgenommen würden, entwickelten sie Selbstzweifel und Minderwertigkeitsgefühle, die wiederum dazu führten, daß den Mädchen nicht geglaubt werde. Neue Zusammenhänge werden offenkundig, zwischen Schuldgefühlen, Selbstvorwürfen, Selbstzerstörung; oder wie aus dem Versuch heraus, die Wahrnehmung der Realität zu verändern, Betroffene zu Drogen greifen oder sich in eine Phantasiewelt flüchteten. So hilft das Buch TherapeutInnen, SozialarbeiterInnen, LehrerInnen zu erkennen, auf welcher Stufe des gestörten Aneignungsprozesses sich das betroffene Mädchen befindet und wo Hilfe einsetzen muß. Damit verschieben die Autorinnen das Problem vom Mißbrauch hin zu den Faktoren, die Isolation auslösen. Begründet durch das Fehlen lebensnotwendiger Bedingungen (Geborgenheit, Anerkennung, sozialer Kontakt) könnten Konflikte nicht gelöst werden. Verwirrung und Orientierungslosigkeit seien die Folgen.

Gutjahr und Schrader begründen die Eingrenzung des Themas auf Mädchen u.a. mit ihrem Anteil an der Zahl der Opfer (80-90 %) und der bestimmten Spezifik des Mißbrauchs, der sich auf den Grad der Wehrlosigkeit und die Folgewirkungen für die Persönlichkeitsentwicklung auswirke (vgl. 10f.). Sie grenzen sexuellen Mißbrauch von Inzest, Tabu, Laster ab und definieren ihn — in Anlehnung an den Kinderschutzbund — als »eine sexuelle Handlung an einem Kind, wobei der Erwachsene seine eigenen Bedürfnisse nach Intimität und Nähe, nach Macht und Kontrolle auf Kosten des Kindes auszuleben sucht« (13). Die Autorinnen finden Kriterien und Kategorien (z.B. für die Einschätzung von Aufklärungsliteratur, von Therapieansätzen, Abgrenzung des Mißbrauchs von lebensnotwendiger Zärtlichkeit), beleuchten das Thema von allen Seiten: Vorzüge und Mängel der vorgestellten Konzepte werden benannt, konkrete Vorschläge zur Weiterführung oder für Alternativen gemacht.

Ermüdend wirkt der einleitende Versuch, das Thema in einen größeren Zusammenhang von sexueller Gewalt und Frauenunterdrückung einzuordnen. Hier werden z.T. Behauptungen affirmativ in den Raum gestellt, z.B. daß Mädchen zum Gehorsam und Jungen regelrecht zu Frauenunterdrückern erzogen würden (18). Auch wird nicht immer ersichtlich, auf wen die verwendeten Ansätze (wie das Stufenmodell zur Isolation) zurückgehen.

Dennoch sei das Buch Praktikerinnen und Betroffenen empfohlen. Über viele Vorschläge lohnt es nachzudenken, wie über die Thematisierung von sexuellem Mißbrauch im Sexualkundeunterricht. Über manches läßt sich streiten, z.B. ob Männer als Therapeuten geeignet sind. Der von dem vorgestellten isolationstheoretischen

Ansatz ausgehende Therapievorschlag muß noch erprobt und in einem größeren Rahmen diskutiert werden. Gut finde ich vor allem, daß deutlich wird, wie gerade emotionale Betroffenheit — der Mut, alle Widersprüche, in denen sich sexuell mißbrauchte Mädchen bewegen müssen, zu benennen (156) — zum integralen Bestandteil eines wissenschaftlichen Vorgehens wird. Ingeborg Fink (Hamburg)

Steinhage, Rosemarie: Sexueller Mißbrauch an Mädchen. Ein Handbuch für Beratung und Therapie. Rowohlt Verlag, Reinbek 1989 (180 S., br., 8,80 DM)

Steinhage ist Mitbegründerin des Vereins »Wildwasser Wiesbaden e.V. — Beratungsstelle für Mädchen und Frauen« und dort als Beraterin und Therapeutin tätig. Sie betrachtet sexuelle Gewalt nicht als Sexual-, sondern als Gewaltdelikt, dessen Ursache sie in der patriarchalen Gesellschaftsstruktur und der daraus resultierenden Unterdrückung von Frauen sieht. Der Begriff »Sexueller Mißbrauch« erscheint uns unpassend, da ein Mißbrauch immer einen vorhergehenden legitimen Gebrauch voraussetzt. Deshalb ersetzen wir ihn im folgenden durch »Sexuelle Gewalt«. Steinhage stellt die Problematik sexueller Gewalt aus der Sicht der betroffenen Mädchen und Frauen dar und versucht, aus ihrer Kritik an US-amerikanischen Therapie-modellen eigene Vorschläge zur Durchführung einer Beratung und Therapie zu entwickeln.

In Beratung und Therapie sei es erforderlich, daß sich die Beraterin/Therapeutin mit ihrer eigenen Rolle als Frau in der patriarchalen Gesellschaft auseinandergesetzt hat. Die Ablehnung von Männern als Therapeuten begründet sie damit, daß Männer nicht in der Lage seien, sich in die betroffenen Mädchen bzw. Frauen hineinzusetzen und dazu neigten, sich mit den Tätern zu identifizieren. Außerdem verstünden Therapeuten sexualisierte Handlungsweisen betroffener Mädchen und Frauen nicht als Ausdruck der erfahrenen Gewalt und daraus entwickelter Widerstandshandlungen. Häufig fühlten sich Therapeuten von solchem Auftreten sexuell erregt und begannen eine sexuelle Beziehung mit den Frauen. Dies stelle eine erneute Gewaltausübung durch eine Person dar, der die betroffenen Frauen Vertrauen entgegenbringen. Steinhage vernachlässigt in diesem Zusammenhang mögliche Probleme, die sich aus den Folgen sexueller Gewalt, wie z.B. sexualisiertem Verhalten einer Klientin, im Verhältnis zu einer Therapeutin ergeben könnten.

Eine Familientherapie lehnt die Autorin im Zusammenhang mit sexueller Gewalt an Mädchen ab. Sie begründet dies u.a. damit, daß das bestehende Machtgefälle in der Familie verneint würde und die sexuellen Handlungen ausschließlich als Sexualdelikt und nicht als Gewaltdelikt gesehen würden. Zusätzlich kritisiert sie die Orientierung auf die unbedingte Erhaltung der Familie und den damit verbundenen Erklärungs- und Versöhnungsansatz der Familientherapie, der den Ausdruck und das Aufarbeiten von Wut, Haß und anderen Gefühlen verhindere. Ihre Kritik scheint uns berechtigt. Familientherapie-Modelle (z.B. von Tilman Furniss), die durch Aussprache mit der gesamten Familie einen therapeutischen Effekt für alle Beteiligten, insbesondere für das betroffene Mädchen, erreichen wollen, bleiben unberücksichtigt.

Bei der Darstellung der rechtlichen Aspekte verweist die Autorin auf die Möglichkeit und Vorteile einer Nebenklage im Gerichtsprozeß. Allerdings wird nicht deutlich, unter welchen Umständen eine Anzeige sinnvoll sein kann. Weder die zusätzlichen Belastungen für das Mädchen noch die Chancen für eine Verurteilung des Täters werden so dargestellt, daß sie für Fachkräfte und Betroffene eine Hilfe bei der Entscheidung für oder gegen eine Anzeige sein können.

Die sachliche Schreibweise der Autorin macht es auch Männern möglich, sich mit der Problematik der sexuellen Gewalt auseinanderzusetzen, ohne sich persönlich

angegriffen oder zu einer vorschnellen Distanzierung von den Tätern genötigt zu fühlen. Ein Handbuch zur Beratung und Therapie ist das Buch nicht, da weder für eine qualifizierte juristische Beratung noch für eine Therapie eine ausreichende Grundlage entwickelt wird. Ein Nutzen für Fachkräfte könnte allerdings darin liegen, über ihren speziellen Bereich hinaus Einblicke in andere Aspekte der Problematik zu bekommen. Als Einführung in die Problematik der sexuellen Gewalt gegen Mädchen ist das Buch zu empfehlen.

Corinna Gülich (Emden) und Peer Sevke (Hannover)

Pyerin, Brigitte: Mädchenlektüre und Emanzipation. Kritische Fragen an Dagmar Chidolue im Kontext feministischer Literaturpädagogik. dipa-Verlag, Frankfurt/M. 1989 (217 S., br., 28,- DM)

Anliegen der Autorin (in ihrer z.T. überarbeiteten Dissertation) ist es zu prüfen, »ob und wie Mädchenlektüre zur Bildung emanzipatorischen Bewusstseins beitragen kann« (I). Sie wendet sich gegen solche Konzepte, mit denen vor allem ästhetische Aspekte von Literatur vermittelt werden sollen, um die Jugendlichen an die »sogenannte Hochliteratur« heranzuführen (III). Ihr geht es um die immer noch bestehende »Chancenungleichheit« für Frauen in der BRD, ein wichtiger Grund dafür liege in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung »weitestgehend infolge einer stark geschlechtsspezifischen Sozialisation« (86). Die Autorin stellt unterschiedliche Emanzipationsvorstellungen in Ansätzen der Frauenbewegungen, der »emanzipatorischen Pädagogik«, der Literaturwissenschaften und der »emanzipatorischen Kinder- und Jugendliteraturforschung« dar. Sie entwickelt daraus einen Kriterienkatalog für ihr »Emanzipationsideal«, das u.a. von einer gleichberechtigten Teilhabe beider Geschlechter an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeht (47ff.) und in eine emanzipatorische Literaturpädagogik Eingang finden sollte. Sie leitet daraus Schritte zu einer Textanalyse von »Geschlechtsrollendarstellungen« ab (107), die sich sowohl auf die Darstellungen und Entwicklungen der Charaktere in ihren gesellschaftlichen Bedingungen beziehen als auch auf die Art der Darstellung.

In der zweiten Hälfte des Buches wendet Pyerin die entwickelten Emanzipationskriterien in der Analyse eines Mädchenbuches von Dagmar Chidolue an: »Aber ich werde alles anders machen« — mit dem Ergebnis, daß es an vielen Stellen nicht den traditionellen Jugendbüchern entspreche. So lerne die Protagonistin (eine Real- Schülerin in der Abschlußklasse) ein Konfliktlösungsverhalten, das ihre Handlungsfähigkeit erweitert. Im Widerstand gegen die Eltern und Lehrerinnen wähle sie eine erweiterte Qualifikation statt die von den Eltern vorgeschlagene Ausbildung in einem typischen Frauenberuf. Pyerin kritisiert, daß die Heldin als Einzelkämpferin vorgeführt wird, die kaum Unterstützung von anderen erfahre, auch nicht von Frauen.

Die am Schluß angeführten Gruppendiskussionen mit Real- und Gymnasialschülerinnen zu dem Buch hätten ergeben, daß es bei den Schülerinnen (auf Grund mangelnder Identifikationsmöglichkeiten) weniger gut ankomme als von Pyerin erhofft. Leider sind diese auf fünf Seiten beschriebenen Diskussionen in der Art der Darstellung nicht nachvollziehbar — die einzige Angabe zum Verfahren besteht aus einem Literaturhinweis von 1960. Der Versuch, etwas über die direkte Auswirkung von Literatur prognostizieren zu können, scheint mir zudem zum Scheitern verurteilt, die dargestellte Rezeption der Schülerinnen sagt wenig darüber aus, was sie auf Dauer im Kopf bewegen, welche Lesearbeit sie bei der Lektüre geleistet haben.

Weiterführend sind eher die Vorschläge der Autorin, emanzipatorische Frauenbücher in den Schulen zu lesen und zu diskutieren. Ihr Einwand, daß im Zuge der immer noch insbesondere bei Mädchen so beliebten romantischen und Groschen-

literatur die wenigen emanzipatorischen Mädchenbücher nicht reichen würden, viel in Haltung und Bewußtsein der Leserinnen zu verändern, könnte unter Einbeziehung ihres eingangs formulierten Anspruchs, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen (80), konkretisiert werden. Warum können wir nicht von den traditionellen Büchern wie z.B. »Hanni und Nanni« lernen, indem wir uns für Reihen von Mädchenbüchern einsetzen, worin jedes Buch einen anderen Aspekt aus dem gegenwärtigen Alltag von Mädchen behandelt? Schließlich kann ein einzelner Roman nie alle »Emanzipationskriterien« zugleich erfüllen.

Barbara Ketelhut (Hamburg)

Kreienbaum, Maria Anna (Hrsg.): Frauen Bilden Macht. Dokumentation des 7. Fachkongresses Frauen und Schule. Barbara Weißbach Verlag, Dortmund 1989 (237 S., br., 24,- DM)

Die 24 Beiträge umfassen ein breites Spektrum, geordnet nach Schwerpunkten: Schulerfahrung und Geschlecht, Geschlechterverhältnis, Macht und Autorität von Lehrerinnen, »Schöne neue Welt« (Computer, Gentechnologien, Aids), Spurensuche und Frauengeschichte, (Schul-)Buchkritik. Ich gehe im folgenden vor allem auf die Aufsätze ein, die sich mit Koedukation und Computerprojekten beschäftigen.

Helga Marburger und Elke Nyssen haben untersucht, unter welchen Bedingungen die Koedukation an Gymnasien in Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde. Vorbereitungen, curriculare Veränderungen habe es hierbei in den siebziger Jahren nicht gegeben, andere Probleme standen im Vordergrund (LehrerInnenmangel, Oberstufenreform etc.). Eine Begründung für die Einführung der Koedukation sei damals die Förderung von Mädchen in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern gewesen (die Mehrzahl der ehemaligen Mädchengymnasien waren Neusprachliche Gymnasien oder Gymnasien für »Frauenbildung«). Warum die Mädchen inzwischen nicht massenweise naturwissenschaftliche Berufe ergreifen, müßte weiter erforscht werden. Marburger und Nyssen geben nur einen Anhaltspunkt: die zahlenmäßig geringeren Identifikationsmöglichkeiten von Mädchen mit Lehrerinnen überhaupt und insbesondere in den benannten Fächern. Vielleicht können Analysen von Schulbüchern und der Art, wie sie im Unterricht an ehemaligen Mädchen- bzw. Jungenschulen im Vergleich zu gegenwärtigen koedukativen Schulen verwendet werden, Aufschluß über die Gründe dieser geschlechtsspezifischen Berufswahl geben. Jacqueline Kauermann-Walter und Maria Anna Kreienbaum fassen die bisherigen Untersuchungsergebnisse der Koedukationsdebatte zusammen. Sie formen daraus ein »pragmatisches Modell zur Erklärung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen im Bildungswesen« (29) und nennen es den »sozio-psychologischen Bildungszirkel«. Einzelne Elemente sind z.B.: Schulhierarchie, LehrerInnen, Elterneinfluß/Umwelt, Gewalt gegen Mädchen, Selbsteinschätzung, Curricula etc. Als analytisches Modell scheint es mir nicht überzeugend, es bleibt vorwiegend deskriptiv. Für verdientvoll aber halte ich den Versuch, die Diskussionen zusammenzufassen und zu ordnen. Einzelne Ergebnisse finden sich auch in anderen Beiträgen des Bandes wieder: die Dominanz der Jungen im Unterricht z.B. und die größere Aufmerksamkeit, die ihnen seitens der Lehrpersonen zuteil wird. In einem Computerprojekt (Informations- und Kommunikationstechnologische Grundbildung) fanden Marita Altermann-Köster und Claudia de Witt heraus, daß der disziplinierte und zurückhaltende Umgang der Mädchen mit den Geräten von den Lehrenden als langweilig empfunden wurde. Trotz des gegenteiligen Anspruchs sei auch hier zunächst den Jungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden. Uta Enders-Dräger geht von einem Wahrnehmungsproblem aus: »Alle Beteiligten irren sich offensichtlich auf Grund ihrer eigenen verzerrten Wahrnehmung und können ihr persönliches

Verhalten und das der Schülerinnen und Schüler nicht ohne weiteres realitätsangemessen wahrnehmen, beurteilen und damit zugunsten der Mädchen verändern.« (23f.) An der selbstverständlichen Normalität männlicher Dominanz im Schulalltag, so Enders-Drägässer, orientieren sich alle Beteiligten, z.B. die LehrerInnen bei der Unterrichtsvorbereitung und -durchführung. Die Gleichsetzung störenden und dominanten Verhaltens im Unterricht mit Männlichkeit und Durchsetzungsvermögen erlaube es den Jungen, sich vom kooperativen Verhalten der Mädchen (als »mädchenhaft«) abzugrenzen. Fazit des Beitrages ist, daß die Jungen sich ändern müssen, z.B. über positive Vorbilder. Hier sind die männlichen Lehrer gefordert.

Den beiden vorgestellten Computer-Projekten sind folgende Beobachtungen gemeinsam: Die Jungen haben bedeutend mehr Vorerfahrungen mit dem Computer. Die Mädchen passen sich an, ordnen sich unter, tun genau das, was von ihnen verlangt wird. Die Mädchen halten die Jungen für kompetenter, die Jungen sich selber auch und neigen dazu, sich zu überschätzen. Kauermann-Walter und Metz-Göckel stellen die These auf, daß das Sozialverhalten der Jungen sich hemmend auf das Arbeitsverhalten der Mädchen auswirke; so würden die Mädchen in koedukativen Situationen kooperativ-kompromißbereit und still. Spannend sind ihre Beobachtungen, wie Jungen Wissen monopolisieren bzw. ihre Monopolstellung sichern. Die Autorinnen unterscheiden drei Arten von Experten: »echte«, »verblaßte« und »Quasi-Experten. »Echte« Experten sind Jungen, die über Vorwissen verfügen, komplexe Vorgänge rasch begreifen und sich mit Sonderaufgaben beschäftigen. »Verblaßte« Experten sind jene, deren Wissensvorsprung nach einigen Stunden von der Gesamtgruppe eingeholt wird. »Sie versuchten aber mit allen Mitteln, ihren Sonderstatus aufrechtzuerhalten und waren damit meist auch erfolgreich.« (175) Die Strategien sind Ausweichen, sich schwierigeren Aufgaben entziehen, von anderen die Lösungen abschreiben, den Kurs verlassen. Die dritte Variante sind die »Quasi-Experten: »Ihr Wissen bestand aus einigen Fachbegriffen, die sie wirksam bluffend einbrachten.« (175) Diese detaillierten Beobachtungen können hilfreich für Lehrende sein, um Strategien der Jungen zu unterbinden.

Zwei Aufsätze behandeln die Frage »Schulleitung — nur ein Männerberuf?« Karin Flaake stellt unter dem Titel »Die Angst vor der eigenen Stärke« eine Untersuchung vor, in der Lehrerinnen und Lehrer zu ihrem Beruf befragt wurden. Renate Luca-Krüger hat Mädchen zu ihren Verarbeitungsweisen von Psycho-Horror-Videos befragt. Mehrere Aufsätze sind praxisorientiert, die Autorinnen machen konkrete Handlungsvorschläge. So kann z.B. der Beitrag von Helga Helsper und Ulrike Janz zu Gen- und Reproduktionstechnologien als informative Grundlage für eine Unterrichtsvorbereitung verstanden werden. Das bunte Spektrum hat allerdings den Nachteil, daß viele Themen nur kurz angerissen werden. Vielleicht wäre es günstiger, zukünftig die Kongresse »Frauen und Schule« themenzentrierter zu gestalten, um die Diskussionen voranzubringen.

Erika Niehoff (Hamburg)

Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): Besser gebildet und doch nicht gleich! Frauen und Bildung in der Arbeitsgesellschaft. Kleine-Verlag, Bielefeld 1990 (256 S., br., 29,90 DM)

Im Band 11 der Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft veröffentlicht das Forschungsprojekt »Arbeit und Bildung« der Universität Bremen neben den eigenen Arbeitsergebnissen auch Beiträge von Wissenschaftlerinnen, mit denen das Projekt seit längerem in der Diskussion steht. Alle elf Beiträge gehen der Frage nach, inwiefern gleiche Bildung von Frauen und Männern auch gleiche berufliche Chancen beinhaltet. An Hand historischer und differenzierter Gegenwartsanalysen

werden die Geschlechterverhältnisse als Teil der Produktionsverhältnisse auf drei Ebenen betrachtet: auf der Ebene der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, der Ideologie sowie der subjektiven Orientierungen und Deutungsmuster in ihrer historischen Veränderbarkeit.

Das erste Drittel besteht aus einem historischen Teil, in dem u.a. die Bildungs- und Berufsbeschränkungen für Arbeitertöchter, Initiativen zur Berufsbildung im 19. Jahrhundert und die generellen Bemühungen um die Öffnung von Berufen für Frauen im gewerblich-handwerklichen Bereich für die Hansestadt Bremen nachgezeichnet werden. Der Teil endet mit einer Betrachtung über den Sinn und Zweck der Arbeiterinnenbildung aus der Sicht von Parteien und Gewerkschaften um die Jahrhundertwende. Unterschiede und Gemeinsamkeiten proletarischer und bürgerlicher Frauenbildungsarbeit werden herausgearbeitet. Eher schlaglichtartig wird dargestellt, ob und wie die zum Teil heute noch aktuellen Bildungsideale der Frühsozialisten und ihrer von der Forschung bisher kaum beachteten weiblichen Vertreterinnen wie z.B. Marie-Reine Guindorf, Flora Tristan und Marie Wollstonecraft in die Emanzipationsgeschichte der Sozialdemokratie zu Beginn des 19. Jahrhunderts Eingang fanden (Marianne Friese).

In einem Ländervergleich BRD–Frankreich (im zweiten Drittel des Buches) wird das Verhältnis von Frauen zur Technik untersucht, indem die Auswirkungen des gestiegenen Zustroms von Frauen in ingenieurwissenschaftliche Ausbildungen und Berufsbereiche überprüft wurden. Das Ineinanderdenken von Technik und Männlichkeit, das für beide Länder gelte, sei durch den Zustrom von Frauen zwar irritiert, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden. In Hinblick auf Führungspositionen zeichne sich ein wichtiger Unterschied zwischen der BRD und Frankreich ab: in Frankreich gewährleisteten »grandes écoles« (Eliteschulen) die Selbstreproduktion der Machteliten, der Frauenanteil sei gering, er rekrutiere sich aus der gleichen Klasse. In der BRD bieten gerade ingenieurwissenschaftliche Studiengänge für Männer Aufstiegschancen, der geringe Anteil von Frauen gehöre überwiegend der Mittel- oder Oberschicht an. Deutlich wird, daß wir nur zu aussagekräftigen, realistischen und differenzierten Ergebnissen über das Verhältnis von Frauen zu Technik gelangen, wenn genau untersucht werde, welche Frauen mit welchem familialen, bildungsbiographischen und nationalen Hintergrund in welchem bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Kontext Zugang zu technischer und ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung haben (Hedwig Rudolph).

Im letzten Drittel »Gleiche Bildung, Gleiche Chancen?« wird u.a. die Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung und die dahinterstehenden frauen- und bildungspolitischen Prämissen am Beispiel »Frauen an die Computer«, Modellversuche zu »Mädchen in Männerberufe« hinterfragt. Bezweifelt wird, daß Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen ein wirksamer Hebel sind, die Benachteiligung von Frauen im Erwerbssbereich zu beseitigen. Obwohl die nachwachsende Frauengeneration seit den siebziger Jahren bei den schulischen Abschlüssen gleichgezogen und beim Erwerb beruflicher Qualifikation erheblich aufgeholt habe, zeige ein Blick auf das Erwerbssystem insgesamt, daß die geschlechtsspezifische Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt fortbestehe. Allerdings könnten heute weniger denn je vorrangig Bildungsdefizite, mangelndes Lern- und Leistungsvermögen der Frauen dafür verantwortlich gemacht werden. Vielmehr müßte der Blick auf die innere Struktur und die Rahmenbedingungen im Ausbildungs- und Erwerbssystem gerichtet werden, die zur Festigung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung beitragen.

Im abschließenden Beitrag plädiert Ursula Rabe-Kleberg für Quotierung als politisches Instrument, um die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit im Erwerbs-

bereich aufbrechen zu können. Nachteile, die Frauen erleiden, müßten als Verletzung von Rechten begriffen werden. Dies ziehe Anspruch auf Kompensation und Wiedereinsetzen eines rechtmäßigen Zustands nach sich, z.B. an alle die gleichen Qualifikationsanforderungen zu stellen. Es wird auf ein Gutachten von Heide Pfarr verwiesen, nach dem alle rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung von Quotierung bis hin zum Betriebsverfassungsgesetz vorlägen. Unklar bleibt allerdings, wie wir Frauenquoten im Erwerbsbereich durchsetzen können. Insgesamt bieten die Beiträge die Möglichkeit, sich in den Themenkomplex einzuarbeiten und sich einen Überblick zu verschaffen.

Maren Kreutz (Hamburg)

Geschichte

Gailus, Manfred: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 96). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990 (546 S., Ln., 112,- DM)

Manfred Gailus nimmt sich vor, gegenüber anderen Darstellungen zur 1848er Revolution zwei Dinge anders zu machen: erstens den Blick von den Hauptschauplätzen der Revolution (Berlin, Baden) zu erweitern auf die Provinz, die Revolution in ihrer Breite wahrzunehmen; zweitens wegzukommen von den Haupt- und Staatsaktionen der Revolution hin zu den — spontanen — Massenaktionen, zur »Straßenpolitik«. Er hat das Konfliktgeschehen im Zeitraum vom Januar 1847 bis zum Juni 1849 durch Auswertung von fünf überregionalen Tageszeitungen in einer Tag-für-Tag-Analyse erhoben und ein Protestsamplum von 1486 Fällen erhalten. Sein Interesse gilt den, 1848 keineswegs neuen, »Pöbelexzessen«. Er sieht seine Arbeit in der historiographischen Tradition einer »Geschichte von unten« und ihrer Klassiker G. Rudé, E. Hobsbawm und E.P. Thompson — wobei die völlige Preisgabe des Klassenbegriffs (60) sicher nicht in deren Sinne wäre.

Nachdem ein Überblick über die statistische Verteilung gegeben und eine Klassifizierung vorgenommen wurde, kommt er zur »Innenseite« des Protests, die er in drei Fallanalysen (Hungerunruhen 1847, Straßenbesetzungen 1848 und »Thron- und Altar«-Unruhen) vorstellt. Und hier (231ff.) wird es für den Leser wegen der quellennahen und farbigen Darstellung interessant. Was Gailus' Zugriff lohnend macht, ist, daß er nicht im geringsten versucht, den »Tumultanten« höhere Absichten zu unterschieben, als sie wirklich hatten, weder höhere politische Ziele noch höhere moralische Werte, wo diese nicht vorhanden waren. Er sucht zu vermeiden, was man Rudé vorgehalten (oder unterstellt) hatte, nämlich gegen die konservative Pöbelphobie ein neues Stereotyp der »guten Volksmassen« geschaffen zu haben (108). So zeigt es sich, daß das moral-economy-Konzept (»gerechter Preis«) von Thompson dort nicht greift, wo die soziale Desintegration der Unterschicht weit fortgeschritten war (Elendskriminalität) und schlicht geplündert wurde. Daher nimmt er sich auch die bisher wenig untersuchte gegenrevolutionäre plebejische Gewalt vor.

Gailus betrachtet die Aktionen der Volksmassen nicht durch die Brille bürgerlich-demokratischer Forderungen aus der Sphäre der Großen Politik, sondern sucht die Autonomie ihrer Ausdrucksformen und verfolgten Ziele auf. »Straße« bezeichnet die Formen, die massenhafte Aneignung des Straßenraums und die kollektive, direkte Aktion. »Brot« bezeichnet die Ziele der Subsistenzsicherung (Nahrungsmittel, Arbeit). Wenn 16 von 19 Protestaktionen im April 1848 in Berlin Subsistenzunruhen waren, zeigt das, wozu die Volksmenge ihre im März gewonnene Straßenmacht vor

allem nutzte: zur Kontrolle der Bäcker (369). Der Autor ersetzt die bisher ohne befriedigende Ergebnisse aufgeworfene Frage, ob dies nun fortschrittlich gewesen sei oder im Gegenteil rückwärtsgewandt, durch den Begriff des »Eigensinns«. Aktionen der Volksmassen waren »eigensinnig« insofern, als sie volkscundlich beschreibbaren, tradierten Aktionsmustern folgten und den Erhalt *ihrer* Lebensformen verfolgten. Sie hingen damit nicht per se einer der gesellschaftlichen Eliten an, weder der alten noch der neuen. Und daher konnte sowohl der alte Staat wie die liberal-kapitalistischen Neureichen von ihnen bedroht sein oder (punktuell) mit ihnen paktieren.

Gailus erhebt das Eigentum zur Scheidelinie zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen. Er sieht daher die Konfliktlinie nicht zwischen Feudalabsolutismus und Bürgertum mit anhängendem Volk, sondern zwischen Alter und Neuer Elite auf der einen Seite und Volksmassen auf der anderen, zwischen denen auch sozialkulturell ein tiefer Graben liege. Selbst das Bündnis zwischen der demokratischen Minderheit der Neuen Elite, den »Volksfreunden«, und dem Volk war äußerst fragil. Nur einmal im Mai geschah es den »Volksfreunden«, nach einer Kundgebung von den Berliner Massen zum Sitz des Ministerpräsidenten geleitet zu werden, dem sie die Forderungen vortragen mußten. Fortan vermieden sie es tunlichst, noch einmal in eine derartige, ihnen ungemütliche Lage zu kommen (404f.). Ob wegen dieser Konstellation der 1848er Revolution der Charakter einer »bürgerlichen« Revolution abgesprochen werden müsse, wie Gailus (einer gegenwärtigen revisionistischen Tendenz entsprechend) meint, könnte wohl erst eine Untersuchung der Großen Politik im Spiegel der hier dargestellten Massenaktionen des Volkes zeigen.

Wenigstens ein »Pöbelexzeß«: In Berlin und Potsdam war bis 1848 aus unerfindlichen Gründen das Rauchen auf der Straße verboten. Am Abend des 15. August 1848 traten mehrere Arbeiter an einen ihnen entgegenkommenden Schutzmann mit den Worten heran: »Constabler, gebt mir Feuer her!«, so die neu errungene Autonomie provokativ genießend. Der Schutzpolizist versuchte auszuweichen, wurde jedoch von den Arbeitern derart bedrängt, daß er die Notpfeife ertönen ließ. Mit ihm und seinen drei herbeigeeilten Kollegen entspann sich eine wüste Prügelei, die die Staatsmacht verlor. — Solches alles ist Linksgestimmten sympathisch. Doch wie reagiert die Kreuzberger ABM-Schickeria, wenn sie abends im »Riehmers« oder mittags beim Frühstück auf der Terrasse der »van Loon« von Suffkies angepöbelt wird? Türsteher und Drohungen mit der Polizei von Gästen und der ungeheuer attraktiven Bedienung.
Hartmut Zückert (Berlin)

Guttman, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914-1918. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1989 (298 S., br., 58,- DM)

Der Titel der Studie ist etwas irreführend, da ihr Schwerpunkt auf der Untersuchung der Frauenbewegung(en) in Baden während des Kaiserreichs (79-116) und im Ersten Weltkrieg (117-188) liegt und nicht, wie der Titel vermuten läßt, auf der Darstellung der Frauenarbeit in Deutschland 1914-1918. Zwei vorgeschaltete Kapitel umreißen die staatlich gesetzten Rahmenbedingungen für die industrielle Erwerbsarbeit und die Familienarbeit von Frauen im Reich und in Baden, v.a. Arbeiterrinnenschutz, Arbeitsmarktregulierung, Nahrungsmittelbewirtschaftung und Bevölkerungspolitik (14-33) und deren Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitszusammenhänge von Arbeiterfrauen in Baden (34-78) in den Jahren 1914 bis 1918. Im Schlußkapitel geht die Verfasserin auf die Einführung des Frauenwahlrechts Ende 1918 und die Demobilisierung ein und resümiert ihre Ergebnisse unter der Fragestellung, ob man den Ersten Weltkrieg als »Schrittmacher der Frauenemanzipation« bezeichnen kann (195-219).

Die Stärke der Arbeit liegt darin, daß diese Fragestellung die gesamte Darstellung strukturiert und mit einem anregenden roten Faden versieht. Ihrem erkenntnisleitenden Interesse folgend, »den Mythos von der natürlichen Prädisposition der Frau zur Friedfertigkeit aufzubrechen« (6), indem sie Frauen nicht nur als Opfer von Unterdrückung, sondern auch als potentielle aktive Mitgestalterinnen repressiver und leidvoller gesellschaftlicher Bedingungen begreift (7f.), kommt die Verfasserin zu dem Schluß, daß die Mitglieder sowohl der bürgerlichen als auch der proletarischen Frauenbewegung sich mehrheitlich systemstabilisierend verhielten und damit zur Aufrechterhaltung der Kriegsgesellschaft beitrugen (217 und passim). Guttman interpretiert diesen Befund — der vielfältig belegt und argumentativ überzeugend ist — vor dem Hintergrund der damals vorherrschenden Frauenbewegungsideologie: Im Glauben an die Präexistenz spezifischer männlicher und weiblicher Qualitäten und Sphären begriffen die organisierten Frauen sich als komplementär zur »Männerwelt«, nicht aber als eigenständig (217f.). Und was die vielbeschworenen emanzipatorischen Wirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Arbeiterfrauen angeht, so stellt die Verfasserin fest, daß sich positive Auswirkungen der Kriegszeit auf deren Berufsleben »nur schwer ... ausmachen« lassen: »Frauen übernahmen jeweils die stupidesten, am wenigsten qualifizierten und am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätze. Männer erhielten die bessere Ausbildung, die höheren Posten innerhalb der betrieblichen Hierarchie und die höheren Löhne.« (216)

Guttmans Ergebnisse regen zum Nachdenken an: etwa über die klassen- und schichtenspezifischen Unterschiede weiblicher Lebens- und Wahrnehmungsweisen, die hier in Gestalt der sehr unterschiedlichen Erfahrungszusammenhänge und Einstellungen organisierter und nichtorganisierter Frauen im Ersten Weltkrieg wieder einmal deutlich werden und deren Untersuchung in der historischen Frauenforschung vorangetrieben werden sollte; aber auch über den Katalog weiterer Themen, denen eine quellennahe, demystifizierende Frauengeschichtsforschung not täte (immer noch im Angebot z.B.: die weiterhin dringend nötigen sozialgeschichtlichen Detailstudien zur Geschichte der Frauen im Nationalsozialismus).

An die Adresse des Verlages wäre noch anzumerken, daß einem solchen Buch, das keineswegs zum Discountpreis über den Ladentisch geht, ein etwas leserInnenfreundlicheres, nämlich v.a. druckschwärzeintensiveres Schriftbild gut zu Gesicht gestanden hätte.

Ute Daniel (Siegen)

SchorNSTheimer, Michael: Bombenstimmung und Katzenjammer. Vergangenheitsbewältigung: Quick und Stern in den 50er Jahren. Mit einem Nachwort von Erhard Stöling. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989 (390 S., br., 19,80 DM)

Daß das Unbewältigtsein der braunen Vergangenheit »im Sinne der Mitscherlichs nichts aussagt über die Art und Weise, wie die erfolglose Bewältigung vonstatten gegangen ist« (10), bildet den Ansatzpunkt der inhaltsanalytischen Studie Schornstheimers, einer soziologischen Dissertation an der FU Berlin. Und im Gegensatz zur mißverständlichen Vermittlung dieses Vorgangs als »kommunikatives Beschweigen« (Lübbe) wird deutlich, in wie hohem Maße NS-Diktatur und Weltkriegsgeschehen im ersten (und) formativen Jahrzehnt der Bundesrepublik öffentliche Beachtung fanden. Mit einem durchaus konventionell anmutenden Herangehen — das Problem X im Spiegel der Zeitung bzw. Zeitschrift Y lauteten früher sehr häufig Dissertations-themen — werden wichtige und z.T. überraschende Ergebnisse präsentiert.

Erstens ist das Medium, zwei vielgelesene Illustrierte, klug gewählt. »Stern« und »Quick« hatten 1950, dem Beginn des Untersuchungszeitraums, zusammen etwa eine Million verkaufte Auflage, zehn Jahre später mehr als doppelt so viel. Durch die

weite Verbreitung (z.B. mittels Lesemappen) kann man die Zahl der Leser pro Exemplar auf 7 bis 10 schätzen; 1960 wurde also mit diesen beiden Illustrierten ca. ein Drittel der »lesefähigen« westdeutschen Bevölkerung erreicht. Zweitens werden die Verarbeitungsmuster der katastrophischen Zeitungsgeschichte vornehmlich aus den »sogenannten Tatsachenberichten«, die in den fünfziger Jahren eine »Blütezeit« erlebten (15), und aus den Fortsetzungsromanen, die jeweils von der Hälfte der Käufer gelesen wurden, destilliert. Durch die genaue Entfaltung der stereotypen Argumentationsschemata, gewonnen aus der gründlichen Lektüre von zehn Jahrgängen dieser beiden Illustrierten, erhält man ein sehr plastisches (und erschreckendes) Bild dieser Seite der politischen Kultur der fünfziger Jahre.

Die »Grundmuster der Vergangenheitsbewältigung« (23), beginnend mit den Stichworten »Kopf in den Sand« und »Der dumme August«, werden detailliert geschildert, wobei auch »anspruchsvollere Spielarten« (47) des »Nicht-gewußt-haben-Wollens« einbezogen werden. Im legitimatorischen Zentrum aber stand wohl weithin konsensualer Pflichtdiskurs (88ff.): »Befehl ist Befehl!«; »Nur die Pflicht getan«; »Mißbraucht/Verführt«. Lediglich verhaltene Kritik an »blindem Gehorsam« und »SS-Mentalität« (95), dafür aber Rechtfertigung sogar der Massaker von Oradour (79) u.a. einerseits, widerliche und nachträgliche Ausgrenzung exilierter Nazi-Gegner andererseits (83ff.) und schließlich Widerstandsgloriolen für Speer, Nebe, Diels und andere »gentlemen« (133) im NS-Regime: Die Vergangenheitsbewältigung deutet auf das »Fortleben nationalsozialistischer Denkformen« (155) hin, die dann im zweiten Hauptteil des Buches aufgefächert werden. (Inwiefern diese Begrifflichkeit angesichts der selbst vermerkten Tatsache, daß es keine »NS-Ideologie« gab, sondern eklektisch zusammengefügte Versatzstücke verschiedener älterer Traditionsbestände, glücklich ist, sei dahingestellt.) Die bruchlose Kontinuität zeigt sich in der verachtungsvollen Darstellung der Polen, Russen u.a. »Ostmenschen« (161), aber auch der »Zigeuner« (190ff.), während sich »auffällig wenige Texte« (177) auf Juden bzw. Antisemitismus bezogen; das bekannte dichotomische Frauenbild (treusorgende Mütter und spionierende Huren) (207ff.) überrascht nicht, eher schon das hohe Gewicht des Antiamerikanismus (232ff., 322ff.). Durchgängig ist »eine erschreckende Rohheit« (248) festzustellen, Erbe vor allem des Zweiten Weltkriegs, der in seinen interpretatorischen Facetten im dritten Teil des Buches abgehandelt wird (251ff.). Dazu gehören die angebliche Schicksalhaftigkeit des Krieges, das deutsche Selbstmitleid bei völliger Ignoranz gegenüber den Opfern anderer Völker, die bekannte Unterscheidung von »bösen Nazis« und »sauberer Wehrmacht« (260ff.) bzw. »böser Gestapo« und »sauberer Polizei« (278ff.), die konstruierte »Synonymie von Widerstandskampf und Kriminalität« (287), der Vergleich von deutschen Konzentrationsmit alliierten Gefangenenlagern — sogar in amerikanischen Lagern sei systematisch gefoltert worden (309) — und daraus folgend der fast vollständige moralische Freispruch für Nazi- und Kriegsverbrecher (310ff.).

Durch die collagenhafte Aneinanderreihung von für die genannten Stichworte typischen Episoden aus den Fortsetzungsromanen und »Tatsachenberichten« entsteht ein auch atmosphärisch sehr dichtes Bild, verstärkt durch eine sparsame, stellenweise bissig-ironische Kommentierung; mitunter wird es bei der ausführlichen wörtlichen Wiedergabe der Episoden etwas arg konkretistisch. Was schwerer wiegt: Es wird auf jegliche, noch so vorsichtige Quantifizierungen verzichtet, das Problem der Repräsentativität wird nicht erörtert, Fragen der Rezeption spielen keine Rolle. Im Vorfeld solcher sozialgeschichtlicher Desiderata aber ist eine sehr verdienstvolle und interessante Studie entstanden.

Axel Schildt (Hamburg)

Soziale Bewegungen und Politik

Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1989 (319 S., br., 20,- DM)

Beim Verfassen dieses Buches war der Jurist Henrich noch Mitglied der SED; nach seiner Veröffentlichung im April 1989 wurde er aus der Partei, in der er zehn Jahre Parteisekretär gewesen war, ausgeschlossen und mit Berufsverbot belegt. Henrich gehört zu den Gründungsmitgliedern des »Neuen Forums«. Das Buch ist eine aufklärerische Schrift im kantischen Sinne, insofern der Autor jede einzelne Person dazu auffordert, sich ihres Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Es soll das Ziel dieser Verstandestätigkeit sein, die Emanzipation aus einem Zustand der Unmündigkeit, der nicht nur durch äußeren Zwang herbeigeführt wurde, sondern oftmals durch psychologische Disposition und Akzeptanz der Werte des »deutschen Untertanengeistes« selbst verschuldet ist, zu erreichen. Henrichs zentrale politische These ist, daß der Staat im real existierenden Sozialismus die seiner Macht Unterworfenen daran hindert, mündig zu werden und selbstbestimmt zu leben. Dieser reaktionäre Staat muß abgeschafft werden. Kantisch ist auch die Forderung, daß die angestrebte politische und gesellschaftliche Ordnung nur dann legitim genannt werden kann, wenn begründet angenommen werden kann, »daß die im Gebrauch ihrer Vernunft selbständigen Mitglieder des betreffenden Gemeinwesens sich auch freiwillig eine dadurch bestimmte Ordnung auferlegen würden« (129). Diese Ordnung müßte auch die (naturrechtlich begründeten) Menschenrechte respektieren (165).

Die zentrale analytische Kategorie, mit der Henrich die Herrschaftsstruktur in der DDR zu entschlüsseln versucht, ist der Begriff der »Formationsverdrängung«. Das Modell des despotischen sowjetischen Industriestaates, in den sich der »halbasiatische« russische Autokratismus nach der Oktoberrevolution transformierte, verdrängt mitsamt seiner tributären Produktionsweise nach dem Zweiten Weltkrieg die »Privat-eigentums-gesellschaft« (Kap. 2 und 4), die sich aus der pluralen Struktur des west-europäischen Feudalismus entwickelte. Henrich analysiert das bürokratische Herrschaftssystem in der DDR prägnant; er gelangt aber nicht zu Einsichten, die über R. Bahro (*Die Alternative*) oder auch Ota Šik (*Das kommunistische Machtssystem*) hinausführten. Allerdings diskutiert Henrich in einem interessanten Kapitel die Funktion der Mauer im System der »politbürokratischen Schollengebundenheit« (Kap. 7). In einem anderen Kapitel entwickelt Henrich eine anregende These über die »ordnungspolitische Arbeitsteilung« (237) zwischen Staat und Kirche. Um ihr Überleben als Organisation im Sozialismus zu sichern, akzeptierte die Kirche die staatliche Vorstellung, daß sich im Raum der Kirche »die politisch opponierenden Kräfte in bestehende Strukturen eingliedern, die den Staat als solche nicht in Frage stellen« (234). Mit dieser These ergäbe sich ein Forschungsprogramm, das die systemstabilisierende Funktion der Kirche ebenso untersuchte wie den Beitrag kirchlicher Gruppen zum Sturz des Regimes.

Die politische und sozialpsychologische Konsequenz der »Formationsverdrängung« versucht Henrich zu fassen mit Habermas' Unterscheidung von System und Lebenswelt. Von ausschlaggebender Bedeutung sei es, daß die Formationsverdrängung erst in einer Phase der deutschen Geschichte vollzogen wurde, in der sich der Staatsapparat und die Wirtschaft als System zweckrationalen Handelns längst aus ihrer Verwurzelung in der familiären Lebenswelt gelöst hatten. Die politische und ökonomische Umwälzung betraf deshalb nur die Systemebene, die Lebenswelt der Menschen dagegen sei nur oberflächlich beeinflusst worden. Während deshalb eine

Systemintegration durch das Medium der Macht möglich ist, versagen die Bemühungen des Staates um die Sozialintegration angesichts der geringen »zivilisatorischen Ausstrahlung« des politbürokratischen Systems. »Anderorts unbekanntes Orientierungs- und Legitimationsprobleme« würden durch dieses »Mißverständnis« (!) erzeugt (79f.). Das Leben der Menschen im Staatssozialismus wird durch diesen »Hauptwiderspruch« zwischen den integrativen Prinzipien, die das Verhalten der Menschen in der Systemwelt regulieren, und den Prinzipien, die das Handeln der Menschen in ihrer persönlichen Welt normieren, bestimmt (109). Akzeptiert man dieses Modell, so stellt sich zunächst die Frage, welche Bedeutung den strukturellen Schwächen der Organisation der Systemwelt, die Henrich in seiner Analyse der Politbürokratie benennt, für die politische Krise des staatssozialistischen Systems beizumessen ist (war). Andererseits hätte ein Vergleich mit der System-Lebenswelt-Relation in kapitalistischen Gesellschaften, die Habermas mit der Figur der »Kolonialisierung der Lebenswelt« faßt, dem normativen Programm Henrichs schärfere Konturen verleihen können. Wenn beide Zuordnungen von System und Lebenswelt selbstbestimmtes Leben blockieren, in welchen sozialen Organisationsformen sind die größten Emanzipationschancen zu verwirklichen?

Für Henrich ist die Zurücknahme des Staates aus der Wirtschaft und dem Geistesleben zentral »für die Gesundung des ganzen Gesellschaftskörpers« (287), d.h. für seine Sanierung »von ihm schwächenden und verunstaltenden sozialen Pathologien« (277). Diese begrifflich unscharfe organozistische Ausdrucksweise verdankt sich der Übernahme von Elementen aus der Philosophie Rudolf Steiners, die als grundlegend für eine Neubestimmung des »inneren Menschen« und seines Verhältnisses zur Natur und Mitwelt angesehen wird. »Liebe allein kann am Ende das Macht- und Besitz-Ich der Politökonomie niederbrennen« (266). So attraktiv dieser Gedanke — und Vollzug — auch sein mag, letztlich ist diese Sicht ein Glaubensartikel. Über die Bedingungen, unter denen dieser Glaubenssatz in ein politisches Programm übersetzt werden könnte und die nötigen kollektiven Organisationsformen zur Umsetzung eines solchen Programms in politisches Handeln, macht Henrich keine Angaben. So bleibt die Vorstellung von einer neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung, die den mündigen Menschen will und braucht, unklar. Aber auch und gerade nach dem Anschluß der DDR bleibt die Suche nach einer emanzipativen, »aufgeklärten« Lebensform weiterhin dringlich. Roland Axtmann (Aberdeen)

Heidelberger, Bruno: Jugoslawiens Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Historische Voraussetzungen und Konsequenzen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1989 (383 S., br., 85,- DM)

Parallel zu den Transformationsprozessen postkommunistischer Staaten in Osteuropa hin zu bürgerlich-kapitalistischen Demokratien westlichen Typs vollzieht sich in Jugoslawien die Auflösung des Zentralstaates mit seinen Institutionen. Ähnlich wie in der Sowjetunion verselbständigen sich die einzelnen Teilrepubliken, um die eigenen Interessen als souveräne Staaten vertreten zu können. Demgegenüber ist die Zentralregierung in Belgrad zu einer machtlosen Hülse geworden, deren Kern durch den Interessenantagonismus der Republiken zerstört wurde. Wirtschaftskrise und Nationalitätenkonflikte ergänzen den ideologischen Bankrott des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), welcher nicht mehr in der Lage scheint, die konfligierenden Interessen — insbesondere die egoistischen Eigenansprüche der diversen KPen der Republiken — zu bündeln, um sie dann als Clearing-Instanz mit den nötigen Kompromissen politisch zu lösen. Seit dem Ende der Tito-Ära, so die These von Bruno Heidelberger, sei das politische System Jugoslawiens zunehmend

in die Krise geraten, weil die Desintegrationstendenzen auf der staatlichen Ebene sowie auf Parteebene zunahmen: »Kein anderer Vielvölkerstaat ist so vom Zerfall bedroht wie Jugoslawien. In keinem anderen Bundesstaat der Welt haben die föderativen Einheiten derart weitreichende Möglichkeiten, alle Entscheidungen auf Bundesebene zu beeinflussen, wie in Jugoslawien seit der Reform der siebziger Jahre. Seitdem sollten alle wichtigen Beschlüsse der Bundesregierung aus der Mitarbeit oder gar aus dem Konsens der Republiken und Provinzen hervorgehen. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik scheiterte aber meist an dem Veto einer einzigen Republik. (...) Darüber hinaus werden gefundene Lösungen oft überhaupt nicht oder nicht in allen Republiken und Provinzen durchgeführt.« (270) Diese Entwicklung, die fast als ein gegenwärtig unmodernes Plädoyer für zentralistische Lösungsansätze mißverstanden werden kann, ist heute annähernd abgeschlossen. Die Wahlen in Slowenien und Kroatien, deren Resultat als Annäherung an Marktwirtschaft und Mehrparteiensystem (wobei in Kroatien auch strukturell autoritäre Varianten möglich sind) gewertet werden kann, und die Konfrontation beider Republiken mit Serbien, dessen Hegemoniestreben Auseinandersetzungen provozieren muß (Kosovo), sind der Höhepunkt eines Erosionsprozesses der jugoslawischen Föderation, den Heidelberger in seiner 1987 abgeschlossenen Dissertation schildert. Es gelingt ihm, die vielfältigen und komplizierten historischen Zusammenhänge seit Gründung der jugoslawischen KP (KPJ) 1919 zu analysieren, die zum Verständnis der Auseinandersetzung Jugoslawiens mit dem Stalinismus wichtig sind.

Heidelberger differenziert zwischen zwei Stalinismusebenen: Während im Kontext des disproportionalen Verhältnisses zwischen KPdSU und Kommunistischer Internationale (KI) einerseits und den sogenannten Bruderparteien andererseits die (Macht-)Interessen der Sowjetunion dominierten, gelang es der KPJ spätestens mit dem »Schisma« von 1948, diesen »externen Stalinismus« abzuschütteln und sich vom Kadavergehorsam gegenüber der Sowjetunion zu emanzipieren. Dagegen blieb die KPJ von ihren internen Strukturen und ihrem innenpolitischen Machtanspruch eine klassische stalinistische Partei. Sie war sogar, folgt man Heidelberger, eine Muster-schülerin in der Adaption stalinistischer Methoden und Strukturen. Insbesondere zwischen 1947 und 1952 (»Dachauer Prozesse«, Kollektivierung der Landwirtschaft, Ausbau der Schwerindustrie, innerparteiliche Säuberungen, Einrichtungen von KZs wie Goli otok u.a.) versuchte Tito der Kominform zu beweisen, daß Jugoslawien ein sozialistischer Staat nach sowjetischem Vorbild sei.

Den Ursprung des Konflikts zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion datiert Heidelberger auf den Juni 1941, als die deutsche Wehrmacht Jugoslawien besetzte und sich die Führung der KPJ dazu entschloß, entgegen den Direktiven der KI, den nationalen Befreiungskampf mit der sozialistischen Revolution zu verbinden. Im Gegensatz zur jugoslawischen Synthese lagen die Präferenzen Stalins darin, die Anti-Hitler-Koalition (England, SU, USA) zu stabilisieren, was für die KPJ bedeutet hätte, im Rahmen der Volksfront-Konzeption der KI die königliche Exil-Regierung in London anzuerkennen und auf jegliche Eigenständigkeit in der Kriegsführung zu verzichten.

Zwischen 1941 und 1945 taktierte die KPJ, um schließlich von den »Großen Drei« als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Minutiös schildert Heidelberger das Verhalten der verschiedenen Akteure, um zu dem Fazit zu kommen, daß der außenpolitische Egoismus der SU und nicht die überaus erfolgreichen Autonomiebestrebungen der KPJ zum Bruch zwischen Moskau und Belgrad führen mußten. Schon im Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer offenbarten sich die Gründe, die zum »Schisma« führten: Es seien keine ideologischen, sondern machtpolitische

Differenzen gewesen, die die KPJ von Anfang an veranlaßten, sich gegenüber der SU zu behaupten. Diese These Heidelbergers erscheint deshalb plausibel, weil es der KPJ nicht nur nach 1948 sehr schwer fiel, ideologische Sollbruchstellen zu artikulieren (Deformierung des sowjetischen Staates, Bürokratisierung und Staatskapitalismus), sondern weil in Jugoslawien selbst jenes Absterben des Staates nicht stattfand, von dem die KPJ-Führung, sich dabei auf Marx und Lenin berufend, ständig redete. Im übrigen beweist die sowjetische Hegemonie in Osteuropa bis 1985, daß machtpolitische Fragen offenbar die Essenz in der Perzeption der sowjetischen Führung von Stalin bis Breschnjew bildeten.

Abgesehen von moralisierenden Phrasen gegen Ende des Buches (Freiheit im/und Sozialismus, Individuum und Kollektiv) ist dem Autor eine deskriptive Analyse gelungen, die insbesondere den Konflikt SU-Jugoslawien, den Selbstbehauptungswillen der KPJ (der historischen Verdienste Titos) und in diesem Rahmen die Möglichkeiten eines anderen Sozialismus aufzeigt.

Jens Becker (Dietzenbach)

Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. Internationale und historisch vergleichende Analyse. (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 19) Westdeutscher Verlag, Opladen 1988 (437 S., br., 64,- DM)

Die Veröffentlichung will einen Überblick über den Stand der auf quantifizierende Methoden orientierten vergleichenden Politikwissenschaft geben. In aller Munde ist der »institutionalistische Ansatz«, wie ihn z.B. F.W. Scharpf vertritt, also die schwerpunktmäßige Analyse relativ konstanter Institutionen und ihrer Bedeutung für Politikstrategien. Als »Institutionen« werden dabei Organisationen, Normen, Verfahrens- und Finanzierungsregeln, Aufgaben und Zuständigkeitsverteilungen, Verhaltensgewohnheiten und Traditionen verstanden (z.B. Schmid, Reissert, 285). Auch Autoren, deren Thema die Theorie gesellschaftlicher Verteilungskonflikte ist und die mit den klassischen Mitteln der ökonomischen Theorie der Politik arbeiten (Lehner, Nordhausen-Janz), und Autoren, die national unterschiedliche Politik-Stile als Analysebegriff begründen wollen (Feick, Jann), beziehen sich auf den institutionalistischen Ansatz.

Scharpf fordert die Ausweitung der in der »ökonomischen Theorie der Politik« benutzten Kriterien »rationalen Handelns« über einen individuell-rationalistischen Ansatz hinaus. Mit spieltheoretischen Methoden untersucht er Lähmungen der politischen Handlungsfähigkeit, die durch bestimmte Verhandlungsmuster bei Verteilungskonflikten entstehen. Er versucht zu zeigen, daß bestimmte Verhandlungsspiele nicht zu stabilen Lösungen kommen können, womit bestimmte Steuerungs-pathologien als strukturell bedingt erklärt wären.

Lehmbruch, Singer, Grande, Döhler untersuchen die »institutionellen Bedingungen ordnungspolitischen Strategiewechsels im internationalen Vergleich«, also die Abwendung vom »keynesianischen Konsens« in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik, bezogen auf die Institutionalisierung der Wissensproduktion (Politikberatung), die Telekommunikationspolitik und die Gesundheitspolitik. Während in Großbritannien die Wende außerhalb, teils gegen den etablierten Wissenschaftsbetrieb vorbereitet wurde und dann von der Regierungschefin in einflußreiche Positionen adoptiert werden konnte, wird für die USA die Heterogenität sowie die direkte Eingebundenheit der Wissenschaft in den allgemeinen politischen Prozeß betont. Die Bundesrepublik unterscheidet sich durch die starke Position des Sachverständigenrats sowohl in der Politikberatung als auch im »main-stream« der Fachwissenschaft bei gleichzeitiger Distanz vom konkreten politischen Entscheidungsprozeß. Auch in den beiden anderen Politikbereichen wird die institutionelle Beschränktheit

der Entwicklung und Durchführung der neokonservativen Politiken deutlich. Die politikstrategischen Ziele der Thatcher-Regierung können im institutionellen Umfeld der Telekommunikation leichter durchgesetzt werden als im Bereich der Gesundheitspolitik. Die Bundesregierung hat in beiden Politikbereichen mit institutionellen Gegebenheiten zu rechnen, die eine Wende erschweren. Für die USA, wo in beiden Bereichen eine deutliche Veränderung stattgefunden hat, wird herausgearbeitet, daß nicht so sehr konservative Regierungsstrategien, sondern außerpolitische Entwicklungen (Interessen von Unternehmen) diese Wende vorwärts treiben, womit die Frage der »eigentümlichen Staatlichkeit« der Vereinigten Staaten (278) aufgeworfen sei. Angemerkt sei hier, daß ein Ansatz wie der Lehmsbruchs u.a. die linke Theorie eigentlich nochmal darauf stoßen sollte, daß ihr Gegenstand die »bürgerliche Gesellschaft« ist, sich also nicht bloß auf z.B. die Bundesrepublik beschränken darf.

Einen weiteren Knotenpunkt von politischen Strukturen und Strategien untersucht Sturm mit dem Vergleich der haushalts- und geldpolitischen Institutionen in Kanada, Großbritannien und den USA, mit dem Ziel, »das Feld des durch institutionelle Reorganisation erzielbaren Gewinns an Handlungsfähigkeit« (307, nach Scharpf) zu beleuchten. Auch die Untersuchung von Schmidt und Reissert zu den Finanzierungssystemen der Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich läßt sich in diesem forschungsstrategischen Zusammenhang einordnen. Eines ihrer Ergebnisse ist, daß für eine Wende zu einer Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik, die Arbeitslosigkeit aktiv verhindert, statt Arbeitslosengeld zu zahlen, auch eine Reform des Finanzierungssystems notwendig wäre, um Inkongruenzen in der Be- und Entlastung der bei einer solchen Maßnahme beteiligten Haushalte zu verringern (301ff.).

Die anderen Aufsätze befassen sich mit den Gesundheitssystemen der OECD-Länder (Alber), Korporatismus und kleinem Binnenmarkt (Czada), der politischen Regulierung der industriellen Beziehungen vom deutschen Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik (Armingeon), den Alterssicherungsstrukturen in Westeuropa (Kohl), der Rolle unterschiedlicher politischer Systeme in der sozio-ökonomischen Entwicklung in Afrika (Berg-Schlosser), der wirtschaftlichen Funktion des Staates und von Entwicklungsstilen in Lateinamerika (Nohlen, Fernandez B.), dem Zusammenhang von ökologischem und technologischem Wandel in Industrieländern (Jänicke, Mönch) sowie der Analyse der RGW-Statistik (v. Beyme).

An der quantitativen Methode halten manche Autoren fast ängstlich fest, auch da, wo qualitative Aussagen angemessener wären und zum gleichen Ergebnis führen würden. So ermittelt Weede, daß das Wirtschaftswachstum mit zunehmendem Alter einer Demokratie abnimmt (auf Grund zunehmender Vermachtung der Märkte, Erstarken von Verteilungskonkordien, verringerter Anpassungsfähigkeit bei äußeren Schocks sowie der Fähigkeit der Interessengruppen, ihre Forderungen exklusiv für ihre Anhänger durchzusetzen; 107). Er folgert daraus, daß Kollektiventscheidungen — auch demokratisch legitimierte — durch Individualentscheidungen ersetzt werden sollten (109). Ein weiteres diskursives Element wird bei Weede besonders deutlich (das in anderen Artikeln ebenso durchscheint): eine Überhöhung des »Marktes« als einzigem Mechanismus, auf den Verlaß ist, der etwas Ganzes, Einheitliches und Absolutes darstellt, obwohl doch andererseits das Thema aller Beiträge gerade die Staatstätigkeit, also die Verflechtung von Staat und Wirtschaft ist, obwohl mit der Korporatismusforschung, auf die immer wieder Bezug genommen wird, die gesellschaftliche Struktur des Wirtschaftsprozesses zum Forschungsgegenstand wurde. Dies verhindert nicht, daß die ökonomischen Marktmodelle dann auch noch zum Modell der Theoriebildung in der politischen Wissenschaft werden. Eine Untersuchung

dieser Überhöhung des Marktes und der Zusammenhang mit seiner massenwirksamen Immunisierung gegen Kritik wäre sicher lohnend, erst recht in einer Situation, wo der Markt anscheinend seinen weltweiten Siegeszug vollendet.

Jörg-Michael Vogl (Marl)

Steinbuch, Karl: Die desinformierte Gesellschaft. Für eine zweite Aufklärung. Busse Seewald, Herford 1989 (269 S., br., 32,- DM)

Mit der rasch fortschreitenden Entwicklung neuer Informationstechnologien und deren Verbreitung im staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Bereich hat sich die Produktion von Daten und Informationen immens erweitert, deren Erfassung, Auswertung und Übermittlung rasant beschleunigt. Im wesentlichen genutzt zur Effektivierung von Produktion und Verwaltung, zum Ausbau von Kontroll- und Überwachungssystemen in staatlicher und betrieblicher Sphäre und zur »Modernisierung« der Rüstungselektronik vollzieht sich diese Entwicklung gleichsam hinter dem Rücken der Betroffenen. Parallel dazu sorgen Kommerzialisierung und Privatisierung und die damit verbundene Ausweitung der Macht der Konzerne im Bereich der Massenmedien für einen neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Exzessiver Fernseh- und Videokonsum und der totalisierende Charakter der bewußtseinsproduzierenden Industrie führen nicht nur zum Verschwinden der Kindheit, sondern verhindern in zunehmendem Maße in der gesamten Rezipientengesellschaft eine differenzierende Wahrnehmung von Selbst-Erlebtem und Massenmedial-Konstruiertem. Das nicht gelebte Leben, die Entwertung der Realität, die Unfähigkeit, wirklichkeitstreu zu urteilen, sind die Kehrseite der informationstechnischen Revolution. In diesem Zusammenhang von einer desinformierten Gesellschaft zu sprechen, erscheint daher auf den ersten Blick plausibel. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, daß der Autor mit seinem Buch zu einer wesentlichen Verschlimmerung des beklagten Zustandes beiträgt. Tatsächlich handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um eine inhaltliche, methodische und stilistische Katastrophe.

Karl Steinbuch, emeritierter Professor für Nachrichtentechnik, hatte sich in seinem Buch »Die informierte Gesellschaft« (1966) vom Fortschritt der Informationstechnologie noch »mehr Rationalität, bessere Entscheidungen und bessere Ordnung menschlichen Zusammenlebens« (9) erwartet. Diese Hoffnung wird nun zu Grabe getragen. Ansatzpunkt für seine Kritik an der »vierten Gewalt« ist aber keineswegs die oben skizzierte Problematik einer negativen Vergesellschaftung. Ursachen für die Desinformation der Deutschen sind für Steinbuch vor allem »Stern«, »Spiegel« und »Zeit« (passim), darüber hinaus die »Verfälschung in der Medienlandschaft mit der grün-alternativen Bewegung« (50), »die Tatsache, daß die Mehrzahl der in den Massenmedien Tätigen politisch links steht« (71) und daß die Medien eben nicht vom großen Kapital, sondern von den Gewerkschaften beherrscht werden (84). Die solcherart unterwanderten Medien können nur zur »informationellen Vergiftung« (68) der Bürger und zur »Zerstörung der moralischen Grundlagen unseres Zusammenlebens« (242) beitragen. Die Massenmedien »als Exerzierfeld von Ideologien, die seit 1968 auf dem langen Marsch sind« (240), verbreiten unablässig »Hysterie vor eingeredeten Gefahren« (57) und Pessimismus, zerstören dadurch Kreativität, Initiative und Tatkraft (60) und gefährden mit ihrer Technikkritik die Ernährung des deutschen Volkes (259f.). Während die Rechte durch »Meinungsunterdrückung« totgeschwiegen wird, »überflutet Katastrophenliteratur unser Land« (gemeint sind die Bücher von R. Jungk, G.R. Taylor, K. Traube u.a.). Die Ängste der Menschen vor großtechnischen Gefahren und Umweltzerstörung haben ihre Ursache nicht in realen Entwicklungen, sondern in der »apokalyptischen Literatur ... leichtfertiger

Unglückspropheten« (86f.). Den »linken Vergangenheitsbewältigern« wirft Steinbuch vor, sie schlugen auf einen »teuflischen Popanz« ein: Hitler, »der die Existenz unseres Volkes sichern wollte« (78), war nur möglich, da die Sieger des Ersten Weltkrieges »hemmungslos unsere geschichtliche Kontinuität abgebrochen« hatten (99), aber heute glaubt man nur noch »den Schauernmärchen der Sieger« (78).

Mit diesen Zitaten habe ich keineswegs die Rosinen aus einem braunen Kuchen herausgepickt. Abgesehen von den eingeschobenen, rein populärwissenschaftlichen Kapiteln, die in Informationstechnik und Kybernetik einführen, offenbart dieses Buch das persönliche Dilemma eines Mannes, der seine — bereits 1973 in dem Band »Kurskorrektur« vollzogene — Abkehr von früheren fortschrittlichen Überzeugungen so wenig verarbeitet hat, daß er, ähnlich einem vom Ketzertum geläuterten und jetzt der Inquisition dienenden Schergen, wie besessen mit rechtsradikalen Parolen auf alles Linke und Grüne eindrischt, um die Geißel nicht auf sich selbst richten zu müssen.

Um endlich zur richtigen Seite zu gehören, versichert er sich pausenlos seiner Freunde (G. Löwenthal, Ziesel, Dyba u.a.), nimmt »wehrlose Politiker« in Schutz (Filbinger, Waldheim, Schwarz-Schilling) und pflegt gleichzeitig seine Feindbilder, indem er Schriftsteller wie Böll, Wallraff und Enzensberger als »Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt« bezeichnet (75) und Gorbatschows Perestrojka als »Offensive der informationellen Kriegsführung« wahrnimmt (52).

Im technisch-naturwissenschaftlichen Teil des Buches hat Steinbuch den Mechanismus seiner »selektiven Wahrnehmung« beschrieben: Informationen werden nur aufgenommen, wenn sie das eigene Weltbild bestätigen, Widersprüche werden nicht zur Kenntnis genommen. Die so entstehende Borniertheit gilt ihm als Zeichen für die »informationelle Unzulänglichkeit des Menschen« (198).

Das Buch ist überwiegend im Stakkato-Stil geschrieben, normalerweise gilt die Regel: ein Satz = ein Absatz. Zentrale Parolen werden mehrfach, oft mit den gleichen Worten, wiederholt. Der Autor verzichtet fast gänzlich darauf, seine Präjudize zu begründen oder zu belegen. Er nennt zwar eine Vielzahl von Veröffentlichungen, geht aber nur selten auf ihren Inhalt ein, äußert sich nur global zustimmend oder ablehnend, manchmal nicht einmal das.

Udo Fedderies (Bischofsheim)

Hobsbawm, Eric: Politics for a Rational Left. Verso, London 1989
(250 S., br., 9,95 £)

Der Historiker Eric Hobsbawm ist im deutschsprachigen Raum schon lange kein Unbekannter mehr. Es wird aber weniger wahrgenommen, daß Hobsbawm als Verfasser einer vielbeachteten Trilogie zur Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts sich auch immer wieder zu aktuellen Anlässen zu Wort meldet. In Zusammenarbeit mit der Zeitschrift »Marxism Today« wurden jetzt die zwischen 1977 und 1988 entstandenen kleinen politischen Arbeiten in einem Band zusammengefaßt. Die Essays kreisen alle um einen zentralen Fragenkomplex: Was sind die Ursachen der fundamentalen Krise der Linken? Wie ist es für die Linke nicht nur in Großbritannien, sondern überhaupt in Europa möglich, diese Krise zu überwinden? Und, daran anknüpfend: Wie sehen die nächsten sinnvollen Schritte aus? Was ist zu tun?

Im ersten Teil des Buches geht es Hobsbawm zunächst um das Erkennen des Problems, um eben die kritische Situation, in der sich die Linke momentan befindet. Dieser erste Teil beginnt mit dem vieldiskutierten und umstrittenen Aufsatz »The Forward March of Labour halted?«, den er anläßlich einer Marx Memorial Lecture 1978 zum erstenmal vorgetragen hat. Zu den historischen Gründen, die letztendlich für die strukturelle Krise der Linken verantwortlich sind, zählt Hobsbawm das

tendenzielle »Schrumpfen« der ehemals starken britischen Arbeiterklasse, das wiederum erklärt werden könne mit der Neuorganisation gesellschaftlicher Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Niedergang der Linken sei aber nicht nur objektiven Bedingungen, sondern auch bestimmten subjektiven Momenten geschuldet. Dazu zählt der Autor das Unvermögen der britischen Gewerkschaftsorganisationen, sich eine moderne Form zu geben. Auch der ungebrochene Fortschrittsoptimismus innerhalb der Labour-Partei gehöre dazu. In den folgenden Essays expliziert Hobsbawm seine Kritik. Dabei geht es ihm insbesondere um das Verhältnis zwischen der alten Form der Arbeiterpartei und der neueren Erscheinung der modernen Massenpartei. Er wendet sich in diesem Kontext vor allem gegen eine sektiererische Linke und gegen die Verwalter noch gültiger »alter Wahrheiten«. In »Retreat into Extremism« bemerkt Hobsbawm verständnisvoll und zynisch zugleich: »It is understandable ... that many socialists should take refuge in ideological sermons. To tell ourselves, and to testify to the world, that we are for the class struggle, revolution, and socialism, and will have no truck with anyone who isn't, is at least some comfort and encouragement, and some protection against doubt and uncertainty.« (95) Und etwas weiter warnt Hobsbawm: »... the world is no longer what it was when we and the Great October Revolution were young, and it is not right for Marxists to behave as though it was.« (97)

Im zweiten Teil des Buches finden sich Arbeiten, die die bereits angesprochenen Problemfelder aus etwas anderer Perspektive angehen. Besonders zwei längere Beiträge sind hervorzuheben: »Socialism and Nationalism«, eine Kritik an Tom Nairns Versuch, die »nationale Frage« rot anzumalen (ein Beitrag, der in dem Bändchen *Nationalismus und Marxismus* in deutscher Sprache erschienen ist). Der zweite Essay »Labour in the Great City« analysiert, was Mitscherlich einst als »Unwirtlichkeit der Städte« bezeichnet hat, hier allerdings von einem etwas anderen Standpunkt aus: Hobsbawm geht es vor allem um die Analyse des Zerfalls alter Infrastrukturen der Arbeiterbewegung in den modernen Städten sowie die unmittelbaren politischen Folgen, die sich daraus ergeben.

Im dritten und letzten Teil finden sich Essays, die sich mehr mit der Frage »Was tun?« beschäftigen. In »Past Perfect — Future Tense« zieht Hobsbawm eine Bilanz der bisherigen Labour-Regierungen und stellt die praktische Frage, was aus den gemachten Erfahrungen zu lernen sei. Einzig einer Labour-Regierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Verantwortung übernahm, erklärt Hobsbawm seine Sympathie, weil diese auf der Basis eines breiten antifaschistischen Konsenses innerhalb der Gesellschaft grundlegende Reformen durchführen konnte, die durch ein Beharren auf dem klassischen Klassenstandpunkt wohl unterblieben wären. Der dritte Teil enthält desweiteren ein Interview, das Peter Glotz mit dem Autor führte, sowie zwei weitere Essays (»Offering a Good Society« und »No Sense of Mission«), in denen er über die Begriffe »Sozialismus« und »Gerechte Gesellschaft« nochmals nachdenkt.

Hobsbawms politische Interventionen »im Handgemenge« zeichnen sich vor allem durch eine klare Sprache aus. Ihm sind die auch in England bekannt gewordenen modisch-postmodernen Neologismen fremd. Der Titel »Politics für a Rational Left« bezieht sich aber nicht nur auf diesen Sachverhalt, sondern auch noch auf etwas anderes: nämlich auf das Sinnvolle und Vernünftigste, was in naher Zukunft zu tun sein wird. Wenn es an dem neuen Buch des prominenten Mitglieds der englischen KP etwas zu kritisieren gibt, dann nicht nur die fehlende öffentliche Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Osten oder die einseitige Fixierung auf die Labour-Partei. Es fehlt vielmehr die Bezugnahme und der Dialog mit den außerparlamentarischen zivilen Bewegungen in Ost und West.

Andreas Hess (Essen)

VerfasserInnen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen; M: =Mitgliedschaften

Anders, Günther: siehe *Argument* 179

Andersen, Arne, 1951; Dr.phil., Historiker. V: *Das blaue Wunder. Zur Geschichte der synthetischen Farben* (Mithrsg., 1990); *Ökologie, technische Wandel und Arbeiterbewegung* (Mithrsg., 1990); *Umweltgeschichte. Das Beispiel Hamburg* (Hrsg., 1990). A: Hist. Ökologie, Geschichte der Arbeiterbewegung

Axtmann, Roland: siehe *Argument* 179

Balibar, Etienne, 1942; Prof. f. Phil. a. d. Universität Paris-I. V: *Das Kapital lesen* (zus. m. L. Althusser, 1965, dt. 1972); *Rasse, Klasse, Nation – Ambivalente Identitäten* (zus. m. I. Wallerstein, frz. 1988, dt. 1990).

Becker, Jens, 1964; Doktorand (Pol. Wiss.) an der Univ. Frankfurt/M. A: Internationale Arbeiterbewegung, Osteuropa

Becker, Uwe, 1951; Dr.rer.pol., Univ.Dozent an der Univ. van Amsterdam. V: *Kapitalistische Dynamik und politisches Kräftefeld* (1986). A: Gesellschaftstheorie, pol. Ökonomie, Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Behrend, Hanna, 1922; promov. Historikerin, Dozentin für engl. Lit. an der Humboldt Univ. Berlin, seit 1987 im Ruhestand. A: Feministische und Arbeiter-Literatur in Großbritannien und Irland. M: UFV, Sozialistische Fraueninitiative, Zentrum f. interdisz. Frauenforschung an der Humboldt Univ. Berlin

Bondzio, Isabel; Studium d. Psychologie a. d. FU Berlin. Projektstudium Rassismus und Diskriminierung

Breger, Herbert: siehe *Argument* 181

Brie, Michael, 1954; Dr.sc., Prof. f. Sozialphilosophie an der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Philosophische Grundfragen einer Konzeption des modernen Sozialismus* (Mithrsg., 1988); *Was ist Eigentum im Sozialismus?* (1990). A: Sozialphilosophie, Sozialforschung. M: PDS

Czeskleba-Dupont, Rolf, 1944; Ph.D., M.Sc., Ass.Prof. f. Geographie am Roskilde Universitätscenter. V: *Essek-Studie FPN Kassel* (Mitautor, 1986); *Technische Unsicherheiten bei der Verbrennung von Müll als Abfall* (1989). A: Energie und Umwelt, Regionalentwicklung. M: BdWI

Daniel, Ute, 1953; Dr.phil., Hochschulass. an der Univ./GH Siegen. V: *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft 1914-1918* (1989); *Frauen und Männer* (Mithrsg., 1989). A: Sozialgeschichte, Frauengeschichte

Domeyer, Volker, 1956; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. an der Univ. Bielefeld. V: *Selbstverwaltete Betriebe zwischen Professionalisierung und »Alternativität«* (Mitautor, 1988); *Kleinbetriebe im wirtschaftlichen Wandel* (Mithrsg., 1990). A: Organisations- und Betriebssoziologie, Techniksoziologie

Fedderies, Udo, 1956; Gymnasiallehrer (Geschichte/Sozialkunde). A: Politische Ökonomie, Soziale Bewegungen, Faschismus

Fink, Ingeborg, 1956; Lehrerin

Funder, Maria, 1956; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. an der Ruhr-Univ. Bochum. V: *Kleinbetriebe im wirtschaftlichen Wandel* (Mitautorin, 1990); *Neue Selbständigkeit – Risiko oder Chance?* (Mitautorin, 1991). A: Industriesoziologie, Betriebliches Organisations- und Personalwesen

Güllich, Corinna, 1965; Studium (Sozialwesen) an der FH Ostfriesland

Gursky, André, 1959; Dipl.-Phil., Wiss. Mitarb. an der Martin-Luther-Univ. Halle. A: Konservatismus, Politische Theorien/Philosophie

Haug, Frigga: siehe *Argument* 179

Hauser, Kornelia: siehe *Argument* 179

Hess, Andreas, 1959; Doktorand. A: Polit. Soziologie, hist. Sozialwissenschaften in USA, Kanada, England

Ketelhut, Barbara, 1956; Dipl.-Soz., z.Zt. erwerbslos. V: *Küche und Staat*, AS 180 (Mitautorin, 1989); *Frauenbewegungen: Außereuropäische kapitalistische Länder*, AS 176 (Mithrsg., 1990). A: Ehe, Familie, Zusammenlebensformen. M: Feminist. Univ. Hamburg

Klenner, Christina: siehe *Argument* 182

Kramer, Dieter, 1940; Dr., Univ.Doz., Oberkustos am Museum für Völkerkunde Frankfurt/M., Privatdozent in Wien. V: *Tourismuspolitik* (1990); *Theorien zur historischen Arbeiterkultur* (1987); *Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft* (1975). A: Kulturtheorie und -politik, europäische Ethnologie, Tourismus

Kreutz, Maren, 1958; Dipl.-Soziologin, Wiss. Mitarb. an der Hochschule f. Wirtschaft und Politik, Hamburg. A: Frauen und Technik: Konzeptentwicklung und Durchführung v. EDV-Kursen f. Frauen

Kühl, Stefan; Studium der Soziologie an der Univ. Bielefeld

Kurz-Scherf, Ingrid, 1949; Dr.oec., Staatssekretärin im Min. f. Arbeit und Frauen im Saarland. V: *»Wem gehört die Zeit?« Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag* (1987). A: Arbeitsmarkt-, Frauen- und Tarifpolitik

Lütkehaus, Ludger, 1943; Dr.phil., wiss. Publizist in Freiburg/Br., zuletzt Visiting Prof. f. Dt. Geistes- und Kulturgeschichte an der Emory Univ. Atlanta, USA. V: *Schopenhauer und Marx* (Mithrsg., 1980). A: Philosophie, Literaturgeschichte

- Lutz, Wolfgang**, 1953; Dr.sc.phil., Wiss. Oberass. an der KMU Leipzig. A: Theorie sozialer Kommunikation, Interessentheorie, Alltagsbewußtsein
- Mehlem, Ulrich**: siehe *Argument* 183
- Meyer-Siebert, Jutta**: siehe *Argument* 180
- Negt, Oskar**, 1934; Dr.phil., Prof. f. Sozialwissenschaft an der Univ. Hannover. V: *Lebendige Arbeit, ent-eignete Zeit* (1984); *Modernisierung im Zeichen Drachen. China und der europäische Mythos der Moderne* (1988); *Die Herausforderung der Gewerkschaften* (1989)
- Niehoff, Erika**, 1951; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. in einer Umschulung (Modellversuch). V: *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitarbeiterin, 1984); *Keine Angst vor Elektronik* (1989). A: Geschlechtsspezifische Lernkulturen. M: HBV
- Rehmann, Ruth**, 1922; Schriftstellerin. V: *Die Leute im Tal* (1969); *Der Mann auf der Kanzel* (1982); *Abschied von der Meisterklasse* (1985); *Die Schwaigerin* (1987). M: PEN-Club, Grüne
- Schenk, Christina**, 1952; Dipl.-Physikerin, Aspirantin an der Humboldt Univ. Berlin, Mitgründerin und Sprecherin des Unabh. Frauenverbands (UFV). V: *Bedingungen und Perspektiven lesbischer Existenz in der DDR* (1990). A: Frauenforschung, Lebenssituation lesbischer Frauen in der DDR
- Schildt, Axel**: siehe *Argument* 183
- Schmid, Ulrich**, 1962; Wiss. Mitarb. an der TU Berlin. M: Medienwissenschaft
- Semmelroth, Felix**: siehe *Argument* 180
- Sevke, Peer**, 1964; Studium (Sozialwesen) an der FH Ostfriesland
- Soares do Bem, Arim**, 1955; Doktorand an der FU Berlin. A: Medien, Kultur, Ideologie, Rassismus
- Stäbler, Eva**: siehe *Argument* 180
- Treck, Werner van**: siehe *Argument* 180
- Vogl, Jörg Michael**: siehe *Argument* 179
- Voigt-Weber, Lore**, 1952; Dipl.-Soz., Doktorandin an der Univ. Bielefeld. V: *Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft* (Mitarbeiterin, 1986); *Selbstverwaltete Betriebe zwischen Professionalisierung und »Alternativität«* (Mitarbeiterin, 1989). A: Industrie-, Betriebs-, Organisationssoziologie
- Weber, Thomas**, 1954; Studium der Philosophie an der FU Berlin, Redakteur des *Argument*. A: Philosophie im Faschismus
- Wengeler, Hendrik**, 1961; Studium der Soziologie an der Univ. Bielefeld
- Zäckert, Hartmut**, 1953; Dr.phil., wiss. Mitarb. an der TU Berlin. V: *Die sozialen Grundlagen der Barockkultur* (1988). A: Feudalismus

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Sonderheft 2

Walter Benjamin



Benjamins Begriff der "Moderna" (Albert Scharenberg), Massenkultur bei Benjamin und Adorno (Sabine Kebir), Technologie- und Fortschrittskritik (Michael Löwy), Das Passagen-Werk (Walter Busch), Der Primat des Politischen über die Geschichte (Herbert Claas), Kritik der Postmoderne (Oliver Schmidtke), Sprachphilosophie und Erkenntnistheorie der Früh-schriften (Markus Eichel) ca. 72 Seiten, 6,- DM

Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci
Dritte Auflage! 68 S., 6 DM

Nr. 4: Feminismus-Marxismus
Zweite Auflage! 64 S., 6 DM

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Der Umfang beträgt jeweils etwa 70 Seiten. Das Einzelheft kostet im Freiverkauf 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen bitte an Thorsten Schulten, Weidenhäuser Str. 44, BRD-3550 Marburg.

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Inhaltsverzeichnis

32. Jahrgang

Nr. 179-184

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

1988/89 geschrieben unter anderen

Günther Anders, Gerhard Armanski, Etienne Balibar, Theodor Bergmann, Volker Braun, Noam Chomsky, Cynthia Cockburn, Irene Dölling, Helmut Fleischer, André Gunder Frank, Karlheinz A. Geißler, Heiner Goebbels, Donna Haraway, Gerhard Hauck, Heiko Haumann, Stuart Hall, C.H. Hermansson, Klaus Heinrich, Jutta Held, Eckard Holler, Pietro Ingrao, Mechtild Jansen, Bob Jessop, Heiner Keupp, Helga Königsdorf, Annette Kuhn, Georges Labica, Eberhard Lämmert, Norman Levine, Claus Leggewie, Sven-Eric Liedman, Alain Lipietz, Utz Maas, Wolfgang Nitsch, Joachim Perels, Ruth Rehmann, Karen Ruoff, Klaus Segbers, Su Shaozhi, Christian Sigrist, Dorothee Sölle, Peter Paul Zahl, Rainer Zoll

Redaktion

Wolfgang Bialas, Volker Gransow, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jan Rehmann, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber, Frieder O. Wolf, Gerhard Zimmer

Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Irene Dölling, Soja Fiedler, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Karin Hildebrandt, Barbara Ketelhut, Christina Klenner, Eva Kreisky, Ina Merkel, Jutta Meyer-Siebert, Eva Schäfer, Sabine Schenk, Christiane Schindler, Eva Stäbler, Ellen Woll

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Georg Auernheimer, Claudia Gdaniec, Karl-Heinz Götze, Michael Krätke, Dieter Kramer, Hans-Jürgen Pandel, Ulrich Schmitz, Erich Wulff

Redaktionsanschrift: Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, Tel.: (030) 813 50 24

Verlagsleitung: Georg Stenzaly

Umschlag: Johannes Nawrath Foto ©dpa

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 45 60 18 u. 45 36 80

Auslieferung für Buchhandel

Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Tel.: (030) 692 79 34

Abonnement-Auslieferung

Interabo, Wendenstraße 25, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1, Tel.: (040) 23 09 92.

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1990 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2-fache Ausfertigung). Autoren, die mit MS-DOS PC arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine 5 1/4- oder 3 1/2-Zoll-Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt Berlin West 5745-108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. Satz: Barbara Steinhardt. Druck: alfa Druck, Göttingen. — November/Dezember 1990. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Editorials

Editorial	179/ 1
Editorial	180/167
Editorial	181/335
Nachruf auf Irmaud Morgner (<i>K. Hauser</i>)	181/339
Editorial	182/503
Editorial	183/669
Zur Erinnerung an Norbert Elias (<i>P. Jehle</i>)	183/673
Editorial	184/837
Grabrede für Louis Althusser (<i>E. Balibar</i>)	184/839
Erinnerung an Hermi Hirsch (<i>F. Haug</i>)	184/842

Literarische Texte

<i>Günther Anders</i> : Cartesianismus im Krankenbett	179/ 7
<i>Günther Anders</i> : Der Feierabend	180/171
<i>Volker Braun</i> : Die Kolonie	180/172
<i>Helga Königsdorf</i> : Die Phasen der Revolution	181/340
<i>Günther Anders</i> : Warum »wie«?	181/342
<i>Günther Anders</i> : Gleich nützlich	182/506
<i>Volker Braun</i> : Das Eigentum	183/669
<i>Günther Anders</i> : Sklavensprache	183/672
<i>Günther Anders</i> : Gegen Feierlichkeit	184/846
<i>Ruth Rehmann</i> : Das Gehöft oder Schleichwege der Erinnerung	184/843

Aufsätze

<i>Johann S. Ach und Andreas Gaidt</i> : Kein Diskurs über Abtreibung und »Euthanasie«?	183/769
<i>Hanna Behrend</i> : Aufbruch und Elend der DDR-Frauen	184/859
<i>Michael Brie</i> : Jahrmärkte der Eitelkeit oder Wie den Philosophen in der DDR ihr Maulwurf abhandeln kam	184/923
<i>Johannes Busch-Weflau</i> : Sozialistischer Rechtsstaat — eine neue Form des demokratischen Staats	183/749
<i>Bettina Dennerlein</i> : Klassen und Kulturen. ArbeitsmigrantInnen in der westdeutschen Gesellschaft	181/403
<i>Volker Domeser, Maria Funder, Lore Voigt-Weber</i> : Die Herausforderung der Selbstverwaltung durch den Markt. Bestandsbedingungen einer »alternativen Ökonomie«	184/930
<i>Irene Dölling</i> : Frauenforschung in der DDR	180/267
<i>André Gunder Frank</i> : Die osteuropäische Revolution von 1989	180/191
<i>Maria Funder</i> : s.u. <i>Volker Domeser</i>	
<i>Hans-Georg Gadamer</i> im Gespräch mit <i>Dörte von Westernhagen</i> : »... die wirklichen Nazis hatten doch überhaupt kein Interesse an uns«	182/543
<i>Andreas Gaidt</i> : s.u. <i>Johann S. Ach</i>	
<i>Volker Gransow</i> : Zivilgesellschaft und demokratische Frage. Ein Literaturbericht	180/249
<i>Gisela Hänel-Ossorio</i> : Armut ist weiblich	179/ 81
<i>Brigitte Hansen</i> : Die Entwicklung des dänischen Sozialstaates aus der Sicht der Frauen ...	183/693
<i>Sandra Harding</i> : Feministische Erkenntnis — Parteilichkeit und Theorie	182/559
<i>Frigga Haug</i> : Über die Frauenfrage als Systemfrage	180/263
<i>Frigga Haug</i> : Zur politischen Ökonomie der Frauen-Quote	181/343
<i>Frigga Haug</i> : Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit	183/723
<i>Frigga Haug</i> : Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Neue Herausforderungen an einen sozialistischen Feminismus	184/879
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Marktsozialismus? Vorfagen zum »ökonomischen Mechanismus« eines demokratischen Sozialismus	179/ 53
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Aus dem Tagebuch des Umbruchs	180/173

<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Fragen zur Frage »Was ist Philosophie«?	182/507
<i>Kornelia Hauser</i> : Literatur in politisierten Verhältnissen. Zu Christa Wolf	184/895
<i>Karin Hildebrandt</i> : Frauen in DDR-Hochschulen	181/379
<i>Pierre Juquin und Frieder Otto Wolf</i> : Die Perestrojka im Westen ist überfällig! Thesen für eine grüne Alternative in Europa	179/ 65
<i>Wilhelm Kempf</i> : Wahlentscheidung oder Kapitulation (Nicaragua Februar 1990)	180/243
<i>Klaus Peter Kisker</i> : Ökonomische Lehren aus dem Scheitern des Feudozialismus	179/213
<i>Christina Klenner</i> : Doppelt belastet oder einfach ausgebeutet? Zur Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit in DDR-Familien	184/865
<i>Juha Koivisto</i> : Umkämpfte Philosophie. Marx, Labriola, Gramsci	182/519
<i>Michael Krätke</i> : Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat	183/675
<i>Dieter Kramer</i> : Nachdenken über Kulturpolitik	182/587
<i>Hans-Peter Krebs</i> : Führt die Philosophie ein geschichtliches Eigenleben? Gramscis Umgang mit G. Vico und der Geschichte der Philosophie	182/531
<i>Lutz Krätzfeldt</i> : Der Umbau der »Queen Elizabeth 2« als Medienereignis	181/413
<i>Kaspar Maase</i> : Kultureller Selbstausschluß — ein ewiger Kreislauf? Zur Debatte über Lesen und neue Medien	179/ 29
<i>Ina Merkel</i> : Ohne Frauen ist kein Staat zu machen	180/255
<i>Jutta Meyer-Siebert</i> : Quotierungswirklichkeit in sozialwissenschaftlichen Zeitschriften	181/395
<i>Matthias Morgenstern</i> : Israelische Araber zwischen Sozialismus und Islam	179/ 99
<i>Oskar Negt</i> : Der gebrochene Anfang. Sozialismus und das Problem einer Deutschland-Utopie	184/905
<i>Hans-Heinrich Nolte</i> : Perestrojka und Internationales System: Zur Rolle der Rüstung	183/759
<i>Teresa Orozco</i> : Das philosophische »Bild der Antike« und der NS- Staat	182/556
<i>Claudia Pinl</i> : Die armen Männer — Abwehrkämpfe gegen Quotistinnen	181/355
<i>Christopher Pollmann</i> : Im Dschungel der Bekenner	182/597
<i>Sybille Raasch</i> : Frauenförderung in der Privatwirtschaft	181/365
<i>Jan Rehmann</i> : Die vorweggenommene Kapitulation. Manifest der »radikalen Linken«	179/ 73
<i>Ingeborg Reuter</i> : Diskussionen um einen Frauenförderplan im wissenschaftlichen Institut des DGB	181/385
<i>Peter Ruben</i> im Gespräch mit <i>Michael Grabek</i> : Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der rohe Kommunismus	180/204
<i>Peter Ruben</i> im Gespräch mit <i>Michael Grabek</i> (II): Nach dem »rohen Kommunismus«	182/582
<i>Thomas Sauer</i> : »Krise der Perestrojka« oder Krise der »Mangelwirtschaft«	183/737
<i>Eva Schtfer</i> : Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd! Zur feministischen Erneuerung in der DDR	180/273
<i>Christine Schenk</i> : Experiment »Unabhängiger Frauenverband«	184/847
<i>Christoph Scherrer</i> : Handelskrieg oder Kooperation. Perspektiven transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen	182/575
<i>Klaus Segbers</i> : Der letzte Parteitag der KPdSU	183/729
<i>Eckhard Stramann</i> : Die deutsche Einheit: ein linkes Politikprojekt	180/233
<i>Karl Hermann Tjaden</i> : Politische Ökonomie des Sozialismus: Außer Spesen nichts gewesen?	180/225
<i>Jörg-Michael Vogl</i> : Thatcherismus — Kohlismus. Parteistrukturen im rechten Block	179/ 89
<i>Lore Voigt-Weber</i> s.u. <i>Volker Domeyer</i>	
<i>Bernd Jürgen Wärlenken</i> : Bürgerliche Emanzipation und aufrechter Gang. Zur Geschichte eines Haltungsideals	179/ 39
<i>Sjeglinda von Wasielewski</i> : Quotierungskämpfe bei Bayer Leverkusen	181/375
<i>Inge Wöttig-Danielmeier</i> : Wie lebt die SPD mit der Quote	181/389
<i>Paul Willis</i> : Erziehung im Spannungsfeld zwischen Reproduktion und kultureller Produktion	179/ 9
<i>Frieder Otto Wolf</i> : Plädoyer für eine linke Vernunft im deutsch-deutschen Taumel	180/238
<i>Frieder Otto Wolf</i> : »Arbeitspolitik« und soziale Bewegungen	183/709
<i>Frieder Otto Wolf</i> : s.u. <i>Pierre Juquin</i>	

Interventionen

- Barbara Rohr und Erwin Reichmann-Rohr*: Zu M. Kipp 178/958 181/422
Wolf-Dietrich Bukow: Soziogenese ethnischer Minderheiten. Zu G. Auernheimer 175/381 181/423

Dokumentation

- Gründung der »Gesellschaft für theoretische Philosophie« 182/571

Kongreßberichte

- Kongreß Erneuerung (DKP). Frankfurt/M., 20.-22.10.1989 (*J. Rehmann*) 179/111
 Geschichte und Zukunft des Sozialismus in der Sowjetunion. Tübingen, 27.-29.10.1989 (*S. Veil*) 179/114
 Ende und Erbe der Arbeiterkultur. Frankfurt/M., 15.4.1989 (*D. Kramer*) 179/117
 Ende oder Veränderung? Arbeiterkultur nach 1945. Tübingen, 30.4.-4.5.1989 (*D. Kramer*) 179/117
 Projekt »Nordstadt-Bilder«. Dortmund, 20.-21.6.1989 (*D. Kramer*) 179/117
 Arbeiterkulturgeschichte als Forschungs- und Sammlungsauftrag städtischer und regionalgeschichtlicher Museen. West-Berlin, 30.6.-1.7.1989 (*D. Kramer*) 179/117
 Neue Techniken — veraltete Gewerkschaften? Hattingen, 1.-3.11.1989 (*A. Heßler*) 179/120
 5. Konferenz des Europäischen Forums Sozialistischer Feministinnen. Göteborg, 24.-26.11.1989 (*D.-E. Bubeck, J. Meyer-Siebert*) 180/281
 Gründungsveranstaltung des unabhängigen Frauenverbandes der DDR. Berlin/DDR, 3.12.1989 (*I. Merkel*) 180/283
 In Zukunft: Europa? Bonn, 9.-10.12.1989 (*K. Wardenbach*) 180/284
 Heidegger-Symposium. Szeged, 8.-12.10.1989 (*R. Alisch*) 180/286
 Heidegger-Symposium. Budapest, 2.-4.10.1989 (*R. Alisch*) 180/286
 Wissenschaft und Risiko. Herbstakademie des BdWi. Volterra, 16.-23.9.1989 (*U. Kowol*) ... 180/288
 3. Soziologiekongreß der DDR. Berlin, 6.-8.2.1990 (*S. Schenk*) 181/427
 Leon Trotzki — Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Wuppertal, 26.-29.3.1990 (*K. Herbst*) 181/428
 Autoritärer Staat, Demokratie und soziale Bewegungen. Zur Aktualität der Staatstheorie von Nicos Poulantzas. West-Berlin, 10.-11.11.1989 (*H.-P. Krebs*) 181/429
 Subjektivität und Politik. 5. Ferien-Uni Kritische Psychologie. Fulda, 26.2.-3.3.1990 (*G. Mitterlehner*) 181/431
 Arbeiterbewegung und Sozialarbeit. Duisburg, 1.-2.12.1989 (*M. Lauhof-Pfannkuch*) 181/432
 Der Sozialismus ist tot — es lebe der Sozialismus? II. Berliner Volksuni. 1.-4.6.1990 (*B. Kahl, E. Gottwald*) 182/605
 Sozialdemokratie und Nation in Geschichte und Gegenwart. West-Berlin, 23.4.1990 (*J. Blume*) 182/607
 Frauen in Ost und West. Es geht ums Ganze. Berlin/DDR und West-Berlin, 27.-29.4.1990 (*C. Klenner, S. Klotz, E. Woll*) 182/609
 12. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften. Bielefeld, 19.-21.3.1990 (*G. Zimmer*) 182/611
 Anschlussfragen der DDR — Anschlussfragen der Linken. Köln, 28.-29.7.1990 (*J. Rehmann*) 183/777
 Migration und Rassismus in Europa. Hamburg, 27.-30.9.1990 (*I. Bondzio/U. Mehlem*) 184/941
 Moderne Gesellschaften — moderne Sozialtheorien. 2. Forum junger Philosophen, Leipzig, 9.6.1990 (*W. Luutz*) 184/942

Besprechungen

Philosophie

- Böhme, Gernot*: Für eine ökologische Naturästhetik (*Th. Heinrichs*) 182/618
Bolte, Gerhard (Hrsg.): Unkritische Theorie. Gegen Habermas (*H. Falschessel*) 181/435
 Bruder Nietzsche? Wie muß ein marxistisches Nietzsche-Bild heute aussehen? (*S. Dornuf*) 179/124
Bubner, Rüdiger: Ästhetische Erfahrung (*W. Jung*) 182/619
Claussen, Detlev (Hrsg.): Blick zurück auf Lenin. Georg Lukács, die Oktoberrevolution und die Perestrojka (*S. Bundschuh*) 181/436
Ebeling, Hans: Heidegger — Geschichte einer Täuschung (*R. Alisch*) 182/614
Finkielkraut, Alain: Die Niederlage des Denkens (*M. Richter*) 183/785

<i>Gerl, Hanna-Barbara</i> : Einführung in die Philosophie der Renaissance (<i>M. Hinz</i>)	182/620
<i>Glucksmann, André</i> : Die cartesianische Revolution (<i>M. Richter</i>)	183/787
<i>Haller, Rudolf, und Friedrich Stadler (Hrsg.)</i> : Ernst Mach — Werk und Wirkung (<i>H. Breger</i>)	181/441
<i>Heidegger, Martin</i> : Beiträge zur Philosophie. Gesamtausgabe Bd. 65 (<i>R. Alisch</i>)	182/614
<i>Honneth, Axel, Thomas McCarthy, Claus Offe und Albrecht Wellmer (Hrsg.)</i> : Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. J. Habermas zum 60. Geburtstag (<i>H. Fallschessel</i>)	181/435
<i>Huber, Joseph</i> : Herrschen und Sehnen. Kulturdynamik des Westens (<i>A.-S. Ernst</i>)	183/784
<i>Jung, Werner</i> : Georg Lukács (<i>Th. Heinrichs</i>)	181/438
<i>Koslowski, Peter (Hrsg.)</i> : Gnosis und Mystik in der Geschichte der Philosophie (<i>H. Fallschessel</i>)	181/443
<i>Lange, Dietrich</i> : Wider Sinn und Bedeutung (<i>Th. Weber</i>)	184/945
<i>Läbbe, Hermann</i> : Die Aufdringlichkeit der Geschichte (<i>G. Klingner</i>)	183/781
<i>Lutz, Bernd (Hrsg.)</i> : Metzler Philosophen Lexikon (<i>Th. Laugstien</i>)	181/444
<i>Martin, Bernd (Hrsg.)</i> : Martin Heidegger und das Dritte Reich (<i>R. Alisch</i>)	182/614
<i>Maurach, Gregor</i> : Geschichte der römischen Philosophie. Eine Einführung (<i>H. Langin</i>) ..	182/621
<i>Niethammer, Lutz</i> : Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? (<i>H. Fallschessel</i>)	182/613
<i>Redner, Harry</i> : The Ends of Science. An Essay in Scientific Authority (<i>G. Böhme</i>)	181/442
<i>Retti, Josef, und Karl Leidlmair (Hrsg.)</i> : 5. Österreichische Artificial-Intelligence-Tagung. Proceedings (<i>R. Alisch</i>)	182/614
<i>Rory, Richard</i> : Kontingenz, Ironie und Solidarität (<i>H. Breger</i>)	184/949
<i>Schönherr, Hans Martin</i> : Von der Schwierigkeit, Natur zu verstehen. Entwurf einer negativen Ökologie. Kritik ökologischen Denkens (<i>A. Hillach</i>)	183/788
<i>Schweppenhäuser, Gerhard</i> : Nietzsches Überwindung der Moral (<i>K. Sprenger</i>)	179/126
<i>Simmel, Georg</i> : Gesamtausgabe Bd. 2, 4 und 6 (<i>U. Menzer</i>)	181/439
<i>Sloterdijk, Peter</i> : Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik (<i>H. Fallschessel</i>)	179/123
<i>Steiner, George</i> : Martin Heidegger. Eine Einführung (<i>R. Alisch</i>)	182/614
<i>Thoma, Dieter</i> : Die Zeit des Selbst und die Zeit danach. Zur Kritik der Textgeschichte Martin Heideggers. 1910-1976 (<i>R. Alisch</i>)	182/614
<i>Türcke, Christoph</i> : Der tolle Mensch. Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft (<i>L. Lütkehaus</i>) ..	184/947
<i>Viena, Silvio</i> : Heideggers Kritik am Nationalsozialismus und an der Technik (<i>R. Alisch</i>) ..	182/614
Sprach- und Literaturwissenschaft	
<i>Berlau, Ruth</i> : Jedes Tier kann es. Erzählungen (<i>K. Hauser</i>)	179/133
<i>Briegleb, Klaus</i> : Unmittelbar zur Epoche des NS-Faschismus (<i>S. Kramer</i>)	181/448
<i>Drescher, Angela (Hrsg.)</i> : Christa Wolf. Ein Arbeitsbuch (<i>K. Hauser</i>)	184/895
<i>Erlinger, Hans-Dieter, u.a. (Hrsg.)</i> : Satzlehre — Denkschulung — Nationalsprache. Deutsche Schulgrammatik zwischen 1800 und 1850 (<i>E. Haueis</i>)	183/794
<i>Garber, Klaus</i> : Rezeption und Rettung. Drei Studien zu Walter Benjamin (<i>L. Jäger</i>)	179/132
<i>Handke, Jürgen</i> : Natürliche Sprache (<i>U. Seewald</i>)	183/791
<i>Hänich, Manfred, und Paul Dietmar Pfitzner (Hrsg.)</i> : Nationalsprachen und die Europäische Gemeinschaft (<i>U. Anmon</i>)	179/127
<i>Kämpfer-Jensen, Heidrun</i> : Lieder von 1848. Politische Sprache einer literarischen Gattung (<i>H.-C. Oeser</i>)	181/446
<i>König, Werner</i> : Atlas zur Aussprache des Schriftdeutschen der BRD (<i>U. Anmon</i>)	181/453
<i>Kopperschmidt, Josef</i> : Methodik der Argumentationsanalyse (<i>K. Roß</i>)	183/792
<i>Lehrberger, John, und Laurent Bourbeau</i> : Machine Translation (<i>C. Gdaniec</i>)	183/789
<i>Luhmann, Niklas, und Peter Fuchs</i> : Reden und Schweigen (<i>U. Schmitz</i>)	181/449
<i>Oksaar, Els</i> : Fachsprachliche Dimensionen (<i>D. Rösler</i>)	181/452
<i>Söllner, Alfons</i> : Peter Weiss und die Deutschen (<i>A. Honold</i>)	179/130
<i>Spillner, Bernd (Hrsg.)</i> : Angewandte Linguistik und Computer (<i>H.W. Giese</i>)	179/129
<i>Stetter, Christian</i> : Richtige Groß- und Kleinschreibung durch neue, vereinfachte Regeln (<i>K. Roß</i>)	181/454
<i>Wolf, Christa</i> : Was bleibt (<i>K. Hauser</i>)	184/895
<i>Wolf, Christa</i> : Im Dialog. Aktuelle Texte (<i>K. Hauser</i>)	184/895
<i>Wierzbicka, Anna</i> : The Semantics of Grammar (<i>R. Schütz</i>)	181/451

Kunst- und Kulturwissenschaft

Bohn, Rainer, u.a. (Hrsg.): Ansichten einer künftigen Medienwissenschaft (*U. Schmid*) ... 180/293

Cornel, Hajo und Volkhard Knigge (Hrsg.): Das neue Interesse an der Kultur (*D. Kramer*) 184/950

Der Kunstkoordinator des Landes Baden Württemberg (Hrsg.): Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg (*E. Holler*) 181/458

Däumling, Albrecht (Hrsg.): Original-Tondokumente zur Ausstellung »Entartete Musik« (*H.-D. Grünefeld*) 181/460

Däumling, Albrecht, und Peter Girth (Hrsg.): Entartete Musik. Eine kommentierte Rekonstruktion zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938 (*H.-D. Grünefeld*) 181/460

Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Zwischen Protest und Anpassung 1968-1989 (*F. Semmelroth*) 180/290

Heinze, Thomas: Medienanalyse. Ansätze zur Kultur- und Gesellschaftskritik (*U. Schmid*) . 184/954

Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): Kultur-Markt Europa (*D. Kramer*) 181/455

Lipp, Wolfgang (Hrsg.): Kulturpolitik. Standorte, Innenansichten, Entwürfe (*D. Kramer*) .. 181/455

Noetzel, Thomas, und Horst-Dieter Zahn (Hrsg.): Die Kunst des Möglichen. Neokonservatismus und industrielle Kultur (*D. Kramer*) 181/455

Robes, Jochen: Die vergessene Theorie. Historischer Materialismus und gesellschaftliche Kommunikation (*U. Schmid*) 184/955

Wölschke-Bulmahn, Joachim: Auf der Suche nach Arkadien (*J. Zimmer*) 180/291

Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): Zeitphänomene Musealisierung. Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung (*F. Semmelroth*) 184/952

Zielinski, Siegfried: Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiel in der Geschichte (*U. Schmid*) 180/296

Soziologie

Auslitz-Blesch, Kyra: Akademikerinnen in Japan (*C. Weber*) 183/797

Backes, Gertrud, und Wolfgang Clemens (Hrsg.): Ausrangiert? Lebens- und Arbeitsperspektiven bei beruflicher Frühausgliederung (*E. Steven*) 182/628

Beck, Ulrich, und Elisabeth Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe (*K. Hauser*) 183/795

Beck, Ulrich, und Wolfgang Bonß (Hrsg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens (*A. Scherr*) 179/138

Belenky, Mary Field, u.a.: Das andere Denken. Persönlichkeit, Moral und Intellekt der Frau (*Chr. Friedeberg*) 183/801

Bourdieu, Pierre: La noblesse d'Etat. Grandes écoles et esprit de corps (*W. Kowalsky*) 180/298

Brandt, Gerhard: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung (*W. van Treeck*) 180/303

Cobet, Christoph (Hrsg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950 (*R. Wäßner*) 179/140

Commoner, Barry: Making Peace with the Planet (*R. Czeskleba-Dupont*) 184/960

Elias, Norbert: Die Gesellschaft der Individuen (*W. Seppmann*) 179/134

Elias, Norbert: Studien über die Deutschen (*W. Kowalsky*) 182/623

Norbert Elias über sich selbst (*W. Kowalsky*) 182/623

Eder, Klaus (Hrsg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis (*A. Soares do Bem*) 184/957

Geiges, Adrian, und Tatjana Suworowa: Liebe steht nicht auf dem Plan. Sexualität in der Sowjetunion heute (*K. Hauser*) 184/966

Giesen, Bernhard, und Hans Haferkamp (Hrsg.): Soziologie der sozialen Ungleichheit (*N. Dimmel*) 180/301

Großmaß, Ruth, und Christiane Schmerl (Hrsg.): Feministischer Kompaß, patriarchales Gepäck (*R. Armburst, U. Holigrew, U. Müller, U. Simeth*) 183/803

Hollstein, Walter: Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer (*S. Kühl, H. Wengeler*) 184/965

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt (*U. Becker*) .. 184/962

Jander, Martin: Theo Pirker über Pirker (*G. Hurtle*) 180/304

Karl, Fred, und Walter Tokarski (Hrsg.): Die »neuen« Alten (*G.M. Backes*) 182/627

Lindner, Rolf: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage (*W. van Treeck*) 184/956

Müller, Siegfried, und Thomas Rauschenbach (Hrsg.): Das soziale Ehrenamt — Nützliche Arbeit zum Nulltarif (G.M. Backes)	182/625
Neumann, Johannes (Hrsg.): Arbeit im Behindertenheim (M. Windisch)	182/631
Rüsert, Jürgen: Das Bellen des toten Hundes. Über Hegelsche Argumentationsfiguren im sozialwissenschaftlichen Kontext (A. Scherr)	179/137
Segal, Lynne: Ist die Zukunft weiblich? (Ch. Telgheder)	183/800
Sieferle, Rolf-Peter (Hrsg.): Fortschritte der Naturzerstörung (A. Andersen)	184/961
Stolz, Fritz: Grundzüge der Religionswissenschaft (M. Baumann)	179/142
Tjaden, Karl Hermann: Mensch — Gesellschaftsformation — Biosphäre (R. Czeskleba-Dupont)	184/959
Wahl, Klaus: Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt (A. Gursky)	184/964
Wacker, Elisabeth, und Heidrun Metzler (Hrsg.): Familie oder Heim — Unzulängliche Alternativen für das Leben behinderter Menschen? (M. Windisch)	182/629
Vianello, Mino, Renate Siemienka, u.a. (Hrsg.): Gender Inequality. A Comparative Study of Discrimination and Participation (F. Haug)	184/879
Zinser, Hartmut (Hrsg.): Religionswissenschaft. Eine Einführung (K. Zinniel)	179/141
Erziehungswissenschaft	
Aebli, Hans: Grundlagen des Lehrens (H.G. Ebner)	182/634
Bast, Christa: Weibliche Autonomie und Identität. Untersuchungen über die Probleme von Mädchenerziehung heute (J. Meyer-Siebert)	184/967
Bernhard, Armin, und Dieter Sinhart-Pullin (Hrsg.): Bildung für Emanzipation und Überleben (A. Schmillen)	181/465
Duchrow, Ulrich, und Rainer Eckertz (Hrsg.): Die Bundeswehr im Schulunterricht. Ein Prozeß gegen Indoktrinierung (R. Schellhase)	179/145
Edding, Friedrich (Hrsg.): Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform (R. Schwiedrzik)	181/468
Enders, Ursula (Hrsg.): Zart war ich, bitter war's. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Erkennen — Schützen — Beraten (E. Stäbler)	184/969
Flüner, Wilhelm: Gesammelte Schriften. Band 2: Pädagogik (A. Schäfer)	180/313
Flüner, Wilhelm: Gesammelte Schriften. Band 3: Theoretische Schriften (A. Schäfer)	180/313
Gamm, Hans-Jochen: Pädagogische Ethik (B. Hackl)	183/804
Gruschka, Andreas: Negative Pädagogik. Einführung in die Pädagogik mit Kritischer Theorie (A. Schäfer)	181/466
Gutjahr, Karin, und Anke Schrader: Sexueller Mädchenmißbrauch (I. Fink)	184/970
Keim, Wolfgang: Erziehung im Nationalsozialismus (H.-J. Gamin)	183/807
König, Eugen: Körper — Wissen — Macht. Studien zur historischen Anthropologie des Körpers (Th. Alkemeyer)	182/638
Koring, Bernhard: Eine Theorie pädagogischen Handelns. Theoretische und empirisch-hermeneutische Untersuchungen zur Professionalisierung der Pädagogik (R. Uhle)	181/462
Kreienbaum, Maria Anna (Hrsg.): Frauen Bilden Macht. Dokumentation des 7. Fachkongresses Frauen und Schule (E. Niehoff)	184/974
Hahn, Kurt: Erziehung und Krise der Demokratie. Reden, Aufsätze, Briefe eines politischen Pädagogen (B. Schwiedrzik)	179/144
Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Band III: 1800-1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches (G. Ruder)	180/308
Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte, Band V: 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur (G. Ruder)	180/308
Hobusch, Jörg: Der Deutschunterricht in den Anfängen der bürgerlichen Reformpädagogik (H. Rudloff)	182/638
Lichtenberg, Hans-Jürgen: Männer für Mädchen — Die Darstellung des anderen Geschlechts in der Jugendzeitschrift »Mädchen« (M. Barre)	179/147
Mertens, Gerhard: Umwelterziehung. Eine Grundlegung ihrer Ziele (H. Göpfert)	182/632
Oelkers, Jürgen: Reformpädagogik. Eine kritische Dogmengeschichte (M. Winkler)	180/311
Petrat, Gerhard: Schulerziehung. Ihre Sozialgeschichte in Deutschland bis 1945 (K.-P. Horn)	182/636
Pyerin, Brigitte: Mädchenlektüre und Emanzipation (B. Ketelhut)	184/973

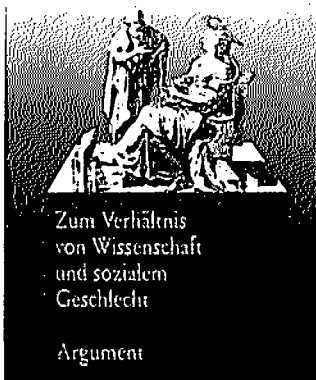
<i>Rabe-Kleberg, Ursula (Hrsg.): Besser gebildet und doch nicht gleich! Frauen und Bildung in der Arbeitsgesellschaft (M. Kreuzt)</i>	184/975
<i>Röhrs, Hermann, und Hans Scheuerl (Hrsg.): Richtungsstreit in der Erziehungswissenschaft und pädagogische Verständigung. Wilhelm Flitner zur Vollendung seines 100. Lebensjahres (A. Schäfer)</i>	180/313
<i>Rolf, Hans-Günter: Bildung im Zeitalter der neuen Technologien (N. Franck)</i>	179/146
<i>Schmoldt, Benno (Hrsg.): Schule in Berlin — gestern und heute (N. Franck)</i>	179/143
<i>Steinhage, Rosemarie: Sexueller Mißbrauch an Mädchen. Ein Handbuch für Beratung und Therapie (C. Güllich und P. Sevke)</i>	184/972
<i>Sünker, Heinz: Bildung, Alltag und Subjektivität. Elemente zu einer Theorie der Sozialpädagogik (A. Scherr)</i>	181/464
<i>Tenorth, Heinz-Elmar: Geschichte der Erziehung. Einführung in die Grundzüge neuzeitlicher Entwicklung (K. Ruschky)</i>	180/312
<i>Wascher, Uwe: Spurensicherung: Polytechnik. Zur Geschichte eines Begriffes (A. Gmelch)</i>	183/808
Psychologie	
<i>Brakhoff, Jutta (Hrsg.): Sucht und Prostitution (S. Holzbauer)</i>	183/813
<i>Dymnicki, Gregor, u.a.: Rückblicke, Augenblicke, Ausblicke. Zur Geschichte des Psychologischen Institutes München (Ch. Schröder)</i>	182/645
<i>Gardner, Howard: Dem Denken auf der Spur (D. Janetzko)</i>	182/644
<i>Köhler, Thomas: Abwege der Psychoanalyse- Kritik (K. Weber)</i>	183/811
<i>Schaeff, Anne Wilson: Im Zeitalter der Sucht (E. Egartner)</i>	183/812
<i>Schneider, Peter: Die Psychoanalyse ist kritisch, aber nicht ernst. Zur Politik der Psychoanalyse der Politik (R. Kaufhold)</i>	182/643
<i>Sonntag, Michael: Die Seele als Politikum. Psychologie und die Produktion des Individuums (A. Kaiher)</i>	182/641
<i>Weber, Samuel: Freud Legende. Vier Studien zum psychoanalytischen Denken (M. Hinz) .</i>	183/809
<i>Weß, Ludger (Hrsg.): Die Träume der Genetik (K. Weber)</i>	183/815
Geschichte	
<i>Bertaud, Jean-Louis: Alltagsleben während der französischen Revolution (K. Michalik) ...</i>	179/153
<i>Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration (S. Bajohr)</i>	183/821
<i>Davis, Natalie Zemon: Frauen und Gesellschaft am Beginn der Neuzeit (K. Hauser)</i>	179/156
<i>Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft (A. Schildt)</i>	183/819
<i>Deuber-Mankowsky, Astrid, Ulrike Rammung und E. Walesca Tielsch (Hrsg.): 1789/1989. Die Revolution hat nicht stattgefunden (A. Kuhn)</i>	179/154
<i>Febvre, Lucien: Das Gewissen des Historikers (W. Kowalsky)</i>	181/469
<i>Gailus, Manfred: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849 (H. Zuckert)</i>	184/977
<i>Geiss, Immanuel: Geschichte des Rassismus (D. Schimang)</i>	183/823
<i>Godineau, Dominique: Citoyennes Tricoteuses. Les Femmes du peuple à Paris pendant la Révolution française (K. Michalik)</i>	179/151
<i>Guttmann, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914-1918 (U. Daniel) .</i>	184/978
<i>Harten, Elke, und Hans-Christian Harten: Frauen — Kultur — Revolution 1789-1799 (S. Petersen)</i>	179/150
<i>Herzig, Arno: Unterschichtenprotest in Deutschland 1790-1870 (H. Geiling)</i>	181/474
<i>Hunt, Lynne: Symbole der Macht — Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur (A. Weberling)</i>	181/480
<i>Koselleck, Reinhard, und Rolf Reichardt (Hrsg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins (W. Kindermann)</i>	181/477
<i>Le Goff, Jacques: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter (W. Kowalsky)</i>	181/473
<i>Krauß, Henning (Hrsg.): Folgen der Französischen Revolution (Y. Hong, P. Jehle)</i>	181/475
<i>Lewis, Bernard: »Treibt sie ins Meer!« Die Geschichte des Antisemitismus (C. Albert)</i>	183/822

<i>Nippel, Wilfried</i> : Aufruhr und »Polizei« in der römischen Republik (<i>F. Konersmann</i>)	181/470
<i>Outram, Dorinda</i> : The Body and the French Revolution. Sex, Class and Political Culture (<i>A. Kuhn</i>)	181/482
<i>Pallach, Ulrich-Christian</i> : Materielle Kultur und Mentalitäten im 18. Jahrhundert (<i>W. Kindermann</i>)	183/817
<i>Petersen, Susanne</i> : Die Große Revolution und die Kleinen Leute. Französischer Alltag 1789-1795 (<i>K. Michalik</i>)	179/148
<i>Petersen, Susanne</i> : Marktweiber und Amazonen. Frauen in der Französischen Revolution (<i>E. Harten</i>)	179/149
<i>Schad, Martha</i> : Die Frauen des Hauses Fugger von der Lilie (<i>A. Franz</i>)	181/472
<i>Schornstheimer, Michael</i> : Bombenstimmung und Katzenjammer. Vergangenheitsbewältigung: Quick und Stern in den 50er Jahren (<i>A. Schildt</i>)	184/979
<i>Vorländer, Herwart</i> : Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation (<i>U. Bosum</i>)	183/818
Soziale Bewegungen und Politik	
<i>Achten, Udo</i> (Hrsg.): »... denn was uns fehlt, ist Zeit«. Geschichte des arbeitsfreien Wochenendes (<i>A. Grundheber-Pilgram</i>)	183/827
<i>Alber, Jens</i> : Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983 (<i>N. Dimmel</i>)	181/491
<i>Allesch, Jürgen</i> (Hrsg.): Regional development in Europe (<i>J. Schmid</i>)	182/654
<i>Appel, Roland, u.a.</i> (Hrsg.): Die neue Sicherheit. Vom Notstand zur sozialen Kontrolle (<i>M. Bauer</i>)	181/489
<i>Bahr, Egon, und Dieter S. Lutz</i> (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Bd. III: Zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit (<i>H.-H. Nolte</i>)	181/485
<i>Balibar, Etienne, und Immanuel Wallerstein</i> : Race — Nation — Classe. Les identités ambiguës (<i>U. Mehlem</i>)	183/825
<i>Bednarz-Braun, Iris</i> : Neue Techniken und Gewerkschafterinnen (<i>F. Haug</i>)	179/157
<i>Benoist, Jean-Marie</i> : Die Werkzeuge der Freiheit. Von der Möglichkeit einer liberalen Politik (<i>M. Böhm</i>)	182/648
<i>Blumenwitz, Dieter, und Gottfried Ziegler</i> (Hrsg.): Das deutsche Volk und seine staatliche Gestalt (<i>N. Dimmel</i>)	179/160
<i>Bosch, Gerhard, u.a.</i> : Arbeitszeitverkürzung im Betrieb (<i>A. Grundheber-Pilgram</i>)	183/827
<i>Bock, Ulla</i> : Androgynie und Feminismus. Frauenbewegung zwischen Institution und Utopie (<i>C. Hegeler/E. Strüber</i>)	180/322
<i>Busse-Wilson, Elisabeth</i> : Die Frauen und die Jugendbewegung. Ein Beitrag zur weiblichen Charakterologie und zur Kritik des Antifeminismus (<i>K. Hauser</i>)	180/319
<i>Chassé, Karl-August</i> : Armut nach dem Wirtschaftswunder (<i>A. Drygala</i>)	181/493
<i>Davis, Christopher, u.a.</i> (Hrsg.): Rüstung, Modernisierung, Reform. Die sowjetische Verteidigungswirtschaft in der Perestrojka (<i>H.-H. Nolte</i>)	181/485
<i>Dertinger, Antje</i> : Frauen der ersten Stunde. Aus den Gründerjahren der Bundesrepublik (<i>U.C. Schmidt</i>)	180/317
<i>Dirks, Walter</i> : Sagen was ist. Politische Publizistik 1950-1968 (<i>R. Axtmann</i>)	179/159
<i>Fischer, Dietrich, u.a.</i> : Frieden gewinnen. Mit autonomen Initiativen aus dem Teufelskreis ausbrechen (<i>J. Tätz</i>)	181/488
<i>Fritsche, Klaus</i> (Hrsg.): »Verlorene Träume?« Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt (<i>U. Jungfer</i>)	179/163
<i>Glötz, Peter</i> : Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift (<i>H.-D. Zahn</i>)	182/647
<i>Gronemeyer, Reimer</i> : Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten (<i>P. Gitschmann</i>)	181/489
<i>Halliday, Fred, und Hamza Alavi</i> (Hrsg.): State and Ideology in the Middle East and Pakistan (<i>V. Perthes</i>)	183/830
<i>Heidelberger, Bruno</i> : Jugoslawiens Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Historische Voraussetzungen und Konsequenzen (<i>J. Becker</i>)	184/982
<i>Henrich, Rolf</i> : Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus (<i>R. Axtmann</i>)	184/981

<i>Hobsbawm, Eric: Politics for a Rational Left (A. Hess)</i>	184/987
<i>Karras, Christa: Die neue Frauenbewegung im lokalen politischen Kräftefeld (E. Stübler)</i> .	180/320
<i>Lissner, Anneliese, Rita Süßmuth und Karin Walter (Hrsg.): Frauenlexikon. Traditionen, Fakten, Perspektiven (K. Hauser)</i>	180/324
<i>Mueller, John: Retreat from Doomsday. The Obsolence of Major War (H.-H. Nolte)</i>	181/485
<i>Münkler, Herfried: Im Namen des Staates. Die Begründung der Staatsraison in der frühen Neuzeit (F. Balke)</i>	182/651
<i>Nölle-Fischer, Karen (Hrsg.): Zukunft, gibt's die? Feministische Visionen für die neunziger Jahre (K. Hauser)</i>	180/322
<i>Rinderspacher, Jürgen P., und Hartmut Przybylski (Hrsg.): Das Ende gemeinsamer Zeit. Risiken neuer Arbeitszeitgestaltung (A. Grundheber-Pilgram)</i>	183/827
<i>Schmidt, Manfred (Hrsg.): Staatstätigkeit. Internationale und historisch vergleichende Analyse (J.-M. Vogl)</i>	184/984
<i>Soziale Bewegung: Geschichte und Theorie. Jahrbuch 3: Arbeitslosigkeit und Arbeit (V. Nimrich)</i>	181/494
<i>Spoa, Eckart (Hrsg.): Wie weiter? Plädoyers für eine sozialistische Bundesrepublik (W. Roth)</i>	179/162
<i>Steinbuch, Karl: Die desinformierte Gesellschaft. Für eine zweite Aufklärung (U. Fedderies)</i>	184/986
<i>Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.): »Die Freiheit, die sie meinen...« 200 Jahre Französische Revolution oder das Befreiende des Christseins (M. Böhm)</i>	182/650
<i>Stutzer, Dietmar: Wirtschaftsunion Europa (N. Dimmel)</i>	182/653
<i>Tibi, Bassam: Konfliktregion Naher Osten: Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen (V. Perthes)</i>	183/832
Ökonomie	
<i>Aganbegjan, Abel G.: Ökonomie und Perestrojka. Gorbatschows Wirtschaftsstrategien (Th. Sauer)</i>	182/664
<i>Altvater, Elmar, u.a. (Hrsg.): Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire (W. Roth)</i>	182/657
<i>Altvater, Elmar, u.a.: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise (U. Rasche)</i>	180/325
<i>Boris, Dieter, u.a. (Hrsg.): Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie (W. Roth)</i>	182/657
<i>Brentel, Helmut: Soziale Form und ökonomisches Objekt (D. Behrens und K. Hafner)</i>	182/663
<i>Erler, Gisela, und Monika Jaeckel (Hrsg.): Weibliche Ökonomie (C. Weber)</i>	181/497
<i>George, Susan: Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt (W. Roth)</i>	182/657
<i>Gerhard, Ute, Alice Schwarzer und Vera Slupik (Hrsg.): Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat (B. Ketelhut)</i>	181/496
<i>Herr, Hansjörg, und Klaus Vöy: Währungskonkurrenz und Deregulierung der Weltwirtschaft (G. Bruno)</i>	182/655
<i>Hwang, Byung-Duck: Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat. Das Beispiel Südkorea (M. Oberg)</i>	180/329
<i>Il modello giapponese. Sociologica del lavoro 34 (S. Ghisu)</i>	180/331
<i>Ikonicoff, Moisés: De la cultura de renta a la economía de producción (V. Sukup)</i>	180/328
<i>Starbatty, Joachim (Hrsg.): Klassiker des ökonomischen Denkens (M. Krüke)</i>	182/660
<i>Steedman, Ian: From Exploitation to Altruism (H. Ganßmann)</i>	182/661
<i>Teubner, Ulrike: Neue Berufe für Frauen. Modelle zur Überwindung der Geschlechterhierarchie im Erwerbzbereich (S. Andresen)</i>	181/499
<i>The Road to Economic Recovery. Report of the Twentieth Century Fund Task Force on International Debt (R. Rojas)</i>	180/326

Für die Überwindung von Männermacht: Feminismus in den Wissenschaften

Sandra Harding
**Feministische
Wissenschaftstheorie**



Sandra Harding
**Feministische Wissen-
schaftstheorie**

*Zum Verhältnis von Wissenschaft
und sozialem Geschlecht*

Aus dem Amerikanischen von
Michael Haupt
300 Seiten, br., DM 34,—

Sandra Harding nimmt sich eines Themas an, das hierzulande erst in Ansätzen diskutiert wird: Sie stellt die Frage nach den Perspektiven des Feminismus in Wissenschaft und Wissenschaftstheorie. Welche emanzipatorischen Ansätze gibt es hier, wo liegen ihre Schwierigkeiten, wie kann feministische Theorie für die Veränderung von Forschungspraxis und Wissenschaftsbetrieb eingreifend tätig werden? Mit diesen Fragen zielt

Sandra Harding auf die intellektuellen und gesellschaftlichen Grundlagen wissenschaftlichen Denkens, auf die weiße, bürgerliche, männliche Dominanz, die alle Ebenen des Wissenschaftsbetriebes bestimmt. Eingehend beschäftigt sich Sandra Harding mit dem Problem, welche Rolle das soziale Geschlecht bei der Planung und Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben (vor allem in der Biologie und den Sozialwissenschaften) spielt. Darüber hinaus diskutiert sie verschiedene Ansätze feministischer Wissenschaftskritik (Empirismus, Standpunkt-Denken, Postmodernismus) und zeigt die Spannungen und Widersprüche in und zwischen den Ansätzen auf, ohne ihren kritischen Wert zu verkennen. Sandra Harding plädiert für wirksamere Konzeptionen wissenschaftlicher Objektivität und Forschung, für Theorien und Praxen, die sich auf antirassistische, antihierarchische und antisexistische Werte gründen.

»Das Buch ist anspruchsvoll, ausgefeilt und subtil. Es ist das Beste, was bisher an feministischen Ansätzen zu Wissenschaft- und Erkenntnistheorie geschrieben wurde.«

Donna Haraway, University of California

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

links

Sozialistische Zeitung

11'89

Kommentar

Ch.Görg: Uneinheitliches zum »Tag der Einheit«

Aktuell

M.Brumlik: Kuwait, Palästina — die Morgenröte der Weltgesellschaft?

Ch.Görg: Soziologische Abklärung

K.Vack: Sitzblockaden + § 240 StGB: Amnestie — Nein Danke! Rehabilitation — Ja bitte?

K.Segbers: 73 Jahre SU: Das war's

Ludi Lodovico: Über den neueren Hang zum Positiven

Umbruchsituation

H.Reinicke: Vom Winde verweht oder Wahrheitsfindung aus der Dücke

H.Rosenstrauch: Bausteine einer neuen Ordnung

L.Rathenow: Austausch der Feindbilder

C.-W.Macke: Siegesjournalismus

A.Krzeminski: Besser als befürchtet — schlechter als erhofft

Dokumentation: Schlußklärung der Stasi-Besetzer

Neues Denken

A.Tschepurenko: Krise des Marxismus: Reflexionen eines SU-Marxisten

International

B.Causemann: Natal war bisher fern

H.-D.Köhler: Auf der Suche nach einem »neuen antiimperialistischen Diskurs«

T.Borge: Perspektiven der nationalen Befreiung in Lateinamerika

20. Jg. 1990

Redaktion: N.Apostolidou, D.Behrens, P.Bonavita-Lindloff, H.Burgwinkel, D.Claussen, D.Diner, J.Esser, C.Görg, H.Grün, J.Hirsch, P.-E.Jansen, P.Kern, H.-D.Köhler, E.-M.Krampe, T.Kunz, L.Lodovico, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, R.Staudhammer, A.Werle. — AG Sozialistisches Büro, PF 10062, 6050 Offenbach 1. — Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahresabo 62 DM, incl.Verand. — Verlag 2000 GmbH, Pf 102062, 6050 Offenbach 1

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

10 '90

Aktuelles

P.Glotz: Der Verwaltungsfeiertag

H.Nase: Gesamtdeutsche Wahlchancen der SPD

N.Seitz: Als Papiertiger des Zeitgeistes gestrandet

S.Lehmann: »Trauer bringt kein Kapital«

Thema: Kulturschock Einheit?

T.Schmid: Die Invasion vom anderen deutschen Stern

B.John: Wer ist ein Deutscher?

H.Glaser: Ohne Fremde(s) keine Kultur

F.-O.Radtke: Marktwirtschaft, Multikulturalismus und Sozialstaat

B.Huber: Multikulturelle Gesellschaft und Grundgesetz

S.Onderdelinden: Fremde in der deutschen Literatur

Kontrovers

W.Momper/T.Schwierzina: Plädoyer für eine Hauptstadt

S.Tönnies: Auch der Neosozialismus tritt das Erbe der Aufklärung nicht an

Kultur

G.Kunert: Nicht mitzuhassen ...

W.Köhler: Bedrohte Buchwelt

D.Claussen: Ein Solitär im Kabinett

A.Schworck: Nachruf auf Norbert Elias

37. Jg. 1990

Hrg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner f. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) — Erscheint monatl. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90,- DM frei Haus. — Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und
 Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

38'90

Technologie

S.K.Mehrotra: Technologietransfer aus einer zentralen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft eines Entwicklungslandes: der sowjetisch-indische Fall


J.Meyer-Stamer: Mit Mikroelektronik zum »Best Practice«? Radikaler technologischer Wandel, neue Produktionskonzepte und Perspektiven der Industrialisierung in der Dritten Welt

V.Blum: Spaten, Traktor, Keyboard. Bauern und Technologie in den Anden

T.Schiel: »Angepaßte« vs. sozial angemessene Technologie

10. Jg. 1990

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
 und sozialistische Politik 

80 '90

Politische Generationen

R.Paris: Die neuen Gesichter der Jugend

W.Kühnel: Scheinbar konfliktfrei aneinander vorbei. Eine Retrospektive auf die Generationsbeziehungen in den 80er Jahren in der DDR

L.Niethammer: Volkspartei neuen Typs? Sozialbiografische Voraussetzungen der SED in der Industrieprovinz

G.Erbe: Die Schriftsteller und der politische Umbruch in der DDR

S.Hübner-Funk: Die »Hitlerjugend Generation«: umstrittenes Objekt und streitbares Subjekt der deutschen Zeitgeschichte

J.Wolf: Krieg der Generationen? Sozialstaatliche Verteilung und politische Handlungspotentiale Älterer in der »alternden« Gesellschaft

A.Göschel: Wandlungen kultureller Orientierungen in der Abfolge von Generationen

L.Marz: Implosion und Stagnation. Probleme, Phänomene und Pfade moderner Modernisierung

V.Wellhöner: »Fordismus« in Spanien. Import, Dynamik und Perspektiven eines Industrialisierungskonzepts

21. Jg. 1990

Herausgegeben von der »Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.« — Redaktion: C. Dziobek, D. Handz, W. Hein (verantwortl.), R. Köhler, H. Lebold, I. Lenz, H. Meiber, Th. Muner. Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 9 DM, Jahresabo 30 DM, Förder-/Institutsabo 60 DM. — Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5-6, 4400 Münster. LN-Vertrieb, Goeisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. — Redaktion: E. Altvater, H. Gausmann, M. Heinrich, K. Hübner, B. Mahnkopf, M. Mayer, D. Messner, S. Neckel, K.-D. Thiermann (geschäftsführend). — Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahresabo 52 DM — Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

psychosozial

Zeitschrift für Analyse,
Prävention und Therapie
psychosozialer Konflikte
und Krankheiten

45 '90

Abschied von der DDR

M.Geyer: Deutsch-deutsche Annäherungsprobleme

H.-E.Richter: Abkehr vom Stärkekult

F.Dieckmann: Die Schwierigkeit zu siegen

H.Schröder: Zur psychologischen Vergangenheitsbewältigung der DDR-Bürger

I.Misselwitz: Gedanken zur Identität der DDR-Bürger

H.Keupp: Umbruch in der DDR und seine psychosozialen Folgen

H.-J.Maaz: Die psychologischen Folgen der »Wende«

H.Becker/S.Becker: Die Wiedervereinigung der Schuld

W.Bialas: Abschied von der DDR

K.Funke: Die Aufgabe der DDR

K.Lohs: Altlasten

F.Dieckmann: Die Suche nach der verlorenen Zeit

I.Runge: Juden in der DDR

A.M.Krätschell/H.Wahl: Erfahrungen aus der Beratungszeit vor und nach der Wende

H.Eichhorn: Zur Lage der Psychiatrie in der DDR

R.Schulz: Selbsthilfebewegung in der DDR

B.Mitzscherlich: Was bleibt im Koffer? Interpretation einer Psychodrama-Woche im Mai 1990

H.-J.Wirth/R.Schürhoff: Können sich Deutsche und Russen aussöhnen?

W.Haumann/K.Strohmeier: Die Mentalitätsdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschen

13. Jg. 1990

Hrsg. von H.Becker, D.Beckmann, I.Fetscher, H.Friedrich, A.Köhl, A.Overbeck, H.-E.Richter, H.Strotzka, A.Uchtenhagen, E.Ulich, J.Willi, H.-J.Wirth. — Erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940 Weinheim. — Redaktionsschrift: Friedrichstraße 35, 6300 Giessen

SPW

Zeitschrift für
Sozialistische
Politik & Wirtschaft

55 '90

N.Gansel: Deutsche Truppen unter UNO-Kommando?

W.-M.Catenhusen: Die Bestimmung der künftigen Rolle Deutschlands in der Welt

Demo in Berlin — Frauen in Aktion

Interessenvertretung an den Hochschulen: Zukunft gesucht

Jusos: »Linkes Forum«

Jugendpolitik und Parteireform in NRW

Bericht vom JUSO-Bezirksparteitag Mittelrhein: Sozialistische Einsprengel

Was bleibt vom linken Landesverband?

Zum Zustand der JUSOS in der DDR

D.Dehm: Habgier: Kleine Studie über die Kapitalverwertung

S.Lennardt: Drogensucht und Drogenpolitik in Dortmund

M.Steffen: Kapitalismus und Patriarchat

M.Steffen: Der Stand der Dinge — Aufkündigung des Geschlechtervertrages

U.Beer: Der Nebenwiderspruch der Postmoderne

S.Schunter-Kleemann: Sozialstaat und Patriarchat

S.Kebir: Identität und Lebensweise

Stuart Hall und Frederic Jameson im Gespräch: Festhalten an den Trümmern

Interview mit Rudolf Meidner: »Modell Schweden« in der Krise

13. Jg. 1990

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Jürgen Egert, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kläker, Heinrich Lienker, Susi Möbbeck, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: Ingo Arend, Florene Guesnet, Uwe Kremer, Mathias Machnig. — Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 51 DM, erm. 42 DM, Ausland 54 DM. Redaktion und Verlag: Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

tacheles

ZEITSCHRIFT FÜR KULTUR, POLITIK UND ÖKOLOGIE

12 '90

tacheles im Gespräch mit Hans-Joachim Seeler, Vorsitzender des Europa-Colleg
vorgestellt: bislang unbekannte kroatische Literatur

J.-U.Heuer: Vom Gewinn der Niederlage

P.Ensikat: Satire zum Zeitgeschehen

tacheles-Galerie: Rudolf Grüttner

Alf Ammon: Lebens- und Todesgang des Amos Iwan

G.Wagner: Walter Benjamin. Zwischen den Biographen. Eine kritische Revue zwischen zwei Gedenktagen

B.Mannhardt: Gunst der Stunde

P.Schütt: Der Literaturpreisträger

F.Hölderlin: Über die Deutschen

H.Eichberg: Suffis aller Länder, vereinigt Euch

TEXT+KRITIK

108 '90

MachtApparatLiteratur

F.Meyer-Gosau: Die Ingenieure der menschlichen Seele. Anmerkungen zum Verhältnis von Literatur und »Stalinismus«

H.Hillmann: Stalinismus-Aspekt

A.Hartmann/W.Eggeling: Zeitverschiebungen. Sowjetisches Modell und Kulturpolitik im Nachkriegsdeutschland

M.Rohrwasser: »Ist also Schweigen das beste?« Brechts Schreibtisch-Schublade und das Messer des Chirurgen

H.D.Zimmermann: Der Dichter und die Partei: Stephan Hermlin

R.Herzinger: Die unio mystica der revolutionären Dynamik. Revolution als Lebensproduktion in Heiner Müllers »Mauserk«

H.Domdey/M.Rohrwasser: Stalinismus und die Verdrängung der Renegatenliteratur. Thesen

E.Thiele: Schöne neue Welt wird Geschichtete. Perspektiven der Entstalinisierung

S.Mensching/J.-E.Wenzel: Entwürfe einer anderen Welt. Ein Gespräch mit Frauke Meyer-Gosau

H.J.Schädlich: Der Vater

Hrg.: Pero-Consult Verlagsgesellschaft mbH. Redaktion: R.-D.Lehmann, A.Richau, H.Rahn, C.Heinecke. — Erscheint monatlich. Einzelheft 5 DM, Jahresabo 55 DM. — Tacheles Verlag, Neue Roßstr. 13, O-1020 Berlin

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold. Redaktionelle Mitarbeiter: Otto Lorenz, Angelika Machinek, Frauke Meyer-Gosau und Michael Töberg. — Erscheint viermal jährlich, Abopreis 54 DM zzgl. Versand. — Redaktion: Tuckermannweg 10, 3400 Göttingen — Verlag: edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

WECHSEL DUNKEL

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

46 '90

Schwerpunkt: Gehirnforschung

N.N.: Biochemie des Gehirns. Stand und Tendenz der Forschung

F.Eltester: Neuronale Netze und Biochips. Zur Biologisierung der Informatik

M.Gatzenmeier: Geist versus Biochemie. Philosophischer Exkurs

Naturwissenschaft und Technik

E.Hildebrandt: Rüstungskonversion in der BRD. Aktuelle Tendenzen und personelle Bedingungen betrieblicher Konversion

P.Bradisch: Gentherapie. Erste legalisierte genetische Eingriffe beim Menschen in den USA

F.Rubik: Produktlinienanalyse

Gesellschaft und Politik

C.Freiberg: Portrait. Die Neusser ForscherInnengruppe, die sich weigerte, Pharmaforschung für den Atomkrieg zu betreiben

R.Kothe: Die gespeicherte Gesellschaft. Datenschutzskandal in der Schweiz

Frauen

L.Glagow-Schicha: Arbeitsgruppe Frauen und Technik. Geschlechtsspezifischer Zugang zur Technik

12. Jg. 1990

36 '90

Mehr Demokratie durch Recht?

R.Kreissl: Regulation durch Recht: freiheitsverbürgend — freiheitszerstörend. Verrechtlichung und die Grenzen sozialpolitischer Rationalität

V.Schöneburg: Sozialismus und Strafrecht. Visionen, Forderungen und Erfahrungen aus 40 Jahren DDR

Interview mit Karl-Heinz Schöneburg: »Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst« Was bleibt von der Verfassungsfrage in der DDR?

Forum

Ch.-B.Kimmich: Wie mit »Multikultur« Politik gemacht wird. United colours und die Abenteuer auf dem Weg zu einer multikulturellen Gesellschaft

S.J.Kryszon: Weiterkommen durch Weiterbildung? Anmerkungen über jugendspezifische Besonderheiten

H.Ahrens: Drogenpolitik und Gesellschaft: »war against drugs«. Die neue konservative Antidrogenoffensive rollt an — eine oppositionelle Gegenbewegung ist gefordert

Magazin

G.Hoffmann/P.Ott: Die gebotene Konsequenz. Die Verkürzung des Zivildienstes und der Jammer der Verbände

E.Wörmann/H.Metzger: Wer arm ist, soll arm bleiben. Stellungnahme zur neuen Bedarfsbemessung in der Sozialhilfe

10. Jg. 1990

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Regine Hebestreit, Herbert Mehrrens, Barbara Orland, Ralph Ostermann, Rainer Schleg, Rainer Stange, Matthias Tang, Patricia Wolf. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7 DM, Jahresabo 28 DM. — Verlag und Redaktion: Goetschmannstr. 2, 1000 Berlin 61

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: N.Diemer, W.Völker, F.Schlüte, B.Hafenecker, W.Lochmann, F.Döschting, T.Kunstreich, F.Manke, F.Peters, W.Plum, B.Rose, H.Dorn, R.Koch-Oehmen, V.Schöneberg, E.Bolay, G.Pabst, A.Wagner. — Jährlich 4 Hefte. — Einzelheft 14 DM, Jahresabo 54 DM + Versand. — Redaktion Widersprüche: Postf. 102062, 6050 Offenbach. Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach

N e u e s Deutschland?

**10 Millionen
beleidigte
Deutsche - oder
woher kommen
die Rechts-
radikalen?**



**Detlev J.K. Peukert/Frank Bajohr,
Rechtsradikalismus in
Deutschland. 96 Seiten DM 12,80
Ergebnisse Verlag**

Summaries

Christina Schenk: Independent Women's Association — An Experiment

In early December, 1989, various women's groups in East-Berlin joined forces to form the Independent Women's Association. Schenk researches the conditions which may favor or hinder its participation in the political process. She analyses the experiences with male-dominated political structures during a time of upheaval (»round table«) and focuses on those problem areas which are highly controversial within the association and may lead to factionalism.

Hanna Behrend: New Beginning and Renewed Misery of Women in the GDR

After World War II the SED took a number of measures to enable women to qualify for and be gainfully employed in professional jobs. At a time of reconstruction, the party received widespread support from women »starved« for emancipation. In retrospect, however, this notion of »equal pay for equal work« has hardly been realized. This is a result of the often wavering support for women's emancipation throughout 40 years of GDR history.

Christina Klenner: Doubly Burdened — or Simply Exploited?

Women spend far more time in the area of reproductive work than men. The dichotomy women experience when trying to reconcile work and home was not alleviated by state-run programs. Instead, these programs contributed to »carving in stone« the traditional roles of women and men. The term »double burden« simply obscures that correlation.

Ingrid Kurz-Scherf: Germany — United Motherland?

Chances to improve relations between the sexes were lost when women were excluded during the negotiations of the first and second German unification treaties. The author sums up lost opportunities and, in closing, points out several problem areas, towards which women and the women's movement must direct their attention.

Frigga Haug: All Economy is Dissolved into the Economy of time. Defining the »End to Socialism« in Europe as a new Challenge to a Socialist Feminism

Searching for the common denominator between the capitalist and the state-run means of production, Haug discovers the problem of the economy of time. To conquer poverty and misery all action must be subject to a cost-effect analysis. However, that very same policy dooms mankind and nature and leads inevitably to the oppression of women in order to render possible life in general. Focal point of the discussion is the extent to which the former socialist countries opened up new avenues and what may be learned from their experience.

Kornelia Hauser: Literature in Times of Political Turmoil

Christa Wolf has become the subject of multi-dimensional debates and criticism, not least due to the publishing practices of her (previously »western«) publishing house. Hauser suggests that Wolf is a participant in the revolution, a much criticized »body of work« and, as the last bastion of project socialism, a frequent target of cultural observers.

Oskar Negt: Socialism and the Problem of a German Utopia

The collapse of the »real existing socialism« has had to affect even the non-dogmatic left. We can not be held summarily liable for ideas which guide our lives but are misused. Therefore, the renewal of socialism must be founded on a radical awareness of a new political morale. On that basis, it may be suggested that we are at the beginning rather than at the end of a socialist era. While there was stalinism, capitalism was never seriously challenged.

Michael Brie: How the GDR's Philosophers lost their mole

For a short while during the revolution in the fall of 1989, Marx' »Mole of History« seemed to be at work but got lost shortly after the inception of the »Great German Federal Republic«. Philosophy was exiled into the niche of institutional impotence. It could find a new purpose by integrating into the various movements of the Civil Society.

Volker Domeyer et. al.: Self-Management and the Challenge of the Market

Self-managed enterprises are not to rely on market niches without any competition, if they want to reach commercial viability and sufficient income levels for its members. The results of an inquiry of 60 self-organized firms give evidence that the conditions to continue in a capitalist structured market can be fulfilled without basic modifications of principles of self-organization, for example of collective decision-making.

Geschichte

Gailus, Manfred: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849 (*H.Zückert*) 977

Guttman, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914-1918 (*U.Daniel*) 978

Schornsteimer, Michael: Bombenstimmung und Katzenjammer. Vergangenheitsbewältigung: Quick und Stern in den 50er Jahren (*A.Schildt*) 979

Soziale Bewegungen und Politik

Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus (*R.Axtmann*) 981

Heidelberger, Bruno: Jugoslawiens Auseinandersetzung mit dem Stalinismus (*J.Becker*) 982

Schmidt, Manfred (Hrsg.): Staatstätigkeit. Internationale und historisch vergleichende Analyse (*J.-M. Vögl*) 984

Steinbuch, Karl: Die desinformierte Gesellschaft (*U.Fedderies*) 986

Hobsbawm, Eric: Politics for a Rational Left (*A.Hess*) 987

FORSCHUNGSJOURNAL

~~Neue Soziale Bewegungen~~

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4x pro Jahr auf 120 Seiten

➔ **Fakten statt Mythen**

Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 1/90

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas Heft 2/90

Sozialstruktur und kulturelle Praxis Heft 3/90

Großstadt und neue soziale Bewegungen Heft 4/90



Bestellschrift und Aboabwicklung:
 SP-Verlag, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
 Redaktionsanschrift:
 Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
 c/o Thomas Leif, Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden

- Ich bestelle:**
- Jahres-Abonnement des Forschungs-journals NSB (DM 42,- / DM 36,- für StudentInnen und Erwerbalose)
 - Einzelexemplar Nr. _____/90 (DM 12, 50)
 Einzelexemplare der Jahrgänge 88/89: (Exemplare aus 1988 DM 6,-):
 - Geschlechterverhältnis in den NSB
 - Parteien und NSB (Exemplare aus 1989 DM 9,-):
 - Medien und neue soziale Bewegungen
 - Alternativökonomie
 - Institutionalisierungstendenzen
 - Sonderheft 1989: 40 Jahre BRD - 40 Jahre soziale Bewegungen (DM 12,-)

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift _____ 1/90